Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

5. November 1979
Jg. 7 Nr. 45

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Freundschaftsvertrag UdSSR – DVR Jemen

z.hat. Über den am 25.10. geschlossenen Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit der Demokratischen Volksrepublik Jemen kontrolliert die SU nun beide Seiten des südlichen Zugangs zum Roten Meer, dazu die Nachschubwege nach Eritrea und Äthiopien. Weitere Militärvereinbarungen sind vorgesehen; es gibt Meldungen über die Aufstockung der sowjetischen und kubanischen ,,Militärberater'' 1979 von 9000 auf 15000. Im März hatten die DVRJ und die Arabische Republik Jemen einen von der SU geschürten Bruderkrieg mit einem Vereinigungsprogramm beendet. Inzwischen aber hatten die USA Waffen an die ARJ geliefert, einen neuen Stützpunkt dem Nachbarstaat Oman abgepreßt und ,,militärische Aktionen zur Sicherung der Öllieferungen'' angedroht. Der Vertrag erschwert die arabische Einheit gegen beide Supermächte.

Erfolge für die F. Polisario USA rüstet Marokko auf

z.dab. Im Oktober befreite die F. Polisario die zweitgrößte Stadt der Westsahara, Samara, und die Garnison Mahbes, tötete 2213 marokkanische Soldaten und erbeutete große Mengen von Kriegsmaterial, u.a. 400 t Munition. Die US-Imperialisten, die Friedensverhandlungen lancieren, um als Garantiemacht sowohl die Abhängigkeit Marokkos zu verstärken als auch sich in der Westsahara (reich an Phosphor) einzunisten, haben jetzt zur ,,Verstärkung der Verhandlungsposition'' Marokkos dessen weitere Aufrüstung beschlossen. Brzezinskis Vorschlag: Angriffswaffen, die besonders für die Kämpfe in der Wüste geeignet sind, u.a. Flugzeuge OV-10 und Helikopter Cobra. Von 1975 bis 1978 haben die USA mit Frankreich zusammen für 600 Mio. $ Waffen an Marokko verkauft. Hassan muß heute 25% des Haushalts für Militärausgaben zahlen.

Französische Marineinfanterie nach Mauretanien verlegt

z.pel.Paris. Im Mai 1978 hatten französische Jaguars von Mauretanien aus die letzten Angriffe gegen die DAR Sahara geflogen. Der Rückzug Mauretaniens aus dem ungerechten Krieg nahm dem französischen Imperialismus in

Erfolge für die F. Polisario USA rüstet Marokko auf

z.dab. Im Oktober befreite die F. Polisario die zweitgrößte Stadt der Westsahara, Samara, und die Garnison Mahbes, tötete 2213 marokkanische Soldaten und erbeutete große Mengen von Kriegsmaterial, u.a. 400 t Munition. Die US-Imperialisten, die Friedensverhandlungen lancieren, um als Garantiemacht sowohl die Abhängigkeit Marokkos zu verstärken als auch sich in der Westsahara (reich an Phosphor) einzunisten, haben jetzt zur ,,Verstärkung der Verhandlungsposition'' Marokkos dessen weitere Aufrüstung beschlossen. Brzezinskis Vorschlag: Angriffswaffen, die besonders für die Kämpfe in der Wüste geeignet sind, u.a. Flugzeuge OV-10 und Helikopter Cobra. Von 1975 bis 1978 haben die USA mit Frankreich zusammen für 600 Mio. $ Waffen an Marokko verkauft. Hassan muß heute 25% des Haushalts für Militärausgaben zahlen.

Französische Marineinfanterie nach Mauretanien verlegt

z.pel.Paris. Im Mai 1978 hatten französische Jaguars von Mauretanien aus die letzten Angriffe gegen die DAR Sahara geflogen. Der Rückzug Mauretaniens aus dem ungerechten Krieg nahm dem französischen Imperialismus in

der Folge den Vorwand für weitere Einmischung und den Ausbau seines Militärpotentials in der Region. Am 23.10. hat nun die französische Regierung – zeitgleich mit Carters Ankündigung verstärkter Waffenlieferungen für Marokko – die Entsendung von 200 Marineinfanteristen nach Nouadhibou, dem mauretanischen Erzhafen an der Grenze zur Westsahara, bekanntgegeben. ,,Zum Schutz der mauretanischen Souveränität'', denn schließlich seien noch marokkanische Truppen im Land, *sagt* sie. Den siebten, nördlichsten Militärstützpunkt in Afrika und ein Gegengewicht gegen die US-Imperialisten, *meint* sie.

Die BRD will Portugal zu Entschädigungszahlung zwingen

z.doj. Portugal soll bei den Aufnahmeverhandlungen in die EG zur Entschädigung der nach 1974 enteigneten Unternehmen der EG-Imperialisten gezwungen werden. Seit März dieses Jahres macht die BRD den Abschluß eines Investitionsförderungsabkommens abhängig von Entschädigungszahlungen an westdeutsche Unternehmen. Geplant sind 1979 Investitionen in Höhe von 135 Mio. Escudos. Die westdeutschen Imperialisten versprechen sich für ihre rund 200 Unternehmen in Portugal neben niedrigen Lohnkosten die Nutzung der wiedereröffneten portugiesischen Handelshäuser in den ehemaligen portugiesischen Kolonien in Afrika. Im August dieses Jahres hat die BRD mit Portugal 5 Abkommen über militärische Kooperation abgeschlossen, die ihr die Wiedereröffnung und den Ausbau des Luftwaffenstützpunktes Beja sowie einen Schießübungsplatz in Alcochete zusichern.

USA opfern Park, um Korea zu halten

Streiks und Demonstrationen / Strategische Ost-Asien-Position / Einflußnahme in Kampuchea

z.mif. Der US-Botschafter in Südkorea Gleysteen hat die Rundfunkmeldung der Demokratischen Volksrepublik Korea dementiert, er habe sich kurz vor dem Attentat auf die US-Marionette Park Chung Hee mit dem Attentäter getroffen. Im September hatte Carter seinen Botschafter in die USA zurückgerufen, um die Lage in Südkorea zu erörtern. Wenige Tage vor dem Attentat hatten nach einer Meldung der ,,International Herald Tribune'' einige ,,hochrangige koreanische Offiziere'' US-Beamten mitgeteilt, die grobe Methode Parks im Umgang mit politischen Gegnern stelle eine Bedrohung der nationalen politischen Stabilität dar. Um zwei Uhr nachts nach vollbrachtem Attentat wurde der US-Botschafter von einem US-Offizier informiert, kurz darauf das Kriegsrecht ausgerufen. Das Exekutionsinstrument war der Geheimdienstchef des vom CIA aufgebauten KCIA mit 300000 Angestellten und Informanten, der ,,viel sensibler für die politischen Realitäten'' (Le Monde) sei als der Präsident Park. Diese politischen Realitäten sind Streiks, Demonstrationen und Aufstände, die allgemein mit den Aufständen vom 19. April 1960 verglichen werden. Damals stürzten die Volksmassen das Regime Syngman Rhee; ein Jahr später putschen die USA Park an die Macht.

Die Demonstrationen und Aufstände vom 16. bis 19. Oktober haben Berichten zufolge vor allem in den Städten Pusan und Masan stattgefunden sowie in Seoul, der Hauptstadt. Sie sind eine Zusammenfassung zahlreicher einzelner wirtschaftlicher und politischer Kämpfe gegen das faschistische Park-Regime. Am 11. August hatten 100 Polizisten das Hauptquartier der Neuen Demokratischen Partei gestürmt, weil sich dort 172 Textilarbeiterinnen im Kampf gegen die Schließung eines Betriebes verbarrikadiert hatten. Die Arbeiterinnen verteidigten sich entschlossen. Die Demonstrationen vom 16. bis 19. Oktober griffen direkt Büros der Regierungspartei, Polizeifahrzeuge, Zeitungshäuser und eine Rundfunkstation an; mehrere Demonstranten wurden von Polizei und Mili-

war der Geheimdienstchef des vom CIA aufgebauten KCIA mit 300000 Angestellten und Informanten, der ,,viel sensibler für die politischen Realitäten'' (Le Monde) sei als der Präsident Park. Diese politischen Realitäten sind Streiks, Demonstrationen und Aufstände, die allgemein mit den Aufständen vom 19. April 1960 verglichen werden. Damals stürzten die Volksmassen das Regime Syngman Rhee; ein Jahr später putschen die USA Park an die Macht.

Die Demonstrationen und Aufstände vom 16. bis 19. Oktober haben Berichten zufolge vor allem in den Städten Pusan und Masan stattgefunden sowie in Seoul, der Hauptstadt. Sie sind eine Zusammenfassung zahlreicher einzelner wirtschaftlicher und politischer Kämpfe gegen das faschistische Park-Regime. Am 11. August hatten 100 Polizisten das Hauptquartier der Neuen Demokratischen Partei gestürmt, weil sich dort 172 Textilarbeiterinnen im Kampf gegen die Schließung eines Betriebes verbarrikadiert hatten. Die Arbeiterinnen verteidigten sich entschlossen. Die Demonstrationen vom 16. bis 19. Oktober griffen direkt Büros der Regierungspartei, Polizeifahrzeuge, Zeitungshäuser und eine Rundfunkstation an; mehrere Demonstranten wurden von Polizei und Mili-

tär erschossen. 10000 beteiligten sich an einer Demonstration in Pusan, 25000 insgesamt, darunter viele Studenten (The People's Korea, 24.10.79).

Die US-Imperialisten fürchten um ihre Bastion. Sie haben nach dem zweiten Weltkrieg den japanischen Imperialismus, dessen Kolonie Korea war, zwangsbeerbt; die nördliche Landeshälfte konnte das koreanische Volk befreien und verteidigen. Die Anwesenheit der US-Truppen wird seither mit der ,,Gefahr aus dem Norden'' begründet. Carter hatte behauptet, die Bodentruppen aus Südkorea abziehen zu wollen, und damit die Aufrüstung und erhöhte Bemannung der Luftwaffenstützpunkte in Südkorea begründet. Dann ließ das Verteidigungsministerium Anfang 1979 ,,stärkere Truppen als bisher bekannt'' in Nordkorea entdecken; die gleiche Entdeckung gelang der US-Bourgeoisie abermals im Juli. Am 20. Juli 1979 verkündete Carter ,,weitere Anpassungen in unserem Truppenabzugsplan'': bis 1981 wird kein Mann abgezogen, dann ,,erneut geprüft''; noch immer bestehe ein ,,Ungleichgewicht in der militärischen Nord-Süd-Stärke, das aber ,,behebbar'' sei. Phantom- und F-15-Kampfflugzeuge liefern die US-Imperialisten seit 1978 verstärkt, ebenso Raketen, Panzerausrüstung, Munition, Nachrichtentechnik, kurz alles, was für den Krieg und für den Bürgerkrieg taugt. Sofort nach dem Attentat schickten sie den Flugzeugträger Kitty Hawk und weitere Kriegsschiffe nach Südkorea, Begründung: Gefahr aus dem Norden. Tatsächlich landeten sie in Pusan, der südöstlichen Hafenstadt, wo die größten Demonstrationen stattgefunden hatten. Auf dem Spiel stehen für die US-Imperialisten gewaltige Profite aus ihrer Arbeitskolonie Südkorea, und auf dem Spiel steht eine strategisch bedeutende Position im ostasiatischen Raum. Von Pusan aus können die US-Imperialisten der sozialimperialistischen Konkurrenz in Wladiwostok fast in die Töpfe gucken, sie haben die Straße von Korea (Meerenge zwischen Korea und Japan) in der Hand und sind 500 km von der VR China entfernt. Korea – Taiwan – Philippinen, das ist die ostasiatische Landbrücke der US-Imperialisten, eine strategische Stellung, die die Sozialimperialisten in

ter ,,weitere Anpassungen in unserem Truppenabzugsplan'': bis 1981 wird kein Mann abgezogen, dann ,,erneut geprüft''; noch immer bestehe ein ,,Ungleichgewicht in der militärischen Nord-Süd-Stärke, das aber ,,behebbar'' sei. Phantom- und F-15-Kampfflugzeuge liefern die US-Imperialisten seit 1978 verstärkt, ebenso Raketen, Panzerausrüstung, Munition, Nachrichtentechnik, kurz alles, was für den Krieg und für den Bürgerkrieg taugt. Sofort nach dem Attentat schickten sie den Flugzeugträger Kitty Hawk und weitere Kriegsschiffe nach Südkorea, Begründung: Gefahr aus dem Norden. Tatsächlich landeten sie in Pusan, der südöstlichen Hafenstadt, wo die größten Demonstrationen stattgefunden hatten. Auf dem Spiel stehen für die US-Imperialisten gewaltige Profite aus ihrer Arbeitskolonie Südkorea, und auf dem Spiel steht eine strategisch bedeutende Position im ostasiatischen Raum. Von Pusan aus können die US-Imperialisten der sozialimperialistischen Konkurrenz in Wladiwostok fast in die Töpfe gucken, sie haben die Straße von Korea (Meerenge zwischen Korea und Japan) in der Hand und sind 500 km von der VR China entfernt. Korea – Taiwan – Philippinen, das ist die ostasiatische Landbrücke der US-Imperialisten, eine strategische Stellung, die die Sozialimperialisten in

ihrer südostasiatischen Expansion empfindlich stört. Mit Hinweis auf diese Expansion hofft Carter, diese Stationen und die ASEAN-Länder wieder fester in die Hand zu bekommen. Der US-Staatssekretär Holbrooke kündigte auf einer Pressekonferenz in Singapur letzte Woche verstärkte Waffenlieferungen an Thailand, Malaysia und die Philippinen an.

Die US-Imperialisten haben einiges am laufen, um den Vormarsch der anderen Supermacht in Südostasien zu stoppen und rückgängig zu machen. Ihre Taktik gegenüber Kampuchea gewinnt immer schärfere und brutalere Konturen. Unter Hinweis auf das menschliche Elend steigen sie jetzt groß als Lieferanten nach Kampuchea ein, in ihrem Gefolge die EG-Imperialisten. Die Lieferungen laufen bereits mit zwei Flugzeugen täglich nach Phnom Penh und mehreren Frachtern. Unterdes meldet ,,Radio Phnom Penh'', die Stimme Hanois, die UdSSR samt Anhang habe bereits 200000 t ,,Hilfsgüter'' geliefert, das wäre eine Tonne je vietnamesischem Besatzungssoldat. Die USA wollen mit ihren Lieferungen Einfluß zurückgewinnen, indem sie die Verteilung der Lebensmittel in die Hand kriegen. Sie haben durchaus einkalkuliert, an beide Seiten zu liefern, an das Demokratische Kampuchea wie an die Besatzungstruppen; aus der gegenseitigen Schwächung im Kampf hoffen sie politischen Vorteil schlagen zu können.

Am 5. November beginnt in New York auf Initiative der UNO eine ,,Konferenz über die Kostenverteilung für ein humanitäres Hilfsprogramm für Kampuchea''. Die Imperialisten sträuben sich dagegen, alle Lieferungen der Kontrolle durch die UNO zu unterstellen. So meinen sie das nicht mit der ,,Humanität''.

Kongreß zur Unterstützung des Widerstandskrieges des kampucheanischen Volkes in Frankfurt



Über 23000 Unterschriften und mehr als 238650 DM waren bis zum Ende des Kongresses gesammelt worden, davon 13650 DM auf dem Kongreß selber. Men Mol, Vertreter des Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampuchea in Frankreich, überbrachte dem Kongreß die Grüße der Botschaft des Demokratischen Kampuchea in Genf, deren Vertreter von der Bundesregierung die Einreise in die BRD verweigert worden war. Einmütig verabschiedeten die 840 Teilnehmer

Kongreß zur Unterstützung des Widerstandskrieges des kampucheanischen Volkes in Frankfurt



Über 23000 Unterschriften und mehr als 238650 DM waren bis zum Ende des Kongresses gesammelt worden, davon 13650 DM auf dem Kongreß selber. Men Mol, Vertreter des Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampuchea in Frankreich, überbrachte dem Kongreß die Grüße der Botschaft des Demokratischen Kampuchea in Genf, deren Vertreter von der Bundesregierung die Einreise in die BRD verweigert worden war. Einmütig verabschiedeten die 840 Teilnehmer
der Abschlußveranstaltung Grußadressen an die Regierung des Demokratischen Kampuchea und an die Stockholmer Konferenz, auf deren Grundlage auch eine 12köpfige Delegation für die Stockholmer Konferenz gebildet wurde.

Abgestimmte Pläne zur Fahrpreiserhöhung

Mit 2 DM in München für den Einzelfahrschein testen die bürgerlichen Politiker, wie weit sie gehen können

z.frb. Quer durch ganz Westdeutschland, von München über Frankfurt, Köln, Hannover, Hamburg bis Flensburg, beabsichtigen die Stadtverwaltungen eine Erhöhung der Fahrpreise des öffentlichen Nahverkehrs. Von der terminlichen Abstimmung (anvisiert ist der 1. Januar) erhoffte sich der ,,Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe'' eine Erleichterung der ,,Durchsetzbarkeit der Tarifmaßnahmen'', doch die Taktik kann leicht zum Schuß nach hinten werden. Überall wurde eine politische Bewegung organisiert, die in starkem Maße von den Gewerkschaften ausgeht. In München, wo die Bourgeoispolitiker mit 2 DM für den Einzelfahrschein eine neue Marke setzen wollen, hat die Vertreterversammlung der IG Metall die Erhöhung abgelehnt, und der Kreisverband des DGB hat eine Unterschriftensammlung durchgeführt und ruft zur Fortsetzung des Kampfes auf.

Die Absicht der bürgerlichen Politiker ist es, die Volksmassen zahlen zu lassen für eine ordentliche Verzinsung des in den Verkehrsbetrieben angelegten Kapitals, für die Verkehrsinvestitionen, die die Interessen der Kapitalistenklasse erfordern, und für einen ordentlichen Beitrag zum öffentlichen Haushalt. Bankzins, Konzessionsabgabe an die Gemeinde, Mehrwertsteuer auf die Einnahmen sowie Einstellungen in die Rücklagen der Verkehrsbetriebe machen allerorten ein Mehrfaches der ausgewiesenen ,,Defizite'' aus. Holen, was zu holen ist, lautet der Grundsatz für die Kalkulation für die Gebühren. So hat es der ,,Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe'' in seinem ,,Konzept '76'', kurz nachdem die Großbanken Ende 1975 die Regierung auf den Kurs des Haushaltssicherungsgesetzes gebracht hatten, festgeschrieben: ,,Die Fahrpreise müssen die Möglichkeiten des Marktes voll ausschöpfen.''

Daß gerade in München die Preismarke getestet werden soll, ist kein Wunder. Die Stadt gehört zu den wenigen Großstädten, die eine starke Zuwanderung verzeichnen und für die bis 1990 mit einem steigenden Verkehrsaufkommen gerechnet wird. Die Arbeiter und Angestellten wurden rings um die Stadt angesiedelt, jetzt sind sie auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen. Das macht die ,,Marktlage'' für Räubermethoden bei den Fahrtarifen natürlich besonders günstig. Und ist die 33%-Erhöhung hier durchgesetzt, so wird eine Welle der ,,Preisangleichungen'' durchs Land strömen.

Die öffentlichen Verkehrsmittel zählen in Westdeutschland täglich etwa 22 Mio. Fahrgäste, davon etwa 36% im Berufsverkehr, 21% Schülerverkehr und Studenten, 15% für Einkaufsfahrten. Der Anteil des öffentlichen Verkehrs am gesamten Personenverkehrsvolumen liegt bei 22%, in den Großstädten und im Berufsverkehr werden für rund 60% aller Fahrten öffentliche Verkehrsmittel benutzt. Mit den Benutzungsgebühren für die Straßenbahnen, Busse und U-Bahnen werden den einzelnen Arbeitern und Angestellten zu dem Zeitverlust auch noch die Kosten für die durch die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung desorganisierten Verkehrsströme aufgehalst. Durch die Gebühren sind sie in ihrer Bewegungsfreiheit erheblich eingeschränkt. Deshalb hat die Arbeiterklasse in Westdeutschland gute Gründe, Gebührenfreiheit für den öffentlichen Nahverkehr zu fordern. Sie müssen fallen, wie der Wegzoll fallen mußte, als die Zeit reif war.

Frankreich: Große Streiks für mehr Lohn, 35-Stundenwoche und politische Rechte



Hunderttausende französische Lohnabhängige haben im Oktober gestreikt. Die Arbeiter des Maschinenbau- und Elektrokonzerns Alsthom demonstrieren vor der Pariser Börse gegen geplante Polizeieinsätze. (s. S. 11)

z.gug. **Letzte Woche haben die „deutsch-britischen Konsultationen" stattgefunden.** Hauptpunkt, neben der Rhodesien-Konferenz und dem Nato-Bündnis, war die Überprüfung der nächsten Schritte des imperialistischen Konkurrenten im Ringen innerhalb des EG-Marktes. Rechtzeitig vor der EG-Gipfelkonferenz am 29. November in Dublin, damit Spielraum auf beiden Seiten bleibt, notwendige Erpressungs- und Ausspielungsmanöver noch vorzubereiten. Die britische Premierministerin hat Bundskanzler Schmidt aufgefordert, einer Erhöhung der Auszahlungen an die britischen Imperialisten aus dem EG-Haushalt, der finanziert wird über die Zölle der Länder der Dritten Welt und die Mehrwertsteuerzahlungen der Massen in den EG-Staaten, zuzustimmen, oder umgekehrt einer Senkung des Beitrags der britischen Imperialisten. Im nächsten Jahr, so rechnete sie vor, müßten die britischen Imperialisten 10,2% im Haushalt belassen von dem, was sie einzahlen, im Gegensatz zu den westdeutschen, die über 93% und den französischen Imperialisten, die gar 99% der Einzahlungen wieder rausholten. Das sei ungerecht, schließlich hätten die britischen Imperialisten es immerhin geschafft, so brüstete sie sich im ZDF, das Pro-Kopf-Einkommen der britischen Bevölkerung unter EG-Durchschnitt zu senken und damit den westdeutschen Imperialisten den Weg erleichtert, Gleiches zu tun. Schmidt, der im Rollenversuch des überlegenen Onkels nicht überzeugen konnte, sehe keinen praktischen Weg, berichtet das britische Fernsehen BBC: Margaret Thatcher hat angekündigt, daß die britischen Imperialisten eine Entscheidung auf alle Fälle im nächsten Monat wünschen, bei Erfüllung der Forderungen seien Konzessionen z.B. bei der Fischerei möglich, im umgekehrten Falle entsprechende Maßnahmen.

z.gek. **In diesem Monat wird Außenminister Genscher zu einer Botschafterkonferenz nach Südamerika reisen.** Zur Vorbereitung hat sich der Staatssekretär Hermes, die graue Eminenz im Auswärtigen Amt, über „Aspekte und Perspektiven der deutschen Lateinamerika-Politik" geäußert (Europa-Archiv 14/79). Hermes stellt fest, daß „Lateinamerika ... mit seinen traditionellen Ausfuhren – landwirtschaftliche und mineralische Rohstoffe – seine Position und ‚terms of trade' im Welthandel nicht halten" könne. „Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Industrieländern und lateinamerikanischen Ländern bei Abbau *und Verarbeitung* mineralischer Rohstoffe könnte hier einen Wandel einleiten." Insbesondere schielt Hermes auch auf die „Erdölerzeuger in der westlichen Hemisphäre", zu der für ihn Lateinamerika nun einmal gehört. Kernsatz seiner Ausführungen: „So wird ... die Stabilisierung, politisch wie wirtschaftlich, dieses Raumes zu einer Aufgabe, die weit über regionale Friedenswahrung hinausgreift." Auf deutsch: „Frie-

und Südostasien weit hinter Japan und den USA zurück: Aus der BRD kommen nur 7,9% aller indonesischen Importe, aus Japan dagegen 21,1%. „In Indonesien hat die deutsche Wirtschaft noch Nachholbedarf", „Indonesien – Basis für den Fernen Osten", trompetet die westdeutsche Presse zur Offensive im Wirtschaftskrieg.

z.trh. **Bei seinem Besuch am 30. Oktober in Westberlin ließ der französische Staatspräsident sowohl gegenüber der UdSSR als auch gegenüber den anderen imperialistischen Konkurrenten keinen Zweifel offen, daß Frankreich mit allen Mitteln seine Besatzungsrechte aufrechterhalten will.** Im Anschluß an den Empfang durch französische, britische und amerikanische Streitkräfte nahm Giscard eine Parade von 1700 der 2500 Soldaten umfassenden französischen Streitkräfte ab. Begleiten ließ er sich auch durch die eigens aus Paris eingeflogene „Republikanische Garde". Nicht Kanzler Schmidt hieß Giscard, sondern Giscard hieß den Kanzler herzlich willkommen und unterstrich das geltende Besatzerrecht in seiner Rede: „Sie bedauern die Einschränkungen, die die Drei Mächte zuweilen in Ausübung der obersten Gewalt, die sie in ihren jeweiligen Sektoren innehaben, vorzunehmen gezwungen sind. Aber Sie wissen auch, daß Ihre Freiheit auf dem Viermächte-Recht beruht ... Es erlaubt den Drei Mächten auch, Ihre Rechte zur Geltung zu bringen, wenn es um den Schutz Ihrer Freiheit und Ihrer Sicherheit geht."



z.gug. **Geladen waren und ihr Kommen zugesagt hatten sie fast alle,** die GAZ, GLU, GLSH, GLH, FIU, die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher, die Alternative Liste Berlin, die Grüne Liste Hamburg, die Wählergemeinschaft Grüne, Bunte und Alternative Listen Nordrhein-Westfalens, der Dritte Weg, und wer sich möglicherweise sonst noch alles einfand zum Delegiertentreffen der Grünen und Bunten Listen am vergangenen Wochenende in Offenbach. Entschieden werden sollte die Gründung einer Bundespartei mit Namen „Die Grünen". Ob und wer einer solchen Partei angehören wird, war bis Redaktionsschluß nicht bekannt. 14 Arbeitsgruppen arbeiten derzeit an den programmatischen Festlegungen der „Die

CDU-Umweltkongreß: „Öffentliches Wohl gegen Sonderinteressen durchsetzen"

z.jük. Die bürgerlichen Parteien sind seit längerem dabei, ihre Taktik gegenüber den Massenbewegungen, die sich gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise, die Zerstörung der allgemeinen Lebensbedingungen richten, zu ordnen. Zweck ist, für die Durchsetzung des imperialistischen Energieprogramms einen erneuten Anlauf zu nehmen. Denn, zwar haben die „Grünen" ihre Aufgabe ganz gut erfüllt, die parlamentarischen Strömungen in diesen Massenbewegungen zu stärken, um den Bruch, der vielfach schon gegenüber dem Kapitalismus und dem bürgerlichen Staat aufgetreten war, aufzufangen. Aber schließlich geht es um die Durchsetzung ökonomischer und politischer Interessen des Finanzkapitals gegenüber der Arbeiterklasse und den Volksmassen, und dazu reichen „Grüne" kaum aus, stören eher. Der Wirtschaftsrat der CDU E.V. hat Ende Oktober einen Umweltkongreß durchgeführt.

Einige Professoren gingen dort in die Vollen: „Wirtschaftswachstum während der nächsten 30 bis 50 Jahre bleibt unabdingbar." Das erfordert: „ein ausgewogenes Wachstum aller Energiearten, einschließlich eines Anteils der Kernenergie in ihren bestmöglichen abgesicherten Formen während einer Übergangszeit von 20 bis 30 Jahren bis Sonnenenergie und vielleicht andere Energieformen in ausreichendem Maße praktisch verfügbar werden". (Prof. Deutsch) Ein Professor Koselleck folgert: „Sicher ist, daß die Menschen eine gesteigerte Verantwortung für den Umgang mit der Natur auf sich geladen haben. Und wahrscheinlich ist es, daß unsere Bürger hier zu Opfern bereit sind, gleich ob sie durch die Regeln des Marktmechanismus oder durch staatliche Eingriffe gefordert werden". Ernst Albrecht lugt hervor. Denn der treibt diese „Opfer" bekanntlich schon länger ein, mit dem Knüppel. Oder besser, versucht es. Besonders neu ist das nicht, was die CDU hier zusammenbringt, aber man muß sich vereinheitlichen, will man das Energieprogramm der Bourgeoisie durchsetzen. Schon länger wird in Niedersachsen wie auch in anderen Bundesländern die Politik der „bestmöglichen abgesicherten Formen" betrieben, etwa bei den Probebohrungen in Gorleben. Die Taktik Albrechts in Niedersachsen soll als Modell gelten:

„Größere Umweltkatastrophen müssen unbedingt vermieden werden."

Und damit die Massen auch zahlen, reicht der Knüppel nicht allein, meint der Professor: „Das erfordert eine solche Politik der mutigen Vorsicht oder der des vorsichtigen Mutes, der vollen Öffentlichkeit aller relevanten Informationen über Kraftwerkssicherheit und selbst kleinerer und größerer Betriebsunfälle und Fast-Unfälle und Umweltschäden in allen Technologiebereichen, wo es Anlaß zur Besorgnis gibt". Und dazu müßten neue Großanlagen in „größtmöglicher Entfernung von Ballungsräumen der Bevölkerung" liegen. „Die dadurch anfallenden größeren Kosten für Hochspannungsleitungen, Rohrleitungen und ähnlichen Einrichtungen sind, wenn nötig, durch Preiserhöhungen oder Subsidien der öffentlichen Hand zu tragen." Wissenschaftler und Politiker suchen nach einem Weg, das öffentliche Wohl gegen Sonderinteressen durchzusetzen, schreibt die Süddeutsche. Weltweit, wie man sieht.



Datenverarbeitung zur Senkung der Angestelltenlöhne

Bundesregierung beschließt für 1980 neues Forschungsprogramm

z.bil. 1,5 Mrd. DM hat die Bundesregierung in die bislang bestehenden Programme für Informationstechnologien zugeschossen. Es sind:
– das Programm Elektronische Bauelemente (1974 – 1978)
– das Dritte Datenverarbeitungsprogramm (1976 – 1979)
– das Programm Technische Kommunikation (1978 – 1982).
Zielsetzung dieser Programme war, „der Aufbau einer leistungsfähigen von staatlichen Zuwendungen unabhängigen Datenverarbeitungsindustrie".

Die Phase des Aufbaus einer eigenen Computerindustrie, die Entwicklung von Universalrechnern, Datenbänken, d.h. Herstellung von Anlagen und Geräten ist weitgehend abgeschlossen. Waren die BRD-Imperialisten in den 60er Jahren abhängig von den Geräten vor allem der US-Imperialisten, wie auch der japanischen, französischen und englischen Hersteller, so können

polbourgeoisie versucht damit eigenständig in das profitable Computergeschäft einzugreifen, insbesondere die französischen und englischen Konkurrenten zu überrunden. Die Nixdorf Computer AG und Triumph-Adler bestimmen durch Kapitalbeteiligung die Richtung des neuen Forschungsprogramms. Es zielt vor allem auf die *Anwendung* der Programme (software). „Nicht mehr die speicherplatzsparende Programmierung wird vorrangig sein, sondern Verständlichkeit, Änderbarkeit und Kontrollierbarkeit der Software", umreißt die Bundesregierung das Problem. Nachdem die Computeranlagen und -geräte (hardware) industriell produziert werden können, geht es jetzt vor allem um Programme, die einfach handbar, in Teilbereichen einzusetzen und leicht kontrollierbar sind.

Informationstechnische Büro- und Verwaltungssysteme lassen sich im großen Umfang im Bereich der Verwaltungen der Kapitalisten und in den öf-

Die Datenverarbeitungssysteme lassen sich in Tag- und Nachtschicht in den Betrieben einsetzen. Sie setzen ganze Belegschaften im Angestelltenbereich – die traditionelle Bürohandarbeit – frei, durch formalisierte Arbeit an Bildschirmgeräten oder Texteingabegeräten werden die Arbeitsgänge in wenige Handgriffe aufgeteilt und vereinfacht. Der Arbeitstag wird durch Einsatz von akkordähnlichen Systemen im Rhythmus Tag/Nacht verdichtet. Teilen dieser zunächst rationalisierten Angestelltenbelegschaften werden die Kapitalisten sodann Arbeit zu abgruppierten Löhnen anbieten.

In den öffentlichen Diensten, wo die Kapitalisten die Lohnsenkung jetzt schon durchzusetzen versuchen, werden die akkordähnlichen Systeme an Bildschirmgeräten bekämpft. Begrenzung auf 135 Minuten reine Bildschirmarbeit, keine individuelle Leistungskontrolle wird gefordert. Be-

nicht überzeugen konnte, sehe keinen praktischen Weg, berichtet das britische Fernsehen BBC: Margaret Thatcher hat angekündigt, daß die britischen Imperialisten eine Entscheidung auf alle Fälle im nächsten Monat wünschen, bei Erfüllung der Forderungen seien Konzessionen z.B. bei der Fischerei möglich, im umgekehrten Falle entsprechende Maßnahmen.

z.gek. **In diesem Monat wird Außenminister Genscher zu einer Botschafterkonferenz nach Südamerika reisen.** Zur Vorbereitung hat sich der Staatssekretär Hermes, die graue Eminenz im Auswärtigen Amt, über „Aspekte und Perspektiven der deutschen Lateinamerika-Politik" geäußert (Europa-Archiv 14/79). Hermes stellt fest, daß „Lateinamerika ... mit seinen traditionellen Ausfuhren – landwirtschaftliche und mineralische Rohstoffe – seine Position und ‚terms of trade' im Welthandel nicht halten" könne. „Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Industrieländern und lateinamerikanischen Ländern bei Abbau *und Verarbeitung* mineralischer Rohstoffe könnte hier einen Wandel einleiten." Insbesondere schielt Hermes auch auf die „Erdölerzeuger in der westlichen Hemisphäre", zu der für ihn Lateinamerika nun einmal gehört. Kernsatz seiner Ausführungen: „So wird ... die Stabilisierung, politisch wie wirtschaftlich, dieses Raumes zu einer Aufgabe, die weit über regionale Friedenswahrung hinausgreift." Auf deutsch: „Frie-
denswahrung" in Südamerika ist nicht mehr ausschließlich Sache des US-Imperialismus, der westdeutsche Imperialismus soll seine Ansprüche anmelden. Schließlich flossen „47% der deutschen Privatinvestitionen in Entwicklungsländern nach Lateinamerika, 25% allein nach Brasilien". Hermes empfiehlt, sowohl mit den vom US-Imperialismus gestützten Militärdiktaturen ins Geschäft zu kommen, wie aber auch mit Kirche und bürgerlichen Oppositionskreisen zu kungeln, und über den „hohen Bestand an deutschen Schulen und Kulturinstituten ... künftige Eliten ... heraus(zu)kristallisieren".

z.wom. **Mit der Industrieausstellung INDOGERMA eröffnet das westdeutsche Kapital eine neue Waren- und Kapitalexportoffensive in Südostasien.** An der von der Bundesregierung mit 2,5 Mio. DM geförderten Ausstellung nehmen 234 Unternehmen teil. Pralle Auftragsbücher, z.B. die Erschließung von Braunkohlefeldern für 5 Mrd. DM, sind den westdeutschen Kapitalisten die 50 Mio. DM für die Messe in Jakarta wert. Indonesien ist mit 140 Mio. Menschen das bevölkerungsreichste ASEAN-Land und ist reich an Bodenschätzen wie Erdöl, Zinn, Nickel und Uran und anderen Rohstoffen wie Holz, Rohkautschuk und Kaffee. Die BRD ist inzwischen mit 2,5 Mrd. DM der drittgrößte Gläubiger des Landes. Die westdeutschen Direktinvestitionen sind von 22 Mio. 1972 auf 115 Mio. DM 1978 gestiegen. Auf einer Investitionskonferenz im Rahmen der INDOGERMA wurden von der indonesischen Regierung noch mehr „Investitionsanreize" verlangt. Aber noch liegt das westdeutsche Kapital in Indonesien

heit und Ihrer Sicherheit geht."



z.gug. **Geladen waren und ihr Kommen zugesagt hatten sie fast alle,** die GAZ, GLU, GLSH, GLH, FIU, die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher, die Alternative Liste Berlin, die Grüne Liste Hamburg, die Wählergemeinschaft Grüne, Bunte und Alternative Listen Nordrhein-Westfalens, der Dritte Weg, und wer sich möglicherweise sonst noch alles einfand zum Delegiertentreffen der Grünen und Bunten Listen am vergangenen Wochenende in Offenbach. Entschieden werden sollte die Gründung einer Bundespartei mit Namen „Die Grünen". Ob und wer einer solchen Partei angehören wird, war bis Redaktionsschluß nicht bekannt. 14 Arbeitsgruppen arbeiten derzeit an den programmatischen Festlegungen der „Die
Grünen". Zu programmatischen Festlegungen sehen sie sich gezwungen über Wirtschaftsfragen, demokratische Forderungen, Grundrechte, Minderheitsrechte, zu Bildung und Forschung und zur Wehrpolitik. Schon vor Samstag hatten sich über 100 Redner zum Thema „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" der neu zu gründenden Partei gemeldet.

z.anr. **Offenlegung sämtlicher Sanierungspläne, keine Entlassungen.** Unter diesen Forderungen führte die Belegschaft Telefunken der Werke I und II in Hannover am 2.11. eine Betriebsversammlung in der Stadthalle gegen die von der Betriebsführung geplante Schließung von Werk II durch. Die Be-



triebsführung war auf der Versammlung vorsorglich nicht erschienen. Im Anschluß an die Betriebsversammlung, an der ca. 3000 Arbeiter und Angestellte teilnahmen, führten 2000 vor Werk I von Telefunken eine Demonstration und Kundgebung durch. Die IG Metall eröffnete die Kundgebung mit Verlesen eines Grußtelegramms des Betriebsrates und der Vertrauensleute von Hanomag an die Telefunkenbelegschaft zur Unterstützung ihrer Forderungen. Die IG Metall sagte der Belegschaft für die bevorstehenden Kämpfe ihre Unterstützung zu. Der Vertrauensleutekörper der Maschinenfabrik Max Müller hat ebenfalls ein Solidaritätstelegramm verfaßt.

einer Übergangszeit von 20 bis 30 Jahren bis Sonnenenergie und vielleicht andere Energieformen in ausreichendem Maße praktisch verfügbar werden". (Prof. Deutsch) Ein Professor Koselleck folgert: „Sicher ist, daß die Menschen eine gesteigerte Verantwortung für den Umgang mit der Natur

Datenverarbeitung zur Senkung der Angestelltenlöhne

Bundesregierung beschließt für 1980 neues Forschungsprogramm

z.bil. 1,5 Mrd. DM hat die Bundesregierung in die bislang bestehenden Programme für Informationstechnologien zugeschossen. Es sind:
– das Programm Elektronische Bauelemente (1974 – 1978)
– das Dritte Datenverarbeitungsprogramm (1976 – 1979)
– das Programm Technische Kommunikation (1978 – 1982).
Zielsetzung dieser Programme war, „der Aufbau einer leistungsfähigen von staatlichen Zuwendungen unabhängigen Datenverarbeitungsindustrie".

Die Phase des Aufbaus einer eigenen Computerindustrie, die Entwicklung von Universalrechnern, Datenbänken, d.h. Herstellung von Anlagen und Geräten ist weitgehend abgeschlossen. Waren die BRD-Imperialisten in den 60er Jahren abhängig von den Geräten vor allem der US-Imperialisten, wie auch der japanischen, französischen und englischen Hersteller, so können
sie heute mitkonkurrieren.

Das neue Forschungsprogramm, das die Bundesregierung jetzt für 1980 beschlossen hat, löst die Einzelprogramme durch ein Programm „Informationstechnik" ab, es wird mit 1 Milliarde DM vom Forschungsministerium „gefördert". Die westdeutsche Mono-

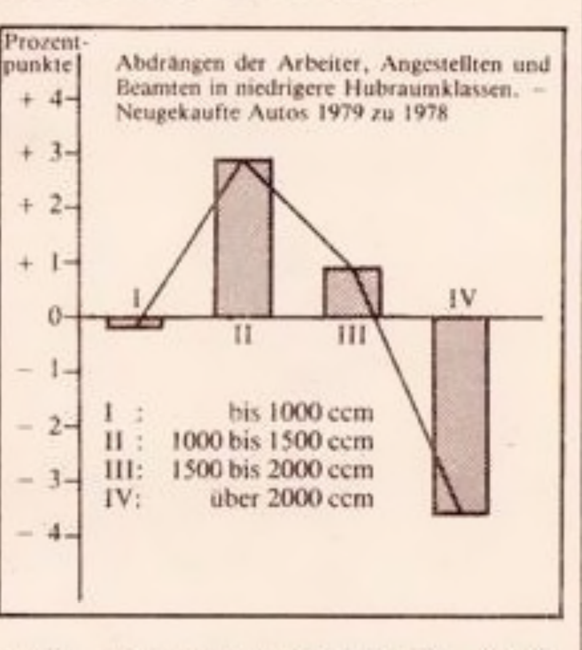
polbourgeoisie versucht damit eigenständig in das profitable Computergeschäft einzugreifen, insbesondere die französischen und englischen Konkurrenten zu überrunden. Die Nixdorf Computer AG und Triumph-Adler bestimmen durch Kapitalbeteiligung die Richtung des neuen Forschungsprogramms. Es zielt vor allem auf die *Anwendung* der Programme (software). „Nicht mehr die speicherplatzsparende Programmierung wird vorrangig sein, sondern Verständlichkeit, Änderbarkeit und Kontrollierbarkeit der Software", umreißt die Bundesregierung das Problem. Nachdem die Computeranlagen und -geräte (hardware) industriell produziert werden können, geht es jetzt vor allem um Programme, die einfach handbar, in Teilbereichen einzusetzen und leicht kontrollierbar sind.

Informationstechnische Büro- und Verwaltungssysteme lassen sich im großen Umfang im Bereich der Verwaltungen der Kapitalisten und in den öf-
fentlichen Diensten einsetzen. Die Umwälzung der Belegschaften im Angestelltenbereich ist eingeplant. „Die arbeitsplatzsparenden Wirkungen der Informationstechnik werden in der Regel jedoch nicht am gleichen Ort und nicht gleichzeitig, sondern in verschiedenen Sektoren und in zeitlichem Abstand auftreten."

Die Datenverarbeitungssysteme lassen sich in Tag- und Nachtschicht in den Betrieben einsetzen. Sie setzen ganze Belegschaften im Angestelltenbereich – die traditionelle Bürohandarbeit – frei, durch formalisierte Arbeit an Bildschirmgeräten oder Texteingabegeräten werden die Arbeitsgänge in wenige Handgriffe aufgeteilt und vereinfacht. Der Arbeitstag wird durch Einsatz von akkordähnlichen Systemen im Rhythmus Tag/Nacht verdichtet. Teilen dieser zunächst rationalisierten Angestelltenbelegschaften werden die Kapitalisten sodann Arbeit zu abgruppierten Löhnen anbieten.

In den öffentlichen Diensten, wo die Kapitalisten die Lohnsenkung jetzt schon durchzusetzen versuchen, werden die akkordähnlichen Systeme an Bildschirmgeräten bekämpft. Begrenzung auf 135 Minuten reine Bildschirmarbeit, keine individuelle Leistungskontrolle wird gefordert. Be-
triebsgruppen fordern die sofortige Aufnahme von Verhandlungen der ÖTV, um durch tarifvertragliche Regelungen, Kontrollrechte der Personalvertretungen und generellen Kündigungsschutz bei der Anmeldung von Rationalisierungsmaßnahmen den Angriffen der Dienstherren entgegenzutreten.

z.til. **Seit Juli sinken die Zulassungen von Neuwagen.** Das Absenken des Lohnstandards zwingt immer mehr Lohnabhängige zum Kauf kleinerer Autos. Eine beträchtliche Zahl wird auf den Gebrauchtwagenmarkt geworfen. Schon 1978 hat sich das Verhältnis von Neuwagen- zu Gebrauchtwagenkauf bei den Lohnabhängigen um 3,3%-Punkte verschlechtert.



z.frb. **Der Abgeordnete Dr. Kreile (CDU/CSU) strebt nach einer Erhöhung des steuerlichen Freibetrags für Werbegeschenke von 50 auf 80 DM ab 1980.** Um das Anliegen zu forcieren, hat er die nunmehr sechste parlamentarische Anfrage zu diesem Thema innerhalb der letzten drei Jahre eingebracht. Der Freibetrag, der den Bourgeois für die kleinen Aufmerksamkeiten, die sie sich gegenseitig zukommen lassen, runde 50 Mio. DM Steuerersparnis im Jahr einbringt, wurde 1975 mit der „großen Steuerreform" eingeführt. Die Bundesregierung verwies in ihrer jetzigen Antwort darauf, daß die Steuerbegünstigung lediglich Gegenstände umfassen solle, „deren Charakter über einen bloßen Werbewert nicht hinausgeht", und lehnt eine Erhöhung des Freibetrags derzeit ab. – Leicht kann die Bundesregierung Härte im Kleinen vortäuschen, wo sie den Kapitalisten gerade erst auf einen Wink hin mit der Abschaffung der Lohnsummensteuer Milliarden zugeschoben hat.

z.frb. **Die Bundesbank hat zum 1. November zum sechsten Mal in diesem Jahr ihre Zinssätze für Diskont- und Lombardkredite erhöht.** Der Diskontsatz liegt jetzt doppelt so hoch wie zu Jahresbeginn. Gleichzeitig erhöhte die Bundesbank die Rediskont-Kontingente der Banken um 4 Mrd. DM. Dies bedeutet, daß sich die Banken mehr Zentralbankgeld für ihr Kreditgeschäft leihen können, aber zu höherem Zins. Mit der westdeutschen hat auch die japanische Zentralbank ihre Leitzinsen erhöht. Zuvor berichtete die Presse, westdeutsche Währungspolitiker seien nach Tokio gereist, um Japan zu einem solchen Schritt zu veranlassen. Die Absicht ist, die Vorteile, die sich die USA-Imperialisten mit ihren drastischen Maßnahmen Anfang Oktober zu verschaffen suchten, zunichte zu machen. – Diese Woche müssen die Vereinigten Staaten eine Anleihe von 2 Mrd. DM auf dem westdeutschen Kapitalmarkt aufnehmen, um den Dollarkurs zu stützen. Schon im letzten November mußten die USA einen DM-Kredit aufnehmen, aber diesmal verlangten die westdeutschen Banken eine Anleihe, die auch an der Börse gehandelt werden kann. Und sie haben sich damit durchgesetzt. – Im Innern wird die Zinserhöhung eine Pleitewelle herbeiführen und unmittelbar durch die Erhöhung der Zinsen auf Konsumentenkredite den Lohn kürzen.

z.urb. **Mit Blick auf den am 30. Juni 80 fälligen Bericht der Bundesregierung zum „Arbeitnehmerüberlassungsgesetz" von 1972 hat der Gewerkschaftstag der IG Bau am 22.10. erneut das Verbot der Leiharbeit gefordert.** Der DGB fordert das seit langem, wie

Türkei: Imperialisten für „Notstandsregierung“

Ecevits „Volkssektor“-Politik hat die ungelöste Landfrage verschärft

z.anb. „Die Reichen haben 300 bis 400 Donum (1 Donum = 0,9 ha) Land, wir haben nichts. Ist das Gerechtigkeit? Ist das Gesetz? ... Wir akzeptieren das nicht. Auf keinen Fall. Wir müssen einig sein. So bekomme ich 10 Donum, der andere Bauer bekommt auch 10 Donum ... Wir haben keine Versicherung, wir haben nichts. Wir fahren mit dem Karren zur Arbeitsstätte ... Amerika und die Sowjetunion plündern uns aus. Wir sind dagegen. Nur eine unabhängige Türkei, dafür sind wir. Arbeiter, Bauern, alle wollen das“ – so begründete ein Baumwollarbeiter aus Ostanatolien seine Teilnahme an einem 120 km langen Marsch entlang der ägäischen Küste, mit dem Ende 1976 die revolutionäre Türkische Arbeiter- und Bauernpartei die Losungen „Weder Amerika noch Rußland! Für eine unabhängige demokratische Türkei!“ propagierte.

Mit Stellungnahmen gegen die imperialistische Einmischung und für die Lösung der Landfrage, die seit der revolutionären Bewegung der Jungtürken vor dem Zweiten Weltkrieg in ihren Ansätzen steckengeblieben war (siehe KVZ 19/79), war die Republikanische Volkspartei CHP unter Ecevit 1973 von großen Teilen der zu Tausenden aus den verödenden Landgebieten, vor allem des Südens und Ostens der Türkei, vertriebenen Bauern gewählt worden. Ecevit war maßgeblich an der Erarbeitung des Landreformgesetzes von 1973 beteiligt. Es war Ausdruck des von der CHP propagierten „dritten Weges zwischen Kapitalismus und Kommunismus“. Ecevit prägte dafür den Begriff des „Volkssektors“, einer dritten Sphäre der nationalen Wirtschaft, neben der verstaatlichten Industrie und den Betrieben der privaten Kleinproduktion.

Davon ausgehend, daß die Forcierung der Industrieproduktion die einzige Möglichkeit sei, die ständig wachsende Verschuldung des Landes gegenüber den imperialistischen Räubern durch Export von Industriegütern aufzufangen, war das Volkssektor-Konzept von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der Versuch, sich unter dem ökonomischen Würgegriff des imperialistischen Kapitals zu *bewegen*, anstatt ihm *Riegel* vorzuschieben durch das Vertrauen auf die eigenen produktiven Kräfte, vor allem die Befreiung der Agrarproduktion von den Fesseln halbkolonialer und halbfeudaler Produktionsverhältnisse, mußte die Lage der zu einem Drittel aus landlosen Bauern bestehenden Bevölkerung weiter verschärfen und barg in sich die Gefahr, das politische Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den Bauernmassen zu sprengen.

Bis 1975 gingen die staatlichen Investitionen in der Landwirtschaft von 16% 1963 auf 9% aller Investitionen zurück; im Gegenzug stiegen diejenigen privaten Kapitals im gleichen Zeitraum jährlich um 13,6% und machten 1975 über 60% aller Agrarinvestitionen aus. Von den Großgrundbesitzern wurde – abzulesen an gewaltigen Steigerungen von Düngemittel- und Traktorimporten (28% bzw. 23% pro Jahr)

– der Monokulturanbau von Baumwolle, Tabak und Hülsenfrüchten vorangetrieben, die Kleinbauern, die zu 60% weniger als 5 ha Land besaßen, wurden zu Tausenden auf deren Plantagen getrieben, vor allem aus den trockenen Gebieten Anatoliens in die bewässerten fruchtbaren Zonen an der Ägäisküste und am Schwarzen Meer.

Von 1963 bis 1975 sank die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten um 21%, Tausende vertriebener Bauern füllten in den großen Städten Istanbul, Izmir, Ankara den Arbeitsmarkt auf. Heute beträgt die Arbeitslosigkeit 22%.

Noch 1974 hatte die Regierung Ecevit den kleinen Bauern in dieser Region, die vorwiegend Tabak anbauten, die Abnahmepreise drastisch erhöht, den Aufbau von Genossenschaften versprochen und den wucherischen Zwischenhandel unter der Fuchtel von Grundbesitzern und imperialistischen Agenten unterbunden. Aber ohne Enteignung des Großgrundbesitzes insgesamt mußten dies aussichtslose Einzelmaßnahmen bleiben.

Das Landreformgesetz von 1973 wurde von allen Parteien der Grundbesitzer und Kompradoren heftigst bekämpft, wobei die mit in der Regierung befindliche Nationale Heilspartei MSP der CHP „Zugeständnisse“ abpreßte, die den sozialen Inhalt der Maßnahme, die Verteilung von Boden an die, die ihn bebauen, in eine Ausrichtung der Landwirtschaft auf kapitalistische Produktionsweise verkehrten:

1. Besitz über 200 ha sollte nur gegen Entschädigung enteignet werden, 2. der Erwerb von Land an die profitliche Bewirtschaftung des Bodens gebunden werden, worüber nach drei Jahren „Probezeit“ zu entscheiden sei, 3. nur in ausgewählten „Reformgebieten“ sollten die Maßnahmen begonnen werden, die Bauernfamilien mußten sich dort bereits drei Jahre an die Grundbesitzer verkauft haben, ehe sie „Anspruch“ auf Land hatten; 4. Zwangsmitgliedschaft der Bauern in Genossenschaften, die ihre Fonds aus eigenen Mitteln (5% der Einnahmen) anlegen sollten, wobei letztere trotz Anhebung der Erzeugerpreise durch den wucherischen Zwischenhandel aufgefressen wurden, dem Staat aber die Errichtung des Marktmonopols untersagt bleiben sollte. Die in der Provinz Urfa durchgeführte versuchsweise Umsetzung dieses Gesetzes belegte sein Scheitern: die Genossenschaften verschuldeten sich in ständig wachsendem Maße an die Großgrundbesitzer der Umgebung, es dauerte nicht lange und sie waren in Landarbeiter auf den von diesen usurpierten staatlichen Ländereien zurückverwandelt. Im Mai 1977 wurde das Gesetz offiziell annulliert, die Landfrage steht erneut offen.

Die Niederlage der CHP bei den Teil- und Nachwahlen Mitte Oktober drückt die Absage der Bauernmassen an Ecevits Politik aus. Für die Imperialisten, vor allem die Supermächte, ist das Ansporn ihrer Einmischungsversuche. Daß die Gerechtigkeitspartei (AP) Demirels, die 1975 schon einmal die CHP durch eine Einheitsfront der Parteien der Grundbesitzer und Kompradoren ersetzte, ohne den Aufschwung der Klassenkämpfe stoppen zu können, jetzt als „Alternative“ gewählt wurde, glauben selbst die Imperialisten nicht. Die bürgerliche Presse liebäugelte zwei Tage nach der Wahl mit der Vorstellung einer „Notstandsregierung“, vielleicht dem Militär?

Während die Arbeiterklasse in großen Kämpfen den Lohnstandard verteidigt und demokratische Freiheiten fordert, ist das Bündnis mit der Hauptkraft der demokratischen Revolution, den Bauernmassen, unter beträchtlichen Druck gekommen. Mit imperialistischem Flankenschutz soll Demirel die Bauern gegen den „Terrorismus“ der Arbeiterklasse aufbringen.





Kundgebung von 2000 Bauern in Kars Göle, August 1978. Die Bauern forderten die Erhöhung der Erzeugerpreise für Milch und Fleisch sowie die Rückgabe von Land, das die Grundbesitzer verschuldeten Bauern abgenommen haben.



November 1978. 4000 demonstrieren in Istanbul gegen einen 4tägigen „Besuch“ sowjetischer Kriegsschiffe (im Hintergrund)

Mit der „Truman-Doktrin“ setzen die USA ihren Militärstiefel auf die Türkei

z.scc. 1947, als Antwort auf die revolutionäre Erhebung des griechischen Volkes und in Sorge vor einem Übergreifen auf die Türkei, verabschiedet der US-Kongreß auf Betreiben Präsident Trumans ein 400 Mio. $-„Hilfs“programm für beide Länder: Angesichts der offenen Schwäche des bisher dominierenden Großbritanniens gelte es v.a., die „Integrität der Türkei“ als „wesentlich für die Erhaltung der Ordnung im Nahen Osten“ zu sichern. Bald darauf treffen die ersten Mitglieder einer US-Militärkommission in der Türkei ein, um die „Reorganisation der Streitkräfte“, den Bau von US-Luftwaffen- und Marinestützpunkten in Gang zu bringen.

Daß die USA 1949 zunächst die Aufnahme der Türkei in ihr neugebildetes imperialistisches Militärbündnis NATO verweigern, ändert nichts daran, daß die Türkei in ihrem Weltherrschaftsstreben fortan eine Schlüsselrolle einnimmt, als Stützpunkt gegen die



Amerikanische Marineinfanterie, Landungsübung in der Salos-Bucht



Amerikanische Marineinfanterie, Landungsübung in der Salos-Bucht

Sowjetunion und die Völker des Mittleren Ostens gleichermaßen. 1952, mit dem NATO-Beitritt, zwingen sie der Türkei ein Garantieabkommen auf, das ihnen bei „indirekter und direkter Bedrohung“ Interventionsrecht zubilligt. 1955 folgt ein weiteres Abkommen über US-Einrichtungen in der Türkei; etliche US-Stützpunkte und Spionagestationen sind zu dieser Zeit, neben den Stützpunkten im Rahmen der NATO, bereits in Betrieb. 1959 setzen die USA außerdem den Bau von Raketenrampen in der Türkei durch.

Zwar scheitert die 1957 von Eisenhower verkündete „Mittelost-Doktrin“, nach der sich die USA zur Garantiemacht in der Region aufwerfen, am Widerstand der meisten arabischen Staaten. Jedoch können die US-Imperialisten der Türkei im Rahmen der Gründung des Cento-Paktes (s. KVZ 40/79) 1959 ein weiteres, zusätzliches Garantieabkommen aufzwingen.

1969 unternimmt die türkische Regierung den halbherzigen Versuch, die



Demonstrationen gegen Sicherheitsabkommen mit den USA, Sommer 1960

einschneidende Verletzung der Souveränität der Türkei durch die insgesamt 56 militärischen Verträge mit den USA einzuschränken. In einem neuen „Verteidigungs“abkommen wird festgelegt, daß die Türkei die Eigentumsrechte an den acht US-Basen (auf denen 20000 US-Soldaten mit Familien stationiert waren) sowie weiteren US-Einrichtungen behält, Genehmigungspflicht für Zweck und Dauer jeder Basis sowie jederzeitiges Inspektionsrecht hat.

Als 1975 die US-Imperialisten die Widersprüche zwischen der Türkei und Griechenland um Zypern aufheizen und ausnutzen, um den Druck auf beide Länder zu verstärken, suspendiert die Türkei den 69er Vertrag und übernimmt das Kommando über alle 26 US-Stützpunkte. Die NATO-Stützpunkte bleiben von dieser Maßnahme ausgeschlossen, was sich v.a. die westdeutschen Imperialisten durch Verstärkung ihrer Präsenz und Einmischung in der Türkei im Rahmen der NATO zunutzemachen können. Entsprechend dem 1976 neu abgeschlossenen, vierjährigen Militärabkommen mit den USA übernimmt die Türkei zwar auch vertraglich den Befehl über die US-Stützpunkte; 6000 US-Soldaten bleiben aber dort stationiert.

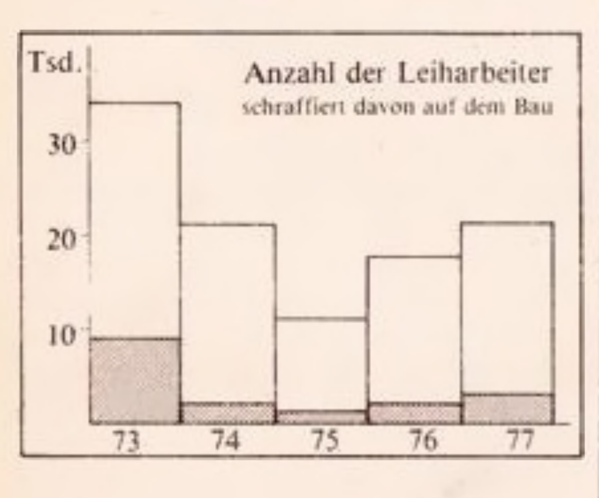




Türkische Studenten greifen US-Militärfahrzeuge an, Istanbul 1970

---

auch, daß für Leiharbeiter der beim „Entleiher“ gültige Tarifvertrag gilt, um so der Spaltung entgegenzuwirken. Das Bundesverfassungsgericht erklärte dazu 1967 grundsätzlich, daß ein Verbot der Leiharbeit „das Grundrecht auf Berufsfreiheit einschränke“, um diese Form der Reservearmee entsprechend den Konjunkturbedürfnissen verfügbar zu halten.



z.uwz. **Auch mit der Anklage gegen den Blocksprecher der G 16 und Mitglied der VK-Leitung der IGM bei AEG, Uwe Zabel, läßt sich der Kampf der Hamburger Berufsschüler gegen die Verkürzung der Ausbildung nicht brechen.** Im Gegenteil: Am 1. Verhandlungstag verlas Uwe Zabel 2 Stunden lang Solidaritätserklärungen von gewerkschaftlichen Körperschaften, Schülerräten und Betrieben, die gut 100000 Lohnabhängige repräsentieren. So unterstützen u.a. die Große Funktionärsversammlung der IGM, die DV der IG Druck, die LVV und die VV der GEW die Forderungen des Berufsschülerstreiks: „Weg mit dem Kurssystem! Keiner darf durchfallen! Keine Stufenausbildung und Kurzausbildungsgänge!“ Am 2.11. fand vor dem Beginn des 2. Verhandlungstages eine Vollversammlung der Lehrlinge der G 10 statt, auf der Uwe Zabel sprach. Im Gericht wollten dann 150 Berufsschüler, Delegationen aus mehreren Schulen, den Prozeß angreifen. Richter Hübner reagierte mit verstärkter Unterdrückung der Verteidigung und des Angeklagten, dem er eine Ordnungsstrafe von 1 Tag Haft ersatzweise 200 DM verpaßte. Auf einer Kundgebung vor dem Gericht wurde der Vorschlag begrüßt, daß die DGB-Jugend eine Demonstration beschließen soll. An den Berufsschulen werden für den Tag der nächsten Verhandlung, am 12. 11. Vollversammlungen gegen den Prozeß organisiert.

z.kup. **Die PLO gab in Bonn bekannt, daß in westdeutschen Gefängnissen und Aufnahmelagern Palästinenser und Araber anderer Nationalitäten vom israelischen Geheimdienst in Zusammenarbeit mit dem Bundesnachrichtendienst verhört werden.** In Straubing wurde Palästinensern z.B. die Freilassung angeboten, wenn sie Führer des palästinensischen Volkes ermorden. Bei einem Prozeß in Westberlin machte ein Palästinenser die Aussage, daß ihm vom israelischen Geheimdienst versprochen wurde, daß er mit Zustimmung des Staatsanwalts fliehen könne, machte er nur die geforderten Aussagen. Die Bundesregierung versucht den Eindruck zu erwecken, als handle es sich um einen Einzelfall und ein Versehen. Es ist aber eine bekannte Tatsache, daß die westdeutschen Imperialisten seit eh und je die Zionisten nach besten Kräften bei der Unterdrückung des palästinensischen Volkes unterstützt haben: Milliardensubventionen als Wiedergutmachung getarnt, Waffenlieferungen, jährliche Entwicklungshilfe von gegenwärtig 140 Mio. DM oder auch Entsendung der GSG 9 zur Abhaltung von Lehrgängen „Kampf gegen den Terrorismus“. Die gute Zusammenarbeit zwischen dem BND und den israelischen Zionisten soll, so Regierungssprecher Bölling, auch weiter betrieben werden. Die Botschafter der arabischen Länder in Bonn haben beim Außenministerium Protest eingelegt.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 11 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 12 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



b.suk. **Der Hamburger Senat muß 4,65 Mio. DM für Apotheken- und medizinischen Bedarf für die Krankenhäuser der Gesundheitsbehörde nachbewilligen.** Das sind 6,92% mehr als geplant. Von 1977 bis Juli 1979 gelang es dem Senat, die Bettenzahl in den Akutkrankenhäusern um weitere 2,3% zu senken. Die Pflegetage um 0,76%. Die Patientenzahl stieg um 2,2%, die Bettenausnutzung um 2,7%. Die Kämpfe der Belegschaften gegen das Ehrenbergsche Mordprogramm haben direkten Einfluß auf die Ausgaben für Medikamente. Mehr Geld wird z.B. für Herzschrittmacher gebraucht, d.h. vor allem für Rentner. Für Medikamente in staatl. Alten- und Pflegeheimen müssen 230000 DM nachbewilligt werden.

b.thc. **In drei Minuten einigten sich am 31.10.79 alle bürgerlichen Parlamentsparteien darauf, die „Wahlkampfkostenpauschale" von 2,50 auf 3,50 DM zu erhöhen.** damit stecken sie sich rückwirkend 6,65 Mio. DM aus Steuergeldern zur Finanzierung ihrer Lügen zu.



b.kaq.Lübeck. **Ein Mitglied des KBW wurde in Lübeck wegen Leitung unangemeldeter Aufzüge in zwei Fällen und Durchführung einer Kundgebung, entgegen den Auflagen des Ordnungsamtes, zu 15 Tagessätzen a 50 DM verurteilt.** Ein Megaphon wurde eingezogen. Bei den unangemeldeten Aufzügen handelt es sich um die organisierte Durchführung der Unterschriftensammlung für die Kandidatur des KBW zu den Landtagswahlen, bei der 7800 Unterschriften gesammelt werden mußten. Das Marschieren in Zweierreihen und das Rufen von Parolen wertete das Gericht als Versammlung und wer vorangeht und die Einteilung vornahm als Leiter. Bei der zweiten Sache handelte es sich um eine Megaphonbenutzung in der Fußgängerzone der Breiten Straße. Daß die Revolutionäre die Schikane des Wahlgesetzes, die eine Nutzung der Wahlen verhindern soll, umgedreht haben, um die Ziele der Arbeiterklasse im ganzen Land zu propagieren, hat die Bourgeoisie geschmerzt. Mit noch zwei folgenden Anklagen sollen die Weichen für die Bundestagswahl gestellt werden. Mit der Verknüpfung des Wahlgesetzes mit

b.kaq.Lübeck. **Ein Mitglied des KBW wurde in Lübeck wegen Leitung unangemeldeter Aufzüge in zwei Fällen und Durchführung einer Kundgebung, entgegen den Auflagen des Ordnungsamtes, zu 15 Tagessätzen a 50 DM verurteilt.** Ein Megaphon wurde eingezogen. Bei den unangemeldeten Aufzügen handelt es sich um die organisierte Durchführung der Unterschriftensammlung für die Kandidatur des KBW zu den Landtagswahlen, bei der 7800 Unterschriften gesammelt werden mußten. Das Marschieren in Zweierreihen und das Rufen von Parolen wertete das Gericht als Versammlung und wer vorangeht und die Einteilung vornahm als Leiter. Bei der zweiten Sache handelte es sich um eine Megaphonbenutzung in der Fußgängerzone der Breiten Straße. Daß die Revolutionäre die Schikane des Wahlgesetzes, die eine Nutzung der Wahlen verhindern soll, umgedreht haben, um die Ziele der Arbeiterklasse im ganzen Land zu propagieren, hat die Bourgeoisie geschmerzt. Mit noch zwei folgenden Anklagen sollen die Weichen für die Bundestagswahl gestellt werden. Mit der Verknüpfung des Wahlgesetzes mit dem Versammlungsgesetz soll die Propaganda verhindert werden. Der Kernsatz des Urteils war dann auch, daß eine Verurteilung nötig sei, damit der Angeklagte in Zukunft wisse, woran er sich zu halten habe. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

b.deb. **Am 8.10. kollidierte bei dickem Nebel auf der Elbe vor Stadersand ein Binnentanker der Reederei Burmester mit einem Frachtschiff.** Der Tanker war ohne Radar ins Gegenfahrwasser geraten. Durch das ausgelaufene Öl ist das Unterelbeufer total verschmutzt. Die Elbfischer haben seit dem Unfall keinen Fisch mehr gefangen: durchschnittlicher Schaden ca. 5000 DM, täglicher Verdienstausfall 100 bis 200 DM. Die Elbfischer fordern jetzt von Burmester Entschädigung.

b.hör.Kiel. **Die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz nahm am 6.10.79 einen Antrag zu Arbeiten an Bildschirmgeräten an.** Darin wird der ÖTV-Hauptvorstand aufgefordert, „Verhandlungen mit den Arbeitgebern über den Abschluß eines Tarifvertrages für Arbeiten an Bildschirmgeräten aufzunehmen." Als Grundlage soll der Entwurf einer Dienstvereinbarung zwischen der Stadt Kiel und dem Personalrat der Inneren Verwaltung dienen, in dem u.a. gefordert wird: Mischarbeitsplätze bzw. Mehrstellenarbeitsplätze für Arbeiten mit Bildschirmgeräten; bei ununterbrochener Arbeitsdauer von 45 Min. zusätzlich bezahlte Erholungszeit von 15 Min. (sofern gesetzlich oder tariflich keine längeren Pausen vorgesehen sind); nicht länger als 135 Min. tägliche Arbeitszeit mit Blickkontakt an Bildschirmgeräten; medizinische Überwachung durch einen Facharzt eigener Wahl auf Kosten der Stadt; keine finanziellen Nachteile, wenn die Arbeit aus medizinischen Gründen nicht mehr möglich ist.

r.anh. **Gefangene der JVA Lingen II wählen die Gefangenenmitverantwortung zum großen Teil auf gewerkschaftlicher Grundlage.** Dies ergaben die Wahlen am 19.10.79. Die Gefangenenmitverantwortung (GMV) hat nach dem Strafvollzugsgesetz keinerlei Koalitionsrechte der Gefangenen gegenüber der Anstaltsleitung, vielmehr soll sich ihre Arbeit an „der Aufgabe der Anstalt" orientieren. Die Vertreter der gefangenen Arbeiter haben die GMV, die auch über keine Geldmittel verfügt, dennoch genutzt, um den ständigen Kleinkrieg gegen Schikane und Unterdrückung zu führen. Zu der jetzigen Wahl haben zwei Kandidaten ein Wahlprogramm ausgearbeitet. In diesem Wahlprogramm, das auf fast allen Fluren aushing und von den Bediensteten kaum abgerissen wurde, wird unter anderem gefordert: „Wir fordern Offenlegung der Finanz- und Wirtschaftsführung der JVA!... Stimmt es, daß die Anstalt im letzten Jahr über 1 Mio. DM Profit erwirtschaftet hat?... Wir fordern Tariflohn für Gefangene und sofortige Einbeziehung in die Sozialversicherung, außerdem gewerkschaftliche Rechte!... Die GMV... kann es als Interessensvertretung der Gefangenen nicht dulden, daß viele Familien verschuldet sind, wenn der Gefangene aus dem Gefängnis entlassen wird, obwohl er dort gearbeitet hat. Sie kann es auch nicht dulden, daß im Gefängnis Arbeiter an Zwangsarbeit und praktisch kostenlose Vernutzung ihrer Arbeitskraft gewöhnt werden sollen." Für diese Forderungen bzw. für das gesamte Wahlprogramm wurden absolut 133 Stimmen abgegeben von insgesamt 638 absoluten Stimmen der etwa 300 Gefangenen. Ein Kandidat dieses Programms wurde somit in die neunköpfige GMV gewählt.

b.het.Hamburg. **20 Jahre dauert der Kampf um eine Ampel Ecke Bahrenfelder Kirchenweg / Mendelssohnstraße.** Allein ca. 400 Schüler der Grundschule Mendelssohnstraße müssen hier den Bahrenfelder Kirchenweg überqueren, den täglich um 6000 Autos befahren. Die Verkehrsbehörde läßt jährlich nur 20 Schulampeln bauen: eine kostet mit Installation mindestens 50000 DM, man habe nur 2 Mio. DM pro Jahr zur Verfügung. Es gibt also eine Warteliste. Hier steht die Ampel an ca. 125. Stelle, d.h. bestimmt 6 Jahre warten. Ein tödlicher Unfall könnte die Plazierung allerdings verbessern. Als widerlich makaber bezeichnen die Eltern diese Rechnung. Der bürgerliche Staat will das Problem so lösen: den Bahrenfelder Kirchenweg drastisch verschmälern, die Autofahrer durch Staubildung zum Schrittfahren zwingen. Eine öffentliche Anhörung über diesen Plan, in dieser Woche, wollen

im Gefängnis Arbeiter an Zwangsarbeit und praktisch kostenlose Vernutzung ihrer Arbeitskraft gewöhnt werden sollen." Für diese Forderungen bzw. für das gesamte Wahlprogramm wurden absolut 133 Stimmen abgegeben von insgesamt 638 absoluten Stimmen der etwa 300 Gefangenen. Ein Kandidat dieses Programms wurde somit in die neunköpfige GMV gewählt.

b.het.Hamburg. **20 Jahre dauert der Kampf um eine Ampel Ecke Bahrenfelder Kirchenweg / Mendelssohnstraße.** Allein ca. 400 Schüler der Grundschule Mendelssohnstraße müssen hier den Bahrenfelder Kirchenweg überqueren, den täglich um 6000 Autos befahren. Die Verkehrsbehörde läßt jährlich nur 20 Schulampeln bauen: eine kostet mit Installation mindestens 50000 DM, man habe nur 2 Mio. DM pro Jahr zur Verfügung. Es gibt also eine Warteliste. Hier steht die Ampel an ca. 125. Stelle, d.h. bestimmt 6 Jahre warten. Ein tödlicher Unfall könnte die Plazierung allerdings verbessern. Als widerlich makaber bezeichnen die Eltern diese Rechnung. Der bürgerliche Staat will das Problem so lösen: den Bahrenfelder Kirchenweg drastisch verschmälern, die Autofahrer durch Staubildung zum Schrittfahren zwingen. Eine öffentliche Anhörung über diesen Plan, in dieser Woche, wollen die Eltern nutzen, um ihre Forderung nach einer Ampel zu bekräftigen.

b.guk.Hamburg. **Die Möglichkeit zum Regreß gegen die im öffentlichen Dienst Beschäftigten hat sich der Dienstherr bereits im Grundgesetz festschreiben lassen.** Im Art. 34 GG (Amtshaftung bei Amtspflichtverletzungen) heißt es: „... Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten...". Im BGB §839 wird der Schadensersatzanspruch geregelt. Der Haushaltsausschuß der Hamburger Bürgerschaft befaßt sich zur Zeit mit den Berichten des Rechnungshofes über die Wirtschaftlichkeit von behördlichen Dienststellen. Dabei werden, so Weiland, Vorsitzender des Ausschusses, immer wieder „Schlampereien" von Beamten aufgedeckt. Offen droht er mit verstärkter Regreßpflicht. Was für Weiland Schlamperei ist, ist für die Kollegen das Resultat ständiger Unterbesetzung und Mehrarbeit. Ein Sachbearbeiter im Sozialamt muß z.B. an einem Tag 34 Personen mit einer Gesamtauszahlung von 11800 DM abfertigen. Einer Sachbearbeiterin war in der Hetze ein Berechnungsfehler unterlaufen, so daß eine Überzahlung erfolgte. Sie sollte in Regreß genommen werden. Die Kollegen stellten sich auf ihre Seite und wiesen nach, daß der Fehler nur aufgrund von Überarbeitung entstanden war. Die Regreßforderung konnte zurückgewiesen werden. Eine Sozialpädagogin wurde zur Zahlung von 3000 DM verpflichtet und wegen Verletzung der Aufsichtspflicht belangt. Bei einem Kinderausflug hatten sich einige Kinder von der Gruppe entfernt und eine Schonung angezündet.

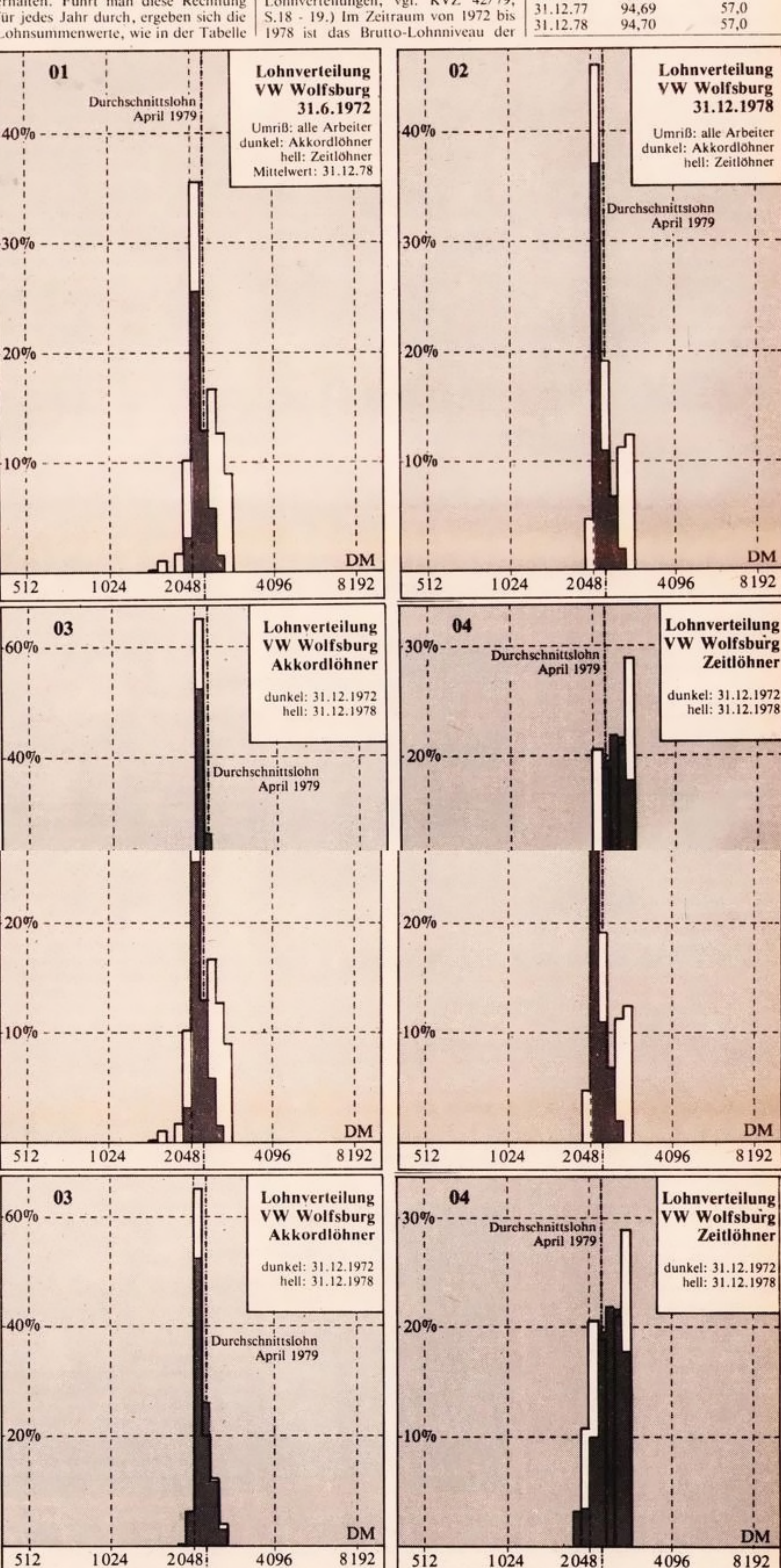
Hebt Akkord das Lohnniveau? Ein Märchen.

Untersuchung anhand VW-Wolfsburg

r.gör. Ende 1978 waren beim VW-Werk Wolfsburg etwas über 41000 Arbeiter beschäftigt (ohne Vorarbeiter, Meister). Welche Auswirkungen hat der wachsende Anteil der Akkordlöhner (Tabelle, Spalte 3) auf Lohnverteilung und Lohnniveau? Stets mit einer Arbeitszeit von 173 Stunden, einem Akkordsatz von 134% und ohne Schichtzulagen u. ä. gerechnet, ergibt sich für diese Belegschaft im Dezember 1978 eine monatliche Bruttolohnsumme von 94,7 Mio. DM. Angenommen nun, diese selbe Belegschaft vom 31.12.78 wäre zu diesem Zeitpunkt derart auf Zeit- und Akkordlöhner sowie auf die einzelnen Lohngruppen aufgeteilt, wie es 1972 der Fall gewesen ist. Dann hätte sie im Dezember 1978 eine Lohnsumme von 93,27 Mio. DM erhalten. Führt man diese Rechnung für jedes Jahr durch, ergeben sich die Lohnsummenwerte, wie in der Tabelle aufgeführt. – Der *minimale* Anstieg dieser Lohnsumme ergibt sich aus dem Wegfall der unteren Lohngruppen. *Der wesentliche Anstieg des Anteils der Akkordarbeiter hat sich dagegen nicht in einem höheren Lohnniveau ausgewirkt!* Während also der Akkordlohn dem einzelnen Arbeiter als eine Möglichkeit erscheint, einem unzureichenden Lohnniveau zu begegnen, erweist sich dies vom Standpunkt der Gesamtbelegschaften aus als Illusion.

Die Schaubilder zeigen, daß die Akkordarbeiter im wesentlichen in die untere Hälfte der Lohnverteilung gedrückt worden sind. (Der „Durchschnittslohn April 1979" bezieht sich auf die Gesamtheit der rentenversicherten Lohnabhängigen und ermöglicht besseren Vergleich mit anderen Lohnverteilungen; vgl. KVZ 42/79, S.18 - 19.) Im Zeitraum von 1972 bis 1978 ist das Brutto-Lohnniveau der Akkordlöhner um durchschnittlich 2,5% jährlich, das der Zeitlöhner um 3% (in Preisen von 1970) gestiegen. – Nicht aus den Lohnverteilungen, sondern nur durch Untersuchung der Produktion läßt sich allerdings erkennen, wie der Akkord die Arbeitsintensität und darüber die Ausbeutung verschärft. Insbesondere bei VW, wo steigende Arbeitsintensität sich hinter einem faktisch festgeschriebenen 134%-Akkordsatz verbirgt.

Jahr	Lohnsumme Mio. DM	%-Anteil Akkordarb.
30.06.72	93,27	49,2
30.06.73	93,44	53,9
31.12.74	94,30	49,9
31.12.75	94,70	51,5
31.12.76	94,59	54,0
31.12.77	94,69	57,0
31.12.78	94,70	57,0



b.trw. **Für die rund 70000 Beschäftigten im Groß- und Außenhandel im Tarifgebiet Hamburg haben die Gewerkschaften HBV und DAG mit dem Kapitalistenverband Groß- und Außenhandel einen neuen Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen abgeschlossen.** Der Tarif ist am 1. November in Kraft getreten und beinhaltet einen Einstieg in die vermögenswirksamen Leistungen mit einem Arbeitgeberanteil von 13 DM, der bis 1983 auf 52 DM steigen soll. Für die Beschäftigten im Einzelhandel hatten beide Gewerkschaften einen Vertrag über vermögenswirksame Leistungen mit einem Arbeitgeberanteil von 13 DM 1978 abgeschlossen.

b.wik.Brunsbüttel. **Landwirtschaftsminister Westphal und Bürgermeister Austermann halten das Industriegebiet Brunsbüttel als Standort für eine Kohleveredelungsanlage für geeignet.** Die dazu erforderlichen 400 Hektar Land wollen sie im Industriegebiet Süd beschaffen, durch Enteignung weiteren Landes der Bauern und Umwandlung in Land zur Niederlassung von industriellem Kapital, dessen Umschlagszeit sich durch die Standortvorteile Brunsbüttels verkürzt. Betrieben werden soll die Anlage mit importierter Kohle. Obwohl die Bundesregierung offiziell herausläßt, die Frage des Standortes sei noch offen, verhandelt Bürgermeister Austermann schon mit den entsprechenden Kapitalisten. Am gleichen Standort ist das Kernenergieprogramm der Kapitalisten ins Stocken geraten.

b.mee. **Fünf Mrd. DM betrug 1978 der Umsatz der mobilen Einzelhändler.** Mit ihren Lieferwagen fahren sie von Tür zu Tür, vorwiegend außerhalb geschlossener Ortschaften oder in kleinen Dörfern, in denen der Kaufmann bereits ruiniert ist. Sie sind ca. 50% teurer als der Supermarkt in der Stadt, wie die Tabelle zeigt. Mit der Stillegung von Bahnlinien und dem Ausdünnen der Busfahrpläne sind Rentner und Familien ohne Auto auf diese Händler angewiesen. Ein Einzelhändler von Treia, Kreis Schleswig-Flensburg, versucht, dem Konkurrenzdruck der großen Supermärkte durch das Herumfahren auszuweichen. Seine Verkaufsfahrten mußte er bis nach Dörpstedt und Bünge ausdehnen (ca. 18 km). Die ganze Woche ist er unterwegs, bis samstags abends 20 Uhr, während seine Frau im Laden im Dorf steht.

	mobiler Händler Preis(DM)	Supermarkt Preis(DM)
Zucker/1 kg	1,85	1,28
Salz/½ kg	0,45	0,18
Dose Erbsen	2,28	1,48
Dose weiße Bohnen	1,15	0,68
1l Sprudel	1,20	0,80
Kaffeesahne	1,05	0,79

r.mis.Hamburg. **Erneute Urabstimmung im norddeutschen Tischlerhandwerk.** Das dreiste Angebot der Kapitalisten von 5,4% hatten die Holzarbeiter mit einer Urabstimmung zu 99,8% abgelehnt. Die Kapitalisten wurden sofort weich und boten, um Schlimmeres zu verhindern, freiwillig 6,8%. In der letzten Urabstimmung wurde von den Holzarbeitern das Angebot von 6,8% mit Mehrheit angenommen. Die Erklärungsfrist bis 30.10. hat die Gewerkschaft Holz und Kunststoff damit angenommen. Jetzt haben die Handwerkskapitalisten der Landesinnungsverbände des Tischlerhandwerks Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein ihren eigenen Angebotsvorschlag wieder zurückgezogen. Das norddeutsche Tischlerhandwerk hatte versucht, mit seinem Kompromißangebot einen Streik zu verhindern, denn die Auftragsbücher sind brechend voll, und

Breuels Privatisierung: Rationalisierung, Streikverbot, für die Kapitalisten Profite

r.scm. Konsequent weiterverfolgen wolle sie ihre Pläne zur Privatisierung, ließ die niedersächsische Landesregierung in einer Pressemitteilung vom 17. Oktober erklären. Ein Staatssekretärsausschuß habe einen Katalog von „Aufgabenfeldern" vorgelegt, die für eine Privatisierung in Betracht kämen. Nun würden die Ministerien prüfen. Mit der Koordinierung dieser Aufgabe sei Birgit Breuel, Minister für Wirtschaft und Verkehr, beauftragt.

Der Katalog selbst wurde nicht veröffentlicht, wohl aber Beispiele genannt: Erwogen wird, Wartungsarbeiten an Kraftfahrzeugen der Polizei an private Firmen zu vergeben, Versorgungsarbeiten im Krankenhausbereich, die amtliche Materialprüfung und die Naßbaggerei in den niedersächsischen Häfen zu privatisieren. Frau Breuel, nicht umsonst federführend, hat in ihrem Buch „Den Amtsschimmel absatteln" weitere Bereiche genannt: Wasserwerke, Gebäudereinigung, Wachdienst, Kantinenbewirtschaftung, wobei sie das Beispiel privater Müllabfuhren im Auge hat. Zweitens will sie die Staatsbeteiligungen an Aktiengesellschaften veräußern.

Es handelt sich um Bereiche, wo es der Bourgeoisie aussichtsreich erscheint, bei entsprechender Organisierung Profite zu machen, und die nicht zu jenen „eigentlichen" Staatsaufgaben der Unterdrückung der Volksmassen gehören. „Qualität und Effizienz" sollen gesteigert werden, schreibt Breuel, „Kapazitäts- und Rationalisierungs-, gegebenenfalls auch Finanzierungsreserven" sollen erschlossen werden, „die gegenwärtig nicht genutzt sind". Wie soll das geschehen, wenn nicht durch Mehrarbeit und Lohnraub? Was sonst soll man unter den „kaufmännischen" und „marktrationalen" Gesichtspunkten verstehen, die Frau Breuel im öffentlichen Bereich mehr berücksichtigt haben will? Deshalb wehren sich auch die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst – und wie die Postgewerkschaft nicht ohne Erfolg – gegen die Privatisierungspläne.

Während Frau Breuel mit der Privatisierung die Möglichkeit sieht, den Kapitalisten direkter und vermehrt die Profite aus der Ausbeutung der Arbeiter im öffentlichen Dienst zukommen zu lassen, sieht sie darin auch Gefahren: „Eine solche Entscheidung (der Privatisierung, Verf.) kann davon abhängen, ob ein Streik in lebenswichtigen Betrieben im öffentlichen Bereich ausgeschlossen werden kann oder weniger wahrscheinlich ist als im privaten Bereich; insofern besteht hier ein enger Zusammenhang mit der noch ungeklärten Frage, ob und in welchem Um-

sondere Unterdrückung der Arbeiter im öffentlichen Dienst auf diese Privatfirmen auszudehnen.

Neben den Privatisierungsplänen für den öffentlichen Bereich hat die niedersächsische Landesregierung im September eine Reihe von Beteiligungen an Aktiengesellschaften abzugeben beschlossen, insgesamt 5,7 Mio. DM. (Zum Vergleich: 1975 besaß das Land Niedersachsen mehr als 400 Mio. DM Aktien.) Durch solche Transaktionen versucht die Landesregierung die private Organisationsform des Kapitals auf bisherige Staatsunternehmen auszudehnen. Sie stellt sich damit in den Gegensatz zu jener bürgerlichen Linie, die mit Staatsmonopolen die Überwindung des Kapitalismus zu schaffen behauptet. Tatsächlich sind staatskapitalistische Unternehmen nicht weniger imperialistisch als andere Monopole. (Weshalb der DKP auch das Versehen unterlaufen konnte, die Verstaatlichung der staatlichen Aral zu fordern). Weil bei der Machtübernahme des Proletariats sich die Verwandlung des imperialistischen Staatsmonopols in einen sozialistischen Betrieb erheblich einfacher gestaltet als die jedes anderen kapitalistischen Unternehmens, stellt die Privatisierung von Staatsunternehmen einen reaktionären Akt dar.

Bei der Privatisierung kommunaler Dienste stellt sich die Frage noch erheblich schärfer. Hier geht es nicht um ökonomische Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus, die unabhängig vom Willen der niedersächsischen Landesregierung sich selbständig entwickeln, hier geht es um die *politischen* Bedingungen der Zersetzung und Zerschlagung der bürgerlichen Herrschaft und der Machtergreifung durch das Proletariat. Die Kontrolle der kommunalen Dienste durch die Kommune ist Bestandteil einer demokratischen Kommunalverfassung, die das Proletariat auf dem Wege der Eroberung der politischen Macht erkämpfen muß. Kontrolliert die Kommune die kommunalen Dienste wie Müllabfuhr, Nahverkehr, Wasserversorgung nicht, sondern sind diese im Privatbesitz der Kapitalisten, kann von Demokratie keine Rede sein, weil die Kapitalisten wichtige strategische Punkte in der Hand halten. Der Breuelschen Demagogie wird man durch die Forderung nach Gebührenfreiheit der kommunalen Dienste und uneingeschränkter Kontrolle der Kommunen über ihren Haushalt begegnen müssen. Diese Aufgabe stellt sich in den Auseinandersetzungen um die Gebührenerhöhungen. Umgekehrt ist schon die kommunale Verfügbarkeit über die öffentlichen Dienste auf kommunaler Ebene eine wichtige Bedingung für die Kämpfe gegen die

Hamburger Senat erhöht Sielgebühren

Sielsystem völlig überaltert / Klärung des Wassers ungenügend

b.ulh. Am 23.10. hat der Hamburger Senat ein Gesetz beschlossen, das eine gewaltige Erhöhung der Gebühren für den Sielbau vorsieht. 1. Der Sielbaubeitrag, der für die Erschließung von Neubaugrundstücken gezahlt werden muß, steigt für die Einrichtung von Regenwassersielen von 150 auf 200 DM, für Schmutzwassersiele von 350 auf 460 DM und für Doppel- und Mischwassersiele von 500 auf 660 DM je Frontmeter des Grundstücks. 2. Der Sielanschlußbeitrag, der für den Anschluß von Wohnungen, die bisher ihr Abwasser in Gruben u.ä. abgeleitet haben, steigt von 2400 auf 2970 DM für einfache Leitung, für Doppelleitung von 3400 auf 4145 DM. 3. Die Einheitssätze der Anlieger für Grundstücks-und Straßenentwässerung steigen für Regenwassersiele von 220 auf 300 DM und für Doppel- und Mischwassersiele von 140 auf 180 DM je laufenden Meter. Alle Erhöhungen gelten ab 1.1.1980.

Als Begründung führt der Hamburger Senat steigende Kosten an. 2,1 Mrd. DM hat er von 1948 bis 1978 in den Ausbau der Entwässerungsanlagen investiert. Mehr als ¼ dieser Summe hat er allein von 1974 bis 78 durch Gebühren von den Massen geplündert. 40000 Grundstücke in Hamburg sind nicht einmal an das Sielnetz angeschlossen, vorwiegend in Wandsbek und Harburg. Stattdessen wurden den Kapitalisten sämtliche gewünschten Sielanschlüsse gebaut. Sowieso stammt die Masse der Abwässer von den Kapitalisten. Sollen sie auch dafür zahlen.

Unter Kontrolle der imperialistischen Bourgeoisie ist das Sielsystem zunehmend verkommen. Mit 130 Jahren ist das Hamburger Sielnetz das zweitälteste der BRD. Das Gros der Anlagen stammt von 1850 (Innenstadt) und 1880 (Außenbezirke). 4400 km umfaßt das Sielnetz, 540 km davon sind mittlerweile älter als 77 Jahre, was als Endpunkt für die Lebensdauer von Sielen gerechnet wird. Nochmal soviel ist bereits völlig überaltert – nämlich über 100 Jahre – und fast der ganze Rest ist auch schon 50 bis 77 Jahre alt. Eine wachsende Zahl von Sielbrüchen zeigt, wie weit die Verrottung der Siele durch den Senat getrieben ist.

Ähnlich verhält es sich mit der Säuberung der Abwässer. Erst 1933 sah sich der Hamburger Senat durch ein großes Fischsterben in der Elbe zum Bau eines Klärwerkes genötigt. Gegenwärtig werden die Hamburger Abwässer in 2 großen und 3 kleinen Klärwerken behandelt und danach in die Elbe abgeleitet. Nach dem geplanten Ausbau soll das Wasser im Klärwerk Köhlbrandhöft-Nord 1982 i.M. rund 90 mg BSB5/l, im Klärwerk Köhlbrandhöft-Süd i.M. rund 30 mg BSB5/l betragen. (BSB5/l ist ein „Sauberkeits"wert. Unbehandeltes Abwasser in Hamburg hat 360 mg BSB5/l). Also noch 70 bzw. 10 mg BSB5/l mehr, als die Bourgeoisie am 1.1.1979 als Pflichtwert für Abwasser festgelegt hat.

Einnahmen des Hamburger Senats in Mio. DM

	1974	1975	1976	1977	1978
Haushalt gesamt	8068	8706	8925	9646	10206
Gebühreneinnahmen	876	1144	1277	1393	1489
Sielgebühren	67,4	120	133	139,2	141,6

(Quelle: Stat. Jahrbücher, Baubehörde)

Keine Fahrpreiserhöhung bei der Kieler Verkehrs AG!

Gas-, Fernwärme- und Strompreiserhöhungen bei den Stadtwerken geplant

b.wiv. „Die Landeshauptstadt Kiel verliert durch die Steuerrechtsänderungen des Bundes ein erhebliches Stück kommunaler Finanzautonomie. Ihre Finanzwirtschaft ist Steuerausfällen in dieser Größenordnung nicht mehr gewachsen. Deshalb haben Magistrat und Ratsversammlung Bund und Land eindringlich auf diese Gefahren für die kommunale Selbstverwaltung hingewiesen." Das schreibt der damalige Stadtkämmerer Barow in der Haushaltssatzung 1979 der Stadt Kiel.

Das Gesetzespaket der Bundesregierung ist in der Tat ein Eingriff in die kommunalen Finanzen. Es sieht vor allem die Abschaffung bzw. Senkung der Steuern vor, die die Kapitalisten an die Kommunen zu zahlen haben. Den Einnahmeausfall durch den Wegfall der Lohnsummensteuer ab 1.1.1980 beziffert Barow auf 35 Mio. DM für 1980. Zugleich werden ab 1.1.80 die Freibeträge der ebenfalls 100%igen kommunalen Gewerbesteuern durch Bundesgesetz erhöht. Auf 1,8 Mio. DM beziffert Barow den Einnahmeverlust für 1980. Kommt die Lohnsum-

schon mal nichts. Denen, die eine kleine Ersparnis davon haben, knöpft die Stadt Kiel einiges davon wieder ab durch die beabsichtigte Steigerung der sog. Hebesätze der Gewerbesteuer. Sie sollen von 300 auf 340 Prozent der Bemessungsgrundlage angehoben werden. Ein Beispiel: Ein Betrieb, der einen Gewerbeertrag von 90000 DM zu versteuern hat, zahlt gegenwärtig 11400 DM Gewerbesteuer. Durch die Erhöhung des Freibetrages sinkt diese Summe auf 9600 DM. Geschmälert wird diese Ersparnis nach Erhöhung des Hebesatzes auf 520 DM.

Barow ist nach seiner und des Magistrats Klage über die kommunale Finanzautonomie als neuer Vorstandsvorsitzender zur Versorgung und Verkehr Kiel GmbH (VVK) gegangen und ist dabei, sich von der Ratsversammlung die Erhöhung des *gesamten* VVK-Preisniveaus zum 1.1.80 genehmigen zu lassen (Einzelfahrschein der KVAG 10 bis 20 Pfg., Gas 12%, Fernwärme 13,1%, Nachtspeicherheizung 13,5%). Auf diesem Wege zahlen die Handwerker den Rest ihrer vorherigen „Ersparnis" drauf und voll zahlen die Arbeiter

denen sich die städtische Haushaltswirtschaft in den kommenden Jahren gegenübergestellt sieht, muß das Kostendeckungsprinzip weiterhin aufrechterhalten bleiben. Darüber hinaus wird es einer Überprüfung auch derjenigen Gebühren bedürfen, die bisher lediglich eine teilweise Kostendeckung erreichten."

Auf der Ratsversammlung am 22.11. soll über die Verwirklichung dieser „Sanierungslinie" mit den VVK-Preiserhöhungen Beschluß gefaßt werden. Die Grundlage für den Aufbau der Aktionseinheit *gegen* diese Absichten und *für* die vollständige Finanzhoheit der Kommunen, deren Kern die uneingeschränkte Kontrolle über den Haushalt und Steuereinzug ausschließlich durch die Kommunen ist, umfaßt alle Teile der Volksmassen bis hin zu den Handwerkern. Gegenwärtig ist die Autonomie der Kommunen eine Farce, angesichts der Schröpfung der Steuerkraft der Kommunen durch Land, Bund und die Kapitalisten bei gleichzeitiger „Sanierung" der Gemeindefinanzen auf

zu jenen „eigentlichen" Staatsaufgaben der Unterdrückung der Volksmassen gehören. „Qualität und Effizienz" sollen gesteigert werden, schreibt Breuel, „Kapazitäts- und Rationalisierungs-, gegebenenfalls auch Finanzierungsreserven" sollen erschlossen werden, „die gegenwärtig nicht genutzt sind". Wie soll das geschehen, wenn nicht durch Mehrarbeit und Lohnraub? Was sonst soll man unter den „kaufmännischen" und „marktrationalen" Gesichtspunkten verstehen, die Frau Breuel im öffentlichen Bereich mehr berücksichtigt haben will? Deshalb wehren sich auch die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst – und wie die Postgewerkschaft nicht ohne Erfolg – gegen die Privatisierungspläne.

Während Frau Breuel mit der Privatisierung die Möglichkeit sieht, den Kapitalisten direkter und vermehrt die Profite aus der Ausbeutung der Arbeiter im öffentlichen Dienst zukommen zu lassen, sieht sie darin auch Gefahren: „Eine solche Entscheidung (der Privatisierung, Verf.) kann davon abhängen, ob ein Streik in lebenswichtigen Betrieben im öffentlichen Bereich ausgeschlossen werden kann oder weniger wahrscheinlich ist als im privaten Bereich; insofern besteht hier ein enger Zusammenhang mit der noch ungeklärten Frage, ob und in welchem Um-fang den Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder auch allen Beschäftigten in lebenswichtigen Betrieben der Privatwirtschaft das Streikrecht prinzipiell versagt werden soll." Diskutiert einerseits die Landesregierung die Frage, ob die Wartung von Polizeifahrzeugen durch Privatfirmen z.B. ein Sicherheitsrisiko für die Bourgeoisie darstellt, so wird andererseits diese Diskussion mit dem *Ziel* geführt, die be-

Bei der Privatisierung kommunaler Dienste stellt sich die Frage noch erheblich schärfer. Hier geht es nicht um ökonomische Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus, die unabhängig vom Willen der niedersächsischen Landesregierung sich selbständig entwickeln, hier geht es um die *politischen* Bedingungen der Zersetzung und Zerschlagung der bürgerlichen Herrschaft und der Machtergreifung durch das Proletariat. Die Kontrolle der kommunalen Dienste durch die Kommune ist Bestandteil einer demokratischen Kommunalverfassung, die das Proletariat auf dem Wege der Eroberung der politischen Macht erkämpfen muß. Kontrolliert die Kommune die kommunalen Dienste wie Müllabfuhr, Nahverkehr, Wasserversorgung nicht, sondern sind diese im Privatbesitz der Kapitalisten, kann von Demokratie keine Rede sein, weil die Kapitalisten wichtige strategische Punkte in der Hand halten. Der Breuelschen Demagogie wird man durch die Forderung nach Gebührenfreiheit der kommunalen Dienste und uneingeschränkter Kontrolle der Kommunen über ihren Haushalt begegnen müssen. Diese Aufgabe stellt sich in den Auseinandersetzungen um die Gebührenerhöhungen. Umgekehrt ist schon die kommunale Verfügbarkeit über die öffentlichen Dienste auf kommunaler Ebene eine wichtige Bedingung für die Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhungen und andere Gebührenausplünderung.

Die Landesregierung ist sich der politischen Brisanz der Privatisierung sehr wohl bewußt. Nicht umsonst hält sie den Katalog der Staatssekretäre geheim, damit – so der Pressereferent der Staatskanzlei – „in der Öffentlichkeit kein falsches Bild aufkommt".

Keine Fahrpreiserhöhung bei der Kieler Verkehrs AG!

Gas-, Fernwärme- und Strompreiserhöhungen bei den Stadtwerken geplant

b.wiv. „Die Landeshauptstadt Kiel verliert durch die Steuerrechtsänderungen des Bundes ein erhebliches Stück kommunaler Finanzautonomie. Ihre Finanzwirtschaft ist Steuerausfällen in dieser Größenordnung nicht mehr gewachsen. Deshalb haben Magistrat und Ratsversammlung Bund und Land eindringlich auf diese Gefahren für die kommunale Selbstverwaltung hingewiesen." Das schreibt der damalige Stadtkämmerer Barow in der Haushaltssatzung 1979 der Stadt Kiel.

Das Gesetzespaket der Bundesregierung ist in der Tat ein Eingriff in die kommunalen Finanzen. Es sieht vor allem die Abschaffung bzw. Senkung der Steuern vor, die die Kapitalisten an die Kommunen zu zahlen haben. Den Einnahmeausfall durch den Wegfall der Lohnsummensteuer ab 1.1.1980 beziffert Barow auf 35 Mio. DM für 1980. Zugleich werden ab 1.1.80 die Freibeträge der ebenfalls 100%igen kommunalen Gewerbesteuern durch Bundesgesetz erhöht. Auf 1,8 Mio. DM beziffert Barow den Einnahmeverlust für 1980. Kommt die Lohnsum-mensteuerabschaffung den Kapitalisten zugute, die viele Arbeiter ausbeuten, so ist die Erhöhung der Freibeträge bei der Gewerbesteuer gedacht als Lockmittel für die Handwerks- und kleinsten kapitalistischen Betriebe. 1977 zahlten von den 8100 Kieler Betrieben 5600 unter 1000 DM Gewerbesteuer bzw. 3256 davon gar keine. Diesen bringt die Freibetragserhöhung

schon mal nichts. Denen, die eine kleine Ersparnis davon haben, knöpft die Stadt Kiel einiges davon wieder ab durch die beabsichtigte Steigerung der sog. Hebesätze der Gewerbesteuer. Sie sollen von 300 auf 340 Prozent der Bemessungsgrundlage angehoben werden. Ein Beispiel: Ein Betrieb, der einen Gewerbeertrag von 90000 DM zu versteuern hat, zahlt gegenwärtig 11400 DM Gewerbesteuer. Durch die Erhöhung des Freibetrages sinkt diese Summe auf 9600 DM. Geschmälert wird diese Ersparnis nach Erhöhung des Hebesatzes auf 520 DM.

Barow ist nach seiner und des Magistrats Klage über die kommunale Finanzautonomie als neuer Vorstandsvorsitzender zur Versorgung und Verkehr Kiel GmbH (VVK) gegangen und ist dabei, sich von der Ratsversammlung die Erhöhung des *gesamten* VVK-Preisniveaus zum 1.1.80 genehmigen zu lassen (Einzelfahrschein der KVAG 10 bis 20 Pfg., Gas 12%, Fernwärme 13,1%, Nachtspeicherheizung 13,5%). Auf diesem Wege zahlen die Handwerker den Rest ihrer vorherigen „Ersparnis" drauf und voll zahlen die Arbeiter und alle besitzlosen Teile des Volkes. Unter dem Punkt „Gebühren und Entgelte" in der Haushaltssatzung heißt es zudem, daß die Ausgaben der kostenrechnenden Einrichtungen der Stadt (Altenheime, Kindergärten, Schwimmbäder, Abfallbeseitigung usw.) gegenwärtig zu 75,1% durch Einnahmen gedeckt seien. Und weiter: „Angesichts der finanzwirtschaftlichen Probleme,

denen sich die städtische Haushaltswirtschaft in den kommenden Jahren gegenübergestellt sieht, muß das Kostendeckungsprinzip weiterhin aufrechterhalten bleiben. Darüber hinaus wird es einer Überprüfung auch derjenigen Gebühren bedürfen, die bisher lediglich eine teilweise Kostendeckung erreichten."

Auf der Ratsversammlung am 22.11. soll über die Verwirklichung dieser „Sanierungslinie" mit den VVK-Preiserhöhungen Beschluß gefaßt werden. Die Grundlage für den Aufbau der Aktionseinheit *gegen* diese Absichten und *für* die vollständige Finanzhoheit der Kommunen, deren Kern die uneingeschränkte Kontrolle über den Haushalt und Steuereinzug ausschließlich durch die Kommunen ist, umfaßt alle Teile der Volksmassen bis hin zu den Handwerkern. Gegenwärtig ist die Autonomie der Kommunen eine Farce, angesichts der Schröpfung der Steuerkraft der Kommunen durch Land, Bund und die Kapitalisten bei gleichzeitiger „Sanierung" der Gemeindefinanzen auf *zusätzliche* Kosten der Volksmassen.

Wenn die Ratsversammlung *für* die kommunale Finanzautonomie ist, soll sie als erstes die am 22.11. auf der Tagesordnung stehenden Erhöhungen der VVK-Preise *ablehnen*. Vielleicht werden sich die Ratsherren durch entsprechenden Druck dazu bewegen lassen.

---

die Termingeschäfte laufen. Die Handwerkskapitalisten wurden vom Bundesinnungsverband zurückgepfiffen, der 5% als Lohnleitlinie ausgab. In Hamburg läuft jetzt die dritte Urabstimmung an, in Schleswig-Holstein die Schlichtung. In den Geschäftsstellen finden Mitgliederversammlungen statt. In der Hamburger Holzindustrie ist die nächste Verhandlung am 5.11. Letztes Angebot: 5,4% gleich 63 Pfennig.

b.khe.Flensburg. **Gegen „familienfeindliche Dienstgestaltung" wendet sich die Flensburger Hauptkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands.** Personaleinsparungsmaßnahmen in Verbindung mit einem Einstellungsstopp führen zu einer Zunahme der Nachtdienste. Die Nachtzulage, die voll für Verpflegung und Maßnahmen zur Reproduktion der Arbeitskraft aufgebraucht wird, kann den hohen Verschleiß der Arbeitskraft nicht wettmachen. Ein junger Zugleiter berichtete uns, daß die Belastung für die Eisenbahner, die bei Krankheit oder Urlaub für Kollegen einspringen, besonders groß ist. Sie erfahren oft erst Stunden vor der Abfahrt, wohin es geht und wie lange sie unterwegs sein werden. Der GdED-Bezirksleiter Krebs richtete seine Kritik auch auf die Streckenstillegungspolitik und den Einsatz der Finanzen durch den Bundesbahnhauptvorstand und forderte dessen Rücktritt.

r.kek. **Die Geschäftsführung von Karstadt in Göttingen muß per schriftlicher Aufforderung alle 51 im Juni während des Warnstreiks der HBV ausgeteilten Notdienstausweise wieder einziehen.** Die 51 Notdienstausweise waren einseitig von den Kapitalisten mit Billigung des CDU-Betriebsratsvorsitzenden Fischer ausgestellt worden, um den Streik zu zerschlagen (800 Beschäftigte). Das hatte damals schon nicht geklappt, obwohl die Geschäftsführung allen Notdienstausweisinhabern mit Entlassung drohte, falls sie mitstreiken würden und auch die Polizei holte, als der Personaleingang von Streikposten bewacht wurde. Der Streik fand trotzdem statt. Jetzt hat Karstadt in zweiter Instanz vor dem Arbeitsgericht gegen die HBV verloren. Das Gericht bestätigte, daß Einteilung eines Notdienstes während eines Streiks nur wirksam ist, wenn sie mit der Streikleitung, der HBV, getroffen wird. Gegen das Urteil gehen jetzt die Karstadt-Kapitalisten in Berufung vor dem Landesarbeitsgericht in Hannover.

Veranstaltungskalender

Karl Marx: „Der Bürgerkrieg in Frankreich"
Kiel-West, 5. bis 9. November, 20 Uhr, Ort im Büro des KBW zu erfragen

Karl Marx/Friedrich Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei"
Lüneburg, 5. bis 9. November, 20 Uhr, Stucksaal an der Münze
Bergedorf, 19. bis 23. November, 20 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben

Karl Marx: „Lohn, Preis und Profit"
Hamburg-Eimsbüttel, 5. bis 9. November, 20 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer
Hamburg-Mitte West, 12. bis 16. November, 20 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben
Lüchow, 12. bis 16. November, 20 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben

Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"
Segeberg, 5. bis 9. November, 20 Uhr, Ort im Büro des KBW zu erfragen

Lenin: „Was tun"
Itzehoe, 5. bis 9. November, 20 Uhr, Ort im Büro des KBW zu erfragen

Mao Zedong: „Fünf philosophische Monographien"
Hamburg-Harburg, 5. bis 9. November, 20 Uhr, Union Kate, Eddelbüttelstraße/Ecke Reinholdstraße

Josef Stalin: „Grundlagen des Leninismus"
Hamburg-Altona, 5. bis 9. November, 20 Uhr, Gymnasium Neu-Altona, Billrothstraße 33

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung - Soldaten und Reservisten -

Zeichenkurs
Hamburg, Freitag, 9. November, 18 Uhr bis 21 Uhr, HfBK, Lerchenfeld 2, Raum 218a, II. Stock

Sportgruppe
Kiel, Sonntag, 11. November, 10 Uhr, Raisdorf Schwimmbad, Treffpunkt 9.30 Uhr, Kiel-Wilhelmsplatz
Hamburg, Sonntag, 11. November, 10 Uhr, Stadtparkwiesen

Prozeß gegen Teilnehmer der Irandemonstrationen
Hamburg, Dienstag, 6. November, gegen Christoph Fietze, Raum 142, Strafjustizgebäude, 13 Uhr. Der Prozeß wird am 8.11. fortgesetzt.

Prozeß wegen Beleidigung eines Polizeihauptwachtmeisters bei einer Aktion gegen den §218
Flensburg, 8. November, 8 Uhr, Amtsgericht Flensburg, Zi. 108

Prozeß wegen Leitung der Demonstration der Berufsschüler
Hamburg, Dienstag, 12. November, 13 Uhr, Raum 142, Strafjustizgebäude Sievekingsplatz gegen Uwe Zabel

MAK Kiel: Mit einer Festgeldforderung allein läßt sich die Einheit schwer erreichen

b.lij. Das Hauptthema der letzten Vertrauensleutesitzung auf der MAK (Krupp, Maschinenbau GmbH, Kiel) war die Vorbereitung des nächsten Tarifkampfes. Die Vertrauensleute faßten mit großer Mehrheit den Beschluß, daß die Forderung auf jeden Fall in Festgeld aufgestellt werden muß. Zu diesem Beschluß war es im Verlaufe einer Auseinandersetzung um die Politik des Hauptvorstandes und anderer führender Funktionäre in der IG-Metall gekommen.

Der Vorstand wurde kritisiert, weil die Zusammenarbeit mit den Vertrauensleuten nicht gut gewesen sei. Es wurde erklärt, daß es schlecht wäre, daß die Funktionäre erst in letzter Minute Bescheid gäben, welche Forderungen sie aufstellen wollen. Bisher hätte der VK immer zu spät davon erfahren. Außerdem wäre dann der Abschluß meist zu niedrig gewesen. Die Vertrauensleute waren dafür, daß sich dies in diesem Jahr ändert, daß der nächste Tarifkampf rechtzeitig vorbereitet werden müsse und daß man sich dabei eine gute Zusammenarbeit zwischen höheren Funktionären und dem Vertrauensleutekörper auf der MAK wünsche. Im Verlauf der Debatte wurde dann geklärt, daß man sich auf jeden Fall jetzt schon auf die Art der Forderung einigen müsse. In der folgenden Abstimmung ergab sich dann: Festgeld muß es sein.

Ein Kollege machte einen Vorschlag, wie man die Höhe der Forderung berechnen könne: Der Vertrauensleutekörper auf der MAK solle die Gesamtlohnsummenverteilung des Betriebes untersuchen. Ein Betriebsratsmitglied fand das richtig und sagte die Zusammenarbeit des Betriebsrates mit dem Vertrauensleutekörper in diesem Punkt zu.

Der 1. Bevollmächtigte der IG-Metall Kreis Kiel/Plön, Prezewowski, der an der Sitzung teilnahm, äußerte sich am Ende der Sitzung zum Beschluß. Er meinte, die Vertrauensleute sollten jetzt in die Abteilungen gehen und von den Kollegen „tarifpolitische Solidarität" verlangen. Man könne ja auch so auf Festgeld kommen, daß man Prozente durchsetzt und hinterher in Festgeld umrechnet. Hier liegt der Hase im Pfeffer. Entscheidend ist, daß man die Festgeldforderung mit Prozenten verbindet. Auf reine Prozentforderungen werden sich die Kollegen nicht wieder einlassen. Allerdings erschwert eine reine Festgeldforderung das Zustandebringen einer möglichst großen Aktionseinheit.

Spätestens bei der Berechnung der Lohnsummenverteilung auf der MAK wird sich zeigen, daß es sowohl einer Prozentseite als auch einer Festgeldseite bei der Forderung bedarf, will man die weitere Aufspaltung der Belegschaft verhindern. Einigen sich die Vertrauensleute z.B. nach ihren Berechnungen auf eine Forderung von 170 DM, dann können sich auf diesen Vorschlag alle Arbeiter mit einem Lohn oder Gehalt bis zu 2100 DM brutto einigen. Für alle, die darüber liegen, wären es weniger als 8%. Warum sollten sie also so einer Forderung zustimmen? Eine kombinierte Forderung von 170 DM/8% mindestens ist geeignet, einen weitaus größeren Teil der Belegschaft zusammenzuschließen, was die Kampfkraft ganz beträchtlich erhöhen würde.

In vielen Betrieben, z.B. bei AEG N4 in Hamburg, haben die Vertrauensleutekörper solche Beschlüsse bereits gefaßt.

Die Förde-Reederei kann auf dem alten Kurs nicht weiter fahren

b.clm. Bei der Eröffnungsfahrt des Ausflugsschiffes „Nordstrand II" kündigte der Geschäftsführer der Förde-Reederei Nissen am Dienstag, den 30. Oktober, an, daß die Förde-Reederei Überlegungen anstelle, „die Ausflaggung der Schiffe der Linie Römö-Sylt zu beenden und künftig nicht mehr unter zypriotischer, sondern unter deutscher Flagge zu fahren." Er glaube nicht an eine Lösung des Konfliktes mit den dänischen Gewerkschaften. Die Umflaggung werde für die dänischen Besatzungsmitglieder die Entlassung zur Folge haben, weil sie nach den geltenden Bestimmungen nicht unter deutscher Flagge fahren könnten. Damit wäre den Auseinandersetzungen der Boden entzogen.

Diese „Überlegungen" drücken zweierlei aus: Erstens kann die Förde-Reederei den Boykott und die Blockade auf Dauer nicht durchstehen. Die

Manöver die Auseinandersetzung mit den dänischen Fährarbeitern siegreich zu beenden, indem die Arbeiter der Linie Römö-Sylt den gleichen drückenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen unterworfen werden wie denen auf den Flensburger Schiffen.

Worauf gründen sich diese Hoffnungen? Letztlich darauf, daß es gelingt, deutsche und dänische Gewerkschaften gegeneinander aufzuspielen. Doch kann es leicht anders als geplant kommen. Die dänischen Fährarbeiter werden die Umflaggung begrüßen, aber Entlassungen oder auch nur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder des Lohns werden sie nicht hinnehmen. Die ÖTV hat wiederholt zugesagt, daß sie keiner Lösung zustimmen werde, die nicht die Billigung der dänischen Gewerkschaften hat. Das Manöver erleichtert der ÖTV aber die Unterstützung der Fährarbeiter, denn bei einer Umflaggung muß sie verhandeln. Und dann ist es leicht möglich,

Ein Kollege machte einen Vorschlag, wie man die Höhe der Forderung berechnen könne: Der Vertrauensleutekörper auf der MAK solle die Gesamtlohnsummenverteilung des Betriebes untersuchen. Ein Betriebsratsmitglied fand das richtig und sagte die Zusammenarbeit des Betriebsrates mit dem Vertrauensleutekörper in diesem Punkt zu.

rung von 170 DM/8% mindestens ist geeignet, einen weitaus größeren Teil der Belegschaft zusammenzuschließen, was die Kampfkraft ganz beträchtlich erhöhen würde.

In vielen Betrieben, z.B. bei AEG N4 in Hamburg, haben die Vertrauensleutekörper solche Beschlüsse bereits gefaßt.

Die Förde-Reederei kann auf dem alten Kurs nicht weiter fahren

b.clm. Bei der Eröffnungsfahrt des Ausflugsschiffes „Nordstrand II" kündigte der Geschäftsführer der Förde-Reederei Nissen am Dienstag, den 30. Oktober, an, daß die Förde-Reederei Überlegungen anstelle, „die Ausflaggung der Schiffe der Linie Römö-Sylt zu beenden und künftig nicht mehr unter zypriotischer, sondern unter deutscher Flagge zu fahren." Er glaube nicht an eine Lösung des Konfliktes mit den dänischen Gewerkschaften. Die Umflaggung werde für die dänischen Besatzungsmitglieder die Entlassung zur Folge haben, weil sie nach den geltenden Bestimmungen nicht unter deutscher Flagge fahren könnten. Damit wäre den Auseinandersetzungen der Boden entzogen.

Diese „Überlegungen" drücken zweierlei aus: Erstens kann die Förde-Reederei den Boykott und die Blockade auf Dauer nicht durchstehen. Die Überlegungen, die Schiffe unter deutscher Flagge laufen zu lassen, sind ein Rückzugsversuch. „Hätte die Förde-Reederei nicht die zypriotische Piratenflagge hochgezogen, hätte es diesen Konflikt so nie gegeben", meint der Sprecher der Blockadewacht Thomas Petersen, dazu. Zweitens drücken sie die Hoffnung aus, durch ein solches Manöver die Auseinandersetzung mit den dänischen Fährarbeitern siegreich zu beenden, indem die Arbeiter der Linie Römö-Sylt den gleichen drückenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen unterworfen werden wie denen auf den Flensburger Schiffen.

Worauf gründen sich diese Hoffnungen? Letztlich darauf, daß es gelingt, deutsche und dänische Gewerkschaften gegeneinander aufzuspielen. Doch kann es leicht anders als geplant kommen. Die dänischen Fährarbeiter werden die Umflaggung begrüßen, aber Entlassungen oder auch nur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen oder des Lohns werden sie nicht hinnehmen. Die ÖTV hat wiederholt zugesagt, daß sie keiner Lösung zustimmen werde, die nicht die Billigung der dänischen Gewerkschaften hat. Das Manöver erleichtert der ÖTV aber die Unterstützung der Fährarbeiter, denn bei einer Umflaggung muß sie verhandeln. Und dann ist es leicht möglich, daß nicht nur Verträge für die Linie Römö-Sylt auf der Tagesordnung stehen, sondern auch für die Flensburger Linien.

Voraussetzung ist aber, daß die Blockade steht und der ökonomische Druck auf die Förde-Reederei nicht nachläßt.

Ergebnisse der ÖTV Bezirksjugendkonferenz Hamburg

b.sib. Am 27.10.79 tagte die Bezirksjugendkonferenz der ÖTV Hamburg, um in Form von Anträgen, die auf den Bereichsmitgliederversammlungen gefaßt worden sind, die weitere Jugendpolitik festzulegen. Außerdem wurde der neue Bezirksjugendausschuß (BJA) gewählt.

– Entscheidender Antrag (ca 30 wurden gestellt) ist der zum Manteltarifvertrag für Auszubildende. So sollen zur Durchsetzung u.a. folgende Maßnahmen ergriffen werden: Veranstaltungen zu den Schwerpunktforderungen (MTV/A muß auch für Auszubildende in der Krankenpflege gelten, bei Stufenausbildung muß die Ausbildung alle Stufen umfassen, der Arbeitgeber hat alle Ausbildungskosten zu übernehmen, u.a.). Personal- und Personalteilversammlungen vor dem ersten Verhandlungstag, zentrale Informationsveranstaltungen im Hamburg vor den Verhandlungen und ein Seminar, auf dem eine Sammlung aller möglichen Kampfmaßnahmen zusammengestellt wird. Das Streikrecht für Auszubildende soll abgeklärt werden.

– Die 35-Stundenwoche muß so schnell wie möglich eingeführt werden. In der Begründung heißt es: „. . . Vor allem ist diese Art der Arbeitszeitverkürzung die sich am schnellsten auf die Reproduktion der Arbeitskraft niederschlagende Methode . . ."

– Damit die Krankengymnastikschüler in die ÖTV eintreten können, wird eine Umänderung des Schülerstatus in einen Auszubildendenstatus gefordert. Denn „. . . ohne eine breite und fachkundige Unterstützung wird es den KG-Schülern auch weiterhin nicht möglich sein, ihre Forderungen durchzusetzen . . . Denn ohne Mitgliedschaft in der ÖTV wird es für sie weiterhin fast unmöglich sein, auf die Tarifpolitik Einfluß zu nehmen, obwohl sie davon betroffen sind . . ."

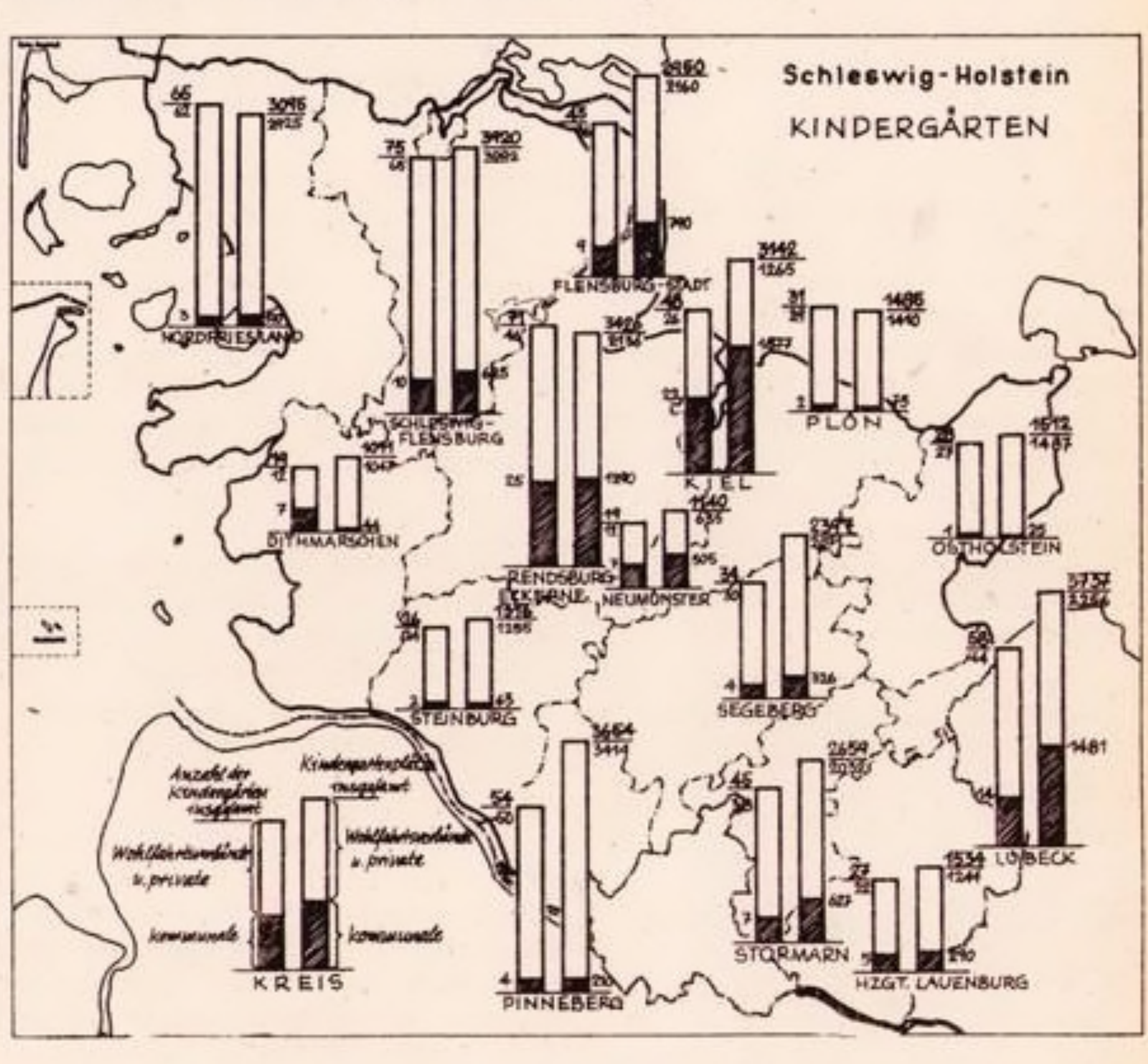
– Um ein existenzsicherndes Ausbildungsentgelt zu sichern, wird gefordert: „. . . Die Gewerkschaft ÖTV möge darauf hinwirken, daß zu den nächsten Tarifverhandlungen existenzsichernde Ausbildungsentgelte . . . verstärkt diskutiert (werden). Die Zurücknahme der Kürzung der Entgelte spielt dabei eine zentrale Rolle."

Ein Herz für den Geldbeutel der Eltern

Landesregierung subventioniert kirchliche und caritative Kindergärten

b.gip. Zunehmende Frauenarbeit untergräbt mehr und mehr die Funktion der Familie als Ort der Kindererziehung. Trotz stagnierender Beschäftigtenzahlen stieg der Frauenanteil an den Erwerbstätigen von 1970 bis 77 in Schleswig-Holstein um 40000 auf 391000. Entsprechend stieg der Bedarf an Kindergärten, und die Landesregierung sah sich gezwungen, von 1970 bis jetzt das Platzangebot mehr als zu verdoppeln. Das Verhältnis Kind/Kindergartenplatz senkte sich von 7,3 auf 2,3:1. Die Landesregierung wandte 1977 27,6 Mio. DM für Kindergärten auf, wobei sie 8,1 Mio. DM aus Steuergeldern den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden zuschob, die die Masse der Kindergärten in Schleswig-Holstein betreiben. Vor allem im ländlichen Bereich, aber auch in Kiel fehlt es an Plätzen. In Kiel gibt es nur drei Betriebskindergärten. Davon soll noch der des Städtischen Krankenhauses geschlossen werden. Kinderkrippen für Kleinkinder bis zu drei Jahren gibt es in Kiel überhaupt nicht. Der Mangel zwingt die Eltern, ihre Kinder bei kirchlichen Einrichtungen der religiösen Indoktrinierung auszusetzen. Der Mangel an Betriebskindergärten, daß die Eltern häufig nicht ohne Auto Kinderunterbringung und Arbeitsweg bewältigen können. Ungünstige Öffnungszeiten der Kindergärten zwingen meist einen Elternteil zur Inanspruchnahme der Gleitzeit. Zusätzlich zieht der Staat noch über die Beiträge den Eltern das Geld aus der Tasche. Herangezogen wird zur Berechnung das Nettoeinkommen der Familie minus Kaltmiete nach den Höchstgrenzen des Wohngeldgesetzes. Für jedes weitere Kind werden 300 DM berücksichtigt. Einen Beitrag von 40 DM muß eine Familie entrichten, deren Nettoeinkommen 1400 DM plus 530 DM Kaltmiete bei zwei Kindern nicht übersteigt. 290 DM beträgt der Beitrag bei einem monatlichen Einkommen von über 3000 DM.

So verlagert die Landesregierung sowie der Kieler Magistrat die Kinderversorgung und die Erziehung vom Herz in den Geldbeutel der Eltern. Sie treffen damit vor allem die Familien der Arbeiterklasse, die neben dem Lohn nur Anspruch auf Kindergeld haben. Angestellte im öffentlichen Dienst können wenigstens noch auf den im Ortszuschlag enthaltenen Kinderzuschlag zurückgreifen. Bei einem Kind sind das 92,53 DM. Minister erhalten für ihre Sprösslinge mindestens noch einmal 100 DM mehr. Auf der Hand liegt für die Arbeiter und Angestellten, ein Kindergeld in Höhe der Ministerbezüge zu fordern, sowie Gebührenfreiheit der kommunalen Dienste wie Kindergärten u.ä.



Obige Grafik zeigt, daß die große Mehrzahl der Kindergärten vor allem in den Landkreisen nicht von den Kommunen betrieben werden. Die Landesregierung räumt Kirchen und Wohlfahrtsverbänden ausdrücklich den Vorrang ein und subventionierte dies 1977 mit über 8 Mio. DM aus Steuermitteln.

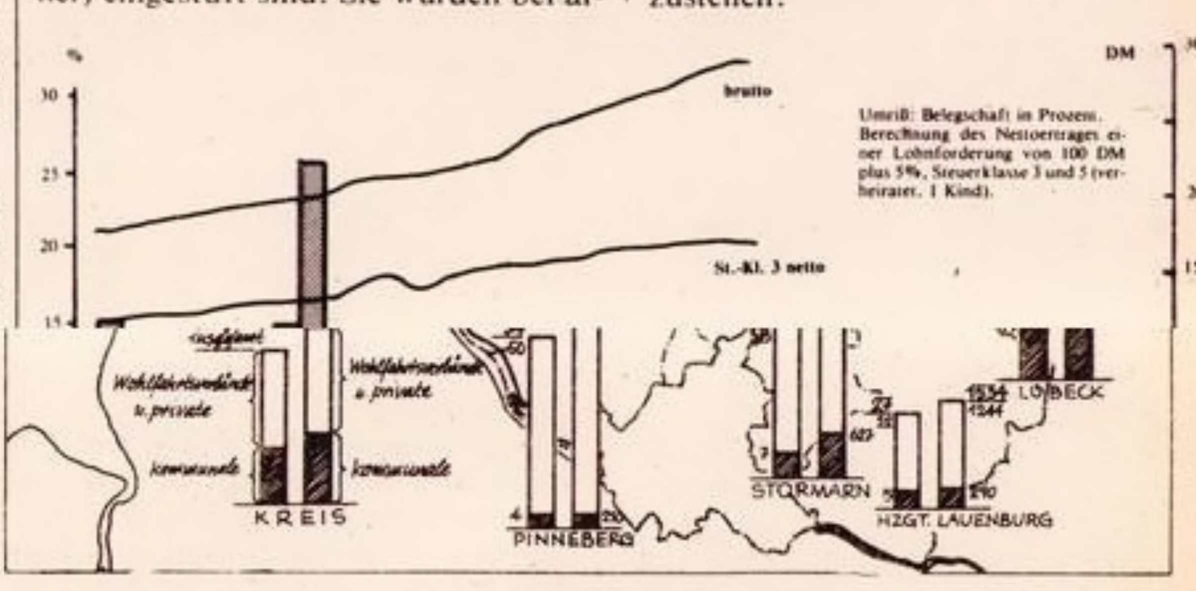
Wie die 100 DM + 5%-Forderung im Heider Krankenhaus wirkt

b.sal. Nebenstehend haben wir die Löhne der Beschäftigten des Kreiskrankenhauses Heide berechnet. Das Lohngefüge ist im wesentlichen in drei Blöcke auseinandergerissen. Für den anstehenden Lohnkampf also gilt es, diese Kollegen zusammenzuschließen. Den niedrigst entlohnten Block stellen die Arbeiter und die Angestellten in KR I, BAT 8 bis 10. Die mittleren bilden die Angestellten (Krankenpfleger, medizinisch-technische Assistenten u.a.). Im dritten befinden sich die Assistenzärzte mit einer Entlohnung um 3500 DM brutto. Die übrigen sind Chef- und Oberärzte.

Damit sich Arbeiter, Pfleger und Ärzte im Lohnkampf vereinheitlichen können, ist eine Forderung notwendig, die sowohl die unteren Lohngruppen

von 4,63 DM (Steuerklasse III, 1 Kind) höher als bei der aufgestellten Forderung. Bei einer Festgeldforderung von 200 DM würden die Beschäftigten ab 2700 DM brutto (Unterrichtsschwestern und Ärzte) schwer zu gewinnen sein.

Schwierigkeiten tauchen bei den Krankenschwestern auf, die nach Steuerklasse V (verheiratet, Zweitverdiener) eingestuft sind. Sie würden bei allen drei Möglichkeiten zwischen 40 und 50 DM netto mehr Lohn erhalten. Das reicht nicht aus, die gestiegenen Lebenshaltungskosten, verursacht durch Preissteigerungen und steigende Arbeitsbelastung, auch nur annähernd zu decken. Bei ihnen potenziert sich die Steuerbelastung. Von daher ist es günstig, die Forderung nach 25% des Durchschnittslohns als Grundsteuerfreibetrag durchzusetzen und jetzt aufzustellen.



Elternteil zur Inanspruchnahme der Gleitzeit. Zusätzlich zieht der Staat noch über die Beiträge den Eltern das Geld aus der Tasche. Herangezogen wird zur Berechnung das Nettoeinkommen der Familie minus Kaltmiete nach den Höchstgrenzen des Wohngeldgesetzes. Für jedes weitere Kind werden 300 DM berücksichtigt. Einen Beitrag von 40 DM muß eine Familie entrichten, deren Nettoeinkommen 1400 DM plus 530 DM Kaltmiete bei

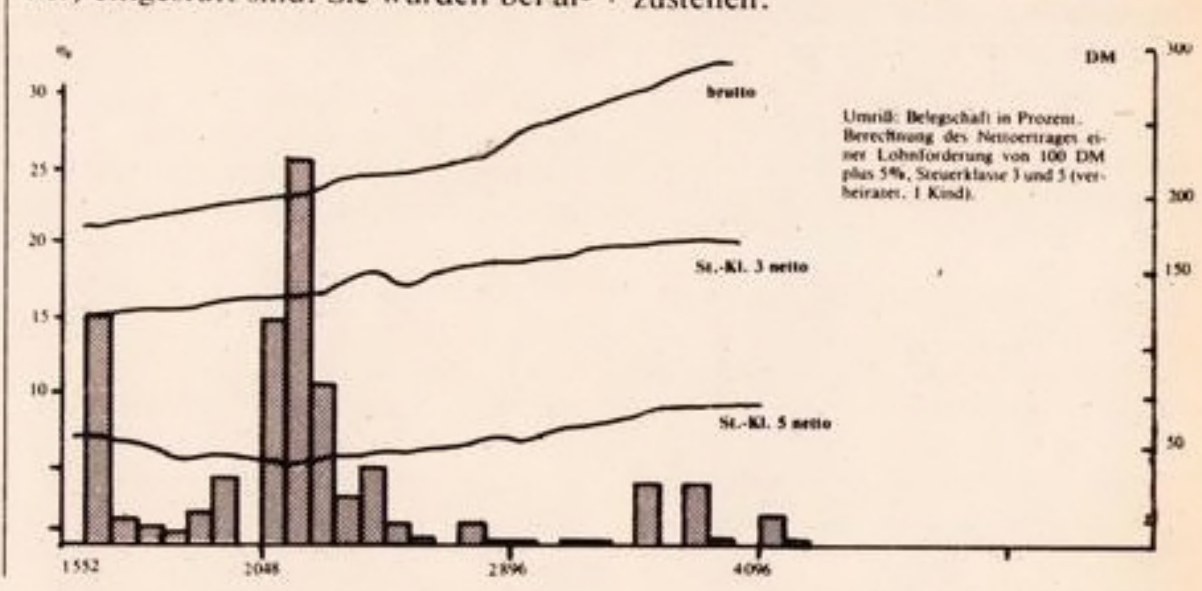
Obige Grafik zeigt, daß die große Mehrzahl der Kindergärten vor allem in den Landkreisen nicht von den Kommunen betrieben werden. Die Landesregierung räumt Kirchen und Wohlfahrtsverbänden ausdrücklich den Vorrang ein und subventionierte dies 1977 mit über 8 Mio. DM aus Steuermitteln.

Wie die 100 DM + 5%-Forderung im Heider Krankenhaus wirkt

b.sal. Nebenstehend haben wir die Löhne der Beschäftigten des Kreiskrankenhauses Heide berechnet. Das Lohngefüge ist im wesentlichen in drei Blöcke auseinandergerissen. Für den anstehenden Lohnkampf also gilt es, diese Kollegen zusammenzuschließen. Den niedrigst entlohnten Block stellen die Arbeiter und die Angestellten in KR I, BAT 8 bis 10. Die mittleren bilden die Angestellten (Krankenpfleger, medizinisch-technische Assistenten u.a.). Im dritten befinden sich die Assistenzärzte mit einer Entlohnung um 3500 DM brutto. Die übrigen sind Chef- und Oberärzte.

Damit sich Arbeiter, Pfleger und Ärzte im Lohnkampf vereinheitlichen können, ist eine Forderung notwendig, die sowohl die unteren Lohngruppen lohnend anhebt, als auch einiges für die Ärzte nützt. In unserem Beispiel haben wir den Nettoertrag der Forderung nach 100 DM plus 5% errechnet. Erst ab 3565,78 DM lohnt sich für einen Arzt eine Prozentforderung von 8% mehr. Hier wäre der Nettoertrag von 4,63 DM (Steuerklasse III, 1 Kind) höher als bei der aufgestellten Forderung. Bei einer Festgeldforderung von 200 DM würden die Beschäftigten ab 2700 DM brutto (Unterrichtsschwestern und Ärzte) schwer zu gewinnen sein.

Schwierigkeiten tauchen bei den Krankenschwestern auf, die nach Steuerklasse V (verheiratet, Zweitverdiener) eingestuft sind. Sie würden bei allen drei Möglichkeiten zwischen 40 und 50 DM netto mehr Lohn erhalten. Das reicht nicht aus, die gestiegenen Lebenshaltungskosten, verursacht durch Preissteigerungen und steigende Arbeitsbelastung, auch nur annähernd zu decken. Bei ihnen potenziert sich die Steuerbelastung. Von daher ist es günstig, die Forderung nach 25% des Durchschnittslohns als Grundsteuerfreibetrag durchzusetzen und jetzt aufzustellen.



„WELT" und „Kieler Nachrichten" machen Propaganda für Eingreifen der westlichen Imperialisten in Kampuchea

b.brp. Bis zum 30.10. unterschrieben in der Bezirksgruppe 2450 den Aufruf zu einer internationalen Solidaritätskonferenz mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes für nationale Unabhängigkeit gegen die vietnamesische Aggression. 28103 DM wurden hier gesammelt. – Das Verwaltungsgericht Hamburg verbot am 25.10. die Geldsammlung, weil sie gegen die „öffentliche Ordnung" und die „auswärtigen Belange der Bundesrepublik" verstoße und weil sie, da die „humanitäre Hilfe" angelaufen sei, „den Regeln eines gedeihlichen menschlichen und staatsbürgerlichen Zusammenlebens widerspräche". Die Presseauslese zeigt, daß sich die westlichen Imperialisten über ihre „humanitäre Hilfe" direkt einmischen wollen in Kampuchea.

Welt, 31.10. Tiger und Krokodile von Friedhelm Kemna: . . . Doch die Agonie . . . ist nicht nur vietnamesischer oder Pol Potscher Provenienz; und sie hat wenig mit dem Erbe französischer Kolonialpolitik, nicht viel mehr mit der unglücklichen Containment-Politik der Amerikaner in Südostasien zu tun. Im Schnittpunkt der Koordinaten des kambodschanischen Unglücks steht der Konflikt zwischen Moskau und Peking, wirkt die „realpolitische" Einordnung des Flüchtlings- und Hungerelends im globalen Interessengeflecht des Westens . . . Die jetzt beginnende Trockenzeit-Offensive der Vietnamesen gegen die Reste der Pol Pot-Guerilla bewirkt nicht nur Flucht und Tod für abermals Hunderttausende. Sie fordert die Glaubwürdigkeit Chinas heraus. Ist es auszuschließen, daß Peking, wie im Februar dieses Jahres, von neuem an seiner Südgrenze zuschlägt? Wie weit würden diesmal die Russen gehen? .

Kieler Nachrichten, 27.10. . . . Bundespräsident Carstens hat dazu aufgerufen, die Hilfsaktion für Kambodscha zu verstärken. . . . Carstens (sagte) gestern, was in Kambodscha geschehen sei, stellte eine Schande für die ganze Menschheit dar. Unter einem unmenschlichen Regime seien Hunderttausende, vielleicht Millionen umgekommen. Jetzt seien die Überlebenden vom Hungertod betroffen.

Kieler Nachrichten, 29.10. Unmenschlich von Emil Wilhelm: . . . Ohne Zweifel kann man die Art der politischen Auseinandersetzungen in asiatischen Ländern nicht mit europäischer Elle messen. Dort ist man seit jeher rücksichtsloser gegenüber Menschenleben gewesen, Folter und Torturen gehören zum Handwerkszeug der Regierenden. In Kambodscha aber wird Völkermord organisiert . . . Es wird für Europäer immer rätselhaft bleiben, wieso es noch heute in Kambodscha Truppen gibt, die für die Rückkehr des bisherigen Ministerpräsidenten Pol Pot und seines Stellvertreters Jeng Sary kämpfen. Von hier aus ist kein Unterschied zwischen diesem Regime und dem gegenwärtig amtierenden zu erkennen . . .

Welt, 2.11. „Wir müssen auf Knien bitten, daß wir ihrem Volk helfen dürfen" von A.Papenberg: . . . Aus Furcht und Mißtrauen, der Feind könnte an die Lebensmittel-Lieferungen gelangen oder die Hilfe würde nicht gleichmäßig verteilt werden, hätten die streitenden Parteien ungerührt zugesehen, wie Menschen in ihrem Machtkreis allesamt sterben.

Arbeitsunfall bei HAW – Kapitalisten zahlen nicht

Laut Berufsgenossenschaft zählt ein Achillessehnenriß nicht als Unfall

b.güt. Am 2.August 1977 stürzt in der Gießerei bei den Hamburger Aluminiumwerken der tunesische Arbeiter A. von einem Stapel Rundbolzen aus 1½ m Höhe auf eine am Boden liegende U-Schiene. Dabei reißt die Achillessehne. Die betriebliche Unfallstatistik registriert den Unfall mit „30 Ausfalltagen" – dann erlischt für die Betriebsführung erst einmal das Interesse an den Folgen des Unfalls, da ihre Lohnfortzahlungspflicht nach 30 Tagen endet.

Der Arbeiter A. – zwar nicht aus dem Arbeitsverhältnis entlassen – muß Krankengeld beantragen. Das Krankengeld ist um etwa 300 DM niedriger als sein letzter Nettolohn, da die steuer- und sozialversicherungsfreien Nacht- und Sonntagszuschläge nicht angerechnet werden. Sein Krankengeld beträgt 1400 DM, womit er seine vierköpfige Familie ernähren muß.

Der Heilungsprozeß beim Arbeiter A. macht keine Fortschritte – auch nicht nach einer 14tägigen erneuten Heilbehandlung im Krankenhaus. A. bleibt weiterhin krankgeschrieben.

Jeden Arbeitsunfall nimmt die zuständige Berufsgenossenschaft (Versicherung der Kapitalisten gegen Ansprüche der Arbeiter aus Folgen eines Arbeitsunfalls) unter ihre Fittiche. Sie überprüft, ob der Arbeiter die Sicherheitsvorschriften eingehalten hat, ob er unter Alkoholeinwirkung gestanden hat oder eine andere etwaige Form der „Eigenverschuldung" dem Arbeiter vorgeworfen werden soll. Findet sie nichts derartiges, läßt sie ihre Gutachter – wie im Fall des Arbeiters A. – folgendes feststellen:

„. . . . *die aufgetretenen Beschwerden an der rechten Achillessehne ihre Ursache nicht in dem angegebenen Vorfall vom selben Tag (hat), weil dies Ereignis nicht geeignet gewesen ist, eine Verletzung einer Achillessehne zu verursachen. Der Vorfall vom 2.8.77 stellt vielmehr nur die Gelegenheit dar, bei der bereits schicksalsmäßig vorgegangene Veränderungen, die eine verminderte Zugfestigkeit der Achillessehne zur Folge hatten, an der rechten Achillessehne in Erscheinung getreten sind.*"

Eine derartige Ablehnung ist kein Einzel-, sondern Normalfall. Im Jahre 1975 wurden von der Berufsgenossenschaft Chemie von 54423 Arbeitsunfällen 1675 entschädigt. 1976 waren es von 55433 Unfällen nur noch 1324 – eine Abnahme von 21%. Um Ansprüche der Arbeiter an die Unfallversicherung abzuwehren, haben die Berufsgenossenschaften ein umfassendes System von Begründungen entwickelt. Im Kern besteht es darin, daß die Kapitalisten für „normalen Verschleiß" ohnehin nichts zahlen. Und welcher Arbeiter verschleißt seine Arbeitskraft nicht im Ausbeutungsprozeß? Bei HAW z.B. gibt es kaum einen Schlosser, der nicht Schädigungen am Rücken hat, und das bei einem Durchschnittsalter von 35 Jahren. Für die Berufsgenossenschaften also kein Problem, bei den Arbeitern Verschleißerscheinungen festzustellen und darauf die Folgen eines Unfalls zu schieben.

Gegen den Bescheid der Berufsgenossenschaft kann der Arbeiter vor dem Sozialgericht Klage erheben. Er muß dort *beweisen*, daß die Gesundheitsschäden zweifelsfrei überwiegend Folgen des Unfalls sind, was ihm nicht gelingen wird gegen die Behauptung der Berufsgenossenschaft, daß eine verschlissene Achillessehne bei verschiedenen Gelegenheiten reißen kann, und eine gesunde Achillessehne bei dem betreffenden Unfall gar nicht hätte reißen können.

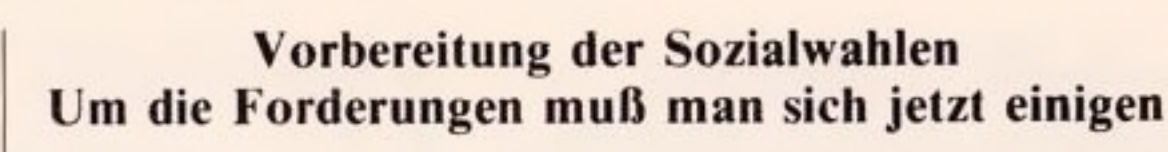
Im Herbst 1978 versucht der Arbeiter gezwungenermaßen wieder zu arbeiten, doch die Verletzung verschlimmert sich und er wird weiter krankgeschrieben. Der Arbeiter stellt daraufhin einen Antrag auf Erwerbsunfähigkeitsrente. Sicher ist, daß dieser Antrag abgelehnt wird, da ungelernte Arbeiter erst dann erwerbsunfähig erklärt werden, wenn es absolut keine Tätigkeit mehr gibt, bei der sie die Kapitalisten ausbeuten können. Wie weit das geht, sieht man an den Behindertenwerkstätten, wo für 3 DM Stundenlohn die „Behinderten" einem „Erwerb" nachgehen.

Im März 79 wird A. aus den Sozialversicherungen ausgesteuert. Zu diesem Zeitpunkt wird den Arbeitern dann von der Landesversicherungsanstalt meist empfohlen, ihre Arbeit zu kündigen und sich beim Arbeitsamt arbeitslos zu melden. Die 66% Arbeitslosengeld würden dann allerdings nicht nach dem letzten Lohn berechnet, sondern nach der zu erwartenden Tätigkeit, für die einen das Arbeitsamt – nach Untersuchung seines Behinderungsgrades – vermitteln wird.

Der Arbeiter A. beantragt stattdessen Sozialhilfe. Ihm werden 980 DM nach dem Regelsatz für seine gesamte Familie berechnet. Das Kindergeld wird angerechnet. Der Arbeiter stürzt damit ins nackte Elend. Ihm fehlt das Geld, um sich Winterbekleidung zu kaufen.

Als der behandelnde Arzt ihn im Oktober 79 auf Betreiben des Betriebsrates bedingt arbeitsfähig schreibt und der Betriebsrat den Kapitalisten mehrere Stellen in der Gießerei nachweist, an denen er arbeiten könnte, lehnen die HAW-Kapitalisten ab mit der Begründung, diese Stellen würden keinen ausgeschriebenen Arbeitsplatz bilden. Für sie sei der Arbeiter weiterhin arbeitsunfähig.

Es wird tatsächlich immer dringlicher, daß die Arbeiterklasse mit ihren Gewerkschaften einen vollständigen Versicherungsschutz für alle Arten des Verlustes oder der Minderung der Arbeitsfähigkeit durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter und für den Fall der Arbeitslosigkeit erkämpft.



Vorbereitung der Sozialwahlen
Um die Forderungen muß man sich jetzt einigen

b.dam. Die Wahlen zu den Sozialversicherungen finden am 1. Juni 1980 statt. Die Vertreter werden alle sechs Jahre gewählt. Das ÖTV-Magazin 6/79 stellt fest, daß die Diskussion über sozialpolitische Fragen wieder lebhafter geworden ist. Die Beteiligung an den Wahlen zur Sozialversicherung ist von 1962 mit 2160525 Wählern auf 1974 3523818 gestiegen.

Grundlage ist: Der Aufwand an Reproduktionsmitteln, der erforderlich ist, um die Arbeitskraft in einen Zustand zu versetzen, mit dem sie der Kapitalist auch nimmt, hat zugenommen. Gleichzeitig ist es den Arbeiterfamilien immer weniger möglich, ihre gegenseitige Hilfe in Anspruch zu nehmen, die Sozialversicherung wird also zum tragenden Teil der Reproduktion, um die verschlissene Arbeitskraft wiederherzustellen.

Bestandteil der Reproduktion, wird die Sozialversicherung als solche jedoch nicht von den Kapitalisten gezahlt. Die Arbeiterfamilie zahlt ihre Versicherung selbst. Jede Gebührenerhöhung der Krankenkasse, jede Mehrausgabe für die Krankenversorgung der Versicherten erscheint als Mehrausgabe für die Versicherungen selbst. Ehrenberg bescheinigt im April 1979 dem Parlament der Allgemeinen Ortskrankenkassen, sie „hätten erfolgreich die Kostendämpfung praktiziert."

Die AOK Schleswig-Flensburg hat insgesamt auf der Linie der vorgegebenen Kostendämpfung durch die Ehrenberggesetze gearbeitet: In der Ortskrankenkasse Flensburg-Schleswig ist trotz Zunahme von Krankenhauszugängen pro Jahr von 1975 285486 auf 1978 310404 ein Überschuß von 4,3 Mio. DM im Jahre 1978 erwirtschaftet worden. Dabei seien die Mehrausgaben für Arzneimittel überdurchschnittlich mit 7,44% Steigerung hoch gewesen. Absoluter Spitzenreiter seien die Krankenhaustransportkosten mit einer Steigerung von 19,47 % gewesen. Die Krankenhauspflege sei in dem Kreis Schleswig angewachsen um 7,21% gegenüber dem Vorjahr, wurde von den Kassen festgestellt. Bei beidem wurde die Kostendämpfung vorgeschlagen: die bessere Kontrolle der Arzneimittelvergabe und die Überprüfung der Krankentransportgebühren im Kreis.

Da die Arbeiterfamilien die Versicherungen zahlen, scheint die Frage der Kostendämpfung die vorrangige, wenn die Beitragserhöhung für die AOK's vermieden werden soll. Bei der AOK Flensburg wurden im Januar 78 die Beitragssätze von 12,7 auf 13,9% erhöht. Die Auseinandersetzung um die neuerlichen Gebührenerhöhungen bei den Krankentransporten um 16,7% wird von den Krankenkassen als nur vermeidlich durch Beitragserhöhungen dargestellt.

Vom ÖTV-Hauptvorstand wurde in den „Perspektiven" die Forderung aufgestellt: „Die Versicherten sollen deshalb die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger allein übernehmen." Doch an den Beschlüssen der kommunalen Verwaltungen kann man schon erkennen, daß die Versicherungen, solange sie nicht ergänzt sind durch die Forderung nach Bezahlung der gesamten Versicherungskosten durch die Kapitalisten, offen bleiben für die Ehrenbergschen Kostendämpfungsmaßnahmen, statt daß sie Mittel im Kampf gegen die Programmabsichten seines Ministeriums sind. Die Wahlen zu den Sozialversicherungen können für die Durchsetzung der Forderungen genutzt werden.

Betriebskrankenkasse Bauer: Erhöhung der Beiträge von 8,5% auf 9,3%

b.brp. Auf der Vertrauensleutesitzung vor gut einer Woche beschlossen die Vertrauensleute mehrheitlich, daß die auf der vorigen Sitzung aufgestellte Gewerkschaftsliste zu den nächstes Jahr stattfindenden Wahlen zur Vertreterversammlung der Betriebskrankenkasse nicht um einen vierten Kandidaten erweitert wird. In einer Unterschriftenliste, die fast vom gesamten Fotosatz unterzeichnet wurde, war die Aufstellung dieses Kandidaten gefordert worden, weil Kritik an den bisherigen Vertretern im Vorstand und der Vertreterversammlung besteht. Die Vertreterversammlung hatte einer Erhöhung der Beiträge um 8,5% auf 9,3% zugestimmt, die ab Juli gilt. Fast alle Beschäftigten bei Bauer Druck sind von dieser Erhöhung betroffen, denn mit der Einrichtung der Betriebskrankenkasse im Juli 1977 mußten alle AOK-Versicherten zwangsweise überwechseln. Mit der Erhöhung des Beitrages liegt der Satz zwar noch unter dem der AOK Hamburg mit 12,7%, jedoch bringt die Erhöhung der Betriebskrankenkasse monatlich mindestens 4800 DM Mehreinnahmen (da kein Geschäftsbericht von 1978 vorliegt: berechnet aus 250 Mitglieder in Hamburg mit 2400 sozialversicherungspflichtigem Brutto). Der Höchstsatz stieg von 197,62 DM (1977) auf 216,76 DM (1978) und beträgt nach der Erhöhung 279 DM.

Der Geschäftsführer der Betriebskrankenkasse Fürtsch begründete die Erhöhung mit dem Arbeitskampf 1978. Dadurch sollen die Pro-Kopf-Ausgaben für Krankengeld von 207903 DM 1977 auf 579960 DM 1978 gestiegen sein. Insgesamt erhöhten sich die Ausgaben pro Versichertem von 1837,83 DM 1977 auf 2182,51 DM 1978. Mit dieser Begründung soll verdeckt werden, daß die Arbeitskraft schneller verschleißt, und sie soll wirken gegen die berechtigte Forderung, daß die Kapitalisten für die von ihnen ruinierte Arbeitskraft allein zahlen müssen. Der Betriebsrat wurde von Vertrauensleuten aufgefordert, diese dreiste Begründung zurückzuweisen.

Sein Brief ist in den letzten Betriebsrat-Informationen abgedruckt.

sprüche der Arbeiter aus Folgen eines Arbeitsunfalls) unter ihre Fittiche. Sie überprüft, ob der Arbeiter die Sicherheitsvorschriften eingehalten hat, ob er unter Alkoholeinwirkung gestanden hat oder eine andere etwaige Form der „Eigenverschuldung" dem Arbeiter vorgeworfen werden soll. Findet sie nichts derartiges, läßt sie ihre Gutachter – wie im Fall des Arbeiters A. – folgendes feststellen:

„. . . . die aufgetretenen Beschwerden an der rechten Achillessehne ihre Ursache nicht in dem angegebenen Vorfall vom selben Tag (hat), weil dies Ereignis nicht geeignet gewesen ist, eine Verletzung einer Achillessehne zu verursachen. Der Vorfall vom 2.8.77 stellt vielmehr nur die Gelegenheit dar, bei der bereits schicksalsmäßig vorgegan-

dem Sozialgericht Klage erheben. Er muß dort beweisen, daß die Gesundheitsschäden zweifelsfrei überwiegend Folgen des Unfalls sind, was ihm nicht gelingen wird gegen die Behauptung der Berufsgenossenschaft, daß eine verschlissene Achillessehne bei verschiedenen Gelegenheiten reißen kann, und eine gesunde Achillessehne bei dem betreffenden Unfall gar nicht hätte reißen können.

Im Herbst 1978 versucht der Arbeiter gezwungenermaßen wieder zu arbeiten, doch die Verletzung verschlimmert sich und er wird weiter krankgeschrieben. Der Arbeiter stellt daraufhin einen Antrag auf Erwerbsunfähigkeitsrente. Sicher ist, daß dieser Antrag abgelehnt wird, da ungelernte Arbeiter erst dann erwerbsunfähig erklärt

Oktober 79 auf Betreiben des Betriebsrates bedingt arbeitsfähig schreibt und der Betriebsrat den Kapitalisten mehrere Stellen in der Gießerei nachweist, an denen er arbeiten könnte, lehnen die HAW-Kapitalisten ab mit der Begründung, diese Stellen würden keinen ausgeschriebenen Arbeitsplatz bilden. Für sie sei der Arbeiter weiterhin arbeitsunfähig.

Es wird tatsächlich immer dringlicher, daß die Arbeiterklasse mit ihren Gewerkschaften einen vollständigen Versicherungsschutz für alle Arten des Verlustes oder der Minderung der Arbeitsfähigkeit durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter und für den Fall der Arbeitslosigkeit erkämpft.

insgesamt auf der Linie der vorgegebenen Kostendämpfung durch die Ehrenberggesetze gearbeitet: In der Ortskrankenkasse Flensburg-Schleswig ist trotz Zunahme von Krankenhauszugängen pro Jahr von 1975 285486 auf 1978 310404 ein Überschuß von 4,3 Mio. DM im Jahre 1978 erwirtschaftet worden. Dabei seien die Mehrausgaben

durch die Forderung nach Bezahlung der gesamten Versicherungskosten durch die Kapitalisten, offen bleiben für die Ehrenbergschen Kostendämpfungsmaßnahmen, statt daß sie Mittel im Kampf gegen die Programmabsichten seines Ministeriums sind. Die Wahlen zu den Sozialversicherungen können für die Durchsetzung der Forderungen genutzt werden.

Betriebskrankenkasse Bauer: Erhöhung der Beiträge von 8,5% auf 9,3%



Nacht- und Schichtarbeit, Hitze bis über 100 Grad – normale Arbeitsbedingungen bei HAW. 250 Unfälle im Jahr sind die Bilanz. Die Bilder zeigen die Arbeit am Schmelzofen (links) und in der Gießerei (rechts).

Richter Hübner und Staatsanwalt Detken wollen sich mit der Gewerkschaftsjugend anlegen

. uwz. Ungefähr 150 Berufsschüler, Delegationen aus verschiedenen Schulen, wollten am 2. Verhandlungstag im Prozeß gegen Uwe Zabel teilnehmen, um so ihre Forderung nach sofortiger, bedingungsloser Einstellung des Strafverfahrens zu bekräftigen, wie auch um für ihre Ausbildungsinteressen einzutreten.

Schon vormittags am 2.11. versammelten sich 300 Berufsschüler der G 10 (Museumsstraße) zu einer Vollversammlung. Dort wählten sie Blocksprecher, die bisher für die Forderung nach „*sofortiger Rücknahme des Beschlusses zur Einführung des Wahlpflichtbereiches, weg mit dem Kurssystem, keiner darf durchfallen, weg mit der Stufenausbildung und den Kurzberufen, Einstellung aller Lehrer*" eingetreten sind. Ein Vertreter der Ortsverwaltung der IG-Metall war vom Schülerrat eingeladen. Er rief zum Kampf gegen den Prozeß auf und legte dar, daß die Forderungen der Berufsschüler gerecht sind und von der IG-Metall unterstützt werden. Die Schulbehörde hatte Uwe Zabel Hausverbot erteilen lassen in der G 10/G 16. Daraufhin beschloß die VV einstimmig, vor der Schule eine Kundgebung durchzuführen. Uwe sprach dort gegen Richter Hübner und Staatsanwalt Detken, die im Auftrag des Hamburger Senats und der Schulbehörde seine Verurteilung wegen Organisierung des Kampfes der Berufsschüler betreiben, und er sprach gegen die Maßnahmen der Schulbehörde zur Verkürzung der Ausbildung. Beschlossen wurde, dem Aufruf aus dem IGM-Flugblatt „Berufsschülerprozeß Info Nr. 1" zu folgen und zum Prozeß hinzugehen.

Auf die Fortschritte im Kampf der Berufsschüler reagierte das Gericht mit härterer Gangart. Als die Verteidigung gegen den viel zu kleinen Gerichtssaal protestierte, wurde ihr das Wort verboten. Dagegen protestierte Uwe, und das Gericht verpaßte ihm einen Tag Ordnungshaft, ersatzweise 200 DM Geldstrafe. Es könnte weitere Ordnungsstrafen geben, drohte Staatsanwalt Detken, denn „Zabel wolle den Prozeß zu einer Privatveranstaltung machen". Es wurde nachgewiesen, daß das Gericht hier einen Prozeß gegen die gerechten Interessen der Arbeiterjugend führt.

Vor dem Gerichtssaal wurden laut die neuen Solidaritätsadressen verlesen und mit viel Beifall begrüßt, z.B. von AEG N4 Wedel, vom IGM VK Still AG, JV Siemens, VV GEW, Schülerrat G5, 17 Hafenarbeitern im Ausbildungskurs an der G7, AjLE Schleswig-Holstein, Betriebsrat Mühlmeister und Johler, E-Handwerksjugendgruppe der IG-Metall, Jugendgruppe Landwirtschaft und Forsten, eine Klasse der G1. In den Verhandlungspausen wurde über den Prozeß berichtet. Der Richter vertagte auf den 12.11. um 13 Uhr.

Für diesen Tag werden VVs an den Berufsschulen vorbereitet. Am 8.11. findet im Gewerkschaftshaus eine Berufsschülerrätekonferenz mit der IGM statt (18 Uhr). Auf der Kundgebung vor dem Gerichtssaal wurde der Vorschlag begrüßt, daß die Kreisjugendkonferenz der DGB-Jugend am 4.11. eine Demonstration beschließen soll.

Erklärungen an Richter Hübner, Amtsgericht Hamburg, Abt. 149, Az. – 149-91/79 – Sievekingplatz 3, 2 Hamburg 36.

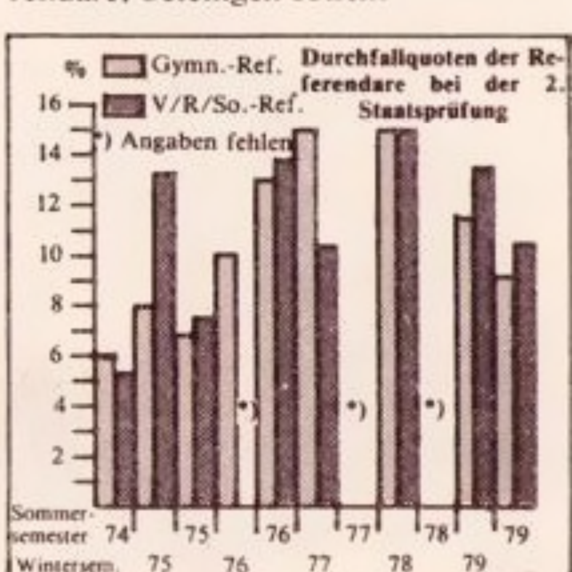
Überwindung des Konkurrenzdrucks
Referendare streikbereit

b.inb. Die Hamburger Referendare unterstützen die Vorbereitung des Warnstreiks der Lehrer für Arbeitszeitverkürzung, denn auch sie haben Grund genug, gegen die zunehmende Vernutzung ihrer Arbeitskraft zu kämpfen.

Die Unterdrückung und die damit einhergehende Konkurrenz wird gerade in der Lehrerausbildung unter der Drohung der späteren Arbeitslosigkeit vorangetrieben. Nach den Kalkulationen des Senats wird es in Hamburg bis 1985 an die 6000 arbeitslose Lehrer geben.

Die Aussortierung fängt bereits im Studium an. Nur ca. 30% derjenigen, die ein Lehrerstudium beginnen, kommen bis zum 2. Staatsexamen. In der Prüfung selbst wird, wie das Schaubild zeigt, erneut kräftig gesiebt. Zwar erscheint es, als gingen die Durchfallquoten zumindest bei den Gymnasiallehrerreferendaren seit 1978/79 wieder langsam zurück, aber gleichzeitig wächst der Anteil der Referendare, die aufgrund des ungeheuren Drucks bereits vor der Prüfung das Referendariat abbrechen. Er liegt derzeit bei über 16%. Demgegenüber bleibt nur der Ausweg, gegen diese Auslese und Unterdrückung zu kämpfen.

Obwohl die Vorgesetzten mit Disziplinarmaßnahmen und Gehaltsabzug drohen und die Referendare sich als Beamte auf Widerruf in einer besonders rechtlosen Lage befinden, haben sich in mehreren Seminaren über 50% der Referendare für die Teilnahme am Streik ausgesprochen. Am 1.11. haben über 500 Vertrauensleute der Hamburger GEW auf einer Vollversammlung die Durchführung einer Urabstimmung über Warnstreik beschlossen, an der sich alle gewerkschaftlich organisierten Lehrer, einschließlich der Referendare, beteiligen sollen.





2000 Studenten der Universität und anderer Hochschulen Hannovers demonstrierten am 31.10.79 durch die Innenstadt zum Minister für Wissenschaft und Kunst, Pestel, und forderten die Anerkennung des gewählten AStA und der Fachschaftsräte sowie die Zurückziehung des inzwischen eingesetzten Staatskommissars.

Streiks gegen die Studienbedingungen an der Hamburger Universität

r.ana. Die industriemäßige Vernutzung der studentischen Arbeitskraft wird angegriffen. Die Psychologiestudenten haben beschlossen, das ganze Semester zu streiken. Im Fach Verhaltenstherapie konnten im letzten Semester 60 Studenten ihre Ausbildung nicht beenden. Ihre Zahl wird in den nächsten beiden Semestern auf 160-200 steigen. In der Gesprächstherapieausbildung wurde ein einsemestriger Aufnahmestopp verhängt. Dadurch war die Einführungsveranstaltung mit 90 Studenten überfüllt – am Ende des Semesters waren es noch 30. Für ein Seminar in Gestalttherapie wurden im letzten Semester 40 Studenten aus 200 ausgelost.

In den beiden letzten Jahren stieg die Zahl der Zulassungen zum Psychologiestudium von 96 auf 196 Studenten pro Semester. Das propagieren die Hochschulbeamten als Abbau des Numerus Clausus. Gleichzeitig hat Universitätspräsident Fischer-Appelt die Lehrkapazitäten sogar noch vermindert. Abbrecherquoten von 50% sind die Folge. Im letzten Semester mußten die Professoren die Streichung von 2 Seminaren zurücknehmen, nachdem die Studenten dies nachdrücklich gefordert hatten.

Die Studenten kämpfen um Bedingungen, unter denen sie ihre Ausbildung erfolgreich beenden können. Fast alle Studenten studieren als Schwerpunkt ‚Klinische Psychologie‘, weil die Kapitalisten und der bürgerliche Staat nach dem Studium Erfahrungen in der Psychotherapie verlangen. Liegen die nicht vor, sind die Berufsaussichten gleich null.

Die Psychologiestudenten fordern

Studenten ihre Ausbildung nicht beenden. Ihre Zahl wird in den nächsten beiden Semestern auf 160-200 steigen. In der Gesprächstherapieausbildung wurde ein einsemestriger Aufnahmestopp verhängt. Dadurch war die Einführungsveranstaltung mit 90 Studenten überfüllt – am Ende des Semesters waren es noch 30. Für ein Seminar in Gestalttherapie wurden im letzten Semester 40 Studenten aus 200 ausgelost.

In den beiden letzten Jahren stieg die Zahl der Zulassungen zum Psychologiestudium von 96 auf 196 Studenten pro Semester. Das propagieren die Hochschulbeamten als Abbau des Numerus Clausus. Gleichzeitig hat Universitätspräsident Fischer-Appelt die Lehrkapazitäten sogar noch vermindert. Abbrecherquoten von 50% sind die Folge. Im letzten Semester mußten die Professoren die Streichung von 2 Seminaren zurücknehmen, nachdem die Studenten dies nachdrücklich gefordert hatten.

Die Studenten kämpfen um Bedingungen, unter denen sie ihre Ausbildung erfolgreich beenden können. Fast alle Studenten studieren als Schwerpunkt ‚Klinische Psychologie‘, weil die Kapitalisten und der bürgerliche Staat nach dem Studium Erfahrungen in der Psychotherapie verlangen. Liegen die nicht vor, sind die Berufsaussichten gleich null.

Die Psychologiestudenten fordern
ausreichende Ausbildungsplätze vom bürgerlichen Staat. Sie bekämpfen die Ausdehnung des Prüfungsdrucks durch eine weitere Hausarbeit und fordern die Verteilung von Ausbildungsplätzen nur bei Anwesenheit aller betroffenen Studenten, was sich gegen die Verlosung von Ausbildungsplätzen richtet.

Fischer-Appelt führt die bundesweit geltende Kapazitätsverordnung ins Feld, nach der jeder zusätzliche Ausbildungsplatz nur zu einer weiteren Erhöhung der Zulassungszahlen führt. Am besten, die Studenten fordern die Beseitigung dieser Kapazitätsverordnung, die die Kultusminister ausgeheckt haben, um den Studienbetrieb zu rationalisieren.

Die Sportstudenten streiken seit dem 25. Oktober. 40 Semesterwochenstunden hat der Hamburger Senat in der praktischen Ausbildung gestrichen.

Das bedeutet, daß in den Prüfungen z.B. Schwimmen und Rudern verlangt wird, aber es keine Möglichkeit gibt, das während des Studiums auch zu trainieren. Am 1. November haben 300 Sportstudenten demonstriert und in der Sitzung des Akademischen Senats ihre Forderungen gerufen. Die Professoren mußten ihre Sitzung abbrechen. Im nächsten Semester plant Fischer-Appelt die Streichung von weiteren 53 Semesterwochenstunden.

Am vergangenen Freitag haben die 160 Sportstudenten auf einer Vollversammlung die Fortsetzung des Streiks bis Freitag, den 9. November, beschlossen. Sie wollen ein go-in zum Wissenschaftssenator Sinn machen. Sinn hat am 23. Oktober die Presse über eine neue Konzeption zur Errichtung der Gesamthochschule unterrichtet. Eines der Hauptanliegen des Senators – eine bessere Zusammenarbeit der Hochschulen in der Forschung: „Dort wo die Lehrbelastung (der Pro-

Beseitigung dieser Kapazitätsverordnung, die die Kultusminister ausgeheckt haben, um den Studienbetrieb zu rationalisieren.

Die Sportstudenten streiken seit dem 25. Oktober. 40 Semesterwochenstunden hat der Hamburger Senat in der praktischen Ausbildung gestrichen.

Das bedeutet, daß in den Prüfungen z.B. Schwimmen und Rudern verlangt wird, aber es keine Möglichkeit gibt, das während des Studiums auch zu trainieren. Am 1. November haben 300 Sportstudenten demonstriert und in der Sitzung des Akademischen Senats ihre Forderungen gerufen. Die Professoren mußten ihre Sitzung abbrechen. Im nächsten Semester plant Fischer-Appelt die Streichung von weiteren 53 Semesterwochenstunden.

Am vergangenen Freitag haben die 160 Sportstudenten auf einer Vollversammlung die Fortsetzung des Streiks bis Freitag, den 9. November, beschlossen. Sie wollen ein go-in zum Wissenschaftssenator Sinn machen. Sinn hat am 23. Oktober die Presse über eine neue Konzeption zur Errichtung der Gesamthochschule unterrichtet. Eines der Hauptanliegen des Senators – eine bessere Zusammenarbeit der Hochschulen in der Forschung: „Dort wo die Lehrbelastung (der Pro-
fessoren) solcher qualifizierten Zusammenarbeit im Wege steht, werden wir individuelle Befreiungen von der Lehrverpflichtung zur Erhöhung der Forschungsleistungen ermöglichen.“ Die Studenten werden am Mittwoch auf der Universitätsvollversammlung die Vorbereitung eines Streiks aller Lehrerstudenten beraten.

Kiep und Breuel in Japan und Indonesien – scharfer Kampf um Exportmärkte

r.kea. Von einer elftägigen „Goodwill-Reise“ nach Südostasien kehrte jetzt eine Delegation niedersächsischer Regierungsmitglieder und Kapitalistenvertreter zurück. Mitglieder der Delegation waren u.a. der Vorstandsvorsitzende der Norddeutschen Landesbank, Adolf Kracht, der Vorstandsvorsitzende der Deutsche Messe- und Ausstellungs AG, Claus Groth, sowie der niedersächsische Finanzminister Walther Leisler Kiep und die niedersächsische Ministerin für Wirtschaft und Verkehr Birgit Breuel. Ziel der Reise war zum einen, in Indonesien, das zu den vom Imperialismus unterdrückten Ländern zählt, größere Geschäfte niedersächsischer und anderer westdeutscher Kapitalisten vorzubereiten und zum anderen in Japan, das zu den imperialistischen Konkurrenten der Bundesrepublik zählt, Möglichkeiten zum Waren- und Kapitalexport im Detail zu erkunden, nachdem Japan inzwischen gezwungen wurde, seinen inländischen Waren- und Kapitalmarkt auch für die imperialistische Konkurrenz etwas mehr zu öffnen.

Der Kapitalexport durch niedersächsische Investitionen im Ausland betrug 1977 608,4 Mio. DM, 1978 652,5 Mio. DM und im 1. Halbjahr 1979 177,9 Mio. DM. Davon gingen in Länder der Dritten Welt: 51,5% im Jahr 1977, 6% im Jahr 1978 und 38,4% im 1. Halbjahr 1979. Auch die Struktur des Warenaußenhandels des Landes Niedersachsen ist charakteristisch für den gesamten westdeutschen Außenhandel. Während bei den Einfuhrgütern rund zwei Drittel aus Rohstoffen, Ernährungsgütern, Halbwaren und Vorerzeugnissen besteht und nur rund ein Drittel aus Fertigerzeugnissen, ist bei der Ausfuhr das Verhältnis genau umgekehrt. Ähnlich wie im westdeutschen Durchschnitt sind die Hauptexportgüter Niedersachsens Metallwaren, Maschinen, Elektroerzeugnisse und Chemieerzeugnisse, lediglich der überragende Anteil des Kfz-Exports ist als Besonderheit zu verzeichnen.

In Indonesien wurde der Hebel angesetzt über die groß aufgezogene westdeutsche Industrieausstellung Indogerma (vgl. die Meldung auf S. 2), auf der auch niedersächsische, teilweise mittelständische, Kapitalisten vertreten sind. Geschäfte werden gewittert: Indonesien muß sein Verkehrs- und Transportnetz aufbauen und ist dabei z.B. auf ausländische Eisenbahntechnik angewiesen. Um das Land längerfristig in Abhängigkeit zu bringen, ist auch der Kapitalexport geplant, wie er in anderen Ländern der Dritten Welt bereits funktioniert: Der Extraprofit, der auf Grund der niedrigen Löhne durch die Kapitalisten gemacht werden kann, wird oft noch erhöht durch den direkteren Zugang zu vielen wichtigen Rohstoffen, was deren Preis senkt.

Die Haupteinfuhrgüter Niedersachsens sind Kraftstoffe, Schmieröl, Erdgas, Erdöl und andere Rohstoffe, sowie Halbwaren. Bei dieser Wirtschafts- und Außenhandelsstruktur liegt die Konkurrenz zu Japan, wo die Verhältnisse in dieser Hinsicht ähnlich sind, auf der Hand. Da Japan gewisse Positionen auf dem europäischen Markt, hauptsächlich in der BRD, schon erobert hat und einen Handelsbilanzüberschuß gegenüber Westdeutschland aufweist, wirkt die Drohung der westdeutschen Imperialisten, diese Positionen staatlich zu beschränken. Daher die Bereitschaft, die Leisler Kiep und Breuel vorfanden, den japanischen Markt für westdeutsche Waren und Kapitalanlagen mehr zu öffnen. Als Gegenleistung vergaß Frau Breuel nicht, japanischen Kapitalisten die Investition in Niedersachsen anzubieten. Sie denkt da an die „strukturschwachen Gebiete“ mit hoher Arbeitslosigkeit.

Die Festeinstellung der 800 ABM-Angestellten muß gegen den Westberliner Senat durchgesetzt werden

Die Festeinstellung der 800 ABM-Angestellten muß gegen den Westberliner Senat durchgesetzt werden

r.mas. Am 9.Oktober berichtete der Tagesspiegel, daß in Westberlin die Streichung von 1100 ABM-Stellen bevorstehe. Das Landesarbeitsamt (LAA) hat unter Berufung auf die seit 1. August gültige Neuformulierung des §91 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) bei über 800 ABM-Stellen im Angestelltenbereich beanstandet, daß die bisherigen Tätigkeitsbeschreibungen sich nicht von normalen Pflichtaufgaben der Verwaltung unterscheiden, weshalb diese Stellen nicht weiterhin gefördert werden könnten. Ebenfalls unter Berufung auf die 5. Änderung des AFG hat der Senator für Arbeit und Soziales den 22 in Westberlin ansässigen Bundesbehörden mitgeteilt, daß er nicht länger bereit sei, die ABM-Trägerschaft für sie zu übernehmen, weil der Förderungssatz des LAA von 92% auf 80% des ABM-Lohns gesenkt worden sei. 300 ABM-Stellen im Angestelltenbereich sollen hier Ende des Jahres auslaufen.

Während der Tagesspiegel das „Tauziehen“ um die ABM-Stellen zwischen Senat und LAA als Folge der „verschärften Fassung“ des AFG darzustellen versucht, handelt es sich tat-

r.mas. Am 9.Oktober berichtete der Tagesspiegel, daß in Westberlin die Streichung von 1100 ABM-Stellen bevorstehe. Das Landesarbeitsamt (LAA) hat unter Berufung auf die seit 1. August gültige Neuformulierung des §91 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) bei über 800 ABM-Stellen im Angestelltenbereich beanstandet, daß die bisherigen Tätigkeitsbeschreibungen sich nicht von normalen Pflichtaufgaben der Verwaltung unterscheiden, weshalb diese Stellen nicht weiterhin gefördert werden könnten. Ebenfalls unter Berufung auf die 5. Änderung des AFG hat der Senator für Arbeit und Soziales den 22 in Westberlin ansässigen Bundesbehörden mitgeteilt, daß er nicht länger bereit sei, die ABM-Trägerschaft für sie zu übernehmen, weil der Förderungssatz des LAA von 92% auf 80% des ABM-Lohns gesenkt worden sei. 300 ABM-Stellen im Angestelltenbereich sollen hier Ende des Jahres auslaufen.

Während der Tagesspiegel das „Tauziehen“ um die ABM-Stellen zwischen Senat und LAA als Folge der „verschärften Fassung“ des AFG darzustellen versucht, handelt es sich tat-
sächlich um ein nicht ungeschickt angelegtes Täuschungsmanöver. Der neuformulierte §91 AFG schränkt den geplanten Ausbau des ABM-Programms durch den staatlichen Dienstherrn als dem Hauptnutznießer des Zugriffs auf die billigen und entrechteten Arbeitskräfte keineswegs ein. Die plötzlichen „Bedenken“ des LAA, daß auf gut der

Hälfte der bisherigen ABM-Stellen im Angestelltenbereich Planstellenarbeit ausgeführt würde, sind vielmehr Reaktion auf die wachsenden Angriffe von Belegschaften des öffentlichen Dienstes und der Gewerkschaft ÖTV auf die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Der Senat hat, während er von 1975 bis 1979 einen Planstellenstop im öffentlichen Dienst verordnete, die ABM-Stellen von 740 (1974) auf ca. 4000 (1978) ausgeweitet. Gegen diese Spaltung der Belegschaften durch Lohnsenkung und Entrechtung sowie gegen den mittels ABM betriebenen Mißbrauch von Geldern der Arbeitslosenversicherung hat die ÖTV ständig die Umwandlung der ABM-Stellen in reguläre Arbeitsverhältnisse gefordert. Daß das LAA nicht wirklich vorhat, dem Druck der ÖTV nachzugeben und sich gegenüber den Plänen des Senats querzulegen, sondern daß es einzig versucht, sich aus der Schußlinie der Kritik zu ziehen, wird daran deutlich, daß es dem Senat sogleich angeboten hat, gemeinsam die Tätigkeitsbeschreibungen der betroffenen ABM-Stellen so zu überarbeiten, daß eine weitere Förderung gewährleistet sei. Desweiteren hat das LAA den

Hälfte der bisherigen ABM-Stellen im Angestelltenbereich Planstellenarbeit ausgeführt würde, sind vielmehr Reaktion auf die wachsenden Angriffe von Belegschaften des öffentlichen Dienstes und der Gewerkschaft ÖTV auf die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Der Senat hat, während er von 1975 bis 1979 einen Planstellenstop im öffentlichen Dienst verordnete, die ABM-Stellen von 740 (1974) auf ca. 4000 (1978) ausgeweitet. Gegen diese Spaltung der Belegschaften durch Lohnsenkung und Entrechtung sowie gegen den mittels ABM betriebenen Mißbrauch von Geldern der Arbeitslosenversicherung hat die ÖTV ständig die Umwandlung der ABM-Stellen in reguläre Arbeitsverhältnisse gefordert. Daß das LAA nicht wirklich vorhat, dem Druck der ÖTV nachzugeben und sich gegenüber den Plänen des Senats querzulegen, sondern daß es einzig versucht, sich aus der Schußlinie der Kritik zu ziehen, wird daran deutlich, daß es dem Senat sogleich angeboten hat, gemeinsam die Tätigkeitsbeschreibungen der betroffenen ABM-Stellen so zu überarbeiten, daß eine weitere Förderung gewährleistet sei. Desweiteren hat das LAA den
Bundesbehörden nahegelegt, anstelle des Senats die Trägerschaft für ihre ABM-Stellen selbst zu übernehmen. Sowieso ist im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit für 1979 eine 65%ige Steigerung der Mittel für ABM gegenüber 1978 vorgesehen. Und so konnte sich der Senator für Arbeit und Soziales, Sund, in der Fragestunde des Abgeordnetenhauses zuversichtlich geben, „daß die größere Zahl dieser Stellen erhalten bleibt“.

„Gefährdet“ ist das ABM-Programm durch die Streichungsdrohung des LAA also keineswegs, wie der „Tagesspiegel“ weismachen will. Aber die ABM-Beschäftigten können das öffentliche Eingeständnis des LAA, daß die 800 ABM-Angestellten Planstellenarbeit leisten, nutzen, um ihrer Forderung nach Festeinstellung Nachdruck zu verleihen. Dies hat auch die ÖTV bekräftigt und in einer Presseerklärung gefordert. Die Vertrauensräte der ABM-Angestellten haben auf ihrer Versammlung am 24.10. beschlossen, Vorbereitungen für die Durchführung eines Informationsstandes und die Herausgabe eines Flugblatts sowie einer Presseerklärung zu treffen. Uneinig sind sich die Vertrauensräte aber noch über die Forderungen, unter denen der Kampf organisiert werden soll, weil ein Teil von ihnen den ersatzlosen Fortfall der 1100 ABM-Stellen befürchtet und deshalb zunächst für ihre Erhaltung eintreten will. Ein solcher Kurs würde aber dem Täuschungsma-

geordnetenhauses zuversichtlich geben, „daß die größere Zahl dieser Stellen erhalten bleibt“.

„Gefährdet“ ist das ABM-Programm durch die Streichungsdrohung des LAA also keineswegs, wie der „Tagesspiegel“ weismachen will. Aber die ABM-Beschäftigten können das öffentliche Eingeständnis des LAA, daß die 800 ABM-Angestellten Planstellenarbeit leisten, nutzen, um ihrer Forderung nach Festeinstellung Nachdruck zu verleihen. Dies hat auch die ÖTV bekräftigt und in einer Presseerklärung gefordert. Die Vertrauensräte der ABM-Angestellten haben auf ihrer Versammlung am 24.10. beschlossen, Vorbereitungen für die Durchführung eines Informationsstandes und die Herausgabe eines Flugblatts sowie einer Presseerklärung zu treffen. Uneinig sind sich die Vertrauensräte aber noch über die Forderungen, unter denen der Kampf organisiert werden soll, weil ein Teil von ihnen den ersatzlosen Fortfall der 1100 ABM-Stellen befürchtet und deshalb zunächst für ihre Erhaltung eintreten will. Ein solcher Kurs würde aber dem Täuschungsma-
növer von Senat und LAA aufsitzen.

Einigen sich die Vertrauensräte auf die Forderungen der ÖTV und organisieren sie den Kampf gestützt auf die Gewerkschaft, dann besteht durchaus die Möglichkeit, den Senat zur Festeinstellung der betroffenen ABM-Kollegen zu zwingen.



Da ist zunächst das Recht auf Leben, dessen ungeheure Bedeutung sich aus der Eigenschaft des Lebens als eines fundierenden Grundwertes aller Werte ergibt. Ohne Leben hört alles auf. Und doch erscheint in extremis nicht ausgeschlossen, daß der Staat das Leben seiner eigenen Bürger oder auch fremder Menschen opfern muß, um noch größeres Unheil zu verhindern. Die schnelle Niederschlagung eines Aufstandes, der zu einem großen Blutbad zu führen droht, kann einen solchen Fall darstellen. (S. 173)



Wenn es z.B. etabliert wäre, daß ein bestimmter Kreis von Personen über moderne Massenvernichtungsmittel verfügt und entschlossen ist, diese Mittel innerhalb kürzester Frist zu verbrecherischen Zwecken einzusetzen...



... und angenommen, dieses Vorhaben könnte nur vereitelt werden, wenn es gelingt, rechtzeitig den Aufenthaltsort dieser Personen zu erfahren, so kann es sittlich geboten sein, diese Information von einem Mitglied des betreffenden Personenkreises auch durch Folter zu erzwingen... (S. 174)

Nur durch Überstunden und Feiertagsarbeit kommen die Melker auf einen ausreichenden Lohn

r.hei. 1961 ist es den Agrarkapitalisten gelungen, für die Berechnung des Melkerlohns ein Punktsystem durchzusetzen, wodurch Zeitlohn und feste Arbeitszeit völlig aufgehoben wurden und die Höhe des Lohns durch Kuhzahl und Stalleinrichtung bestimmt wird.

Wenn ein Melker auf einem Hof anfängt zu arbeiten, werden zunächst die gesamten Stalleinrichtungen, Melkanlage, Entmistung usw. durchpunktiert. Moderne Anlagen bekommen eine geringere Punktzahl, ältere Systeme mehr Punkte. Man erhält dann eine bestimmte Punktezahl pro Tier, die mit der Zahl der Tiere, Kühe, Bullen und Jungvieh, malgenommen wird. Jeder Punkt hat einen bestimmten Wert, um dessen Höhe in den Tarifkämpfen die Auseinandersetzung geführt wird. Der Punktwert beträgt 1979 34 Pfennig. Punktwert mal Gesamtpunktzahl gibt den Hauptteil des Lohns. Dazu kommen noch Milchleistungsprämie, Aufzucht- und Verkaufsprämie sowie ggf. Geld für außergewöhnliche Nebenarbeiten wie Kannen waschen.

Die Agrarkapitalisten können auf diese Weise beim Umbau des Kuhstalls auf moderne Technik den Lohn des Melkers senken, obwohl sie die Zahl der Kühe raufsetzen. Ein Beispiel:

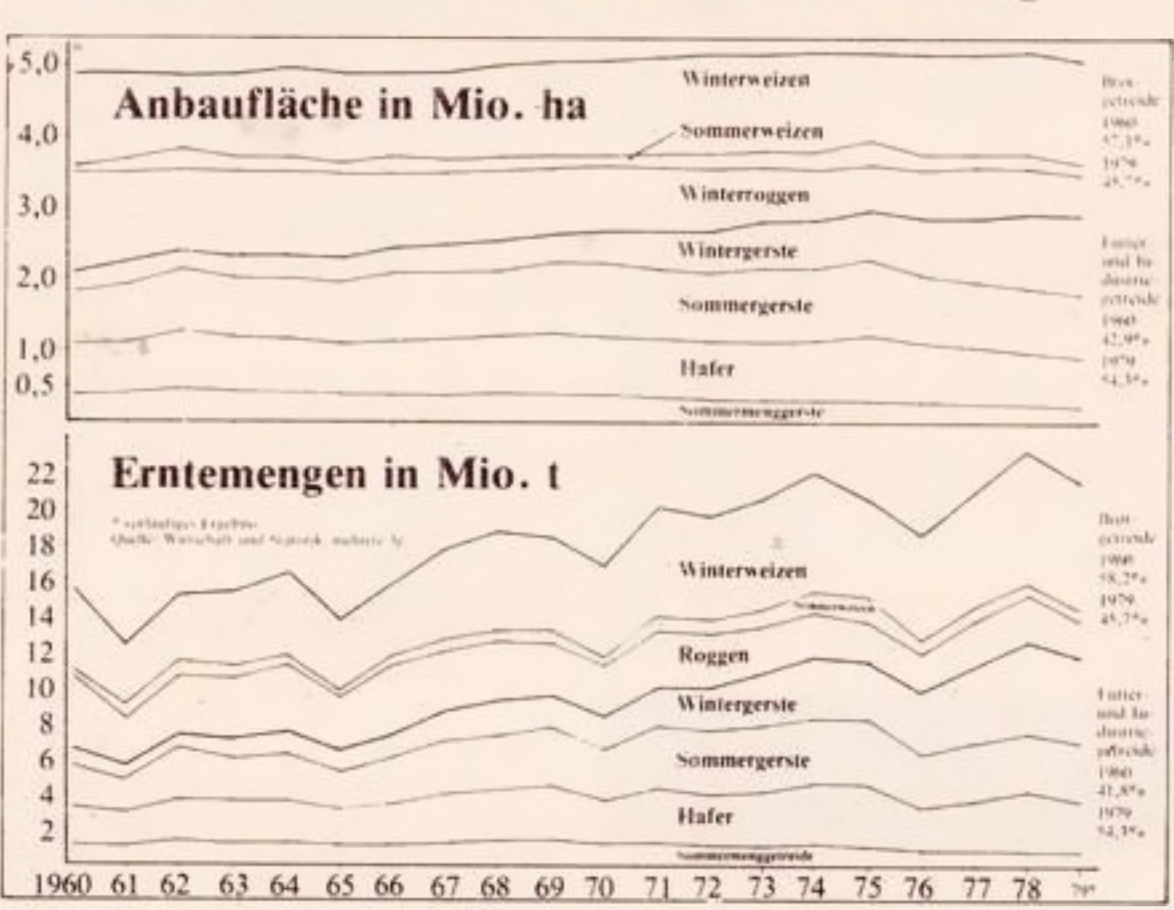
Ein Melkermeister arbeitet in einem Stall, in dem die Kühe einzeln angebunden sind und die Milch durch Absaugleitungen in die Milchkammer fließt. Er hat 60 Kühe und 40 Stück Jungvieh zu versorgen. Im Sommer kommen die Tiere auf die Weide. Bei einer durchschnittlich ermolkenen Jahresleistung von 4500 l/Kuh mit 3,8 % Fett bekommt er einen Durchschnittsmonatslohn von 3560 DM brutto. Der Stall wird dann umgebaut in einen Laufstall mit Fischgrätenmelkstand. Die Tierzahl wird erhöht auf 80 Kühe und 50 Stück Jungvieh. Die Tiere bleiben das ganze Jahr im Stall, weil bei der höheren Tierzahl sonst die Futterfläche zu klein wäre. Durch die niedrige Bewertung der modernen Einrichtung senkt sich der Lohn des Melkers um etwa 100 DM.

Gleichzeitig mit der Durchsetzung dieses Punktesystems ist es dem Verband der Agrarkapitalisten gelungen, eine Bestimmung über feste Arbeitszeit für Melker völlig aus dem Rahmentarifvertrag herauszuhalten. Im § 7 des RTV für Melker in Schleswig-Holstein heißt es dazu: ,,Die Arbeitszeit des Melkpersonals erstreckt sich ohne Bindung an bestimmte Stunden auf einen Zeitraum, der zur ordnungsgemäßen Wartung und Pflege des ihm übertragenen Viehbestandes sowie zur Verrichtung der üblichen oder besonders vereinbarten Nebenarbeiten erforderlich ist.'' Das bedeutet, daß die Melker ihr Leben völlig nach den Erfordernissen und dem Bedarf der Agrarkapitalisten einrichten sollen. Was gehört alles zu einer ordnungsgemäßen Wartung und Pflege eines Viehbestandes? An regelmäßigen Arbeiten fallen an: Das Melken als die zeitaufwendigste Arbeit, das Füttern von Silage, Rüben, Kraftfutter und Heu und das Entmisten. Zusätzlich müssen die Starken und Kühe zum richtigen Zeitpunkt zum Bullen gebracht bzw. besamt werden, die Kühe müssen 6 Wochen vor dem Kalben trocken gestellt werden, es müssen verschiedene Behandlungen wie z.B. Parasitenbekämpfung durchgeführt werden. Die Kälber brauchen besondere Pflegemaßnahmen und müssen getränkt werden. Im Sommer müssen die Kühe entweder täglich auf die Weide gejagt oder auf der Weide gemolken werden. Kühe und Jungvieh müssen auf der Weide überwacht werden, z.B. ob der elektrische Zaun und die Tränke in Ordnung sind.

Nur durch die Überstunden und die Arbeit an Sonn- und Feiertagen kommt der Melker auf seinen zunächst hoch erscheinenden Lohn. Bezogen auf einen Normalarbeitstag und 40-Stundenwoche reicht der Lohn bei weitem nicht, um eine Familie zu ernähren. Seit einigen Jahren schließen sich die Melker verstärkt gegen diesen Schindertarif zusammen. In einem Bericht über die Landesfachkonferenz ,,Melker'' im Landesbezirk Nordmark heißt es dazu (Säemann 5/77): ,,Es ist keinem Kollegen möglich, bei normaler tariflicher Arbeit soviel zu verdienen, daß er seine Familie gut ernähren kann. Es muß Schwerpunkt der Tarifpolitik bleiben, zu erreichen, daß es einem Kollegen bei normaler Arbeitsleistung möglich ist, gut zu leben. Es wird sich ganz entschieden gegen die Auffassung des Arbeitgeberverbandes gewandt, daß der Melker mit 3000 Punkten oder 195 Stunden nicht ausgelastet ist und darum mehr Punkte macht, oder weil er so gern im Stall ist. Einzig und allein der zu niedrige Lohn zwingt die Kollegen zur Mehrarbeit.''

Außerdem wurde auf der Konferenz über ein Zeitlohnmodell beraten. Die Melker haben in den letzten Tarifkämpfen richtige Forderungen aufgestellt und den Zusammenschluß verbessert. 1978 wurde die Aufnahme der Praktikanten in den Tarifvertrag gefordert, und dieses Jahr wurde die Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit in einem Stufenplan auf 40 Stunden aufgestellt.

Getreideanbau in der BRD: Mehr Futtergetreide und Getreidearten mit hohem ha-Ertrag



z.hej. Das Ackerland war 1978 zu 70,7% (61,3%) mit Getreide, zu 13,4% (23,8%) mit Hackfrüchten, zu 13,4% (12,5%) mit Futterpflanzen bebaut (in Klammern für 1960). Die Zunahme des Getreideanbaus zu Lasten der Hackfrucht ist die notwendige Umwälzung in der Landwirtschaft unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Getreide braucht weniger Dünger als Hackfrucht – kann wirtschaftlicher angebaut und geerntet werden. Durch den Zwang für die Bauern, hohe Erträge und Preise pro ha zu erzielen, ist Hackfrucht aus der Futterpalette für das Vieh zurückgegangen. Wegen hoher Hektarerträge hat der Anbau von Winterweizen und -gerste zugenommen. Hafer und Roggen sind geeignet für schlechtere Böden und als Abbau zur Gesundung des Bodens.

5,45% Lohnabschluß in der bayerischen Brauereiindustrie

z.zik. Nach Schlichtung durch den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Südbayern, Alfred Kohl, hat die Gewerkschaft NGG mit den Brauereikapitalisten einen neuen Lohntarifvertrag unterzeichnet: 5,45% Lohnerhöhung rückwirkend zum 1.10., für Lehrlinge 30, 35 und 38 Mark in den drei Lehrjahren; Erhöhung des Weihnachtsgeldes in zwei Stufen von 60 auf 65 und später auf 80% eines Monatsbruttolohns; Erhöhung des Urlaubsgeldes von derzeit 9 – 14 auf sofort 16 und 1982 20 Mark pro Urlaubstag; Zusatzurlaub bei über 10jähriger Betriebszugehörigkeit von sieben Tagen für 60 und von zwölf Tagen für 62jährige. Der Abschluß liegt höher als der letzte der Brauereiarbeiter in Nordrhein-Westfalen (4,8%), es wäre aber mehr drin gewesen: Am 9. und 23.10. hatten 300 Arbeiter der Paulaner- und der Augustiner- Brauerei in München einen einstündigen Warnstreik durchgeführt, in der 1. Septemberwoche hatten Brauereiarbeiter aus Fürth und Nürnberg vor dem Verhandlungslokal in Nürnberg demonstriert.

Bruttolöhne 1978 und Erhöhung 1979 (ausgewählte Lohngruppen und Ortsklassen)

Lohngr.	Ortskl.I 1978	Ortskl.I + 1979	Ortskl.III 1978	Ortskl.III + 1979
I	1455	79	1397	76
VI[1]	2113	115	2029	110
X	3457	188	3319	180

1) Ecklohngruppe

Irische Fischer bekämpfen Fangverbot der Regierung

z.hef.London. Mit mehr als hundert kleinen Booten durchbrachen die Fischer an der Südostküste Irlands am 14.10. das im Oktober in Kraft getretene Heringsfangverbot der Regierung. Zwölf Fischer aus Helwick Head sind jetzt wegen Heringsfischerei angeklagt. Ihnen drohen Strafen bis zu 10000 Punt (40000 DM). Betroffen von dem Heringsfangverbot sind mehr als 500 kleine Fischer im Südosten. Sie fischen im Sommer Lachs und im Winter Hering. Die meisten haben ihr Boot auf Kredit gekauft und müssen jahrelang 50 Punt pro Woche (200 DM) an die staatliche Fischereiagentur zurückzahlen. Die Regierung hat die Lachsfangsaison bereits von 6½ auf 4 Monate verkürzt. Jetzt verbietet sie den Heringsfang ganz, wegen ,,Gefährdung des Bestandes''. Gefährdet wird der Bestand einzig durch die großen Trawler ausländischer Fischereikapitalisten. Die Fischer sind vor allem über die ,,Beifangregelung'' der EG empört. Danach dürfen z.B. Makrelentrawler Hering fischen, wenn der nicht mehr als 5% ihres Gesamtfangs ausmacht. Holländische Trawler fangen so vor Irland mehr Hering in einem Zug als Irlands Fischer in einer Saison. Die Regierung will für die Abschaffung der Beifangregelung in der EG eintreten. Aber das Verbot für die kleinen Fi-

Bauern erzwingen vorzeitigen Manöverabbruch

Friaul/Italien: Kampf gegen Landraub für NATO-Truppen / Schießplatz besetzt

z.ulg.Rom. Dienstag, 23. Oktober. Auf dem Monte Bivera in Friaul, der nordöstlichsten Region Italiens, soll das Herbstschießen der Gebirgsjägerbrigade ,,Julia'' beginnen. Der Schießplatz auf dem 2473 m hohen Berg ist fast 2300 ha groß, überwiegend landwirtschaftlich genutztes Gelände: Weideflächen, Almen, Wald. Weitere 5000

Stall, in dem die Kühe einzeln angebunden sind und die Milch durch Absaugleitungen in die Milchkammer fließt. Er hat 60 Kühe und 40 Stück Jungvieh zu versorgen. Im Sommer kommen die Tiere auf die Weide. Bei einer durchschnittlich ermolkenen Jahresleistung von 4500 l/Kuh mit 3,8 % Fett bekommt er einen Durchschnittsmonatslohn von 3560 DM brutto. Der Stall wird dann umgebaut in einen Laufstall mit Fischgrätenmelkstand. Die Tierzahl wird erhöht auf 80 Kühe und 50 Stück Jungvieh. Die Tiere bleiben das ganze Jahr im Stall, weil bei der höheren Tierzahl sonst die Futterfläche zu klein wäre. Durch die niedrige Bewertung der modernen Einrichtung senkt sich der Lohn des Melkers um etwa 100 DM.

übergehend vom Schießplatz vertreiben können. Von acht bis zwölf Uhr wird geschossen. Am Freitag soll die Übung weitergehen. Die Komitees beschließen die massenhafte Besetzung des Schießplatzes. Die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen kündigen einen Generalstreik an.

Die NATO hat die Region an der

müssen die Kühe entweder täglich auf die Weide gejagt oder auf der Weide gemolken werden. Kühe und Jungvieh müssen auf der Weide überwacht werden, z.B. ob der elektrische Zaun und die Tränke in Ordnung sind.

Nur durch die Überstunden und die Arbeit an Sonn- und Feiertagen kommt der Melker auf seinen zunächst hoch erscheinenden Lohn. Bezogen auf einen Normalarbeitstag und 40-Stundenwoche reicht der Lohn bei weitem nicht, um eine Familie zu ernähren. Seit einigen Jahren schließen sich die Melker verstärkt gegen diesen Schindertarif zusammen. In einem Bericht über die Landesfachkonferenz ,,Melker'' im Landesbezirk Nordmark

Die Erbitterung gegen die Anwesenheit der NATO-Truppen in der Region ist noch gewachsen, als vor anderthalb Wochen bei Spilimbergo eine Pulverfabrik in die Luft geflogen ist. Fünf Menschen, darunter ein Kind, sind dabei ums Leben gekommen. Wenige hundert Meter von der explodierten Fabrik entfernt liegt das zentrale Mu-

dem Parlament offiziell erklären, daß am Monte Bivera kein fester Truppenübungsplatz eingerichtet und das Land nicht verstaatlicht wird. Mittags trifft der kommandierende General mit dem Hubschrauber in Sauris, dem nächstgelegenen Dorf, ein. Er muß den Abbruch des Manövers, das bis zum 31. Oktober dauern sollte, und den Rück-

Roggen
Wintergerste
Sommergerste
Hafer
1960 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78

z.hej. Das Ackerland war 1978 zu 70,7% (61,3%) mit Getreide, zu 13,4% (23,8%) mit Hackfrüchten, zu 13,4% (12,5%) mit Futterpflanzen bebaut (in Klammern für 1960). Die Zunahme des Getreideanbaus zu Lasten der Hackfrucht ist die notwendige Umwälzung in der Landwirtschaft unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Getreide braucht weniger Dünger als Hackfrucht – kann wirtschaftlicher angebaut und geerntet werden. Durch den Zwang für die Bauern, hohe Erträge und Preise pro ha zu erzielen, ist Hackfrucht aus der Futterpalette für das Vieh zurückgegangen. Wegen hoher Hektarerträge hat der Anbau von Winterweizen und -gerste zugenommen. Hafer und Roggen sind geeignet für schlechtere Böden und als Abbau zur Gesundung des Bodens.

Bauern erzwingen vorzeitigen Manöverabbruch

Friaul/Italien: Kampf gegen Landraub für NATO-Truppen / Schießplatz besetzt

z.ulg.Rom. Dienstag, 23. Oktober. Auf dem Monte Bivera in Friaul, der nordöstlichsten Region Italiens, soll das Herbstschießen der Gebirgsjägerbrigade ,,Julia'' beginnen. Der Schießplatz auf dem 2473 m hohen Berg ist fast 2300 ha groß, überwiegend landwirtschaftlich genutztes Gelände: Weideflächen, Almen, Wald. Weitere 5000 ha unterliegen Militärdienstbarkeiten: Straßen und Gebäude dürfen dort nur mit Genehmigung der Militärbehörden gebaut werden, und das heißt meistens: gar nicht. Ein entscheidendes Hemmnis für die Entwicklung von Landwirtschaft und Tourismus.

Anfang Oktober hat das Verteidigungsministerium angekündigt, ,,unverzichtbare militärische Bedürfnisse'' erforderten, die ganzen 8000 ha zu enteignen und zu einem festen Truppenübungsplatz zu machen. Dabei hatte die Armee erst wenige Monate zuvor den Gemeinderäten der umliegenden Dörfer die Zustimmung zu acht bis zehn Tagen Schießübungen im Jahr nur mit der festen Zusage abringen können, das Gelände werde nicht verstaatlicht werden.

Gegen den geplanten Landraub haben die Bergbauern und Arbeiter der neun in der Nähe liegenden Dörfer Komitees gebildet. Über 2000 Menschen, für die dünnbesiedelte Gegend eine gewaltige Zahl, demonstrieren an diesem Tag im Morgengrauen zum Schießplatz, um die Aussetzung des Manövers zu verlangen. An der Spitze marschieren die Bürgermeister, ein Revisionist, ein Sozialist, sieben Christdemokraten – ein Zeichen für die Stärke der Massenbewegung. Polizei, Carabinieri und Militär haben das ganze Gelände abgeriegelt. Trotzdem gelingt es einigen Dutzend Bauern, auf den Schießplatz vorzudringen und zwei Hütten zu besetzen. Ein erster Erfolg: An diesem Morgen kann das Schießen nicht beginnen.

Mittwoch, 24. Oktober. Das Militär hat die beiden besetzten Hütten im Zielgebiet geräumt und die Bauern vorübergehend vom Schießplatz vertreiben können. Von acht bis zwölf Uhr wird geschossen. Am Freitag soll die Übung weitergehen. Die Komitees beschließen die massenhafte Besetzung des Schießplatzes. Die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen kündigen einen Generalstreik an.

Die NATO hat die Region an der Grenze zu Jugoslawien und Österreich zu einem einzigen großen Aufmarschplatz gemacht. Die Alpenpässe Friauls versperren den Truppen des Warschauer Pakts den Zugang zur Poebene, wie sie umgekehrt als Ausgangsbasis für einen Angriff gegen Jugoslawien dienen können. Mehr als ein Viertel der gesamten italienischen Armee ist hier stationiert, dazu amerikanische Luftwaffeneinheiten. 190 qkm, ein Vierzigstel der Gesamtfläche der Region, unterliegen den Militärdienstbarkeiten.

In dieser Alpengegend wird überwiegend Viehzucht betrieben. Die kleinen Bergbauern sind arm. Hunderttausende haben in den letzten Jahrzehnten ihre Heimat verlassen und in den Industriegebieten Nordwestitaliens Arbeit suchen müssen. Die Regierung versucht, die Folgen des Erdbebens von 1976 zu nutzen, um die Bewohner ganzer Landstriche zu vertreiben und freies Schußfeld für die NATO-Truppen zu schaffen. Noch heute, mehr als drei Jahre nach dem Beben, stecken die Wiederaufbauarbeiten in den ersten Anfängen.

Donnerstag, 25. Oktober. Polizei und Militär haben die Absperrmaßnahmen verstärkt. Hubschrauber patrouillieren über dem Gelände, um an diesem schießfreien Tag eine Besetzung zu verhindern. Trotzdem gelingt es weit über hundert Bauern, die Absperrungen zu umgehen und auf den Schießplatz vorzudringen. In der Abenddämmerung zünden sie auf dem ganzen Gelände zahlreiche Feuer an, um ihre Anwesenheit zu demonstrieren. Während der Nacht wird die Besetzung aufrechterhalten.

Die Erbitterung gegen die Anwesenheit der NATO-Truppen in der Region ist noch gewachsen, als vor anderthalb Wochen bei Spilimbergo eine Pulverfabrik in die Luft geflogen ist. Fünf Menschen, darunter ein Kind, sind dabei ums Leben gekommen. Wenige hundert Meter von der explodierten Fabrik entfernt liegt das zentrale Munitionsdepot der V. Militärregion. Am Monte Bivera würden die zu erwartenden Manöverschäden um so schwerer wiegen, als die landwirtschaftliche Produktion in den letzten Wochen bereits durch Unwetter stark beeinträchtigt worden ist.

Freitag, 26. Oktober. Die Gemeinderäte der neun Dörfer ziehen zu den Straßensperren und fordern die Einstellung des Manövers: ,,Man hat stark den Eindruck, daß sich zahlreiche Personen auf dem Gelände befinden.'' Das Schießen kann nicht wie geplant um acht Uhr beginnen.

Am Vormittag muß der Staatssekretär im Verteidigungsministerium vor dem Parlament offiziell erklären, daß am Monte Bivera kein fester Truppenübungsplatz eingerichtet und das Land nicht verstaatlicht wird. Mittags trifft der kommandierende General mit dem Hubschrauber in Sauris, dem nächstgelegenen Dorf, ein. Er muß den Abbruch des Manövers, das bis zum 31. Oktober dauern sollte, und den Rückzug der Soldaten in die Kasernen befehlen.

Auf den Straßen von Sauris verbrüdern sich die Mannschaften mit den Bauern. Daß die Besetzung geglückt ist, wird nicht nur an der Findigkeit der ortskundigen Bauern gelegen haben, sondern auch daran, daß die Soldaten, meist selbst Söhne von Arbeitern und Bauern, gern einmal weggeguckt haben. Bereits nach dem Erdbeben hatten die Offiziere alle Mühe zu verhindern, daß sich die eingesetzten Soldaten den spontan gebildeten Komitees der einheimischen Arbeiter und Bauern unterstellten. Jetzt müssen sie den Rückzug befehlen, um weiterer Zersetzung der Truppe Einhalt zu gebieten.



Truppen der italienischen Armee im Manöver

Irische Fischer bekämpfen Fangverbot der Regierung

z.hef.London. Mit mehr als hundert kleinen Booten durchbrachen die Fischer an der Südostküste Irlands am 14.10. das im Oktober in Kraft getretene Heringsfangverbot der Regierung. Zwölf Fischer aus Helwick Head sind jetzt wegen Heringsfischerei angeklagt. Ihnen drohen Strafen bis zu 10000 Punt (40000 DM). Betroffen von dem Heringsfangverbot sind mehr als 500 kleine Fischer im Südosten. Sie fischen im Sommer Lachs und im Winter Hering. Die meisten haben ihr Boot auf Kredit gekauft und müssen jahrelang 50 Punt pro Woche (200 DM) an die staatliche Fischereiagentur zurückzahlen. Die Regierung hat die Lachsfangsaison bereits von 6½ auf 4 Monate verkürzt. Jetzt verbietet sie den Heringsfang ganz, wegen ,,Gefährdung des Bestandes''. Gefährdet wird der Bestand einzig durch die großen Trawler ausländischer Fischereikapitalisten. Die Fischer sind vor allem über die ,,Beifangregelung'' der EG empört. Danach dürfen z.B. Makrelentrawler Hering fischen, wenn der nicht mehr als 5% ihres Gesamtfangs ausmacht. Holländische Trawler fangen so vor Irland mehr Hering in einem Zug als Irlands Fischer in einer Saison. Die Regierung will für die Abschaffung der Beifangregelung in der EG eintreten. Aber das Verbot für die kleinen Fi-
scher erhält sie aufrecht. Die Vereinigung der Lachs- und Küstenfischer durchbricht das Verbot weiter.

EG-Imperialisten wollen Milchbauern eine Milliarde abpressen

z.inl. EG-Kommissar Gundelach kündigte letzte Woche die Anhebung der ,,Milch-Mitverantwortungsabgabe'' von derzeit 0,5 auf mehrere Prozent an. Höhe des Raubs: etwa 1 Mrd. DM, d.h. ca. fünfmal soviel wie '78. Seit September 1977 wird diese Abgabe den Bauern bei Ablieferung der Milch an die Molkereien abgepreßt, weil sie durch unvernünftiges Festhalten an ihrer bäuerlichen Existenz die ,,Überschußproduktion'' (Butter- und Magermilchpulverberge) ,,mitverantworten'' müßten. Rund 10 Mrd. DM gibt der ,,*E*uropäische *A*usrichtungs- und *G*arantiefonds für die *L*andwirtschaft'' 1979 für Interventionskäufe und Lagerhaltung aus. Nicht *daß*, sondern *an wen* diese Milliarden fließen, sorgt sich der EAGFL. 1978 haben 35% der Milchbauern in der EG weniger als fünf Kühe. Sie sollen gelegt werden. Ein Vergleich von Erzeugerpreisen und Richtpreisen in Frankreich ergibt: Der Erzeugerpreis sinkt im Vergleich zum Richtpreis stetig, von 1974 93% auf 1975 91%, 1976 89,5%, 1977 88%. Im Januar 1978 demonstrierten 10000 Milchbauern in der Bretagne gegen die Erhebung der Abgabe. Im Franche Comté verweigerten tausende Bauern mit Unterstützung ihrer Käsereigenossenschaften die Zahlung. Jetzt sind 62 Genossenschaftspräsidenten angeklagt, weil sie die Abgabe nicht einziehen. Am 20.10. demonstrierten die Milchbauern in Haute Savoie.

Appelle an die Beitragsmoral – Ob der IG-Metall-Führung nicht doch ein Licht aufgeht?

z.frb. In der Oktober-Nummer des „Gewerkschafter", der Zeitschrift der IG Metall für ihre Funktionäre, hat Norbert Fischer, verantwortlich im Vorstand für Finanzen, einen Appell veröffentlicht, den satzungsgemäßen Beitrag an die Kasse der IGM zu zahlen. Norbert Fischer schreibt:

„Besonders in den letzten Monaten hat die Frage der Beitragsleistungen und der Verwendung der Beiträge stark im Vordergrund unserer Arbeit gestanden. Dabei sind unsere haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre in den Verwaltungsstellen gefordert worden wie selten zuvor.

Ungezählte Diskussionen haben sie geführt. Immer wieder mußten sie unseren Mitgliedern die Notwendigkeit der Beitragsangleichung und die Zahlung eines satzungsgemäßen Beitrags vor Augen führen. Dafür gebührt ihnen der Dank der gesamten Organisation.

Doch wir dürfen nicht nachlassen, bis der Beitragsgrundsatz ‚ein Prozent vom monatlichen Bruttoverdienst' verwirklicht ist."

Steht in der Arbeit der IG Metall und ihrer Funktionäre gegenwärtig wirklich der Beitragseinzug „stark im Vordergrund unserer Arbeit" und sind die Funktionäre wirklich hierbei „gefordert worden wie selten zuvor"?

Tatsächlich hat die Hauptkasse der IGM 1978 nach den jetzt veröffentlichten Angaben mit einem Defizit von 58 Mio. DM abgeschlossen, und für 1979 kündigt Norbert Fischer ebenfalls ein Defizit an. Und tatsächlich gibt es Schwierigkeiten, die Beiträge aufzutreiben. Auf dem Gewerkschaftstag war beschlossen worden, ab 1.1.1978 1% des Brottolohnes als Beitrag festzulegen. Bis heute aber ist das bei weitem nicht erfüllt, ja verschiedentlich haben Arbeiter ihr Gewerkschaftsbuch zurückgegeben, weil sie so einfach damit nicht einverstanden sind.

Will man einen Überblick über die Finanzen und die Streikkasse der Gewerkschaft bekommen, so stößt man auf Schwierigkeiten. Die Mitgliedschaft der IGM wird allenfalls durch eine Darstellung verschieden großer Kuchen, die jeweils verschiedene Ausgabenarten darstellen, in der „Metall" über die Kassenlage informiert. Für 1978 allerdings findet sich selbst eine solche Darstellung bislang nur im „Gewerkschafter" – zur Unterstützung des Fischerschen Aufrufs. Wieviel an Unterstützung für Streik gezahlt wurde, geht daraus nicht hervor. Um das zu erfahren, muß man mit einem gehörigen Aufwand an Hartnäckigkeit und Zeit bis zum IGM-Info 83 vorstoßen. Dem entnimmt man immerhin, daß von den 424 Mio. DM Gesamtausgaben 114 Mio. für Unterstützungen bei Streik und Aussperrung gezahlt wurden. 1971 – 73 wurden 80,7 Mio. DM von 646,3 Mio. DM Gesamtausgaben, 1974 – 76 15,5 Mio. von 778 Mio. DM für Streikunterstützung gezahlt. Die Satzung der IGM enthält Bestimmungen über die Streikkasse nicht. Die Satzung des DGB enthält Bestimmungen über einen Ausgleich der Streikkassen der Einzelgewerkschaften auch nicht.

Dennoch mangelnde Durchsichtigkeit ist das Problem der IGM-Finanzen nicht. Norbert Fischer sieht es in den gegenüber den Vorjahren stark erhöhten Kosten für Streiks. Die Reformisten sind Idealisten. Ihr Blick sieht nur Einnahmen und Ausgaben, sind erstere mehr, so stimmt die Kasse, sonst nicht. Und stimmt die Kasse nicht, so greifen sie zu Appellen. Die Arbeiter sind Materialisten. Sie zahlen, weil sie eine starke Gewerkschaft wollen, die den Interessen der Arbeiterklasse nützlich ist. Für einen Streik mit den richtigen Forderungen gibt es Beitragsprobleme nicht. Auch nicht zwischen den Gewerkschaften. Die IG Druck hatte der DGB-Bundesausschuß immerhin durch Erlaß ihres Beitrags an den DGB unterstützt, und die anderen Gewerkschaften überwiesen eine Mio. DM, was etwa 4% der Jahreseinnahmen der IG Druck ausmachte. In allen Gewerkschaften ist das begrüßt worden.

1% vom Bruttolohn sind notwendig. Aber daß damit die Gewerkschaft stark würde, stimmt nicht. Umgekehrt ist es, macht der Kurs die Gewerkschaft stark, so lassen sich die finanziellen Probleme relativ leicht lösen. Dick aufgetragene Appelle aber nutzen da gar nichts.

Bisher bekannt gewordene Beschlüsse zur Lohnauseinandersetzung von Vertretungsorganen der IG Metall

Datum	Ort	Körperschaft	Forderung
15.08.79	Hamburg	Vertrauensleutevollversammlung AEG N426	175 DM / 1 DM die Stunde / mindestens 8%
04.09.79	Frankfurt	Betriebsrat der Firma Emda, Maschinenbau	170 DM, mindestens aber 8%
09.09.79	Hannover	IGM Bezirksleitung Niedersachsen für das Metallhandwerk	10,5%
10.09.79	Siegen	Vertreterversammlung der IGM Siegen	Festgeld und Streichung der Lohngruppe 2
Mitte Sept.	Stuttgart	Große Tarifkommission der IGM Nordwürttemberg-Nordbaden („Meinungsbild")	10% / 150 DM mindestens
06.10.79	Bielefeld	Vertrauenskörper von Gildemeister und Thyssen-Rheinstahl	200 DM / 12%
09.10.79	Frankfurt	Vertrauensleuteversammlung Braun AG, Werke Frankfurt und Kronberg	9,7% / 150 DM mindestens
17.10.79	Frankfurt	Vertrauensleutekörper Siemens AG, ZN	150 DM / mindestens 9%
17.10.79	Konstanz	Vertrauensleutekörper d. Computergesellschaft Konstanz	10% / mindestens 170 DM
20.10.79	Essen	Jahresjugenddelegiertenkonferenz der IG Metall Essen	170 DM / 8% mindestens
20.10.79	Frankfurt	Vertrauensleutekörper Klimsch & Co	13% / 200 DM mindestens
21.10.79	Westberlin	IGM Mitgliederversammlung Solex	12% / mindestens 200 DM
22.10.79	Kassel	IGM Hessen für Heizungsbauerhandwerk	8% / mindestens 175 DM
26.10.79	Köln	Vertrauensleute Diag / Kolb	12% / mindestens 180 DM
26.10.79	Frankfurt	Tarifkommission für Wärme-, Klima- und Gesundheitstechnik der IGM Hessen und Rheinland-Pfalz	8% / mindestens 175 DM
29.10.79	Hamburg	IGM Jugend, OJA	170 DM / 8% mindestens, Anbindung an den Facharbeiterlohn für Auszubildende
30.10.79	Traunreut	Mitgliederversammlung der IG Metall für die Betriebe Traunreut	10,8%
31.10.79	Frankfurt	Vertrauensleutekörper Hartmann & Braun, Bockenheim	150 DM / 9% mindestens
31.10.79	Ludwigsh.	Vertrauensleutekörper der Firma Wolpert	170 DM / 8% mindestens

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung 45

Spezialnachrichtendienste 05: Maschinenbau / Elektrotechnik / Fahrzeugbau / Schiffbau

Frankfurt, 26.10.79. Die Tarifkommission für die Wärme-, Klima- und Gesundheitstechnik der IGM Hessen und Rheinland-Pfalz hat folgende Forderungen aufgestellt: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8%, mindestens jedoch um 175 DM, Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 50 DM, Erhöhung der Auslösungssätze (Aufwandentschädigung für Fahrten zur Baustelle). Die Tarife laufen zum 31. Oktober aus. Sie betreffen ca. 15000 Beschäftigte in Hessen und Rheinland-Pfalz. Der erste Verhandlungstermin ist der 30. Oktober.

Hamburg, 29.10.79. IGM Jugend beschließt Diskussionsvorschlag zum Tarifkampf: 170 DM Festgeld, mindestens 8%, Anbindung an den Facharbeiterlohn für Auszubildende. Der Ortsjugendausschuß der IG Metall hat einen Diskussionsvorschlag für den Lohnkampf beschlossen, in dem gefordert wird: Anhebung der Ausbildungsvergütungen um den gleichen DM Betrag wie die Facharbeiterlohngruppe (VI). Eine Forderung von 170 DM Festgeld, mindestens 8% sehen wir dabei als untere Grenze an, die auf jeden Fall herauskommen muß. Über diesen Vorschlag soll in den Betrieben, d.h. in Jugendvertretungen, Betriebsjugendgruppen, Jugendversammlungen diskutiert werden. Diese fordert der OJA auf, entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Ludwigshafen, 31.10.79. Der Vertrauensleutekörper der Firma Wolpert verabschiedete auf seiner Sitzung vom 25.10.79 einstimmig einen Beschluß für 170 DM / 8% mindestens, der zur Information an die Tarifkommission Rheinland-Pfalz an die Ortsverwaltung weitergeleitet wurde. Die Vertrauensleute von Wolpert sprechen sich ebenso für eine Tarifforderung für die Auszubildenden in Höhe von 60% des geforderten Festbetrages – also rund 100 DM aus. Am 31.10. wurde vom Vertrauensleutekörper ein Brief an Finanzminister Matthöfer gesandt, in dem eine kräftige Anhebung des Steuergrundfreibetrages und die Bindung des Freibetragssatzes an den jeweils amtlichen Durchschnittslohn gefordert wird. Dieser Brief wurde gleichfalls an die „Metall" gesandt.

Wiesbaden, 01.11.79. In der Heizungsindustrie Hessen und Rheinland-Pfalz werden die Löhne und Gehälter ab 1.11. um 6,6% erhöht. Der Tarifvertrag, der in Friedberg zwischen IG Metall und den hessischen und rheinland-pfälzischen Kapitalistenverbänden abgeschlossen wurde, hat eine Laufzeit von 12 Monaten.

Essen, 20.10.79. Jahresjugenddelegiertenkonferenz. Folgender Beschluß wurde von der Konferenz einstimmig gefaßt und als Material an den Ortsjugendausschuß überwiesen: „Wir unterstützen die tarifpolitische Linie des Hauptvorstandes der IG Metall, daß die Forderung und das Ergebnis der diesjährigen Tarifrunde einiges über der Inflationsrate liegen muß und daß insbesondere die unteren Lohngruppen angehoben werden müssen und schlagen die Forderung 170 DM / 8% mindestens vor, und für die Lehrlinge ⅔ von dieser Forderung."

Dortmund, 22.10.79. Pohlschröder. In einem Brief an Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung fordern 121 unterzeichnete Beschäftigte, daß in den Verhandlungen mit der Geschäftsleitung über eine innerbetriebliche Zulage zum tariflichen Weihnachtsgeld ein 13. Monatsgehalt für alle im Ergebnis herauskommen soll. Sie nehmen zur Tarifforderung Stellung: „Der Vertrauensleutevollversammlung, die über die Tarifforderung beschließt, schlagen wir eine Aufstellung der Forderung von 170 DM / 8% mindestens vor."

Detmold, 22.10.79. Laut Bericht auf einem IGM-Arbeitskreis hat die IGM-Tarifkommission für die metallverarbeitende Industrie NRW in der letzten Woche eine Sitzung durchgeführt. Die Höhe der Lohnforderung für den Tarifkampf wurde jedoch noch nicht festgelegt. Festgelegt hat sich die Tarifkommission aber auf einen Vorschlag für die Richtung: Festgeldforderung kombiniert mit hoher %-Forderung.

Göttingen, 23.10.79. IGM-Vertreterversammlung. Der 1. Bevollmächtigte Kantelhardt referierte, es sei jetzt eine andere Lage gegenüber vorhergehenden Tarifauseinandersetzungen. Eine andere Taktik müsse eingeschlagen werden, spontane Streiks und Betriebsbesetzungen müßten Bestandteil des Kampfes sein. Die Forderung müsse diesmal höher sein, vor allen Dingen zur Anhebung der unteren Lohngruppen. Am 23.11.79 finde die erste Tarifkommissionssitzung des Bereiches Metallverarbeitende Industrie Niedersachsen in Hannover statt.

Hamburg, 25.10.79. Still-Berzeliusstraße. Die VK-Leitung hat dem Vertrauenskörper als Forderung vorgeschlagen: 250 DM Festgeld, 11 Monate Laufzeit, Streichung der unteren Lohngruppen. Wesentlicher Streitpunkt auf der Vertrauensleute-Versammlung war die Höhe der Forderung. Es gab Auffassungen, noch höher als 250 DM zu gehen. Einigung wurde aber in folgendem erzielt: 1. Die Forderung muß ein Festgeldbetrag enthalten. 2. 11 Monate Laufzeit. 3. Streichung der unteren Lohngruppen. 4. Das, was als Forderung zum Stehen kommt, muß auch durchgesetzt werden. Beschlußfassung soll Mitte November stattfinden.

Hamburg, 1.11.79. IGM-Sekretär Oskar Schröder für „besondere Anhebung der unteren Lohngruppen." Auf der Betriebsversammlung bei den Haller-Meurer Werken am 17.10. hat sich der IGM-Sekretär Schröder zur kommenden Tarifrunde geäußert. Allen Gewerkschaftsmitgliedern müsse in diesem Jahr klar sein, daß Gegenstand der Forderung der Tarifkommissionen einzig und allein Erhöhungen der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen sind) Es werden keinerlei Nebenforderungen gestellt. Möglicherweise wird dabei dem „Nordverbund" die Rolle zukommen, die bislang die Belegschaften in „Steinkühlers Bezirk" gespielt haben, „nämlich die Kohlen aus dem Feuer zu holen, also zu streiken." ... Zur aufgestellten Forderung der Arbeiter bei Haller-Meurer von 170 DM / 8% mindestens sagte Oskar Schröder, daß auch er für eine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen sei, aber man könne jetzt noch nicht eine konkrete Forderung aufstellen, da man die verschiedenen Bereiche des Nordverbundes berücksichtigen müßte, für die eine Forderung ja auch stimmen muß. Richtig findet er aber, daß es eine hohe Forderung sein muß.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung 45
Spezialnachrichtendienste 05: Maschinenbau / Elektrotechnik / Fahrzeugbau / Schiffbau
Klima- und Gesundheitstechnik der IGM Hessen und Rheinland-Pfalz
29.10.79 Hamburg IGM Jugend, OJA 170 DM / 8% mindestens, Anbindung an den Facharbeiterlohn für Auszubildende
30.10.79 Traunreut Mitgliederversammlung der IG Metall für die Betriebe Traunreut 10,8%
31.10.79 Frankfurt Vertrauensleutekörper Hartmann & Braun, Bockenheim 150 DM / 9% mindestens
31.10.79 Ludwigsh. Vertrauensleutekörper der Firma Wolpert 170 DM / 8% mindestens



z.elb. **In Caracas, Maracaibo und Valencia organisierte die Vereinigung Venezolanischer Arbeiter am 25.10. Demonstrationen für Lohnerhöhungen, an denen sich über 200000 Lohnabhängige beteiligten.** Einen Tag vorher hatten ca. 200000 Lehrer einen 48-stündigen Streik begonnen, um die Regierung zu Verhandlungen über höhere Gehälter im neuen Tarifvertrag zu zwingen. Die Regierung schickte gegen die Demonstranten Polizei, die ca. 200 verhaftete und mehrere verletzte. Die geforderten Lohnerhöhungen sollen wenigstens die Preissteigerungsrate auffangen, die offiziell mit ca. 8% angegeben wird. Die Preise für Grundnahrungsmittel sind in den Jahren 1972 bis 1976 rasch angestiegen, z.B. bei Mehl um 85%, bei Reis um 260%, bei Bohnen um 50%. – Sinkende Einnahmen aus Ölexporten und steigende Einfuhren von Konsumgütern und Maschinen haben seit 1977 zu einer negativen Zahlungsbilanz geführt; eine für die Imperialisten willkommene Lage, um mit Krediten und Direktinvestitionen (BRD 1970: 40,9 Mio. DM; 1978: 97,7 Mio. DM) an der Ausbeutung der venezolanischen Arbeiter teilzuhaben und das Land in größere Abhängigkeit zu bringen.

z.gek. **In einer Reihe von Streiks haben die Belegschaften mehrerer Kohlegruben in Illinois, USA, das Recht verteidigt, unsichere Arbeit nicht anzufassen.** Insgesamt 6000 Arbeiter haben teilgenommen. Die Streiks begannen bereits im September, nachdem mehrere Arbeiter wegen Arbeitsverweigerung entlassen worden waren. Das Recht zur entlassen worden waren. Das Recht zur Duurchführung von Inspektionen in den Gruben durch gewerkschaftliche Sicherheitskommissionen war schon im großen Bergarbeiterstreik 1978 eine zentrale Forderung gewesen. Bergarbeiter haben in diesem Jahr die gesundeten Profite der Bergbaukapitalisten mit ihrem Leben bezahlt; über 10000 hatten einen Unfall.

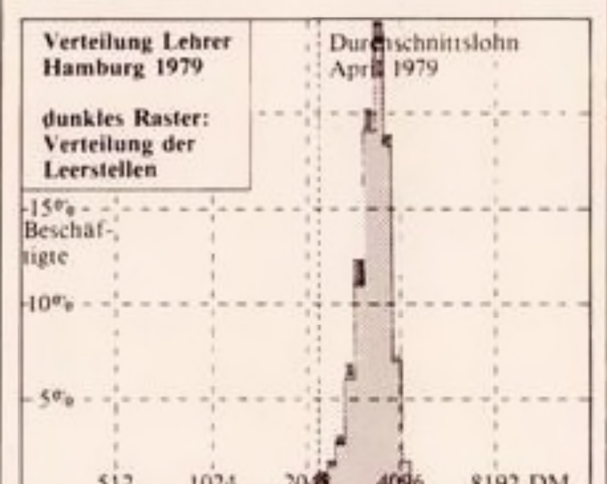
z.rül. **Seit dem 16. Oktober streiken 4000 Polizisten im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu erneut für die Anerkennung ihrer Gewerkschaft, der „Tamil Nadu Subordinates Association" (Vereinigung der unteren Polizeidienstgrade).** Erst vor zehn Wochen war die Bundesregierung nur knapp mit Armee-Einsätzen der Streiks und Kampfaktionen der 900000 indischen Polizisten Herr geworden und hatte beträchtliche Konzessionen bei den Löhnen machen müssen. Das Verbot der gewerkschaftlichen Organisation erhielt sie aufrecht. Gegen den neuerlichen Streik setzte die Regierung sofort die Armee ein. Binnen sieben Tagen ließ sie 450 Polizisten verhaften. Am 25.10. veröffentlichte sie dann einen angeblichen Aufruf des verhafteten Gewerkschaftsführers zum Streikabbruch. Obwohl am folgenden Tag sofort weitere 300 Polizisten verhaftet wurden, geht der Streik weiter.

z.cht.Sydney. **Die Elektrizitätsarbeiter in Queensland kämpfen für die 35-Stundenwoche.** Einen für den 23. und 24.10. beschlossenen Streik haben sie mit großer Geschlossenheit durchgeführt, obwohl die Arbeitsschiedskommission allen Gewerkschaftsfunktionären verboten hatte, den Streik zu organisieren. Die Arbeiter des größten E-Werks streikten auch nach dem 24. weiter. Der Premierminister ist entschlossen, den Kampf der Arbeiter gewaltsam zu unterdrücken, und will jetzt das neue Anti-Streikgesetz von Queensland durchs Parlament jagen. Danach soll es verboten sein, in Bereichen, die für die öffentliche Versorgung wichtig sind, länger als 24 Stunden und häufiger als ein Mal innerhalb von sechs Monaten für dieselbe Forderung zu streiken. Bei Zuwiderhandlung wird die Gewerkschaft abgemeldet, d.h. sie kann die Arbeiter nicht mehr vor der Schiedskommission vertreten, und werden der Gewerkschaft und den Mitgliedern hohe Geldstrafen auferlegt. Die Gewerkschaften rufen dagegen zu einer Demonstration am 7.11. auf.

z.cht.Sydney. **Die schwarzen Australier kämpfen um gewerkschaftliche Organisierung.** Tausende von Aboriginal-Arbeitern in Queensland, die in Reservaten leben, werden als Farm- und Bauarbeiter von Privatkapitalisten und vom Staat weit unter Tarif ausgebeutet. Die Grundlage dafür ist, daß ihnen das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung verweigert wird. Die staatliche „Abteilung für die Förderung von Aborigines" Daia zahlt den Arbeitern durchschnittlich 74 Dollar Wochenlohn, das sind 60 Dollar weniger als der Tariflohn. Ein Arbeiter vom Yarrabah-Reservat klagte auf Zahlung des Tariflohns, unterstützt vom North Queensland Land Council, und verlor vor dem bürgerlichen Gericht in Cairns. Er trat daraufhin der Gewerkschaft der australischen Arbeiter AWU bei, die für ihn vor der Arbeitsschiedskommission Klage führte (die Kommission kann nur von Gewerkschaften und Kapitalistenverbänden angerufen werden und ist deshalb den Aboriginal-Arbeitern bislang verschlossen). Die Kommission entschied, daß er Anspruch auf Tariflohn hat und auf rückwirkende Zahlung der Differenz. Elf von 15 weiteren Arbeitern des Yarrabah-Reservats, die danach der AWU beitraten, wurden daraufhin vom Verwalter persönlich entlassen, nachdem der Aboriginal-Reservatsrat sich der Anweisung widersetzt hatte, die Entlassung auszusprechen. Die Queensland-Regierung fürchtet jetzt, daß sie allen Aboriginal-Arbeitern Tariflohn

Streikvorbereitungen der Lehrer zum 13.11.79
Der Dienstherr wedelt mit dem Beamtengesetz

z.gug. 52 Arbeitsstunden errechnete ein Hauptschullehrer in einem Bericht über seine Arbeitswoche in „Erziehung und Wissenschaft" 6/79. Auf 45,1 Stunden waren die Bremer Lehrer gekommen, von denen 2400 am 4.7. einen kurzen Streik für Arbeitszeitverkürzung durchführten. 40-Stundenwoche fordern die Lehrer und bereiten in zahlreichen Städten Streikmaßnahmen zum 13.11., zwei Tage vor der Ministerpräsidentenkonferenz, vor. Kurz vor den Sommerferien hatten die Ministerpräsidenten beschlossen: „Die Regierungschefs sehen gegenwärtig keine Möglichkeit einer linearen Verringerung der Wochenstundenzahl je Lehrer". 4 Tage später tagte in Bonn die Funktionärskonferenz der GEW und erklärte: „Die bundesweite Funktionärskonferenz ... fordert die GEW-Landesverbände auf, von der Möglichkeit entschiedener Protestmaßnahmen einschließlich kurzfristigen Arbeitsniederlegungen Gebrauch zu machen. Nach den Sommerferien demonstrierten 25000 Lehrer in Baden-Württemberg, und die Liste der seither gefaßten Beschlüsse zu Forderungen und Kampfaktionen ist lang. Der Dienstherr droht mit dem Beamtenrecht. In Bremen erhielten die an dem Streik beteiligten Lehrer ein Schreiben, in dem ihnen Gehaltsabzug und Disziplinarmaßnahmen angekündigt wurden. Das hessische Kultusministerium verteilt jetzt ein Informationsblatt: „Die alleinige Kompetenz des Gesetzgebers ..., die Pflicht des Beamten zur vollen Hingabe an den Beruf und das Streikverbot gehören zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufbeamtentums ... Wer als Beamter streikt, bleibt schuldhaft dem Dienst fern. Er verliert ... seine Dienstbezüge für die Zeit seines Fernbleibens. Darüber hinaus verletzt er vorsätzlich die ihm obliegende Dienstleistungspflicht ... Dies gilt auch für streikähnliches Verhalten in Form teilweiser Nichterfüllung dienstlicher Pflichten, etwa für die Weigerung, Noten zu geben, Arbeiten zu korrigieren oder ähnliches. " Es empfiehlt sich, im Kampf für eine Arbeitszeitverkürzung die Forderungen nach Abschaffung des Beamtenrechts und politische und gewerkschaftliche Freiheiten im öffentlichen Dienst zu erheben. Frister hatte ja auch schon im September anklingen lassen: „Was wäre denn, wenn die Lehrerinnen und Lehrer nicht unter das Beamtengesetz ... fielen?" (Erziehung und Wissenschaft, 9/79)



Betriebsräte gegen Kündigung wegen „Unterstützung des wilden Streiks"

z.mab. Am 7.11.79 9.30 Uhr findet vor dem Landesarbeitsgericht Mannheim die Berufungsverhandlung der Michelin-Betriebsräte Grether und Christ statt gegen ihre Kündigung, die das Arbeitsgericht Karlsruhe abgesegnet hatte. Als Kündigungsgrund führen die Michelin-Kapitalisten an: „aktive Unterstützung des wilden Streiks" im letzten Jahr im Werk Karlsruhe. Sie setzen damit ihre jahrelangen Angriffe auf die gewerkschaftlichen und betrieblichen Vertretungsorgane der Arbeiter und Angestellten fort. Während des Streiks hatten sie auch zwei Vertrauensleuten fristlos gekündigt. Die Devise von François Michelin lautet: „Die Gewerkschaften sind für das Leben des Unternehmens überhaupt nicht nötig". (IG Chemie-Broschüre)

Anlaß des Streiks im letzten Herbst war die unerträgliche Akkordschinderei insbesondere in der Reifenwickler-Abteilung, wo das Durchschnittsalter bei 28 Jahren liegt und dennoch kaum einer die 100% erreicht. Außerdem hatten die Michelin-Kapitalisten versucht, die Ausdehnung von Spät- und Nachtschichten auf Samstag durchzusetzen, was verhindert worden ist. Durch Anrechnung innerbetrieblicher Zulagen auf die Lohnerhöhung und

die Michelin-Arbeiter ihre Erfahrungen aus dem Streik zum Ausdruck gebracht.

Anläßlich der Gesamtbetriebsrätekonferenz aller Werke in der BRD in Karlsruhe hatte die Ortsverwaltung der IG Chemie am 25.10.79 zu einer Veranstaltung aufgerufen, zu der auch Betriebsräte und Vertrauensleute aller DGB-Gewerkschaften eingeladen waren. Als entscheidende Lehren des Streiks wurde in zahlreichen Beiträgen festgehalten: die Arbeitsniederlegung bei Michelin war unbedingt notwendig und richtig. Die herrschenden Gesetze, welche das Streikrecht einschnüren auf Tarifkämpfe und den gewählten Vertretern der Arbeiterklasse im Betrieb zahlreiche Fesseln anlegen, kann die Arbeiterbewegung nicht hinnehmen, sie muß den Kampf für das uneingeschränkte Streikrecht führen. Die Gewerkschaften müssen wieder Kampforganisationen in diesem Sinne werden. Der Streikabbruch am 5. Tag war ein Fehler, der den Michelin-Kapitalisten ihre Kündigungspolitik erleichtert hat. Vor einigen Jahren hatten die Michelin-Arbeiter im Werk Trier gegen die Kündigung ihres Betriebsratsvorsitzenden eine Woche lang gestreikt, bis er wieder eingestellt werden mußte. Die

Betriebsräte gegen Kündigung wegen „Unterstützung des wilden Streiks"

z.mab. Am 7.11.79 9.30 Uhr findet vor dem Landesarbeitsgericht Mannheim die Berufungsverhandlung der Michelin-Betriebsräte Grether und Christ statt gegen ihre Kündigung, die das Arbeitsgericht Karlsruhe abgesegnet hatte. Als Kündigungsgrund führen die Michelin-Kapitalisten an: „aktive Unterstützung des wilden Streiks" im letzten Jahr im Werk Karlsruhe. Sie setzen damit ihre jahrelangen Angriffe auf die gewerkschaftlichen und betrieblichen Vertretungsorgane der Arbeiter und Angestellten fort. Während des Streiks hatten sie auch zwei Vertrauensleuten fristlos gekündigt. Die Devise von François Michelin lautet: „Die Gewerkschaften sind für das Leben des Unternehmens überhaupt nicht nötig". (IG Chemie-Broschüre)

Anlaß des Streiks im letzten Herbst war die unerträgliche Akkordschinderei insbesondere in der Reifenwickler-Abteilung, wo das Durchschnittsalter bei 28 Jahren liegt und dennoch kaum einer die 100% erreicht. Außerdem hatten die Michelin-Kapitalisten versucht, die Ausdehnung von Spät- und Nachtschichten auf Samstag durchzusetzen, was verhindert worden ist. Durch Anrechnung innerbetrieblicher Zulagen auf die Lohnerhöhung und Abwälzung der Fahrtkosten bis zu 100% auf die Arbeiter hatten die Michelin-Kapitalisten kurz vor dem Streik direkte Angriffe auf das Lohnniveau geführt. Bereits auf der 1. Mai-Demonstration '79 in Karlsruhe haben die Michelin-Arbeiter ihre Erfahrungen aus dem Streik zum Ausdruck gebracht.

Anläßlich der Gesamtbetriebsrätekonferenz aller Werke in der BRD in Karlsruhe hatte die Ortsverwaltung der IG Chemie am 25.10.79 zu einer Veranstaltung aufgerufen, zu der auch Betriebsräte und Vertrauensleute aller DGB-Gewerkschaften eingeladen waren. Als entscheidende Lehren des Streiks wurde in zahlreichen Beiträgen festgehalten: die Arbeitsniederlegung bei Michelin war unbedingt notwendig und richtig. Die herrschenden Gesetze, welche das Streikrecht einschnüren auf Tarifkämpfe und den gewählten Vertretern der Arbeiterklasse im Betrieb zahlreiche Fesseln anlegen, kann die Arbeiterbewegung nicht hinnehmen, sie muß den Kampf für das uneingeschränkte Streikrecht führen. Die Gewerkschaften müssen wieder Kampforganisationen in diesem Sinne werden. Der Streikabbruch am 5. Tag war ein Fehler, der den Michelin-Kapitalisten ihre Kündigungspolitik erleichtert hat. Vor einigen Jahren hatten die Michelin-Arbeiter im Werk Trier gegen die Kündigung ihres Betriebsratsvorsitzenden eine Woche lang gestreikt, bis er wieder eingestellt werden mußte. Die Michelin-Betriebsräte rufen dazu auf, die Betriebsräte Grether und Christ im Kampf gegen die Kündigungen zu unterstützen, die IG Chemie Karlsruhe organisiert eine Bus-Fahrt nach Mannheim.

Französische Arbeiterklasse in großen Lohnkämpfen

Politische Bewegung gegen Plünderung / Bourgeoisie verstärkt Sozialdemagogie

z.pel.Paris. Als wir am 30. Oktober gegen 15.00 Uhr vor dem Hauptsitz des Maschinenbau-und Elektrokonzerns Alsthom-Atlantique in der Pariser Innenstadt ankommen, haben sich etwa 100 Menschen unter einem großen Transparent versammelt: „Ingenieure, Techniker, technische Angestellte Alsthom-Neptune, brechen wir die Unnachgiebigkeit der Unternehmerherren!" In den nächsten zehn Minuten treffen Delegationen aus mehreren Pariser Werken des Konzerns sowie aus Orléans, Marseille und St. Nazaire ein. Die Arbeiter besetzen sofort die ganze Breite der Straße. CRS (Bereitschaftspolizei) mit umgehängten Gewehren marschiert auf. Doch bevor sich die Polizeiführung über ein etwaiges Eingreifen verständigt hat, kommt ein etwa 2000-köpfiger Demonstrationszug in großer Geschlossenheit die Straße herunter. Die Arbeiter und Angestellten des Werkes Belfort – seit 33 Tagen im Streik – haben vom Ostbahnhof durch die Innenstadt für ihre Forderungen demonstriert: Angleichung der Löhne an die der anderen Werke des Konzerns, 13. Monatsgehalt, 5 Wochen Urlaub! Die folgende Kundgebung wird immer wieder von der Forderung unterbrochen: Alsthom muß zahlen!

Der Streik bei Alsthom ist der bisher härteste und längste diesjährige Lohnkampf in der französischen Industrie. Mit seinem Ausgangspunkt im Werk Belfort (7400 Lohnabhängige) wird er seit Mitte Oktober nahezu in allen Teilen des Konzerns mit Demonstrationen und Streiks von verschiedener Dauer geführt. Alsthom, das selbst Teil der mit 170000 Lohnabhängigen fünftgrößten französischen Gruppe, der Generalgesellschaft für die Elektrizität (CGE), ist, beutet in Frankreich, dem übrigen Europa, Kanada und Südamerika ca. 60000 Arbeiter und Angestellte aus. Es ist in Frankreich beim Schiffbau, in der Produktion von Lokomotiven und Turbinen für Kraftwerke marktbeherrschend und produziert zudem elektro- und elektromechanische Ausrüstungen.

Der Durchschnittsbruttolohn in der französischen Metallindustrie lag 1978 bei 3865 FF (1 FF = 0,42 DM), nimmt man nur die Arbeiterlohngruppen, belief er sich auf 2800 FF. 26% der Metallarbeiter verdienten weniger als 2500 FF. Die Kapitalisten von Alsthom haben es in den letzten Jahren sowohl, was die absolute Niedrigkeit des Lohns, als auch, was die Spreizung der Löhne innerhalb des Konzerns angeht, zu Spitzenleistungen gebracht. Im Werk Belfort liegt der Arbeiterdurchschnittslohn unter 2700 FF, ein angelernter Arbeiter – und das sind 21% der Arbeiter – erhält bei Einstellung einen Lohn von 2200 FF, 400 FF unter dem Durchschnitt der Maschinenbaubranche. Im Werk St. Quen bei Paris sind es hingegen 2800 FF, in St. Florent 2500 FF. Während über zwei Millionen der 2,6 Millionen Metallarbeiter in Frankreich sich das 13. Monatsgehalt erkämpft haben, werden die Alsthom-Arbeiter mit 50% in Belfort, 75% in St. Quen abgespeist.

Konnten die Alsthom-Kapitalisten den Lohn zwar besonders tief drücken und die Belegschaft wild spalten, so ist die Lohnlage dennoch ein Spiegelbild der allgemeinen Situation in der Metallindustrie. Hier wie in den anderen Industriezweigen ist es den Kapitalisten unter dem Druck einer industriellen Reservearmee von gegenwärtig 1,4 Mio. bei 21 Mio. Erwerbstätigen bis heute gelungen, den Abschluß von regionalen oder gar nationalen Branchentarifverträgen zu verhindern. Selbst auf Konzernebene wird in aller Regel betrieblich abgeschlossen.

Für 1979 steht weitere Senkung des Lohnstandards auf dem Programm. Nur um 9%, 2% unter der Inflationsrate, soll der Lohn erhöht werden. Die Regierung Barre ist in ihrem Haushaltsentwurf für 1980 mit der beabsichtigten Finanzierung des Rekorddefizits durch eine durchschnittliche Lohnsteuererhöhung von 16% und weiterer Anhebung einer Reihe indirekter Steuern nachgestoßen. (s. KVZ 37/79) Im August hat sie ein umfassendes Kostendämpfungsprogramm mit 1%iger Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, Einfrierung der Krankenhausbudgets und der Ärztehonorare beschlossen. Noch Anfang September verkündete Barre nach vorsichtiger Kritik im Regierungslager, den Bogen nicht zu überspannen, er „sehe keinen heißen Herbst".

Raymond Barre hatte sich getäuscht, so wie sich die Alsthom-Kapitalisten getäuscht hatten, die glaubten, Ende September zur Feier des 100jährigen Bestehens des Konzerns die Arbeiter mit einem Federhalter verhöhnen zu können, während sie bei Räucherlachs die 70 Mio. FF Jahresgewinn verteilten. Die Feier fiel aus, weil die Arbeiter in Belfort die Fabrik dichtgemacht hatten, der Räucherlachs wurde einige Tage später auf dem Markt zugunsten der Streikkasse verkauft. Seit dem Ferienende am 1. Oktober hat die französische Arbeiterklasse mit großen Streiks v.a. im öffentlichen Dienst und der Metallindustrie auf den Generalangriff der Bourgeoisie geantwortet. 200000 Chemiearbeiter, 200000 Postler, 70000 Beschäftigte bei Elektrizitäts- und Gaswerken haben im Oktober Warnstreiks durchgeführt. In der Metallindustrie stehen im Moment über 50000 Arbeiter wichtiger Betriebe wie z.B. beim Flugzeughersteller Dassault oder dem Elektrokonzern Thomson im Streik. Hunderttausende haben sich an Warnstreiks und Demonstrationen beteiligt. Fast überall fordern die Streikenden einheitlich fünf Wochen Urlaub, die 35-Stundenwoche und hohe Geldbeträge in Festgeld zwischen 200 und 400 FF. Die Kämpfe werden von den Gewerkschaften CGT und CFDT häufig einheitlich geführt.

In diesen Kämpfen und auf ihrer Grundlage entwickelt sich der politische Angriff auf die Bourgeoisie. Die Arbeiter von Renault Billancourt haben die Rücknahme der Beitragserhöhungen gefordert. Die starke Bewegung unter den Krankenhausbeschäftigten und der erstmalige Ärztestreik zwang den Gesundheitsminister Barrot, über nachträgliche Budgeterhöhungen bei über 200 Krankenhäusern zu verhandeln.

Die Bourgeoisie ist ob der Schlagkraft der Bewegung heftig zerstritten. Die Gaullisten, selbst in der Regierung, haben die geplante Lohnsteuererhöhung niedergestimmt und verlangen von der Regierung eine Kurskorrektur. Geringere Steuererhöhung bei den Ärmsten bei gleichzeitiger Steuerentlastung der Kapitalisten, leichte Anhebung der Familienhilfe, Lohnsenkung bei den Staatsangestellten und somit Reduzierung der Ausgaben um 2 Mrd., ist ihr demagogischer Vorschlag. Gegenüber der zu erwartenden Welle von Sozialdemagogie wird die französische Arbeiterbewegung eine Menge politischer Bewußtheit brauchen, sonst wird sie auch den Lohnkampf nicht gewinnen können.



Belfort (7400 Lohnabhängige) wird er seit Mitte Oktober nahezu in allen Teilen des Konzerns mit Demonstrationen und Streiks von verschiedener Dauer geführt. Alsthom, das selbst Teil der mit 170000 Lohnabhängigen fünftgrößten französischen Gruppe, der Generalgesellschaft für die Elektrizität (CGE), ist, beutet in Frankreich, dem übrigen Europa, Kanada und Südamerika ca. 60000 Arbeiter und Angestellte aus. Es ist in Frankreich beim Schiffbau, in der Produktion von Lokomotiven und Turbinen für Kraftwerke marktbeherrschend und produziert zudem elektro- und elektromechanische Ausrüstungen.

Der Durchschnittsbruttolohn in der französischen Metallindustrie lag 1978 bei 3865 FF (1 FF = 0,42 DM), nimmt man nur die Arbeiterlohngruppen, belief er sich auf 2800 FF. 26% der Metallarbeiter verdienten weniger als 2500 FF. Die Kapitalisten von Alsthom haben es in den letzten Jahren sowohl, was die absolute Niedrigkeit des Lohns, als auch, was die Spreizung der Löhne innerhalb des Konzerns angeht, zu Spitzenleistungen gebracht. Im Werk Belfort liegt der Arbeiterdurchschnittslohn unter 2700 FF, ein angelernter Arbeiter – und das sind 21% der Arbeiter – erhält bei Einstellung einen Lohn von 2200 FF, 400 FF unter dem Durchschnitt der Maschinenbaubranche. Im Werk St. Quen bei Paris sind es hingegen 2800 FF, in St. Flo-

Raymond Barre hatte sich getäuscht, so wie sich die Alsthom-Kapitalisten getäuscht hatten, die glaubten, Ende September zur Feier des 100jährigen Bestehens des Konzerns die Arbeiter mit einem Federhalter verhöhnen zu können, während sie bei Räucherlachs die 70 Mio. FF Jahresgewinn verteilten. Die Feier fiel aus, weil die Arbeiter in Belfort die Fabrik dichtgemacht hatten, der Räucherlachs wurde einige Tage später auf dem Markt zugunsten der Streikkasse verkauft. Seit dem Ferienende am 1. Oktober hat die französische Arbeiterklasse mit großen Streiks v.a. im öffentlichen Dienst und der

haben die geplante Lohnsteuererhöhung niedergestimmt und verlangen von der Regierung eine Kurskorrektur. Geringere Steuererhöhung bei den Ärmsten bei gleichzeitiger Steuerentlastung der Kapitalisten, leichte Anhebung der Familienhilfe, Lohnsenkung bei den Staatsangestellten und somit Reduzierung der Ausgaben um 2 Mrd., ist ihr demagogischer Vorschlag. Gegenüber der zu erwartenden Welle von Sozialdemagogie wird die französische Arbeiterbewegung eine Menge politischer Bewußtheit brauchen, sonst wird sie auch den Lohnkampf nicht gewinnen können.



Am 7.10. streiken 23000 Renaultarbeiter für 300 FF Lohnerhöhung. In Billancourt fordern sie zugleich: Hände weg von der Sozialversicherung.

zahlen muß – nach eigenen Angaben Mehrausgaben von 7,5 Millionen Dollar pro Jahr – und hat bereits einen Zuschuß in derselben Höhe bei der Bundesregierung beantragt.

z.rua. **Im Hafen von Lissabon stauen sich die Schiffe.** Seit Anfang Oktober stehen die portugiesischen Hafenarbeiter im Bummelstreik, um die Hafenkapitalisten zu Verhandlungen über neue Lohntarife und die Verbesserung des Arbeitsschutzes zu zwingen. Pro Stunde werden normalerweise 15 bis 20 Schiffe be- oder entladen, wegen der Arbeitshetze ist die Unfallhäufigkeit groß. Jetzt werden nur 3 bis 4 Schiffe abgefertigt. Die Hafenkapitalisten beklagen Verluste von 3 Mio. Escudos pro Stunde (107400 DM). Der Kapitalistenverband CIP hat die Regierung aufgefordert, wie im Sommer 1978 Truppen gegen die kämpfenden Arbeiter einzusetzen und so „die vitalen ökonomischen Interessen der Nation" zu wahren.

z.ulg.Rom. **An diesem Montag streiken die 280000 italienischen Bankangestellten für ihre Tarifforderungen.** Der alte Tarifvertrag ist bereits Ende letzten Jahres ausgelaufen. Die Gewerkschaften fordern einen Sockelbetrag von 20000 Lire und durchschnittlich 30000 Lire gestaffelt nach Lohngruppen. Für die Masse der Angestellten, die jetzt umgerechnet rund 1100 DM netto verdienen, würde das zusammen etwa 40000 Lire (90 DM) ausmachen. Auf die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit von jetzt 38½ Stunden um eine Stunde haben die großenteils staatlichen Banken mit dem „Vorschlag" geantwortet, die Schalter statt fünf künftig sieben Stunden täglich zu öffnen. Daraufhin haben die Gewerkschaften die Verhandlungen abgebrochen. – Am 26.10. haben auch die Angestellten der Zentralbank gestreikt, um einen Tarifvertrag und Lohnerhöhung um 45000 Lire für alle durchzusetzen. Bisher ist ihr Arbeitsverhältnis beamtenrechtlich geregelt.

z.anb.Wien. **Warnstreiks in zwei Betrieben der verstaatlichten Stahlindustrie Österreichs haben am 24.10. die Regierung Kreisky aufgeschreckt.** Im Werk Judenburg der *Vereinigten Edelstahlwerke* sollen 1200 Arbeiter des Stahl- und Walzwerkes entlassen werden im Rahmen der sozialdemokratischen „Umstrukturierung". In den ersten acht Monaten dieses Jahres verbuchten die sanierten Werke des Stahlmonopols bei 8,6%iger Exportsteigerungen wieder satte Profite. Die Konzernmanager zahlen sich 16 Gehälter in Höhe des 8fachen Arbeiterlohnes aus. Gestützt auf die Arbeiteraristokratie in den Betriebsräten wurden im gleichen Zeitraum bei der VEW drastische Kürzungen der Lohnsumme vorgenommen: 200 Mio. S an betrieblichen Sozialleistungen, Kürzung der Zuschläge für Überstunden bei deren quantitativer Ausweitung, Kürzung des Monatslohns um einen „freiwilligen Urlaubstag". Nichts anderes war damit bezweckt, als aus dem Lohn der Arbeiter den Kapitalfonds zu akkumulieren für die Modernisierung der veralteten Walzwerksanlagen. Sowohl für die Regierung, die die Belegschaften der einzelnen Zweigwerke gegeneinander zu treiben versucht, als auch für die Betriebsratsriege kommen die Kampfaktionen „völlig überraschend".

z.anb. **In der Schweiz gerät die Tariflage in der Metallindustrie in Bewegung.** Am 16.10. hat sich eine zentrale Funktionärskonferenz des *Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes* SMUV (136649 Mitglieder) für „deutliche Reallohnerhöhungen" und gegen die Regierungstaktik ausgesprochen, die für Jahresende anstehenden *betrieblichen* Lohnverhandlungen auf den gezinkten Teuerungsausgleich (ohne Energiekosten) verpflichten zu wollen. Dieser Schritt in Richtung einheitlicher Ausrichtung der Lohnbewegung ist deshalb so wichtig, weil außer im Maschinenbau und im Metallgewerbe – und auch dort nur für den Mindestlohn – keine branchenweiten Tarife bestehen. (siehe KVZ 28/79, S. 12) Bei der jetzt durchschlagenden Teuerung – im September offiziell 4,8% – drängen die Metallarbeiter auf Herstellung einer schlagkräftigen Front. Die Basler Sektion des SMUV hat aufgrund des Drucks der Mitglieder jetzt den laufenden Gesamtarbeitsvertrag für das Metallgewerbe zum 31.12.79 vorzeitig gekündigt.

z.hef.London. **Mehr als 40000 demonstrierten am 28. Oktober in London gegen die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes.** Aufgerufen hatte der Gewerkschaftsbund TUC. Die Demonstration wurde von den Blöcken der Gewerkschaften beherrscht, u.a. der Metallarbeiter, Krankenhausarbeiter, Elektriker, der Gemeindearbeiter (unser Bild), der Bauarbeiter und der Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst. „Abtreibung – sorgt dafür, daß sie legal und sicher bleibt – gegen das Corrie-Gesetz", das war die Hauptlosung des TUC. Gegenwärtig gilt das Indikationsgesetz von 1967, nach dem die Abtreibung in den ersten 29 Wochen straffrei ist – aber nur, wenn zwei Ärzte das „Risiko der Gesundheitsgefährdung" bescheinigen, wobei sie die „Umgebung" der Frau in die Überlegung einbeziehen sollen. Der Tory-Abgeordnete Corrie hat ein verschärfendes Gesetz eingebracht, das die Frist auf 20 Wochen verkürzt, die Bedingungen für die Abtreibung verschärft und die Möglichkeiten für Ärzte, eine Abtreibung abzulehnen, erweitert. Die Regierung hat einen eigenen Gesetzentwurf angekündigt.



Die Schüler in Westdeutschland treten mit Streiks und Demonstrationen für ihre Forderungen ein

z.hej. In zahlreichen Städten und Orten erheben nach den Sommerferien die Schüler Forderungen gegen den bürgerlichen Staat. Zusammen mit Elternvertretungen und unterstützt durch Lehrer kämpfen die Schüler gegen Schulschließungen, für Fahrtkostenerstattung, einen schulfreien Samstag, für Aufenthaltsräume, Schülermensen und kostenloses Essen. Zahlreiche Kämpfe gegen Lehrermangel, Unterrichtsausfall, zu große Klasseneinheiten, räumlich schlechter Unterbringung, gegen Prüfungen und Noten, Disziplinierungen und gegen die Entlassung von Lehrern finden statt. Häufig unterstützen die Schüler die Kämpfe der Lehrer. Aktionswochen und Demonstrationen – organisiert durch die Schülervertretungen – spitzen sich gegen die neuen Schulgesetze und Verordnungen und für Lernmittelfreiheit zu. Die Eltern decken die Kultusminister mit Protestbriefen ein.



Demonstration gegen den Einsatz von Jugendpolizei in Essen



Schüler demonstrieren gegen die Bildungspolitik des Bremer Senats



Protestzug in Schwarzenfeldbruck gegen Versetzung eines Lehrers

Italien: 100000 Schüler demonstrieren gegen die Schulunterdrückung

z.ulg.Rom. Mehr als 100000 Schüler haben am 26.10. in den wichtigsten italienischen Städten für erweiterte Vertretungsrechte demonstriert. In Mailand, Neapel und Turin gingen je 10000 auf die Straße, in Rom marschierten 7000 zum Erziehungsministerium. Gleichzeitig wurde im ganzen Land der Unterricht an den Oberschulen und (Vollzeit-)Berufsschulen durch einen Streik vollständig lahmgelegt.

Zu den Kampfmaßnahmen hatte eine Aktionseinheit verschiedener, größtenteils bürgerlicher Jugendverbände aufgerufen. Die Schüler fordern die Anerkennung ihrer in den letzten Wochen gebildeten selbständigen Vertretungskörperschaften und erweiterte Befugnisse für die 1974 eingeführten Mitbestimmungsorgane. Diese können z.B. auf Schulebene bisher außer über die Hausordnung praktisch nur über den Haushaltsplan beschließen, und auch das nur im engen Rahmen der zugewiesenen Mittel und der engen Vorschriften des Erziehungsministeriums. Selbst dabei dürfen die Schüler – ohnehin nur vier von 19 Vertretern – nicht mitstimmen, wenn sie nicht volljährig sind.

Ihren Ausgang hat die jetzige Bewegung vom massenhaften Rücktritt der Schülervertreter aus diesen Mitbestimmungsorganen genommen. Gleichzeitig haben sich die Schüler eigene Vertretungskörper gewählt. Am 25.11. sollen die Neuwahlen zu den Mitbestimmungsorganen stattfinden. Die Schüler fordern die Verschiebung der Wahlen, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Der liberale Erziehungsminister Valitutti hat kürzlich seinen Liberalismus durch einen Runderlaß unter Beweis gestellt, mit dem er daran „erinnert" hat, daß die Stunde auch in der Schule 60 Minuten habe. Tatsächlich dauert eine Unterrichtsstunde bisher nur 50 Minuten. Die Schüler fordern die Rücknahme der Pausenkürzung. Örtlich sind darüberhinaus Forderungen nach Beseitigung des Schichtunterrichts aufgestellt worden.

Zu Tausenden hat die Bourgeoisie die Jugend in Riesenschulen gesperrt, ohne jede Ausbildung, die den Verkauf der Arbeitskraft erleichtern könnte. Jetzt soll durch sprunghaftes Ansteigen der Nichtversetzungen der Arbeitsmarkt noch weiter überfüllt werden. An den Mailänder Berufsschulen z.B. ist der Anteil der Nichtversetzungen in diesem Jahr um 9% auf 22% hochgeschraubt worden. Der Widerstand gegen diese bis ins kleinste vom Erziehungsministerium reglementierte Unterdrückung ist die Triebkraft der Schülerbewegung.

Schüler demonstrieren gegen die Bildungspolitik des Bremer Senats

Protestzug in Schwarzenfeldbruck gegen Versetzung eines Lehrers

Italien: 100000 Schüler demonstrieren gegen die Schulunterdrückung

z.ulg.Rom. Mehr als 100000 Schüler haben am 26.10. in den wichtigsten italienischen Städten für erweiterte Vertretungsrechte demonstriert. In Mailand, Neapel und Turin gingen je 10000 auf die Straße, in Rom marschierten 7000 zum Erziehungsministerium. Gleichzeitig wurde im ganzen Land der Unterricht an den Oberschulen und (Vollzeit-)Berufsschulen durch einen Streik vollständig lahmgelegt.

Zu den Kampfmaßnahmen hatte eine Aktionseinheit verschiedener, größtenteils bürgerlicher Jugendverbände aufgerufen. Die Schüler fordern die Anerkennung ihrer in den letzten Wochen gebildeten selbständigen Vertretungskörperschaften und erweiterte Befugnisse für die 1974 eingeführten Mitbestimmungsorgane. Diese können z.B. auf Schulebene bisher außer über die Hausordnung praktisch nur über den Haushaltsplan beschließen, und auch das nur im engen Rahmen der zugewiesenen Mittel und der engen Vorschriften des Erziehungsministeriums. Selbst dabei dürfen die Schüler – ohnehin nur vier von 19 Vertretern – nicht mitstimmen, wenn sie nicht voll-

tig haben sich die Schüler eigene Vertretungskörper gewählt. Am 25.11. sollen die Neuwahlen zu den Mitbestimmungsorganen stattfinden. Die Schüler fordern die Verschiebung der Wahlen, bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Der liberale Erziehungsminister Valitutti hat kürzlich seinen Liberalismus durch einen Runderlaß unter Beweis gestellt, mit dem er daran „erinnert" hat, daß die Stunde auch in der Schule 60 Minuten habe. Tatsächlich dauert eine Unterrichtsstunde bisher nur 50 Minuten. Die Schüler fordern die Rücknahme der Pausenkürzung. Örtlich sind darüberhinaus Forderungen nach Beseitigung des Schichtunterrichts aufgestellt worden.

Zu Tausenden hat die Bourgeoisie die Jugend in Riesenschulen gesperrt, ohne jede Ausbildung, die den Verkauf der Arbeitskraft erleichtern könnte. Jetzt soll durch sprunghaftes Ansteigen der Nichtversetzungen der Arbeitsmarkt noch weiter überfüllt werden. An den Mailänder Berufsschulen z.B. ist der Anteil der Nichtversetzungen in diesem Jahr um 9% auf 22%

Britisches Schulgesetz: Wachsende Ausplünderung, „Begabtenförderung" an Privatschulen

z.rül.London. Etwa zehn Pfund im Monat müssen gegenwärtig die britischen Lohnabhängigen dafür zahlen, daß ihr an einer der obligatorischen Ganztagsschulen unterrichtetes Kind einmal am Tag eine warme Schulmahlzeit bekommt. Für eine Familie mit zwei Schulkindern sind das fast 1000 DM im Jahr, plus Kosten für Schulkleidung und Unterrichtsmaterial, plus die – durch die zahlreichen Schulzusammenlegungen besonders in die Höhe getriebenen – Fahrtkosten.

Die britische Regierung hat jetzt ein neues Schulgesetz dem Parlament vorgelegt, dessen Kern eine weitere Steigerung der Ausplünderung der Volksmassen bildet. Ausgearbeitet wurde es von ihrem Berater für Erziehungsfragen, einem ehemaligen Shell-Vorstandsmitglied. Danach sollen bereits 1980 252 Mio. Pfund eingespart werden, indem in Zukunft nur noch die etwa 600000 Haushalte von Sozialhilfeempfängern berechtigt sind, von der Gemeinde die Erstattung der Fahrtkosten und der Kosten für Schulmahlzeiten zu verlangen. Gegenwärtig haben etwa 1,1 Mio. Familien Anspruch darauf. Außerdem sollen sämtliche Vorschriften über den Nährwert der Schulmahlzeiten aufgehoben werden. Die Schulbehörde von North Yorkshire verkündete bereits, sie werde in Zukunft nur noch einmal die Woche Käsebrot ausgeben.

Seit 1974 hat die britische Regierung die Ausgaben für das Erziehungssystem bei 9,5 Mrd. Pfund gehalten, also in Wirklichkeit ständig gesenkt. 85% der Ausgaben werden von den Gemeinden getätigt, die ihrerseits ca. 61% ihrer Schulausgaben von der Zentralregierung in Form jährlich neu festgesetzter „grants" finanziert bekommen. Entscheidungen über neue Schulbauten, Ausbau und Renovierung der alten, neue Schulmaterialien etc. werden von der Gemeinde getroffen, müssen aber vom Erziehungsminister genehmigt werden. So gehen ständig wachsende Schulunterdrückung und Ausplünderung mit der Verrottung der Schulen Hand in Hand, während die Bourgeoisie ihre Zöglinge auf die Hunderte von staatlich zugelassenen Privatschulen schickt. Um „auch die Kinder armer Eltern zu fördern", verkündete die Regierung deshalb letzte Woche, daß ab 1981 bis zu 15000 Kinder staatlich unterstützt werden sollen, um ebenfalls diese Privatschulen besuchen zu können. Außerdem sollen die Eltern in Zukunft das Recht haben, ihre Kinder auf Schulen anderer Gemeinden zu schicken.

„Mädchen in Männerberufe! Gleichberechtigung!"

Die Regierung zerrt an den Arbeitsschutzrechten der Arbeiterinnen

z.gug. Im September letzten Jahres hatte das Bildungsministerium das „Modellversuchsprogramm ‚Mädchen in Männerberufe'" anrollen lassen. 140 Mädchen wurden in Ausbildungskurse u.a. bei Audi-NSU Ingolstadt, Continental Gummiwerke Hannover, Veba Gelsenkirchen und überbetriebliche Ausbildungszentren befördert, um vor allem Berufe im Metallbereich zu lernen. Bezuschußt wird dieser „Modellversuch" vom Bildungsministerium mit jährlich 7 Mio. DM, er soll jetzt auf die Zahl von 1000 Mädchen erweitert werden.

In einer der letzten Fragestunden des Bundestages wandte sich die SPD-Abgeordnete Erler mit folgender Frage interessiert an Ehrenberg: „In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die Arbeitszeitordnung zu verändern, um Mädchen den Zugang zu allen Berufen zu ermöglichen?" Unter dem Deckmantel der „Chancengleichheit und Gleichberechtigung" der Frauen oder jetzt „Mädchen in Männerberufe" wirkt die sozialliberale Regierung seit langem an der Beseitigung der eingeschränkt bestehenden Arbeitsschutzrecht der Arbeiterinnen. 1972 schrieb die Regierung, der damalige Kanzler hieß Brandt und sein Arbeitsminister war Ahrendt, in ihrem Bericht zur „Verbesserung der Situation der Frau": „Die zum Schutz der erwerbstätigen Frauen noch geltenden zahlreichen Beschäftigungsverbote und -beschränkungen ... sind in den vergangenen Jahrzehnten entsprechend den damaligen Erkenntnissen und Erfahrungen erlassen worden. Der Schutz beschränkt sich in vielen Fällen darauf, Frauen ohne Rücksicht auf ihre individuelle Eignung von bestimmten Berufen und Tätigkeiten generell auszuschließen. Inzwischen haben sich die Arbeitswelt und die Stellung der Frau in Beruf und Gesellschaft entscheidend geändert ... Die Bundesregierung arbeitet an einer Prüfung aller bestehenden Beschäftigungsverbote und -beschränkungen für Frauen ... Diejenigen Verbote und Beschränkungen aber, die ihren Schutzcharakter verloren haben und die Frauen in ihrer beruflichen Wahlfreiheit oder Chancengleichheit beeinträchtigen, sollen abgebaut werden."

Die „geänderte Stellung der Frau" besteht in dem Sachverhalt, daß die Einschränkung der materiellen Existenzgrundlage der Arbeiterfamilie immer mehr Frauen in die Lohnarbeit gezwungen hat. 1950 waren 30% aller Lohnabhängigen Frauen, heute sind es 37%. Noch immer war die gesetzliche Verankerung von Arbeiterschutzrechten das Mittel der Arbeiterklasse, der Ruinierung ihrer Gesundheit und Arbeitskraft im Ausbeutungsprozeß Schranken zu setzen. Die bestehenden Bestimmungen sind äußerst löchrig und vor allem auch nicht allgemein gültig, so daß Kapitalisten und Regierung unter Ausnutzung der Konkurrenz der Arbeiter als „Fürsprecher der Frauen auf dem Arbeitsmarkt" sich anschicken, sie ganz zu beseitigen.

Durch Änderungen der Arbeitsstättenverordnung und der Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe hat sie das Beschäftigungsverbot für Arbeiterinnen mit Nitro- und Aminoverbindungen mit Alkali-Chromaten, mit Blei und Bleiverbindungen ab dem 45. Lebensjahr und bei Arbeiten in Druckluft für das Alter zwischen 20 und 50 beseitigt. Vier Jahre nach ihrem Bericht zur „Lage der Frauen" hat die sozialliberale Regierung im Rahmen der EG an einer Richtlinie über die „Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz" mitgewirkt, zu der Ehrenberg im August ein Anpassungsgesetz vorgelegt hat. Der Gesetzentwurf sieht vor, ein „Benachteiligungsverbot" im bürgerlichen Gesetzbuch zu verankern (§§611a, 612a). In der Erläuterung dazu heißt es: „Das allgemeine Benachteiligungsverbot umfaßt die sogenannte unmittelbare oder direkte Benachteiligung wegen des Geschlechts ... Dies ist z.B. der Fall, wenn nur Männer wegen der mit Nachtarbeit verbundenen Nachteile eine Lohnzulage erhalten ..." Erhält jeder Nachtzulage, so muß auch jeder nachts arbeiten, so eröffnen die Kapitalisten offensichtlich ihren Angriff auf das eingeschränkt bestehende Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen und auf die Forderungen nach dem Verbot von Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit. Der „Modellversuch ‚Mädchen in Männerberufe'" paßt sich in diesen Angriff. Hermann Schmidt, Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung in einem Interview gegenüber dem „Gewerkschafter" dazu: „Dabei habe ich jedoch deutlich gemacht, daß das nicht mit dem Ziel geschehen darf, Arbeitsschutzbestimmungen abzubauen, sondern sie anzugleichen. Das heißt: Wenn wir Arbeitsschutzbestimmungen haben, die für Menschen sinnvoll sind, dann gelten sie sicher im gleichen Maße für Frauen wie für Männer." (8/79)

Das Ehrenbergministerium hat mittlerweile eine ausgearbeitet neue Arbeitszeitordnung vorliegen, veröffentlicht ist sie noch nicht, aber die Gewerkschaften, die dazu gehört werden, müßten sie bereits in Händen haben.

Arbeitszeitordnung

§19 Nachtruhe und Frühschluß vor Sonn- und Feiertagen.
(1) Arbeiterinnen dürfen nicht in der Nachtzeit von zwanzig bis sechs Uhr und an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen nicht nach siebzehn Uhr beschäftigt werden.
(2) In mehrschichtigen Betrieben dürfen Arbeiterinnen bis dreiundzwanzig Uhr beschäftigt werden. Nach vorheriger Anzeige an das Gewerbeaufsichtsamt kann die Frühschicht regelmäßig frühestens um fünf Uhr beginnen ... Das Gewerbeaufsichtsamt kann zulassen, daß die Spätschicht regelmäßig spätestens um vierundzwanzig Uhr endet.
(3) Die Vorschriften ... gelten nicht für die in §17 Abs. 3 genannten Betriebe.

§17 (3) ... für Gast- und Schankwirtschaften, für das übrige Beherbergungswesen, für das Friseurhandwerk, für Badeanstalten, für Krankenpflegeanstalten, für Musikaufführungen, Theatervorstellungen, andere Schaustellungen ... für Gärtnereien, für Apotheken, für offene Verkaufsstellen und für die mit ihnen verbundenen Änderungswerkstätten sowie für den Marktverkehr.

§21 Ausnahmen in Notfällen. Die Vorschriften der §§17 bis 19 über Höchstarbeitszeit, Ruhepausen, Nachtruhe und Frühschluß vor Sonn- und Feiertagen finden keine Anwendung auf vorübergehende Arbeiten, die in Notfällen sofort vorgenommen werden müssen. Der Arbeitgeber hat die Vornahme solcher Arbeiten bei dem Gewerbeaufsichtsamt unverzüglich anzuzeigen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 21, Tel. 39 45 90
Kommunistischer Studentenbund (KSB)
Kiel
29. Oktober 1979
44a2b1000p

Anglistik/Romanistik: Fachschaft beschließt Schritte gegen Stoffausweitung und vermehrte Prüfungen

zahlreichen Beschäftigungsverbote und -beschränkungen ... sind in den vergangenen Jahrzehnten entsprechend den damaligen Erkenntnissen und Erfahrungen erlassen worden. Der Schutz beschränkt sich in vielen Fällen darauf, Frauen ohne Rücksicht auf ihre individuelle Eignung von bestimmten Berufen und Tätigkeiten generell auszuschließen. Inzwischen haben sich die Arbeitswelt und die Stellung der Frau in Beruf und Gesellschaft entscheidend geändert ... Die Bundesregierung arbeitet an einer Prüfung aller bestehenden Beschäftigungsverbote und -beschränkungen für Frauen ... Diejenigen Verbote und Beschränkungen aber, die ihren Schutzcharakter verloren haben und die Frauen in ihrer beruflichen Wahlfreiheit oder Chancengleichheit beeinträchtigen, sollen abgebaut werden."

Die „geänderte Stellung der Frau" besteht in dem Sachverhalt, daß die Einschränkung der materiellen Existenzgrundlage der Arbeiterfamilie im-

Arbeitszeitordnung

§19 Nachtruhe und Frühschluß vor Sonn- und Feiertagen.
(1) Arbeiterinnen dürfen nicht in der Nachtzeit von zwanzig bis sechs Uhr und an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen nicht nach siebzehn Uhr beschäftigt werden.
(2) In mehrschichtigen Betrieben dürfen Arbeiterinnen bis dreiundzwanzig Uhr beschäftigt werden. Nach vorheriger Anzeige an das Gewerbeaufsichtsamt kann die Frühschicht regelmäßig frühestens um fünf Uhr beginnen ... Das Gewerbeaufsichtsamt kann zulassen, daß die Spätschicht regelmäßig spätestens um vierundzwanzig Uhr endet.
(3) Die Vorschriften ... gelten nicht für die in §17 Abs. 3 genannten Betriebe.

§17 (3) ... für Gast- und Schankwirtschaften, für das übrige Beherbergungswesen, für das Friseurhandwerk, für Badeanstalten, für Krankenpflegeanstalten, für Musikaufführungen, Theatervorstellungen, andere Schaustellungen ... für Gärtnereien, für Apotheken, für offene Verkaufsstellen und für die mit ihnen verbundenen Änderungswerkstätten sowie für den Marktverkehr.

§21 Ausnahmen in Notfällen. Die Vorschriften der §§17 bis 19 über Höchstarbeitszeit, Ruhepausen, Nachtruhe und Frühschluß vor Sonn- und Feiertagen finden keine Anwendung auf vorübergehende Arbeiten, die in Notfällen sofort vorgenommen werden müssen. Der Arbeitgeber hat die Vornahme solcher Arbeiten bei dem Gewerbeaufsichtsamt unverzüglich anzuzeigen.

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hamburg, Kleine Rainstr. 21, Tel. 39 45 90
Kommunistischer Studentenbund (KSB)
Kiel
29. Oktober 1979
44a2b1000p

Anglistik/Romanistik: Fachschaft beschließt Schritte gegen Stoffausweitung und vermehrte Prüfungen

hep. An den Fachbereichen Anglistik und Romanistik herrscht zu Beginn des Semesters folgende Lage: Studienordnungsentwürfe der beiden Institute lagern beim Kultusminister zwecks Überarbeitung und Verabschiedung. Aus der Musterstudienordnung für Realschullehrer des Faches Anglistik geht hervor: Verdoppelung der Anzahl der Pflichtstunden, damit ungeheure Ausdehnung der Arbeitszeit der Studenten (siehe Tabelle).

Im Vorgriff darauf betreiben die Professoren Stoffausweitung und vermehrte Leistungsnachweise. Dagegen hat die Fachschaft (FS) ein Materialblatt für Romanistik beschlossen, in dem unverzichtbare Forderungen der Studenten entwickelt werden, die es in den ersten Lehrveranstaltungsstunden mit den Dozenten auszuhandeln gilt.

Neben der Studienberatung wird am 1.11. um 20 Uhr ein Erstsemesterabend durchgeführt, auf dem das entsprechende Vorgehen in ihren Lehrveranstaltungen besprochen und gemeinsam die BAföG-Anträge ausgefüllt werden sollen. Die Ankündigung der Professoren, die Eintragungen in die Listen für Seminare und Übungen für verbindlich und irreversibel zu erklären, muß auf der Einführungsveranstaltung der Institutsleitung am Dienstag verhandelt und zurückgenommen werden. In den Kursen Phonetik und Übersetzung, in denen im letzten Semester neue Leistungsnachweise eingeführt wurden (Phonetik – eine Klausur, Übersetzung – wöchentliche benotete Klausur), muß in der ersten Sitzung über deren Zurücknahme und über die Forderung: Schein durch einfache Teilnahme verhandelt werden. Um eine spürbare Senkung der Durchfallquoten in der Zwischenprüfung (ZP) (40% fallen hauptsächlich wegen der deutsch-französischen Übersetzung durch) zu erreichen, schlägt die FS folgendes Vorgehen vor: Vor der ZP findet eine Versammlung der Kandidaten statt, auf der eine Vereinheitlichung zu folgenden Punkten erreicht werden soll:

- Begrenzung des Prüfungsstoffs: kürzere Texte, festgelegtes Vokabular, festgelegte Grammatik
- zusätzliche Hilfsmittel: einsprachiges Wörterbuch (bisher einziges Hilfsmittel), zweisprachiges Wörterbuch, Grammatik
- Bekanntgabe der Bewertungskriterien
- kollektive Rückgabe und Besprechung der Klausuren.

In der Klausur selbst soll so vorgegangen werden, daß man laut fragt, was man nicht weiß. Wenn keiner die Antwort kennt, muß der Prüfer die Frage beantworten (hat sich im Examen für Höheres Lehramt als erfolgreich erwiesen). Nach der ZP soll am FB eine VV stattfinden, auf der entsprechende Beschlüsse als Anträge an die Institutsleitung, auch für Examina, vorgelegt und verabschiedet werden sollen.

man nicht weiß. Wenn keiner die Antwort kennt, muß der Prüfer die Frage beantworten (hat sich im Examen für Höheres Lehramt als erfolgreich erwiesen). Nach der ZP soll am FB eine VV stattfinden, auf der entsprechende Beschlüsse als Anträge an die Institutsleitung, auch für Examina, vorgelegt und verabschiedet werden sollen.

Für den FB Anglistik sollte die FS einen ähnlichen Vorschlag machen, der geeignet ist, der Ausdehnung der Arbeitszeit einen Riegel vorzuschieben. Seit 2 Semestern gibt es die Einführung in die Literaturwissenschaft bzw. Linguistik. Dieses Semester behandelt Prof. Buchloh für Literaturwissenschaft sämtliche Epochen, Gattungen und Methoden im Überblick. Gleich in der ersten Sitzung muß man verhindern, daß der Stoff wie angekündigt, Grundlage für die ZP wird. Dem Bedürfnis der Studenten, Englisch zu lernen, wird in den Übersetzungsübungen durch willkürliche Auswahl von Texten entgegengewirkt. Die Kurse müssen systematisch entlang bestimmten grammatikalischen Problemen und Vokabular durchgeführt werden. Viele Studenten müssen Seminare wiederholen, weil die Hausarbeiten mit dem Seminarstoff nichts zu tun haben und sich lange hinziehen. In der ersten Sitzung muß der Dozent deshalb sein Konzept offenlegen und Themen vergeben, die im Seminar behandelt werden.

Arbeitszeit im Fach Englisch / Studiengang Realschullehrer

bisher gültige Studienordnung (Universität)		*nach Muster Studienordnung vom Mai 1979*	
Pflichtstunden	360	Pflichtstunden	720
Vor- und Nachbereitung	540	Vor- und Nachbereitung	1080
ZP (6Wochen, 6 Std. tägl.)	120	Zwischenprüfung	120
gesamt	920	gesamt	1920
+ 2. Fach	920	+ 2. Fach	1920
+ Examen (7 Monate, 6 Std. tägl.)	920	+ päd. Begleitstudium	1155
Gesamtarbeitszeit	2800	Gesamtarbeitszeit	3955
wöchentliche Arbeitszeit	31,1	wöchentliche Arbeitszeit	44

Berechnungsgrundlage: 15 Wochen durchschnittliche Semesterdauer, 6 Semester Regelstudienzeit. Nicht einbezogen sind Wartezeiten bei Professoren und Schwierigkeiten bei der Bücherbeschaffung.

„In den Liegestütz fallt!“ – „Erzieherische Maßnahmen“ des Verteidigungsministeriums

z.hev. Aus den Leitsätzen für die Erziehung der Soldaten: „Die Wege der Erziehung müssen sinnvoll, einfach und überzeugend sein.“ Der Schreiber des Artikels erinnert sich aus seiner eigenen Bundeswehrzeit noch sehr gut an diese frische Geradlinigkeit bei der Soldatenschinderei. Beim Revierreinigen am Samstag Vormittag war die regelmäßige Auffassung des Gruppenführers, eines Gefreiten UA (Unteroffiziersanwärter), daß das Tempo und die Begeisterung der Soldaten sehr zu wünschen übrig lasse. Und regelmäßig fiel das Kommando der Überschrift, und der Gruppenführer fing zu zählen an: „999, 998, 997 ... 976, 975 – seid ihr müde? Nein? Dann können wir ja weitermachen. Ja? Ich werde euch schon munter kriegen. 974, 973, 972 ... usw. 150 überzeugende Liegestützen, ebensoviele Entengänge und Wechselsprünge pro Tag waren die Regel. Sie gab's für Grinsen, „Elefanten“ (kleine Staubpartikel) im Gewehrlauf, Staub am Finger des Ausbilders beim Stubenappell, für zu leises Singen, für zu lautes Singen.

Nach dem Erlaß des Verteidigungsministeriums über „Erzieherische Maßnahmen“ sind solcherlei Übungen zur Körperertüchtigung alle „unzulässig“.

Unter dieser Rubrik enthält der Erlaß einen liebevoll zusammengestellten Katalog besonders gängiger Barrasmethoden. Er ist eine Handlungsanleitung für Offiziere und Unteroffiziere, wie sie Schikanen deklarieren müssen, um zu schikanieren und es doch Ausbildung nennen zu können. „Unzulässig“ sei es zum Beispiel, „einen marschunfähigen Soldaten zu stoßen oder mitzuzerren“, „Singen lassen als erzieherische Maßnahme“, „einen bereits gereinigten sauberen Flur noch einmal reinigen zu lassen“, „wegen schlechten Gesangs sogenannte Gefechtseinlagen wie ‚Atomblitz‘ oder ‚Volle Deckung‘ zu befehlen“, „einen Nichtschwimmer ins Becken für Schwimmer springen zu lassen, um ihn zum Mut zu erziehen“, „Laufschritteinlagen bei Märschen als erzieherische Maßnahme“. Natürlich aber ist es zulässig, einen *marschfähigen* Soldaten mitzuzerrren, singen zu lassen, um Singen zu *lernen*, einen eben nicht *ganz sauberen* Flur noch einmal reinigen zu lassen, Gefechtseinlagen, um diese halt zu *üben*, einen Nichtschwimmer ins Schwimmerbecken zu werfen, um ihm das *Schwimmen beizubringen*, Laufschritteinlagen, um das *Laufen zu lernen*. Wer will denn bestreiten, daß dadurch „Leistungen und Manneszucht gefördert werden“?

Die erzieherische Maßnahme ist vor allem die Methode der Leutnants und Unteroffiziere, die nicht oder noch nicht Disziplinarvorgesetzte sind. Damit sie die Wirksamkeit der Methoden gut kennen, werden sie selber getrietzt. Bei einer Unteroffiziersanwärtervorausbildung in Lübeck hatten 6 Soldaten beim Appell am 13.10.79 ein ungereinigtes Kochgeschirr vorgezeigt – Nachappell am 15.10. von 19.30 bis 20.15 Uhr. 7 Soldaten zeigten „unzulängliche Kenntnisse in der Waffenausbildung“ – Herstellung von Handzetteln mit den Themen „G 3“ (Gewehr) und „P 1“ (Pistole) von 18 bis 20 Uhr.

Bei den Disziplinarvorgesetzten ist diese Form beliebt, weil sie strafen können, ohne den ganzen Formalkram einer Disziplinarstrafe. Hauptmann Echterling, Kompaniechef der 2. Kompanie des Jägerbattaillons 172, ließ sechs Soldaten einen 20 km Marsch nachholen, weil sie auf dem ersten Marsch eine Marschleistung gezeigt hätten, „die ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit nicht entspricht“. Wegen „Beanstandung in der Durchführung des Inneren Dienstes“ durfte der gesamte 1. Zug draußen biwakieren, einschließlich der Innendienstkranken. Der Hauptmann drohte, er werde den gesamten Zug solange draußen frieren lassen, bis sich derjenige meldet, der aus Wut eine Tür beim Offizier vom Wachdienst eingetreten hatte. Obwohl die Soldaten dicht gehalten hatten, hat sich der Betreffende dann doch gemeldet.

Diese Schikanen bedeuten also im wesentlichen Verlängerung des Dienstes, Kürzung der Freizeit und Intensivierung der Arbeit. Ziel ist die totale Verfügbarkeit über den Soldaten und seine vollkommene Unterwerfung unter den militärischen Drill. In dem ministeriellen Erlaß aus dem Ressort „Innere Führung“ liest sich das so: „Gutwillige sollen bestätigt, Gleichgültige angespornt, Unwillige auf den rechten Weg geführt und dadurch Leistungen und Manneszucht gefördert werden.“ Die Gesundheit des Soldaten, seine persönliche Ehre und Menschenwürde, wie es dort so schön heißt, sollen nicht angetastet werden, denn „Erziehung, nicht Sühne und Vergeltung, ist der Sinn erzieherischer Maßnahmen“.

Die Prügelstrafe oder das Spießrutenlaufen etwa bei den Preußen waren auch nicht Vergeltung, sondern Erziehung zum Söldner der feudalen Armee. Der Rekrut der imperialistischen Armee wird mit Methoden unterdrückt, die weitaus raffinierter sind, und die gehässige Brutalität der Klasse, die sie exekutiert, keineswegs verleugnen können.

Polizeiausbildung zur Niederschlagung von Demonstrationen

r.pee. „Die taktische und rechtliche Betrachtung unfriedlicher demonstrativer Aktionen“, ist der Titel des „Fortbildungsbriefes für die Polizei des Landes Niedersachsen, Nr. 2/77“. Verfaßt wurde dieses Druckwerk von PHK Heitmann und POK Hagedorn, Polizeidirektion Braunschweig. Die Polizeioffiziere haben es schwer, die einfachen Polizisten für die Zerschlagung von Demonstrationen im Interesse der Bourgeoisie zu gewinnen. Prügeleinsätze müssen zunehmend gerechtfertigt werden und stoßen bei den einfachen Polizisten auf Widerstand. Etliche Polizisten haben nach Brokdorf den Dienst quittiert, und es häufen sich „Krankmeldungen“ vor Demonstrationen und Großeinsätzen, wie ein Polizeischüler berichtet. Da muß dann mit Lügen und Verdrehungen gearbeitet werden, um die Ziele der Einsätze in den Augen der einfachen Polizisten als Rechtens erscheinen zu lassen. So auch das 17 seitige Druckwerk des Ober- und Hauptkommissars.

„Eine Demonstration ist die besonders intensive Kundgabe einer bestimmten Meinung in öffentlichen Angelegenheiten... Demonstranten sowie Sympathisanten müssen sich darüber im Klaren sein, daß das Recht in der Regel dort endet, wo die Rechtssphäre anderer tangiert wird...“, wird im Vorwort zur Ausgabe geschrieben. Man merkt schon worauf es hinausläuft: Es geht um das Eigentum und die Nutzungsrechte der Bourgeoisie über Anlagen und Güter. „In zunehmenden Maße sieht sich die Polizei Aktionsgruppen gegenüber, die nicht die Absicht haben, friedlich zu demonstrieren... ihre Ziele mit äußerster Härte verfolgen.. Bevorzugtes Mittel: Provokation, insbesondere der Polizei... aber auch der Bevölkerung... Ziel gerade dieser Demonstranten ist die Solidarisierung weiterer Bevölkerungskreise mit den Demonstranten... Das solidarisierende Ereignis wird in der polizeilichen Reaktion vor allem durch das Einschreiten bei Normverletzungen mit geringem Unrechtsgehalt gesucht... Beachte: Die Demonstranten verstehen es, soziale Härten für einzelne oder Belange der Allgemeinheit (Beispiel: Fahrpreiserhöhung) In den Vordergrund zu stellen...“ Was ist da falsch, wird sich der Polizist fragen? Die Kommissare geben Antwort: „... für eine ‚gerechte‘ Sache zu demonstrieren, um in Wahrheit ureigenste Ziele, z. T. gewaltsam, verfolgen zu können.“ Welch Geistesblitz! Als wenn es nicht ureigenst wäre, den Plünderungen des bürgerlichen Staates Schranken zu setzen.

Zur „Verdeutlichung an Vorgängen bei Demonstrationen“ wird dann u. a. angeführt: „Wenn Demonstranten Blumenkübel, Sitzbänke oder ähnliche Gegenstände auf den Gleiskörper werfen, um die Weiterfahrt der Straßenbahn zu verhindern... wenn einem Zeitungsauslieferungsfahrer gewaltsam die Weiterfahrt unmöglich gemacht wird, können Tatbestände der §§ 125 bzw. 125a StGB erfüllt sein.“ Man erinnere sich nur an den Streik der Drucker, bei dem die Auslieferung von Streikbruchproduktion verhindert werden sollte, und der Weg von der Polizei freigeknüppelt wurde. Für den Leser des „Fortbildungsbrief“ heißt es: „Merke: **Eigenhändige Verübung** durch Täter oder Teilnehmer ist **nicht erforderlich**, er muß jedoch einen nach außen erkennbaren **Beitrag** im unmittelbaren räunlichen Zusammenhang mit der Menschenmenge leisten.

Um das Bild des Demonstranten für den Polizisten abzurunden, müssen ihn die Herren Komissare natürlich bewaffnen, taktisch angeführt und ausgebildet ist er ja schon. „Kleidung: feste, gegen Schläge gepolsterte Kleidung, feste Schuhe, Kopfschutz (insbes. Helme), dicke Handschuhe, Tränengaßbrillen, zitronengetränkte Tücher“. Die „Stöcke“ hat man freilich bei Demonstrationen durchweg in den Händen der zu Einsatz gebrachten Polizisten gesehen.

Technisches Hilfswerk – Nachschub- und Versorgungstrupp der Bundeswehr

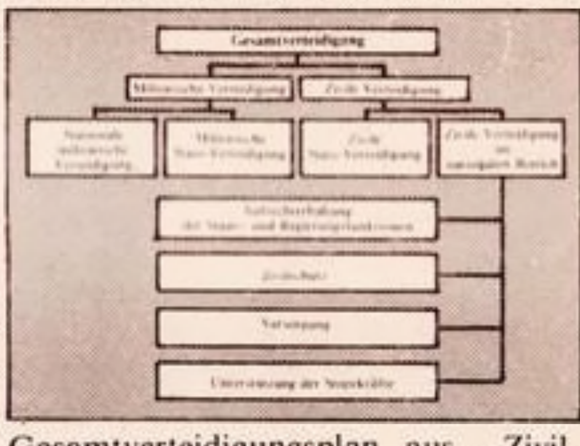
z.rev. „Wehrpflichtige, die sich ... auf mindestens zehn Jahre zum Dienst im Katastrophenschutz verpflichtet haben, brauchen keinen Wehrdienst ... zu leisten.“ (Katastrophenschutzgesetz §8 Abs. 2) Auch Zivildienstpflichtige werden neuerdings beim Technischen Hilfswerk (THW) eingezogen. So ist das THW inzwischen auf 42000 „Freiwillige Helfer“ und 618 bezahlte Beamte angewachsen.

1953 wurde über einen Erlaß des Bundesinnenministeriums das THW gegründet. In dem Erlaß wurde festgelegt, daß das THW zu einer Hilfstruppe für technische Dienste in Katastrophen- und Unglücksfällen, im zivilen Luftschutz und in öffentlichen Notständen ausgebaut wird. Es unterliegt der Befehlsgewalt des Innenministers, kann aber auch jederzeit von den entsprechenden Verwaltungsbehörden in Anspruch genommen werden.

Mit den Notstandsgesetzen 1968, besonders mit dem Katastrophenschutzgesetz, wird das THW vollends zum technischen Hilfstrupp der Bundeswehr. „§ 1 *Erweiterung des Katastrophenschutzes.* Die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes nehmen ihre Aufgaben auch hinsichtlich der besonderen Gefahren und Schäden wahr, die im Verteidigungsfall drohen.“ Bergung, Instandsetzung, Versorgung und Nachschub sind die Hauptaufgaben des THW. In dem Heft „Rechtsgrundlagen der zivilen Verteidigung“ (W. Beßlich) wird eine „Übersicht über die einfachen Verteidigungsgesetze“ gegeben, wonach auch das THW herangezogen werden kann. „Deckung des materiellen Bedarfs der Verteidigung – Wirtschaftssicherstellungsgesetz (Rohstoffe, Ver- und Zuteilung sowie Lagerung und Vorratshaltung, Stromerzeugung und Instandsetzungsleistungen). Ernährungssicherstellungsgesetz, Verkehrs- und Wassersicherstellungsgesetz.“ „Deckung des personellen Kräftebedarfs der Verteidigung – Arbeitssicherstellungsgesetz, Gesetz über den Zivilschutz und Katastrophenschutzgesetz.“

Durch die Aufstellung neuer Heimatschutzkommandos mit der neuen Heeresstrukturreform wird zunächst das Territorialheer über vermehrten Einsatz von Reservisten verstärkt. Als nächstes tauchen vielleicht schon Übungen der Bundeswehr mit dem THW zusammen auf. Nicht zufällig probte das THW fast gleichzeitig zum NATO-Herbstmanöver Constant Enforcer in der Katastrophenschutzübung „Wesersprung 79“ vom 21.9. – 24.9. die Überquerung der Weser. Die Aufgabe war: Herstellung von Fernmeldeverbindungen, Nachschub von Treibstoff, Lebensmitteln und Kleidung und Übersetzen über die Weser mit allen Beteiligten und Fahrzeugen bei 135 km/h Windstärke. Ende August: THW verlädt zwei Nothospitäler in ein Flugzeug der Luftwaffe, die dann in Malaysia von einem „vietnamerfahrenen Einsatzteam“ des Malteser Hilfsdienstes aufgebaut werden.

In Gummersbach wurde 1978 der „Maidonner“ geprobt: Nach einer Gasexplosion in einer Schule mit 200 Schülern und Lehrern machten Deutsches Rotes Kreuz, THW, Feuerwehr und Malteser Hilfsdienst mit 600 Mann Großeinsatz. Kriminalpolizei und Bundesgrenzschutz waren auch darunter.



Gesamtverteidigungsplan aus „Zivilschutz heute“ (1979)

Ihre Stützpunkte sichern den USA die Hegemonie im Pazifik

einer Unteroffiziersanwärtervorausbildung in Lübeck hatten 6 Soldaten beim Appell am 13.10.79 ein ungereinigtes Kochgeschirr vorgezeigt – Nachappell am 15.10. von 19.30 bis 20.15 Uhr. 7 Soldaten zeigten „unzulängliche Kenntnisse in der Waffenausbildung“ – Herstellung von Handzetteln mit den Themen „G 3“ (Gewehr) und „P 1“ (Pistole) von 18 bis 20 Uhr.

Bei den Disziplinarvorgesetzten ist diese Form beliebt, weil sie strafen können, ohne den ganzen Formalkram einer Disziplinarstrafe. Hauptmann Echterling, Kompaniechef der 2. Kompanie des Jägerbattaillons 172, ließ sechs Soldaten einen 20 km Marsch nachholen, weil sie auf dem ersten Marsch eine Marschleistung gezeigt hätten, „die ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit nicht entspricht“. Wegen „Beanstandung in der Durchführung des Inneren Dienstes“ durfte der gesamte 1. Zug draußen biwakieren, einschließlich der Innendienstkranken. Der Hauptmann drohte, er werde den gesamten Zug solange draußen frieren lassen, bis sich derjenige meldet, der aus Wut eine Tür beim Offizier vom Wachdienst eingetreten hatte. Obwohl die Soldaten dicht gehalten hatten, hat sich der Betreffende dann doch gemeldet.

Diese Schikanen bedeuten also im wesentlichen Verlängerung des Dienstes, Kürzung der Freizeit und Intensivierung der Arbeit. Ziel ist die totale Verfügbarkeit über den Soldaten und seine vollkommene Unterwerfung unter den militärischen Drill. In dem ministeriellen Erlaß aus dem Ressort „Innere Führung“ liest sich das so: „Gutwillige sollen bestätigt, Gleichgültige angespornt, Unwillige auf den rechten Weg geführt und dadurch Leistungen und Manneszucht gefördert werden.“ Die Gesundheit des Soldaten, seine persönliche Ehre und Menschenwürde, wie es dort so schön heißt, sollen nicht angetastet werden, denn „Erziehung, nicht Sühne und Vergeltung, ist der Sinn erzieherischer Maßnahmen“.

Die Prügelstrafe oder das Spießrutenlaufen etwa bei den Preußen waren auch nicht Vergeltung, sondern Erziehung zum Söldner der feudalen Armee. Der Rekrut der imperialistischen Armee wird mit Methoden unterdrückt, die weitaus raffinierter sind, und die gehässige Brutalität der Klasse, die sie exekutiert, keineswegs verleugnen können.

z.rev. „Wehrpflichtige, die sich ... auf mindestens zehn Jahre zum Dienst im Katastrophenschutz verpflichtet haben, brauchen keinen Wehrdienst ... zu leisten.“ (Katastrophenschutzgesetz §8 Abs. 2) Auch Zivildienstpflichtige werden neuerdings beim Technischen Hilfswerk (THW) eingezogen. So ist das THW inzwischen auf 42000 „Freiwillige Helfer“ und 618 bezahlte Beamte angewachsen.

1953 wurde über einen Erlaß des Bundesinnenministeriums das THW gegründet. In dem Erlaß wurde festgelegt, daß das THW zu einer Hilfstruppe für technische Dienste in Katastrophen- und Unglücksfällen, im zivilen Luftschutz und in öffentlichen Notständen ausgebaut wird. Es unterliegt der Befehlsgewalt des Innenministers, kann aber auch jederzeit von den entsprechenden Verwaltungsbehörden in Anspruch genommen werden.

Mit den Notstandsgesetzen 1968, besonders mit dem Katastrophenschutzgesetz, wird das THW vollends zum technischen Hilfstrupp der Bundeswehr. „§ 1 *Erweiterung des Katastrophenschutzes.* Die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes nehmen ihre Aufgaben auch hinsichtlich der besonderen Gefahren und Schäden wahr, die im Verteidigungsfall drohen.“ Bergung, Instandsetzung, Versorgung und Nachschub sind die Hauptaufgaben des THW. In dem Heft „Rechtsgrundlagen der zivilen Verteidigung“ (W. Beßlich) wird eine „Übersicht über die einfachen Verteidigungsgesetze“ gegeben, wonach auch das THW herangezogen werden kann. „Deckung des materiellen Bedarfs der Verteidigung – Wirtschaftssicherstellungsgesetz (Rohstoffe, Ver- und Zuteilung sowie Lagerung und Vorratshaltung, Stromerzeugung und Instandsetzungsleistungen). Ernährungssicherstellungsgesetz, Verkehrs- und Wassersicherstellungsgesetz.“ „Deckung des personellen Kräftebedarfs der Verteidigung – Arbeitssicherstellungsgesetz, Gesetz über den Zivilschutz und Katastrophenschutzgesetz.“

Durch die Aufstellung neuer Heimatschutzkommandos mit der neuen Heeresstrukturreform wird zunächst das Territorialheer über vermehrten Einsatz von Reservisten verstärkt. Als nächstes tauchen vielleicht schon Übungen der Bundeswehr mit dem THW zusammen auf. Nicht zufällig probte das THW fast gleichzeitig zum

ser. Die Aufgabe war: Herstellung von Fernmeldeverbindungen, Nachschub von Treibstoff, Lebensmitteln und Kleidung und Übersetzen über die Weser mit allen Beteiligten und Fahrzeugen bei 135 km/h Windstärke. Ende August: THW verlädt zwei Nothospitäler in ein Flugzeug der Luftwaffe, die dann in Malaysia von einem „vietnamerfahrenen Einsatzteam“ des Malteser Hilfsdienstes aufgebaut werden.

In Gummersbach wurde 1978 der „Maidonner“ geprobt: Nach einer Gasexplosion in einer Schule mit 200 Schülern und Lehrern machten Deutsches Rotes Kreuz, THW, Feuerwehr und Malteser Hilfsdienst mit 600 Mann Großeinsatz. Kriminalpolizei und Bundesgrenzschutz waren auch darunter.



Gesamtverteidigungsplan aus „Zivilschutz heute“ (1979)

Ihre Stützpunkte sichern den USA die Hegemonie im Pazifik

Stationen der Expansion nach Westen / Einverleibung von Ländern des Pazifik in die USA

z.hku. Die Sozialimperialisten, die den Zugang zum Pazifik und zu den Seestraßen nach Indien und Afrika suchen, sehen sich einer geschlossenen Kette von Stützpunkten der USA gegenüber. Unter dem Oberkommando Pazifik sind auf „eigenem“ wie auf fremdem Territorium rund 320000 Soldaten, 2000 Flugzeuge und 200 Kriegsschiffe stationiert. Diese Stützpunktkette ist Voraussetzung wie Ergebnis der Errichtung der absoluten Hegemonie im Pazifik durch den US-Imperialismus.

Während des 19. Jahrhunderts konzentrierte sich die US-Expansion auf den amerikanischen Kontinent selbst, sowie auf die unmittelbaren Küstengebiete. 1867 wird mit Alaska auch die Inselkette der *Aleuten* „gekauft“. Im übrigen annektierten US-Handelsschiffe verschiedene kleinere Inseln westlich von Hawaii, die *Midway-Inseln* (1867), die *Johnston-Inseln* (1858), die damals von geringem Wert waren und erst im 2. Weltkrieg, wie die Midways, zu Militärbasen ausgebaut wurden.

1898 wurde die Inselgruppe von *Hawaii* annektiert und der US Navy unterstellt. Damit verfügten die USA über den Knotenpunkt der Verkehrswege über den Pazifik; hier wurde in Pearl Harbour das Zentrum der Pazifik-Flotte aufgebaut. Mit dem Sieg über die spanische Flotte im gleichen Jahr errichtete der US-Imperialismus nicht nur seine Vorherrschaft über Mittelamerika, sondern „beerbte“ den spanischen Kolonialismus auch im Pazifik und im Fernen Osten. Die Insel *Guam* und die *Philippinen* wurden 1898 US-Kolonien. Mithilfe dieser weit vorgeschobenen Posten haben die USA auch an der Aufteilung und Ausplünderung Chinas teilgenommen.

Der weiteren Expansion setzte die imperialistische Konkurrenz Schranken. 1899 mußten die USA sich die *Samoa-Inseln* mit dem Deutschen Reich teilen. Auch aus dem 1. Weltkrieg konnte vor allem der japanische Imperialismus Nutzen ziehen, der nach Süden expandierte, und u.a. vom Völkerbund 1920 die mikronesischen Inselgruppen der Karolinen, Marianen und Marshall-Inseln als Treuhandgebiet erhielt. Im Vertrag von Washington mit Großbritannien und Japan mußten sich die USA verpflichten, westlich von Hawaii keine weiteren Stützpunkte zu errichten; die vorhandenen auf Guam und den Philippinen reichten nicht aus, um in Südostasien und im westlichen Pazifik eine starke Flottenpräsenz zu gewährleisten. So konnte Japan 1941 den westlichen Pazifik zunächst überrennen.

Erst die Niederwerfung des durch den Befreiungskampf der Völker angeschlagenen japanischen Imperialismus sicherte den USA die Hegemonie im gesamten Pazifik. Mit der Vertreibung der japanischen Truppen setzten sich die US-Truppen fest und diktierten dem niedergeworfenenen Konkurrenten und den Völkern des Pazifik und Südostasiens die Zustimmung zur Errichtung von Stützpunkten der USA auf ihrem Territorium.

Mikronesien übernehmen die USA 1947 als Treuhandgebiet von den Vereinten Nationen; sie verwandeln es in das Experimentierfeld ihrer Kernwaffenentwicklung. Die Philippinen werden trotz Erkämpfung der Unabhängigkeit 1947 zum Abschluß eines Vertrages über die Stationierung von US-Truppen über 99 Jahre gezwungen. 1959 und 1979 haben die Philippinen die Laufzeit des Vertrages verkürzen und die Souveränitätsrechte über die Stützpunkte wiedererlangen können.

Auf *Taiwan* , worauf das chinesische Volk den US-Imperialismus und die chinesische Reaktion zurückgeworfen hatte, lassen sich die USA 1947 die Anwesenheit ihrer Truppen garantieren und 1955 mit dem „Vertrag über gegenseitige Hilfe“ bestätigen. – 1979 haben sie diesen Vertrag kündigen müssen. – Auch im besetzten *Südkorea* blieben die US-Truppen stehen und versuchten, das ganze Land zu unterwerfen. Gleichzeitig mit dem Waffenstillstandsabkommen von 1953, das sie auf den Süden des Landes zurückwarf, schlossen die USA und Südkorea das Verteidigungsabkommen, das den USA bis heute die uneingeschränkte Möglichkeit der Truppenstationierung garantiert. Zentrum der US-Truppen, Basis der 7. Flotte, wird Japan selbst. Mit dem Friedensvertrag von 1951 sichern sich die USA das Recht auf Errichtung von Stützpunkten in Japan, wie auf den südlich vorgelagerten Riukiu-Inseln (*Okinawa*), die bis 1972 von den USA verwaltet werden.

Nach Süden hin wird das Stützpunkt-System ergänzt durch das Abkommen über Indochina von 1954, das den USA Handhabe zur Aggression gegen die indochinesischen Völkern bot; sowie durch den ANZUS-Pakt mit Australien und Neuseeland, mit dem sie sich 1963 die Nutzungsrechte für eine Marinebasis in Australien verschafften.

Der US-Imperialismus hat die Hegemonie über den Pazifik durch weitere direkte Einverleibung von Ländern abgesichert. 1950 wurden Guam und Samoa zu US-Territorium mit „Selbstverwaltung“ erklärt; 1959 Hawaii zum 50. Bundesstaat der USA gemacht. Im vergangenen Jahr haben sie gegen die Beschlüsse der UNO Teile des Treuhandgebietes kurzerhand zum Territorium der USA erklärt.



Hauptstützpunkte der USA im Pazifik

Forderungen der westdeutschen Gewerkschaften zur Lage der Ausländer

z.juh. Auf dem 11. Bundeskongreß 1978 hat der DGB seine „solidarische Verbundenheit mit den in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Arbeitnehmern bekräftigt". Daß die folgenden Entschließungen dem nicht entsprechen, dafür hat die Sozialdemokratie innerhalb des DGB gesorgt: Nicht angegriffen wird das Ausländergesetz, das der Bundesregierung die Möglichkeit gibt, den Ausländer jederzeit auszuweisen – z.B. bei Beteiligung an einem Streik. In dieser entscheidenden Entrechtung der Ausländer stimmen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre mit Koalition und Opposition überein. Die „zuständigen Behörden" mögen nur bitte „den Ermessensspielraum" nicht „mißbräuchlich" anwenden. Einiges Begrüßenswerte, aber auch Auslegbares steht in den Entschließungen des 12. IGM-Gewerkschaftstages, einzelner Fachkongresse, des DGB-Bundeskongresses und des DGB-Aktionsprogramms vom Juni 79: „Gleichheit der Bildungschancen für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer", „die gewerkschaftliche Zusammenarbeit mit den ausländischen Kolleginnen und Kollegen ist zu verstärken", „ein flächendeckendes Angebot an geeigneten Sprachkursen für die ausländischen Arbeitnehmer (ist) einzurichten" (alles: 12. ordentl. Gewerkschaftstag der IGM und 11. DGB-Bundeskongreß). Wer bezahlt diesen Sprachunterricht? Soll er während der Arbeitszeit oder am Feierabend stattfinden? Wer entscheidet, was „geeignet" ist? „Weiterer Ausbau der arbeits- und sozialrechtlichen Gleichstellung" – welche gleichen Rechte haben die Ausländer? Welche nicht? Einige Belegschaften fordern schon seit Jahren die Abschaffung des Ausländergesetzes und rechtliche Gleichstellung von Ausländern und Westdeutschen. Dem IGM-Gewerkschaftstag hat ein solcher Antrag vorgelegen. Noch haben die Sozialdemokraten diese Forderungen abblocken können.



Stahlstreik 1978

Entwurf für ein neues Ausländergesetz Forderungen der belgischen Gewerkschaft

z.dab.Brüssel. Die belgische Regierung, die bislang noch über kein zusammenhängendes Ausländergesetz verfügt, hat schon letztes Jahr einen Entwurf vorgelegt, der noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll. Er zentralisiert die bisherigen Rechtsvorschriften, wie das Ausländerpolizeigesetz und den Königlichen Erlaß über Aufenthaltsbedingungen für Ausländer, und soll den Zugriff der belgischen Bourgeoisie auf die ausländischen Arbeiter garantieren. Ausgewiesen werden soll, „1. Wer offenbar nicht über genügend Subsistenzmittel verfügt und nicht die Möglichkeit hat, sie sich durch eine Verdiensttätigkeit auf legalem Weg zu verschaffen. 2. Wer als unerwünscht in Belgien oder in den Beneluxländern gilt... aufgrund einer Verurteilung wegen eines Verbrechens oder einer Straftat... 3. Wer nach Ansicht des Justizministeriums die öffentliche Ruhe, Ordnung oder die nationale Sicherheit stört." Mit der Knute der Ausweisung, die nur bei Ausländern aus der EG nicht einfach aus „wirtschaftlichen Gründen" ausgesprochen werden kann, der Regelung, daß jede Aufenthaltsgenehmigung, sei sie begrenzt oder unbegrenzt – bis auf nicht weiter definierte Ausnahmen –, jedes Jahr verlängert oder erneuert werden muß, der Einschränkung der politischen Rechte hat sich die Bourgeoisie einen Hebel geschaffen, über die Unterdrückung der ausländischen Arbeiter den Druck auf die gesamte Arbeiterklasse zu verschärfen. Sie ist beständig dabei, ihre Reservearmee mit diesen Arbeitskräften aufzufüllen. 1977 betrug der Anteil der ausländischen Arbeiter mit 306318 7% der arbeitenden Bevölkerung, ihr Anteil an der Arbeitslosigkeit 16%.

Der Widerstand gegen die vorbereitete Verschärfung der Unterdrückung organisiert sich in den Gewerkschaften. Der belgische Gewerkschaftsbund FGTB fordert: „Recht auf Abstimmung über den Gesetzentwurf, der die Rechte und Pflichten der Ausländer regelt, politische Rechte, darunter Wahlrecht bei den Kommunalwahlen..., gleiche Rechte hinsichtlich der Sozialversicherung..., Ausbildung in der Muttersprache an den öffentlichen Schulen." Der hohe Organisationsgrad der ausländischen Arbeiter (74 im Vergleich zu 77% der belgischen Arbeiter) ist eine gute Bedingung im Kampf für die völlige Gleichberechtigung der Ausländer. Die kostenlose und obligatorische Einbürgerung ist dazu unerläßlich.

Entwurf für ein neues Ausländergesetz Forderungen der belgischen Gewerkschaft

z.dab.Brüssel. Die belgische Regierung, die bislang noch über kein zusammenhängendes Ausländergesetz verfügt, hat schon letztes Jahr einen Entwurf vorgelegt, der noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll. Er zentralisiert die bisherigen Rechtsvorschriften, wie das Ausländerpolizeigesetz und den Königlichen Erlaß über Aufenthaltsbedingungen für Ausländer, und soll den Zugriff der belgischen Bourgeoisie auf die ausländischen Arbeiter garantieren. Ausgewiesen werden soll, „1. Wer offenbar nicht über genügend Subsistenzmittel verfügt und nicht die Möglichkeit hat, sie sich durch eine Verdiensttätigkeit auf legalem Weg zu verschaffen. 2. Wer als unerwünscht in Belgien oder in den Beneluxländern gilt... aufgrund einer Verurteilung wegen eines Verbrechens oder einer Straftat... 3. Wer nach Ansicht des Justizministeriums die öffentliche Ruhe, Ordnung oder die nationale Sicherheit stört." Mit der Knute der Ausweisung, die nur bei Ausländern aus der EG nicht einfach aus „wirtschaftlichen Gründen" ausgesprochen werden kann, der Regelung, daß jede Aufenthaltsgenehmigung, sei sie begrenzt oder unbegrenzt – bis auf nicht weiter definierte Ausnahmen –, jedes Jahr verlängert oder erneuert werden muß, der Einschränkung der politischen Rechte hat sich die Bourgeoisie einen Hebel geschaffen, über die Unterdrückung der ausländischen Arbeiter den Druck auf die gesamte Arbeiterklasse zu verschärfen. Sie ist beständig dabei, ihre Reservearmee mit diesen Arbeitskräften aufzufüllen. 1977 betrug der Anteil der ausländischen Arbeiter mit 306318 7% der arbeitenden Bevölkerung, ihr Anteil an der Arbeitslosigkeit 16%.

Der Widerstand gegen die vorbereitete Verschärfung der Unterdrückung organisiert sich in den Gewerkschaften. Der belgische Gewerkschaftsbund FGTB fordert: „Recht auf Abstimmung über den Gesetzentwurf, der die Rechte und Pflichten der Ausländer regelt, politische Rechte, darunter Wahlrecht bei den Kommunalwahlen..., gleiche Rechte hinsichtlich der Sozialversicherung..., Ausbildung in der Muttersprache an den öffentlichen Schulen." Der hohe Organisationsgrad der ausländischen Arbeiter (74 im Vergleich zu 77% der belgischen Arbeiter) ist eine gute Bedingung im Kampf für die völlige Gleichberechtigung der Ausländer. Die kostenlose und obligatorische Einbürgerung ist dazu unerläßlich.

Kampfprogramm der schwedischen Gewerkschaft für Ausländerrechte

z.coi. Etwa 270000 Ausländer sind in Schweden „arbeitend" gemeldet. 100000 sind im Gewerkschaftsbund LO organisiert. Mit der Schaffung eines gemeinsamen nordischen Arbeitsmarktes 1954 hat die schwedische Bourgeoisie ihr Arbeitskräftereservoir vor allem aus Finnland ausgeweitet. Heute stellen Finnen etwa die Hälfte der ausländischen Arbeitskräfte. Mit der ökonomischen Expansion nach dem zweiten Weltkrieg hat die Arbeitsmarktverwaltung Anwerbungsbüros in Ankara, Athen und Belgrad eröffnet. Aus diesen Ländern sind heute ca. 50000 Arbeiter in Schweden.

Auf Beschluß des LO-Kongresses 1976 hat der Vorstand im Juni ein „Einwandererpolitisches Aktionsprogramm" veröffentlicht. Einleitend wird darin gefordert, daß „alle Einwanderer dieselben Rechte und Pflichten haben sollen wie die restliche Bevölkerung". Doch die entscheidende rechtliche Einschränkung, das Ausländerrecht, das die Ausweisung für rechtens erklärt, wenn „sie zur Wahrung der Sicherheit des Reiches oder sonst im Interesse des Staates erforderlich ist", findet nicht einmal Erwähnung. Zur Forderung nach Wahlrecht zum Reichstag konnte sich der LO-Vorstand nicht durchringen. Er fordert nur eine Untersuchung, obwohl es gerade der Druck der Gewerkschaften war, der den Reichstag 1975 zur Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts zu den Kommunal- und Bezirksparlamenten an über 3 Jahre in Schweden wohnhafte Ausländer gezwungen hatte.

Das Programm enthält nützliche Forderungen: So nach dem Recht der Gewerkschaft, ausländische Arbeiter während der Arbeitszeit und bei Lohnfortzahlung über ihre gewerkschaftlichen und sozialen Rechte zu informieren. Dies soll den bereits bestehenden gesetzlichen Anspruch auf 240 bezahlte Arbeitsstunden zwecks Erlernung der schwedischen Sprache erweitern. Ebenso ausgeweitet werden soll der Unterricht in der Heimatsprache, auf den jedes ausländische Kind kostenlos Anspruch hat. LO fordert weiter die Anrechnung der Arbeitszeit in den Heimatländern auf den Anspruch auf staatliche Arbeitlosenhilfe, sowie Anspruch auf die allgemeine Volksrente nach dreijährigem Aufenthalt.


Mülltransport im Akkord. 60% der Stockholmer Müllarbeiter sind Finnen.

Großbritannien: Elendslöhne für ausländische Arbeiter drücken den Lohnstandard



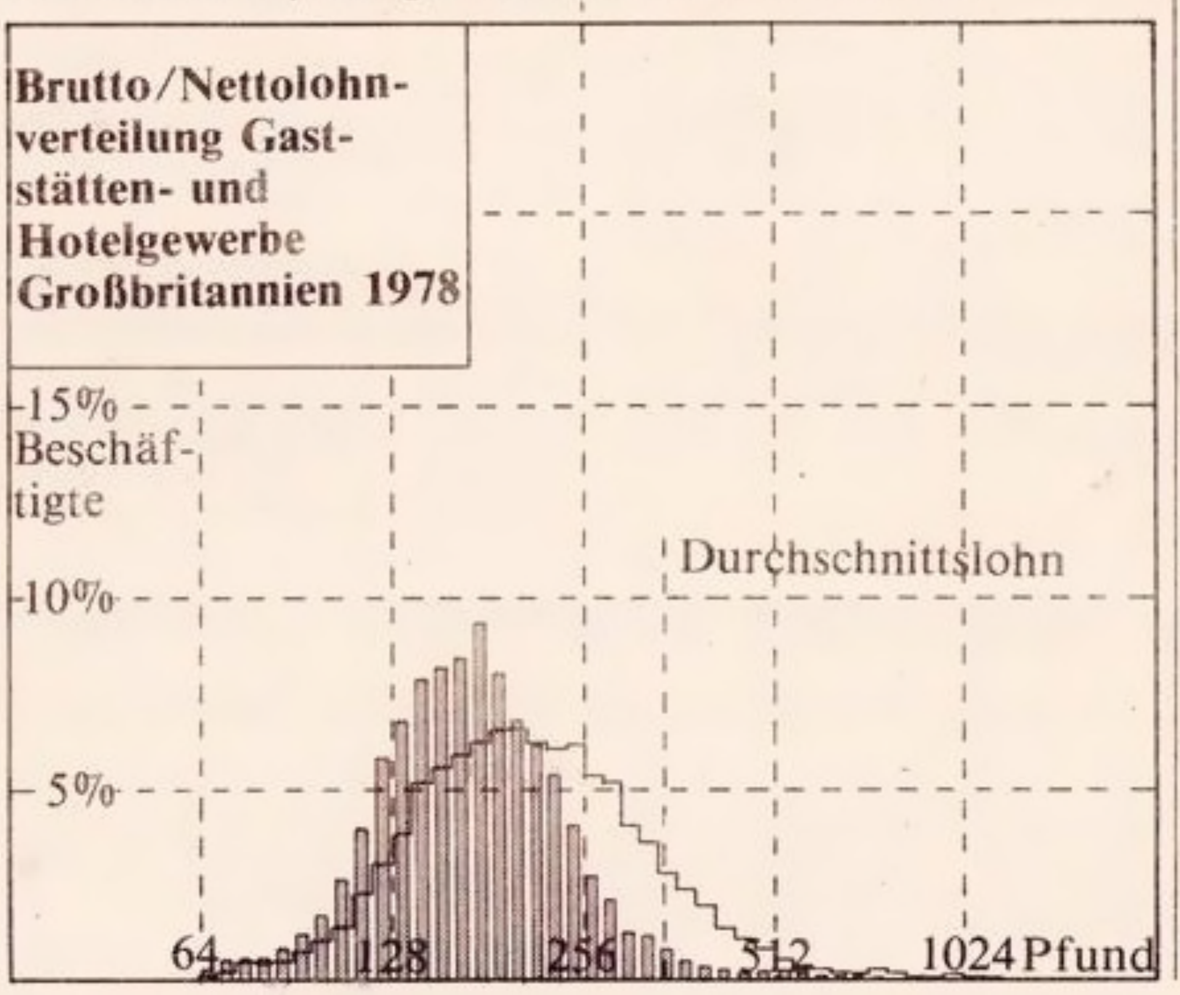
Eine Million Gemeindearbeiter und 260000 Arbeiter im Gesundheitswesen, unter ihnen viele Ausländer, streikten im letzten Winter gegen ihre Elendslöhne. Nach sechs Wochen konnte die Regierung den Arbeitern mit dem Abschluß von 9% plus einem Pfund als Abschlag auf eine „Vergleichbarkeitsstudie" eine Niederlage beibringen. Die Studie ergab, daß z.B. Putzfrauen bei Privatkapitalisten auch elende Löhne haben, weshalb keine weitere Erhöhung bei den Gemeinden gerechtfertigt sei.




Im Londoner East-End ist die Brick Lane, keinen Kilometer vom Bankenviertel entfernt, das Zentrum der Textilindustrie. Vor allem indische und pakistanische Arbeiter werden hier ausgebeutet. Viele wohnen in diesem Stadtteil. Regelmäßig gibt es Straßenschlachten mit der Polizei, z.B. wenn diese faschistische Demonstrationen gegen die Arbeiter schützt. Vor wenigen Monaten eröffnete die Polizei zur besonderen Bespitzelung eine Polizeibaracke in der Brick Lane.


Brutto/Nettolohnverteilung Gaststätten- und Hotelgewerbe Großbritannien 1978

Im Londoner East-End ist die Brick Lane, keinen Kilometer vom Bankenviertel entfernt, das Zentrum der Textilindustrie. Vor allem indische und pakistanische Arbeiter werden hier ausgebeutet. Viele wohnen in diesem Stadtteil. Regelmäßig gibt es Straßenschlachten mit der Polizei, z.B. wenn diese faschistische Demonstrationen gegen die Arbeiter schützt. Vor wenigen Monaten eröffnete die Polizei zur besonderen Bespitzelung eine Polizeibaracke in der Brick Lane.



z.hef.London. Von den männlichen Arbeitern im Hotel- und Gaststättengewerbe verdienen 86% weniger als den Durchschnittslohn aller männlichen Arbeiter. Bei den Arbeiterinnen sind es 85%. Die Lohnverteilung zeigt, daß die Arbeiter und Angestellten, die in Hotels, Restaurants und Gaststätten ausgebeutet werden, selbst bei diesen Hungerlöhnen durch scharfe Lohnunterschiede gespalten sind. Der Punkt des steilsten Anstiegs der Brutto-Lohnverteilungskurve liegt bei 142 Pfund Monatslohn, der Punkt des steilsten Falls bei 284 Pfund, exakt dem doppelten Lohn. Dabei beschränkt sich das Schaubild auf die 850000 Vollzeitbeschäftigten, die Löhne der Teilzeitarbeiter würden die Verteilung noch weiter spreizen. – In den Hotels, Restaurants und Gaststätten beuten die Kapitalisten vor allem ausländische Arbeiter und Angestellte aus. Genaue Zahlen gibt es nicht, der verantwortliche Gewerkschaftssekretär schätzt den Anteil auf 80% oder mehr. In diesem Gewerbe sind das vor allem solche ausländischen Arbeiter, die speziell für diese Arbeit und für beschränkte Perioden angeworben werden – in Ländern wie den Philippinen, den arabischen Staaten, Spanien, Zypern –, sowie Arbeiter, die im Gefolge dieser Anwerbung illegal ins Land kommen und noch übler ausgebeutet werden. Die großen Hotelketten beauftragen besondere Agenturen für die Jagd auf Arbeitskraft, die dann in den Hotelküchen und Wäschekammern, als Kellner und Zimmermädchen vernutzt wird.

Wir haben diese Lohnverteilung vor allem wegen des hohen Anteils von ausländischen Arbeitern und Angestellten durchgeführt. In einer Reihe von Bereichen hat die britische Bourgeoisie einen hohen Ausländeranteil durchgesetzt. So in der Textilindustrie (26% aller pakistanischen Arbeiter werden hier ausgebeutet), im Einzelhandel, bei den Krankenhaushilfskräften und Gemeindearbeitern (hier sind es vor allem Einwanderer aus den westindischen Inseln). Der Durchschnittslohn für männliche Arbeiter betrug im April 1978 77,80 Pfund die Woche, in der Textilindustrie waren es 71,70 Pfund, bei den Gemeindearbeitern 66,30 Pfund, im Hotel- und Gaststättengewerbe 56,90 Pfund.

Vergleicht man die nebenstehende Lohnverteilung mit der für die britische metallverarbeitende Industrie, wird der große Druck sichtbar, den diese Niedriglohnbereiche auf den Lohnstandard der gesamten Arbeiterklasse ausüben. Die Automobilkapitalisten z.B. rekrutieren sehr viele Arbeiter indischer Herkunft aus Niedriglohnbereichen.

Die früheren Kolonien, deren Wirtschaft – vor allem Landwirtschaft – durch den britischen Kolonialismus zerstört wurde, liefern einen unaufhörlichen Strom von Kandidaten für den britischen Arbeitsmarkt. Einwanderungskontrollen bis zum Schwangerschaftstest sorgen für die Auswahl der am härtesten Ausbeutbaren. Mit besonderen Gesetzen und Polizeischika-

Wir haben diese Lohnverteilung vor allem wegen des hohen Anteils von ausländischen Arbeitern und Angestellten durchgeführt. In einer Reihe von Bereichen hat die britische Bourgeoisie einen hohen Ausländeranteil durchgesetzt. So in der Textilindustrie (26% aller pakistanischen Arbeiter werden hier ausgebeutet), im Einzelhandel, bei den Krankenhaushilfskräften und Gemeindearbeitern (hier sind es vor allem Einwanderer aus den westindischen Inseln). Der Durchschnittslohn für männliche Arbeiter betrug im April 1978 77,80 Pfund die Woche, in der Textilindustrie waren es 71,70 Pfund, bei den Gemeindearbeitern 66,30 Pfund, im Hotel- und Gaststättengewerbe 56,90 Pfund.

Vergleicht man die nebenstehende Lohnverteilung mit der für die britische metallverarbeitende Industrie, wird der große Druck sichtbar, den diese Niedriglohnbereiche auf den Lohnstandard der gesamten Arbeiterklasse ausüben. Die Automobilkapitalisten z.B. rekrutieren sehr viele Arbeiter indischer Herkunft aus Niedriglohnbereichen.

Die früheren Kolonien, deren Wirtschaft – vor allem Landwirtschaft – durch den britischen Kolonialismus zerstört wurde, liefern einen unaufhörlichen Strom von Kandidaten für den britischen Arbeitsmarkt. Einwanderungskontrollen bis zum Schwangerschaftstest sorgen für die Auswahl der am härtesten Ausbeutbaren. Mit besonderen Gesetzen und Polizeischika-

nen werden die Widerspenstigen, d.h. vor allem die Jugendlichen, in die Fabriken gepreßt. Unter den Arbeitern ist das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Beseitigung dieser Spaltung hoch entwickelt. Von den ausländischen und eingewanderten Arbeitern sind prozentual sogar mehr Arbeiter in der Gewerkschaft als von den englischen Arbeitern.

EG-Plan zur Exportoffensive auf dem japanischen Markt

z.elb. Während es den japanischen Imperialisten gelungen ist, tief auf den EG-Markt, v.a. bei der Unterhaltungselektronik, vorzustoßen, haben sich umgekehrt die EG-Imperialisten auf dem japanischen Markt keine großen Konkurrenzpositionen schaffen können. Abzulesen an der EG-Handelsbilanz mit Japan, die seit 1968 steigend defizitär ist und in den ersten acht Monaten 1979 bereits ein Minus von 5,6 Mrd. DM erreicht hat.

EG-Handel mit Japan, in Mio. $

	EG-Importe	EG-Exporte
1970	1862	1553
1975	5675	3371
1976	7229	3625
1977	8770	4218
1978	11046	6042

Mit dem EG-Plan, der zuerst die Verschickung von „Jungmanagern" und die Errichtung eines EG-Informationszentrums in Japan vorsieht, sollen alle hemmenden Kenntnislücken beseitigt und feste Positionen zur Exportoffensive in der Nahrungsmittelindustrie und im Maschinenbau geschaffen werden. Hier sind die japanischen Imperialisten gegenüber den EG-Imperialisten nicht konkurrenzfähig, die mit ihrer Agrarüberschußproduktion und dem auf Export gerichteten Maschinenbau – besonders der westdeutschen Imperialisten – weiter auf den japanischen Markt vorzudringen versuchen. – 1979 wird die japanische Handelsbilanz nach fünf Jahren wieder negativ abschließen; der Handelskrieg wird verschärft.

Alkohol- und Tabaksteuererhöhung in Schweden

z.coi. Mit der Erhöhung der Alkoholsteuer auf 0,79 Skr (1 Skr = 0,24 DM) pro Volumenprozent Alkohol pro Liter und der Tabaksteuer um 0,75 Skr pro Zigarettenpackung hat der schwedische Reichstag einem Programmpunkt der neuen Regierung Fälldin Gesetzeskraft verliehen. Der Preis für eine Flasche einfachen heimischen Wodka ist von 62 Skr auf 72,25 Skr gestiegen, eine Packung Zigaretten kostet jetzt 9,5 Skr. Durch diese als Maßnahmen gegen den Alkoholismus und Raucherkrebs deklarierten Erhöhungen sollen weitere 1,5 Mrd. Skr jährlich in die Staatskasse fließen. Um den Clou perfekt zu machen, hat die Regierung mit der Bekanntgabe ihrer Beschlußvorlage die Schließung der Läden des staatlichen Sprit-Monopols für eineinhalb Tage verfügt, um „Hamsterkäufe zu verhindern".

Westliche Imperialisten eröffnen Bank in Ungarn

z.krk. Am 9. November wird in Budapest die „Central European International Bank" gegründet, die erste Bank in einem RGW-Land, in der westliche Banken die Mehrheit des Aktienkapitals besitzen. Je 11% halten folgende Banken: Banca Commerciale Italiana, Mailand, Creditanstalt-Bankverein, Wien, Long-Term Credit Bank of Japan, Société Générale de France, Paris, Taio Koba Bank, Japan und die Bayerische Vereinsbank, München. Über weitere Beteiligungen wird noch mit US-Banken und einigen arabischen Ländern verhandelt. Mit 34% des Grundkapitals ist die Ungarische Nationalbank beteiligt. Die Bank hat zwei geschäftsführende Direktoren, einer ist

USA: Entwertete Ersparnisse, wachsende Verschuldungslast auf den höheren Lohneinkommen

z.gek. Das Klassengefüge der USA unterliegt gegenwärtig drastischen Veränderungen. Man hat es ja in der Schule gelernt: Amerika soll das Wunderland des freien Kapitalismus sein, wo sich die Gesellschaft nicht zu den beiden Hauptklassen, dem Proletariat und der Bourgeoisie, hin polarisiert, sondern eine Mittelklasse die Szene beherrschen soll, ,,middle America'', stockkonservativ oder freizügig-liberal bis auf die Knochen, ganz nach Geschmack. Kennzeichen jedenfalls: das eigene Haus mit Gartenfläche drum herum (Rasenmäher!); ein oder zwei Autos; eine Lebensversicherung, auch ein paar Aktien; und unbeschränkter Kredit mittels ,,credit card''.

In Wirklichkeit ist die Gesellschaft keines anderen Landes so scharf polarisiert wie die der USA. Woher also der Anschein einer breiten Mittelklasse, zu der auch die besser verdienenden Arbeiter gehören sollen? – Dieser Anschein lebt erstens gerade von dem grellen Kontrast zu den Lebensbedingungen des ,,unteren Fünftels'' der Gesellschaft, den vielleicht 30 – 40 Millionen Menschen, die unter der offiziellen Armutsgrenze vegetieren müssen, nur eine Mahlzeit am Tag essen und im Winter nicht heizen können. Nimmt man das ,,untere notwendige Familieneinkommen'' der amtlichen Statistik als Maßstab, rund 10000 $ im Jahr 1977, lebten sogar ein volles Drittel aller Familien mit weniger als dem Notwendigsten, in der Masse die Angehörigen der unterdrückten Völker und Nationalitäten. Nimmt man ein ,,mittleres Familienbudget'' (rund 17000 $ für eine vierköpfige Familie 1977), mußten ca. 55% mit weniger auskommen. – Zweitens lebt der Anschein einer ,,breiten Mittelklasse'' in den USA gerade von der Vernichtung der wirklichen Mittelklassen – selbstarbeitende Farmer, Handwerker und Einzelhändler bilden gerade noch 7 – 8% der Beschäftigten –, und von der weitgehenden Degradierung der Gehälter und Arbeitsbedingungen der mittleren Beamten- und Angestelltenschaft. Ein Facharbeiter kann deutlich mehr als ein Lehrer verdienen, weil ein Lehrer, bei extrem unsicherer Beschäftigung, mit weniger als 10000 $ im Jahr anfängt und nach langen Dienstjahren vielleicht auf 16000 $ kommt. – ,,Middle America'' wird also schlicht von den höheren nominellen Familieneinkommen gebildet, großteils auf Grundlage der Löhne von Mann *und* Frau, von ,,Mondscheinjobs'' (nach Feierabend), von Überarbeit – und von Verschuldung.

An diesen höheren Geldeinkommen zerrt als erstes die Steuerprogression. Ein Lohneinkommen von 15000 $ im Jahr wird, bei zwei Kindern, mit 10,3% besteuert, eines von 25000 $ bereits mit 15,9%. Für die staatliche Rentenversicherung zahlt der Arbeiter eine Sozialversicherungssteuer von jetzt 6,13% bis zur Bemessungsgrenze von 22900 $. Im Verhältnis zu westdeutschen Verhältnissen mag das nicht einmal hoch erscheinen. Nur daß von den Renten der staatlichen Sozialversicherung (1978 für ein Rentnerehepaar im Schnitt 433 $ im Monat) unmöglich auszukommen ist; eine betriebliche Zusatzrente, wie sie in einigen Branchen erkämpft worden ist, erhalten nur Arbeiter mit mehr als 10 Jahren Fron für ein und denselben Kapitalisten. – Vollständigen Versicherungsschutz für den Fall von Krankheit kann sich in den USA nur die Bourgeoisie leisten. Die ,,Blue Cross/Blue Shield''-Versicherungen mit 110 Millionen Mitgliedern, oft ganzen Belegschaften, decken nur die Krankenhauskosten, und die nur begrenzt. – Weiter: Ohne Angabe von Gründen kann ein Arbeiter nach dem Gesetz jederzeit vom Kapitalisten fristlos gekündigt werden; er erhält nur noch den ausstehenden Lohn. Dasselbe gilt bei Massenentlassungen. Vom Arbeitslosengeld, im Schnitt ein Drittel des vorherigen Tariflohns, ist wiederum kein Auskommen. Nur einige Gewerkschaften haben die Kapitalisten zur Einrichtung zusätzlicher Kassen für entlassene Arbeiter zwingen können. – Man könnte fortfahren. Klar ist jedenfalls die *absolute* Notwendigkeit für die Lohnabhängigen, sich gegen die Wechselfälle ihrer Existenz mit hohen Ersparnissen zu wappnen: mit Sparguthaben, um Geld flüssig zu haben; mit privaten Zusatzversicherungen der verschiedensten Art; mit einer Lebensversicherung für das Alter. – Hunderte Milliarden solcher Ersparnisse und Versicherungsbeiträge, weit unter der Inflationsrate verzinst, bilden für die Finanzbourgeoisie der USA die am üppigsten sprudelnde Kapitalquelle überhaupt.

Gerade der Zwang zur Bildung hoher Ersparnisse ist paradoxerweise auch der Grund für die hohe Verschuldung der Haushalte der Lohnabhängigen. Seit 1972, als die Reallöhne nach Jahren schwerer Streikkämpfe ihren höchsten Stand erreichten, haben sich die ,,*Konsumentenkredite*'' auf über 300 Mrd. $ insgesamt verdoppelt. Fast 40% dieser Schuldenmasse besteht inzwischen in der reinen ,,Überwälzung'' alter Schulden, die nicht zurückgezahlt werden konnten; diese Wiederverschuldungsrate hat sich seit 1972 mehr als vervierfacht. Zahlt man auf einen üblichen Kredit dieser Art schon 18 – 20% Zins plus diverser Gebühren, so bei Wiederverschuldung weit über 20%. – Nicht weniger einschneidend ist die Verknappung und Verteuerung der *Hypothekenkredite* für den Bau jenes ,,typisch amerikanischen Einfamilienhauses'', das, weitgehend aus Holzteilen gebaut, nach 30 Jahren, wenn der Kredit zurückgezahlt ist, auch hin ist. Anfang der 70er Jahre konnte sich ein Arbeiter immerhin für einen 40.000 $-Kredit noch ein ganz anständiges Haus bauen; bei einem Zinssatz von 6% hatte er 86000 $ über 30 Jahre hinweg zurückzuzahlen. Heute bekommt er für 40000 $ allenfalls eine zugige Hütte, für die er bei 10% Hypothekenzinsen binnen 30 Jahren 126000 $ zurückzahlen muß, d.h. über 4000 $ im Jahr.

Diese komplizierten Kreisläufe beim Umsatz der Lohneinkommen in Reproduktionsmittel gingen solange gut, wie die *Grundnahrungsmittel*, das *Gas* zum Heizen und das *Benzin* für das Auto äußerst billig waren. Das war – trotz der ersten großen Preissteigerungswelle von 1973/74 – noch bis 1976 der Fall. Seitdem hat sich die Lage grundlegend geändert. Rindfleisch ist inzwischen doppelt so teuer wie vor 5 oder 6 Jahren. Erdgas, womit die meisten Wohnungen beheizt sind, kostete 1976 noch um 50 cts. pro m³, inzwischen das drei- bis vierfache. Benzin war 1976 noch für 50 cts. die Gallone (knapp 4 Liter) zu kaufen; jetzt kostet es über 1 $, bei völliger Preisfreigabe in den nächsten Jahren wird sich der Preis nochmals verdoppeln.

Die Lohneinkommen haben das erste Mal 1973/74, dann seit 1977 mit dieser Teuerung nicht mehr Schritt gehalten. Nach Berechnung des Gewerkschaftsdachverbandes AFL/CIO haben die *Reallöhne* 1977 um 2,9%, 1978 um 1,4% abgenommen. 1979 zeichnet sich eine allgemeine Teuerung der Lebenshaltung um 13% ab, gegenüber einer Erhöhung der Bruttolohnsumme um 8,5%, d.h. ein reiner Teuerungsverlust von 5,5%.

Die US-Statistik rechnet die Konsumenten- und Hypothekenkredite zur ,,Haushaltsverschuldung'' zusammen und kommt für alle ,,verfügbaren Einkommen'' zu einer *Verschuldungsrate* von über 20%. Tatsächlich ist aber diese Verschuldung fast ausschließlich eine Sache der mittleren Löhne und Einkommen; wer niedriger liegt, bekommt den Kredit gar nicht; wer deutlich höher liegt, muß sich nicht dermaßen verschulden. 20, 30 oder noch mehr Prozent des monatlichen Einkommens von ,,middle America'' sind somit im vorhinein an die Finanzbourgeoisie verpfändet.

Die am 9. Oktober getroffenen Maßnahmen der US-Zentralbank zur weiteren Verteuerung und Verknappung der Kredite (vgl. KVZ 43/79) müssen die schon völlig untergrabene Reproduktionsbasis nun auch dieser mittleren und höheren Lohn- und Gehaltsklassen brutal erschüttern. Man kann darauf wetten, daß der *Großteil* der auf einen Schlag entwerteten Wertpapiere dieses Tages Ersparnisse der Volksmassen waren, die in dieser Form angelegt worden sind, um dem regulären Bankbeschiß durch niedrige Sparzinsen zu entgehen. Auf der anderen Seite hat die Kreditverteuerung zu einer ruppigen Eintreibkampagne der auf ,,Konsumentenkredite'' spezialisierten Wucherunternehmen geführt, bei dauernder Verschärfung der Konditionen. ,,Früher haben wir einen Kunden bei überfälligen Zahlungen nach 60 Tagen zu uns gebeten, jetzt machen wir es nach 30'', hat der Präsident der Flagship Banks Inc., Florida, der Zeitschrift ,,Business Week'' auf Umfrage mitgeteilt. – Die Finanzbourgeoisie der USA schließt die tiefen Zerklüftungen im Lohnstandard der proletarischen Massen, die eine Zeitlang den Anschein einer ,,breiten Mittelklasse'' genährt haben, auf ihre Art und Weise.

5000 Angestellte der Bundesbehörden in Washington demonstrieren gegen Carters erneutes Lohndiktat von 7% und Angriffe auf die Rentenversicherung

Rückzahlungen in % des Nettolohns

Hypotheken- und Konsumentenkredite

Quellen: Economic Indicators, Apr. 79, und Business Week, 16. Okt. 1978

Vanuaaku/Neue Hebriden bereiten Unabhängigkeit vor

z.mat.Sydney. Die Parlamentswahlen, die Mitte November auf den Neuen Hebriden stattfinden, sind ein entscheidender Schritt zur Unabhängigkeit des Landes im Mai 1980.

Die Neuen Hebriden gerieten Ende des vergangenen Jahrhunderts in die Frontlinie zwischen den französischen und britischen Kolonialisten. Nach einer ersten Landung der Franzosen 1886 gelang es ein Jahr später auch der britischen Marine, sich auf den Inseln festzusetzen. Seitdem werden die Neuen Hebriden von beiden imperialistischen Mächten ,,gemeinsam verwaltet''. Das Ergebnis sind zwei Amtssprachen, zwei Polizeiapparate, drei Verwaltungen, zwei Schulsysteme, drei Währungen und drei Gerichtshöfe.

Da es keiner der beiden Kolonialmächte gelang, die andere aus dem Land zu drängen, trachteten sie beide, soviel Land als möglich in Besitz zu nehmen; 35% des Bodens sind in ausländischem Besitz. Der Abbau von Mangan in geringen Mengen, die Produktion von Kopra, Gefrierfisch, Fleisch, Kakao und Kaffee ist die Grundlage der Wirtschaft. 80% der Bevölkerung der Hauptstadt Vila sind arbeitslos. Die vollständige Unterdrückung jeder wirtschaftlichen Entwicklung stellt für die Unabhängigkeit eine schwere Bürde dar. Die Absicht der Kolonialmächte, ihre eigene Konkurrenz um die Beherrschung des Landes zur Spaltung des Volkes zu nutzen, ging jedoch nicht auf. Aus der 1972 mit britischer Förderung gegründeten Nationalen Partei ging 1976 die Vanuaaku Pati hervor (Vanuaaku ist der ursprüngliche Name der Inseln), die 1977 die Wahlen zu der von den Imperialisten geschaffenen ,,repräsentativen Versammlung'' boykottierte und die sofortige Unabhängigkeit verlangte. Neuwahlen im November 1977 beantwortete sie mit der Gründung einer Provisorischen Volksregierung. Im folgenden Jahr konnte sie die anderen Parteien dafür gewinnen, eine gemeinsame Regierung der Nationalen Einheit zu bilden, die mit den Kolonialmächten in Verhandlungen über die Unabhängigkeit eintrat. Vor einem Monat mußten die Imperialisten dem Entwurf für eine neue Verfassung zustimmen, der das Recht der Regierung vorsieht, alles Land in ausländischem Besitz an die Bewohner des Landes zurückzugeben.

Mi stap sori nomo: Das folgende Gedicht ist aus Bislama übersetzt. Bislama, auch neumelanesisch genannt und von den Imperialisten als Pigin-Englisch bezeichnet, ist vor 100 Jahren als gemeinsame Sprache der ausgebeuteten Völker des westlichen Pazifik entstanden. Es ist heute Amtssprache in Papua-Neuguinea, auf den Salomon-Inseln und ab Mai 1980 in Vanuaaku.

Mi stap sori nomo
Ich bin nicht mehr niedergedrückt

Du denkst dir:
Du – bist der Boss,
ich – bin der Diener.
Wenn ich was falsch mache,
trittst du mir in den Hintern.
Ich sehne mich nach Vater und Mutter,
aber Zuhause ist weit weg.
Ich bin nicht mehr niedergedrückt.

Wem gehört New Hebrides?
Wem gehört Nouvelles Hebrides?
Du: weiß.
Ich: schwarz.
Also?

Du hast Vater und Mutter betrogen;
jetzt willst du mich auch betrügen.
Ich will dir das Handwerk legen,
doch das Glück ist auf deiner Seite.
Warte nur – weißer Mann.

Ich – ich gehöre hierher,
ich liebe die New Hebrides,
Nouvelles Hebrides gehört mir.
Eines Tages ist das Glück auf meiner Seite,
und ich werde dir in den Hintern treten.
Ich bin nicht mehr niedergedrückt.

Statistik als Maßstab, rund 10000 $ im Jahr 1977, lebten sogar ein volles Drittel aller Familien mit weniger als dem Notwendigsten, in der Masse die Angehörigen der unterdrückten Völker und Nationalitäten. Nimmt man ein ,,mittleres Familienbudget'' (rund 17000 $ für eine vierköpfige Familie 1977), mußten ca. 55% mit weniger auskommen. – Zweitens lebt der Anschein einer ,,breiten Mittelklasse'' in den USA gerade von der Vernichtung der wirklichen Mittelklassen – selbstarbeitende Farmer, Handwerker und Einzelhändler bilden gerade noch 7 – 8% der Beschäftigten –, und von der weitgehenden Degradierung der Gehälter und Arbeitsbedingungen der mittleren Beamten- und Angestelltenschaft. Ein Facharbeiter kann deutlich mehr als ein Lehrer verdienen, weil ein Lehrer, bei extrem unsicherer Beschäftigung, mit weniger als 10000 $ im Jahr anfängt und nach langen Dienstjahren

dern, oft ganzen Belegschaften, decken nur die Krankenhauskosten, und die nur begrenzt. – Weiter: Ohne Angabe von Gründen kann ein Arbeiter nach dem Gesetz jederzeit vom Kapitalisten fristlos gekündigt werden; er erhält nur noch den ausstehenden Lohn. Dasselbe gilt bei Massenentlassungen. Vom Arbeitslosengeld, im Schnitt ein Drittel des vorherigen Tariflohns, ist wiederum kein Auskommen. Nur einige Gewerkschaften haben die Kapitalisten zur Einrichtung zusätzlicher Kassen für entlassene Arbeiter zwingen können. – Man könnte fortfahren. Klar ist jedenfalls die *absolute* Notwendigkeit für die Lohnabhängigen, sich gegen die Wechselfälle ihrer Existenz mit hohen Ersparnissen zu wappnen: mit Sparguthaben, um Geld flüssig zu haben; mit privaten Zusatzversicherungen der verschiedensten Art; mit einer Lebensversicherung für das Alter. – Hunderte Milliarden sol-

Zinssatz von 6% hatte er 86000 $ über 30 Jahre hinweg zurückzuzahlen. Heute bekommt er für 40000 $ allenfalls eine zugige Hütte, für die er bei 10% Hypothekenzinsen binnen 30 Jahren 126000 $ zurückzahlen muß, d.h. über 4000 $ im Jahr.

Diese komplizierten Kreisläufe beim Umsatz der Lohneinkommen in Reproduktionsmittel gingen solange gut, wie die *Grundnahrungsmittel*, das *Gas* zum Heizen und das *Benzin* für das Auto äußerst billig waren. Das war – trotz der ersten großen Preissteigerungswelle von 1973/74 – noch bis 1976 der Fall. Seitdem hat sich die Lage grundlegend geändert. Rindfleisch ist inzwischen doppelt so teuer wie vor 5 oder 6 Jahren. Erdgas, womit die meisten Wohnungen beheizt sind, kostete 1976 noch um 50 cts. pro m³, inzwischen das drei- bis vierfache. Benzin war 1976 noch für 50 cts. die Gallo-

Rückzahlungen in % des Nettolohns

Hypotheken- und Konsumentenkredite

Hebriden stattfinden, sind ein entscheidender Schritt zur Unabhängigkeit des Landes im Mai 1980.

Die Neuen Hebriden gerieten Ende des vergangenen Jahrhunderts in die Frontlinie zwischen den französischen und britischen Kolonialisten. Nach einer ersten Landung der Franzosen 1886 gelang es ein Jahr später auch der britischen Marine, sich auf den Inseln festzusetzen. Seitdem werden die Neuen Hebriden von beiden imperialistischen Mächten ,,gemeinsam verwaltet''. Das Ergebnis sind zwei Amtssprachen, zwei Polizeiapparate, drei Verwaltungen, zwei Schulsysteme, drei Währungen und drei Gerichtshöfe.

Da es keiner der beiden Kolonialmächte gelang, die andere aus dem Land zu drängen, trachteten sie beide, soviel Land als möglich in Besitz zu nehmen; 35% des Bodens sind in ausländischem Besitz. Der Abbau von Mangan in geringen Mengen, die Produktion von Kopra, Gefrierfisch, Fleisch, Kakao und Kaffee ist die Grundlage der Wirtschaft. 80% der Bevölkerung der Hauptstadt Vila sind arbeitslos. Die vollständige Unterdrückung jeder wirtschaftlichen Entwicklung stellt für die Unabhängigkeit eine schwere Bürde dar. Die Absicht der Kolonialmächte, ihre eigene Konkurrenz um die Beherrschung des Landes zur Spaltung des Volkes zu nutzen, ging jedoch nicht auf. Aus der 1972

zu bilden, die mit den Kolonialmächten in Verhandlungen über die Unabhängigkeit eintrat. Vor einem Monat mußten die Imperialisten dem Entwurf für eine neue Verfassung zustimmen, der das Recht der Regierung vorsieht, alles Land in ausländischem Besitz an die Bewohner des Landes zurückzugeben.

Mi stap sori nomo: Das folgende Gedicht ist aus Bislama übersetzt. Bislama, auch neumelanesisch genannt und von den Imperialisten als Pigin-Englisch bezeichnet, ist vor 100 Jahren als gemeinsame Sprache der ausgebeuteten Völker des westlichen Pazifik entstanden. Es ist heute Amtssprache in Papua-Neuguinea, auf den Salomon-Inseln und ab Mai 1980 in Vanuaaku.

Mi stap sori nomo
Ich bin nicht mehr niedergedrückt

Du denkst dir:
Du – bist der Boss,
ich – bin der Diener.
Wenn ich was falsch mache,
trittst du mir in den Hintern.
Ich sehne mich nach Vater und Mutter,
aber Zuhause ist weit weg.
Ich bin nicht mehr niedergedrückt.

Wem gehört New Hebrides?
Wem gehört Nouvelles Hebrides?
Du: weiß.
Ich: schwarz.
Also?

Du hast Vater und Mutter betrogen;

der Vizepräsident der Ungarischen Nationalbank, der andere ist von der Kreditanstalt, ein Exil-Ungar mit US-Staatsbürgerschaft. Die Hauptaufgabe der Bank wird sein, Ost-West-Geschäfte zu finanzieren, vor allem von industriellen Großprojekten, Gemeinschaftsunternehmen und gemeinsamen Ost-West-Geschäften mit Drittländern. Der Wirkungskreis der Bank soll der RGW insgesamt sein. Im Oktober hat die Ungarische Nationalbank von einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Genossenschaftsbank einen Eurokredit von 250 Mio. $ aufgenommen, an dem Konsortium sind einige der Budapester Bankgründer beteiligt.

RGW-Kapitalexport nach Vietnam

z.hot. War noch im Kommuniqué der 88. RGW-Exkutivratstagung im Sommer bezüglich Vietnam von Zusammenarbeit beim Wiederaufbau der Wirtschaft und der Schaffung der ,,materiell-technischen Grundlagen beim Aufbau des Sozialismus'' die Rede, so spricht man heute im Kommuniqué der am 18.10. beendeten 92. Tagung dieses Gremiums von ,,der Errichtung einer Reihe ökonomisch wichtiger Produktionsbetriebe in der SR Vietnam auf mehrseitiger Grundlage durch die interessierten Mitgliedsländer des RGW''. Mit dem Beitritt Vietnams zum ''Interkosmos-Programm'' haben sich die Sozialimperialisten den Zugang zur Ausspähung der vietnamesischen Rohstoffe über Satellit verschafft. Die allgemeine Kapitalknappheit im Lande gibt die Grundlage ab für diese ökonomische Infiltration Vietnams durch den RGW unter Führung der Sowjetunion. Die Kapitalknappheit findet ihre Ursache in dem Aggressionskrieg gegen das Demokratische Kampuchea, sowie im Inneren in der Ruinierung der Landwirtschaft. Dazu einige Zahlen aus der vietnamesischen Presse: Die Reis- und Getreideernte bleibt hinter dem Plan zurück und ist weiter rückläufig. Die Getreideproduktion fiel von 13,6 Mio. t 1976 auf 12,8 Mio. t 1977. Dem steht für 1980 ein Planziel von 21 Mio. t gegenüber. Im Transportwesen stehen 30% aller Transportmittel wegen fehlender Ersatzteile still. Der Kohleexport nach Japan mußte um 50% auf 400000 t reduziert werden, weil bis zu 80% der Förderloren wegen Ersatzteilmangels stillstehen. So wurden die Pläne z.B. in der Ha Tu Mine bei Hong Gai in den ersten 6 Monaten dieses Jahres nur zu 36,1% erfüllt.

Detailvorschläge der Briten in Rhodesien-Konferenz

z.hef.London. ,,Der Spielraum (für Verhandlungen) ist sehr begrenzt'', erklärte der britische Außenminister Lord Carrington am Freitag in bezug auf seinen Detailvorschlag zur Übergangsperiode in Zimbabwe. ,,Wir werden am Montag herausfinden, wie begrenzt dieser Spielraum ist, von dem er spricht'', antwortete Genosse Mugabe am Samstag auf einer gemeinsamen Pressekonferenz der Führer der Patriotischen Front, Mugabe und Nkomo. ,,Wenn die Briten zu der Ansicht kommen, daß man nicht mehr verhandeln kann, dann ist das ihre Entscheidung.'' Die britischen Detailvorschläge enthalten kleinere Zugeständnisse: Die Übergangsperiode soll zwei Monate nach Herstellung des Waffenstillstands betragen, nicht mehr wie ursprünglich zwei Monate einschließlich Herstellung des Waffenstillstands (siehe KVZ 44). Die Rolle der Wahlbeobachter aus dem Commonwealth wird gestärkt. Die Kommandanten der Befreiungsstreitkräfte sollen an Gremien zur Überwachung des Waffenstillstands beteiligt werden – aber nicht mehr: Regieren soll, nach Carringtons Plan, der britische Gouverneur mittels des bestehenden Staatsapparats und der Söldnerarmee. Die Patriotische Front fordert die Beteiligung ihrer Truppen und Beaufsichtigung des Waffenstillstands durch UN-Truppen. Sie hat dabei die Unterstützung der Frontstaaten.

Afghanistan: Amin frißt Kreide – die Völker festigen die Kampffront

z.rua. Neuerdings beginnt Radio Kabul sein tägliches Programm mit Lobliedern auf Allah, und die von den Sozialimperialisten ausgetauschte Marionette Amin will sich als zutiefst gläubiger Moslem ins rechte Licht setzen. Wie sein Vorgänger Taraki hat er jetzt den 160000 nach Pakistan geflohenen Afghanen eine Generalamnestie angeboten, wenn sie sich waffenlos stellen. Ihm folgt niemand. Der Marionettenwechsel hat den Sozialimperialisten keine Beruhigung an der Kriegsfront gebracht. Vier der sechs größten Befreiungsbewegungen haben zwecks Sturz des Regimes ihre Kräfte zusammengeschlossen. Die Hazara-Stämme, eine Minderheit mongolischer Nationalität, von den ehemaligen Feudalherren geächtet und vom jetzigen Regime hauptsächlich im staatlichen Unterdrückungsapparat eingesetzt, schließen sich dem bewaffneten Kampf an. Weil es Befreiungskämpfer beherbergt und beköstigt hat, ließ Amin ein ganzes Dorf niedermetzeln. Im Gegenzug nahmen die Hazaras 63 Angehörige der Amin-Sippe gefangen. Die Befreiungsstreitkräfte kontrollieren 75% des Landes. Sie operieren hauptsächlich nachts, tagsüber helfen sie bei der Ernte, um die Ernährung der Volksmassen zu sichern. Mit Unterstützung desertierter Armee-Offiziere wurden zwei Brücken auf der Hauptverbindungsstraße von der Sowjetunion nach Kabul gesprengt. Mehrere sowjetische Flugzeuge und MIGs wurden abgeschossen, der größte Luftstützpunkt Gardez in der Nähe Kabuls wird belagert. Die Regierung und ihre sowjetischen Befehlshaber sitzen in den Städten fest.

Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Leiters der Delegation des Demokratischen Kampuchea, Ieng Sary, bei der 34. Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen, New York, 9. Oktober 1979

Nachdem er die Unterstützung der Völker, die für Frieden, Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen, bekräftigt hatte, insbesondere der Völker von Korea, von Südostasien, der VR China, der arabischen Völker und vor allem des palästinensischen Volkes, der Völker von Namibia, Azania und Zimbabwe, der Völker Lateinamerikas und der Völker in Amerika und Europa, fuhr Ieng Sary fort:

Herr Präsident,

eine unwiderlegbare Tatsache ist der ganzen Welt bekannt: Am 25. Dezember 1978, an Weihnachten, haben die Hanoier Behörden 120000 Soldaten sowie mehrere hundert Panzer, schwere Artillerie und viele Flugzeuge und Kriegsschiffe losgeschickt, um Kampuchea von allen Seiten anzugreifen, es mit Feuer und Schwert zu überziehen und die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität eines souveränen, blockfreien Staates und Mitglieds der Vereinten Nationen mit Füßen zu treten, in offener Verletzung der grundlegenden Prinzipien der Blockfreiheit und der Charta der Vereinten Nationen.

Nach zehn Monaten rasender Zerstörung, Plünderei und Massakern durch die vietnamesischen Aggressoren ist Kampuchea – das alte, ruhmreiche Land von Angkor, mit seinem Reichtum an künstlerischen und kulturellen Schätzen, an natürlichen und landwirtschaftlichen Produkten, das die geschickten Hände unseres Volkes nach dem zerstörerischen fünfjährigen Krieg von 1970 bis 1975 liebevoll in ein Land verwandelt haben, das zu allen Jahreszeiten grünte und blühte, mit Deichen, Wasserreservoirs, Bewässerungskanälen und einer riesigen Fläche von Reisfeldern – heute zu einem Land der Verödung geworden, zu einem trockenen Land, wo nichts wächst, selbst am Höhepunkt der Regenzeit. Ganze Städte, Verwaltungszentren, Tausende von landwirtschaftlichen Genossenschaften, Schulen, Institute für wissenschaftliche und technische Ausbildung, Fabriken und Krankenhäuser, Deiche, Wasserreservoirs, tausende Kilometer Bewässerungskanäle – das Ergebnis von drei Jahren harter Arbeit unseres Volkes – wurden von den vietnamesischen Aggressoren systematisch dem Erdboden gleichgemacht und zerstört. Noch quälender und schwerwiegender ist die Tatsache, daß die vietnamesischen Aggressoren bereits mehr als 500000 unserer Mitbürger massakriert haben – Männer, Frauen, Kinder und alte Leute. Gleichzeitig haben sie entsprechend ihrem verbrecherischen Plan, unser Volk verhungern zu lassen, um seinen Wider-

störung, Plünderei und Massakern durch die vietnamesischen Aggressoren ist Kampuchea – das alte, ruhmreiche Land von Angkor, mit seinem Reichtum an künstlerischen und kulturellen Schätzen, an natürlichen und landwirtschaftlichen Produkten, das die geschickten Hände unseres Volkes nach dem zerstörerischen fünfjährigen Krieg von 1970 bis 1975 liebevoll in ein Land verwandelt haben, das zu allen Jahreszeiten grünte und blühte, mit Deichen, Wasserreservoirs, Bewässerungskanälen und einer riesigen Fläche von Reisfeldern – heute zu einem Land der Verödung geworden, zu einem trockenen Land, wo nichts wächst, selbst am Höhepunkt der Regenzeit. Ganze Städte, Verwaltungszentren, Tausende von landwirtschaftlichen Genossenschaften, Schulen, Institute für wissenschaftliche und technische Ausbildung, Fabriken und Krankenhäuser, Deiche, Wasserreservoirs, tausende Kilometer Bewässerungskanäle – das Ergebnis von drei Jahren harter Arbeit unseres Volkes – wurden von den vietnamesischen Aggressoren systematisch dem Erdboden gleichgemacht und zerstört. Noch quälender und schwerwiegender ist die Tatsache, daß die vietnamesischen Aggressoren bereits mehr als 500000 unserer Mitbürger massakriert haben – Männer, Frauen, Kinder und alte Leute. Gleichzeitig haben sie entsprechend ihrem verbrecherischen Plan, unser Volk verhungern zu lassen, um seinen Wider-

stand zu brechen, es an der Arbeit in der Landwirtschaft gehindert und mehr als eine Million Hektar unserer Reisfelder und unserer Anbauflächen zerstört, ebenso alle unsere landwirtschaftlichen Geräte und mehr als eine Million unserer Zugtiere, Ochsen und Büffel, die ein Teil unseres Viehbestandes sind. Es liegt an dieser verbrecherischen, machiavellistischen Politik der Hanoier Behörden, daß unser Volk heute so schwer Hunger leidet. Bereits jetzt sind mehr als eine halbe Million unserer Mitbürger – insbesondere Frauen, Kinder und alte Menschen – an Hunger gestorben, wodurch die Gesamtzahl der Opfer in den zehn Monaten seit Beginn der vietnamesichen Aggression mehr als eine Million beträgt.

Gleichzeitig mit dieser Politik des Völkermords haben die Hanoier Behörden hunderttausende unserer Mitbürger aus ihren Häusern und von ihrem angestammten Grund und Boden vertrieben und sie zu einem elenden Flüchtlingsdasein in Thailand gezwungen. Indem sie das getan haben, haben die Hanoier Behörden vor der internationalen öffentlichen Meinung ihre wahren Ziele der Annexion und der Expanison in Kampuchea entlarvt, in dessen östlichen Gebieten, in den Meeresprovinzen des Südostens und in dem Gebiet der Großen Seen sie anstelle unserer Landsleute, die massakriert oder verjagt wurden, mehr als 250000 vietnamesiche Siedler direkt aus Nord-Vietnam angesiedelt haben.

Heute ist ganz Kampuchea Schauplatz der Plünderung durch die vietnamesischen Horden, die nach Vietnam alles mitgeschleppt haben, was sie finden konnten: Kunstgegenstände aus Gold oder Silber, wertvolle Steine, seltene Stücke aus unseren Museen, aus der Silberpagode und dem Königlichen Palast, unsere Reisvorräte und Textilien, demontierte Maschinen aus unseren Fabriken, Autos, Lastwagen und so weiter. Und die Skulpturen und Reliefs von Angkor – Meisterwerke und Höhepunkte der Khmer-Zivilisation und kulturelles und künstlerisches Erbe der ganzen Menschheit – haben die Hanoier Aggressoren in Särgen versteckt, um sie nach Vietnam abschleppen zu können.

Dieser Aggressionskrieg hat ungeheure Zerstörung und unermeßliches Leid und Schmerzen in Kampuchea verursacht, in einem Ausmaß, das unser Volk nie zuvor in seiner 2000jährigen Geschichte kennengelernt hat. Er hat alle wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften unseres Volkes zunichte gemacht. Dieser völkermörderische Krieg wird mit der Absicht geführt, die Nation und das Volk von Kampuchea durch Hunger und Massaker auszulöschen und Kampuchea zu einem Bestandteil Vietnams zu machen. Es ist der grausamste und barbarischste Krieg, der in diesem zwanzigsten Jahrhundert, in dem wir leben, je geführt worden ist.

All diese unbestreitbaren Tatsachen beweisen, daß die Worte der Hanoier Behörden, die so fürsorglich schienen, über das Leiden und das Unglück unseres Volkes, letzten Endes nichts anderes als politische Heuchelei und Sprüche im Dienste ihrer verbrecherischen Pläne sind. In ihren vergeblichen Versuchen, ihre Aggression gegen das Demokratische Kampuchea zu rechtfertigen, sind die Hanoier Behörden nicht davor zurückgeschreckt, zu übelsten und unvorstellbaren Lügen, Beschimpfungen und Sophismen ihre Zuflucht zu nehmen. Dennoch waren sie nicht länger in der Lage, ihren Ehrgeiz auf regionale Expansion zu verbergen, über dessen wirklichen Charakter nicht länger diskutiert werden muß. Jeder hat die Gefahr vor Augen, die das für den Frieden und die Sicherheit der Welt bedeutet.

Dieser vietnamesische Expansionismus ist nichts Neues. Bereits im siebzehnten Jahrhundert haben die Vietnamesen von Tonkin, dem heutigen Nord-Vietnam aus, das Islamische Königreich Champa annektiert und vollständig geschluckt. Es ist heute Zentralvietnam, so daß es heute keinen einzigen Cham-Bürger mehr gibt. Nach der Aufsaugung von Champa gingen die vietnamesischen Expansionisten noch weiter südlich und annektierten bis in die jüngste Zeit 65000 km² kampucheanisches Gebiet, nämlich das westliche Gebiet des Donai-Flusses und das Mekong-Delta, die heute Südvietnam bilden.

beweisen, daß die Worte der Hanoier Behörden, die so fürsorglich schienen, über das Leiden und das Unglück unseres Volkes, letzten Endes nichts anderes als politische Heuchelei und Sprüche im Dienste ihrer verbrecherischen Pläne sind. In ihren vergeblichen Versuchen, ihre Aggression gegen das Demokratische Kampuchea zu rechtfertigen, sind die Hanoier Behörden nicht davor zurückgeschreckt, zu übelsten und unvorstellbaren Lügen, Beschimpfungen und Sophismen ihre Zuflucht zu nehmen. Dennoch waren sie nicht länger in der Lage, ihren Ehrgeiz auf regionale Expansion zu verbergen, über dessen wirklichen Charakter nicht länger diskutiert werden muß. Jeder hat die Gefahr vor Augen, die das für den Frieden und die Sicherheit der Welt bedeutet.

Dieser vietnamesische Expansionismus ist nichts Neues. Bereits im siebzehnten Jahrhundert haben die Vietnamesen von Tonkin, dem heutigen Nord-Vietnam aus, das Islamische Königreich Champa annektiert und vollständig geschluckt. Es ist heute Zentralvietnam, so daß es heute keinen einzigen Cham-Bürger mehr gibt. Nach der Aufsaugung von Champa gingen die vietnamesischen Expansionisten noch weiter südlich und annektierten bis in die jüngste Zeit 65000 km² kampucheanisches Gebiet, nämlich das westliche Gebiet des Donai-Flusses und das Mekong-Delta, die heute Südvietnam bilden.

Die Kommunistische Partei Vietnams hat sich seit 1930 – wo sie gegründet wurde (sie hieß damals Kommunistische Partei Indochinas) – die Errichtung einer „indochinesischen Föderation" zum Ziel gesetzt, die aus Vietnam, Laos und Kampuchea bestehen soll – unter der Herrschaft von Vietnam. Diese „Indochinesische Föderation" war nur ein Stadium in der vollständigen Aufsaugung von Kampuchea und Laos durch Vietnam, wie es bereits im Fall des Islamischen Königreichs Champa und dem Volk von Cham geschehen ist. Sie dient auch als Sprungbrett für die Expansion von Vietnam in ganz Südostasien.

Das ist die eigentliche Bedeutung der offiziellen Losung von der „besonderen Solidarität und Freundschaft zwischen Vietnam, Laos und Kampuchea". Diese Losung hat sich für uns in den langen Jahren unseres Kampfes für die nationale Befreiung und bis nach unserer nationalen Befreiung ausgedrückt in einer Politik der Spaltung und der Subversion unserer inneren Angelegenheiten. Die sogenannte besondere Solidarität zwischen Vietnam und Kampuchea ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine lange Serie von Verbrechen und Verrätereien, die die Hanoier Behörden gegen das kampucheanische Volk begangen haben.

Das Ziel der vietnamesischen Expansionisten war, Kampuchea still und heimlich zu schlucken nach derselben Methode wie mit Laos durch den sogenannten Vertrag für Freundschaft und Zusammenarbeit, der am 16. Juli 1977 unterzeichnet wurde. Seit der Zeit unseres ersten nationalen Befreiungskampfes 1947 schickten sie mit dieser Absicht nach und nach zahllose Agenten nach Kampuchea, die dort im Untergrund arbeiten und Sabotage- und Subversionsakte, Putschversuche und Attentate auf kampucheanische Führer unternehmen sollten, die sich als unabhängig von den Vietnamesen erwiesen hatten. Sie stellten ihre hinterhältigen Aktivitäten vor, während und nach unserem fünfjährigen nationalen Befreiungskrieg nicht ein.

Die Stützpunktgebiete und die vielfältigen Formen der Unterstützung, besonders in Form von Nahrungsmitteln, Kommunikationsmitteln und Krankenhäusern, die ihnen von unserem Volk und unserer Regierung gegeben wurden, nutzten die vietnamesischen Expansionisten während der fünf Kriegsjahre, um die Bedingungen für die Übernahme der Staatsmacht unmittelbar nach der Befreiung von Kampuchea zu schaffen. Nach vielen fehlgeschlagenen Versuchen im Mai 1970, ein gemeinsames vietnamesisch-kampucheanisches Oberkommando in der Armee und im Staatsapparat von Kampuchea zu schaffen, gingen sie sogar soweit, daß sie eine Staatsverwaltung und eine Armee parallel zu den kampucheanischen Organen aufbauten. Sie rissen fast die ganze chinesische Militärhilfe, die für uns bestimmt war, an sich, um zu verhindern, daß wir selbst kämpfen.

Im Verlauf der Pariser Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten maßten sich die Hanoier Führer das Recht an, über die Zukunft von Kampuchea zu entscheiden, statt das seiner legalen und legitimen Regierung zu überlassen. Sie offenbarten ihren Verhandlungspartnern ganz offen ihren Wunsch, die Unabhängigkeit und Neutralität von Kampuchea zu annullieren und es zu ihrem Satelliten zu machen. Durch das Pariser Abkommen von 1973 wollten sie das Volk von Kampuchea zwingen, seinen nationalen Befreiungskampf aufzugeben und sein Schicksal in ihre Hände zu legen. Aber unser Volk, erfüllt von glühendem Patriotismus und dem unerschütterlichen Willen, die Unabhängigkeit zu erringen, beschloß, den Kampf allein fortzusetzen, und erklärte sich zu den schwersten Opfern bereit, bis es Kampuchea am 17. April 1975 vollständig befreite. Daß wir Phnom Penh befreiten, bevor Saigon am 30. April 1975 befreit wurde, hinderte die Hanoier Behörden daran, ihre Divisionen zur „Befreiung" unserer Hauptstadt zu schicken, wie sie es nannten, und Kampuchea unter dem Deckmantel der „besonderen Solidarität" und der „besonderen Freundschaft" zu annektieren. Aber unmittelbar nach der Befreiung von Kampuchea verdoppelten und intensivierten die vietnamesischen Expansionisten ihre verbrecherischen Aktivitäten und versuchten, die Regierung des Demokratischen Kampuchea von innen her zu stürzen. Ohne Unterlaß fuhren die Agenten von Vietnams fünfter Kolonne heimlich und systematisch darin fort, den Wiederaufbau und die Landesverteidigung zu sabotieren. Öffentlich gaben sie dann die Verantwortung dafür zahllosen unabhängigkeitsliebenden Patrioten, die sie wütend in der hinterhältigen Absicht unterdrückten, die Regierung des Demokratischen Kampuchea zu diskreditieren und Revolten anzuzetteln. Zur gleichen Zeit unternahmen sie von außen aggressive Angriffe gegen das Demokratische Kampuchea. Im Mai 1975 besetzten sie die Insel Poulo Way. Während sie sich weigerten, ihre Rückzugsgebiete zu räumen, die sie seit 1965 auf kampucheanischem Territorium etabliert hatten, unternahmen sie ständig Angriffe gegen unsere Grenzen.

sche Militärhilfe, die für uns bestimmt war, an sich, um zu verhindern, daß wir selbst kämpfen.

Im Verlauf der Pariser Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten maßten sich die Hanoier Führer das Recht an, über die Zukunft von Kampuchea zu entscheiden, statt das seiner legalen und legitimen Regierung zu überlassen. Sie offenbarten ihren Verhandlungspartnern ganz offen ihren Wunsch, die Unabhängigkeit und Neutralität von Kampuchea zu annullieren und es zu ihrem Satelliten zu machen. Durch das Pariser Abkommen von 1973 wollten sie das Volk von Kampuchea zwingen, seinen nationalen Befreiungskampf aufzugeben und sein Schicksal in ihre Hände zu legen. Aber unser Volk, erfüllt von glühendem Patriotismus und dem unerschütterlichen Willen, die Unabhängigkeit zu erringen, beschloß, den Kampf allein fortzusetzen, und erklärte sich zu den schwersten Opfern bereit, bis es Kampuchea am 17. April 1975 vollständig befreite. Daß wir Phnom Penh befreiten, bevor Saigon am 30. April 1975 befreit wurde, hinderte die Hanoier Behörden daran, ihre Divisionen zur „Befreiung" unserer Hauptstadt zu schicken, wie sie es nannten, und Kampuchea unter dem Deckmantel der „besonderen Solidarität" und der „besonderen Freundschaft" zu annektieren. Aber unmittelbar nach der Befreiung von Kampuchea verdoppelten und intensivierten

Als sie schließlich erkannt hatten, daß sie niemals unbemerkt Kampuchea schlucken könnten, starteten die Hanoier Behörden im Dezember 1977 ihren ersten unerklärten, großangelegten Aggressionskrieg, der am 6. Januar 1978 von unserer Revolutionären Armee mit einem Schlag total zerschlagen wurde.

Im Mai 1978 scheiterte ein weiteres Manöver, Kampuchea durch ihre fünfte Kolonne zu destabilisieren. Nach diesen Fehlschlägen unterzeichneten die Hanoier Behörden am 3. November 1978 den Militärvertrag mit Moskau. Mit riesiger Militärhilfe durch die Sowjetunion begannen sie am 25. Dezember 1978 ihren zweiten Aggressionskrieg gegen das Demokratische Kampuchea, auf einer weit größeren Stufe als der ersten.

Weil sie nicht mehr die Losungen von der „besonderen Solidarität" und der „besonderen Freundschaft" benutzen können, um Kampuchea zu annektieren, setzen die Hanoier Führer heute ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Kampuchea fort, indem sie durch das, was sie „Völlkermord" in Kampuchea nennen, ihre Aggression gegen Kampuchea zu rechtfertigen und fortzusetzen versuchen. Alle Völker der Welt, die Frieden, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit lieben, haben durch ihre einmütige Verurteilung der vietnamesischen Aggression gegen Kampuchea klar gezeigt, daß nach dem internationalen Recht kein Vorwand diese vietnamesische Aggression rechtfertigen kann. Durch die Aggression gegen Kampuchea wollte Vietnam die Regierung des Demokratischen Kampuchea, die aus dem heroischen Kampf des Volkes von Kampuchea hervorgegangen ist, stürzen, eine legale und legitime Regierung, die von der ganzen internationalen Gemeinschaft und von unserer Organisation anerkannt wird. Aber das Hanoier Regime scheute sich nicht, sich der Weltmeinung und den Vereinten Nationen zu widersetzen, um seine Aggression in Kampuchea zu rechtfertigen.

Es ist offensichtlich, daß die Weltöffentlichkeit den Hanoier Behörden nicht, wie sie gehofft hatten, ihre verbrecherische Aggression gegen Kampuchea verziehen hat. Anfangs versuchten die Hanoier Führer, sich dadurch reinzuwaschen, daß sie leugneten, daß sie Truppen auf dem Territorium von Kampuchea haben. Doch als sie dann bei ihrer ungeheuerlichen Aggression mit mehr als 100000 Soldaten in Kampuchea auf frischer Tat ertappt wurden, beriefen sie sich hastig auf den sogenannten Vertrag der Freundschaft und Zusammenarbeit, den sie zwei Monate nach ihrer Aggression mit ihren Marionetten in Phnom Penh unter-



zu widersetzen, um seine Aggression in Kampuchea zu rechtfertigen.

Es ist offensichtlich, daß die Weltöffentlichkeit den Hanoier Behörden nicht, wie sie gehofft hatten, ihre verbrecherische Aggression gegen Kampuchea verziehen hat. Anfangs versuchten die Hanoier Führer, sich dadurch reinzuwaschen, daß sie leugneten, daß sie Truppen auf dem Territorium von Kampuchea haben. Doch als sie dann bei ihrer ungeheuerlichen Aggression mit mehr als 100000 Soldaten in Kampuchea auf frischer Tat ertappt wurden, beriefen sie sich hastig auf den sogenannten Vertrag der Freundschaft und Zusammenarbeit, den sie zwei Monate nach ihrer Aggression mit ihren Marionetten in Phnom Penh unter-



Ieng Sary während einer Inspektionsreise in Kampuchea im Mai

zeichneten. Die Weltöffentlichkeit weiß, daß die Hanoier Behörden vor nichts zurückschrecken, um ihre Invasion und Okkupation von Kampuchea zu rechtfertigen, und daß sie die fundamentalen Prinzipien der UNO-Charta weiter mit Füßen treten werden.

Die Geschichte und viele Ereignisse beweisen, daß der wirkliche Grund der vietnamesischen Aggression gegen Kampuchea die Expansions-, Vorherrschafts- und Blockpolitik der Hanoier Behörden ist. Sie haben sich immer der unerschütterlichen Unabhängigkeits-, Friedens- und Neutralitätspolitik und der Politik der Blockfreiheit des Demokratischen Kampuchea widersetzt. Hinzu kommt, daß ein unabhängiges Kampuchea, das eine Allianz mit dem Block der sogenannten „natürlichen Verbündeten der blockfreien Länder" ablehnt, ein größeres Hindernis für die strategischen Ziele des regionalen Expansionismus der Hanoier Behörden und des Weltexpansionismus ist. Beide wollen die Vorherrschaft in Südostasien und dann die Kontrolle über die strategischen Seewege, besonders die Straße von Malakka, die Asien mit Europa und Afrika verbindet.

Der nationale Widerstandskrieg des kampucheanischen Volkes gegen die vietnamesische Aggression ist ein integraler Bestandteil des Kampfes, in dem das Streben nach Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker und Nationen, die den Frieden und die Gerechtigkeit lieben, der Entschlossenheit der internationalen Expansionisten gegenüberstehen, die Völker und Nationen zu unterwerfen. Er ist ein aktiver Bestandteil des Kampfes, den fundamentalen Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und den Grundsätzen, die die internationalen Beziehungen leiten, Respekt zu verschaffen.

Deswegen zögerten die Hanoier Behörden nicht in ihren ungezügelten Bemühungen, ihre expansionistischen Ambitionen zu verwirklichen, am Volk und an der Nation von Kampuchea Völkermord zu begehen. Sie scheuten sich auch nicht, allen Ländern Südostasiens mit Vergeltungsmaßnahmen zu drohen. Mit unerhörter Arroganz schlugen sie die einmütige Verurteilung durch alle Länder und Völker, die Frieden, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit lieben, in den Wind. Sie hatten keine Skrupel, die gemeinsten Lügen und Verleumdungen und ebenso die Logik von Gangstern zu benutzen, um die internationale Gemeinschaft zur Legalisierung ihrer Aggression gegen Kampuchea und zur Billigung der Verletzung der Prinzipien der UNO-Charta und der Einführung des Gesetzes des Dschungels in den internationalen Beziehungen zu zwingen.

Das Votum der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 21. September war der jüngste Ausdruck der festen und entschiedenen Opposition der internationalen Gemeinschaft gegen die Verletzung der UNO-Charta durch die Hanoier Behörden mit ihren expansionistischen Zielen. Dieser Expansionismus bildet eine große Gefahr, weil er die Unabhängigkeit aller Länder in der Welt bedroht, besonders der kleinen und mittelgroßen Länder. Dieses Votum hat auch schlagend den sogenannten Konsens entkräftet, durch den die einseitige und willkürliche Entscheidung des Gastgeberlandes auf der Konferenz in Havanna vor zwei Wochen angenommen wurde.

ziehungen zu zwingen.

Das Votum der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 21. September war der jüngste Ausdruck der festen und entschiedenen Opposition der internationalen Gemeinschaft gegen die Verletzung der UNO-Charta durch die Hanoier Behörden mit ihren expansionistischen Zielen. Dieser Expansionismus bildet eine große Gefahr, weil er die Unabhängigkeit aller Länder in der Welt bedroht, besonders der kleinen und mittelgroßen Länder. Dieses Votum hat auch schlagend den sogenannten Konsens entkräftet, durch den die einseitige und willkürliche Entscheidung des Gastgeberlandes auf der Konferenz in Havanna vor zwei Wochen angenommen wurde.

Herr Präsident,

Zehn Monate sind schon verstrichen seit der vietnamesischen Aggression, aber der Volkskrieg des nationalen Widerstands ist weit davon entfernt, ausgelöscht zu sein, sondern verstärkt sich täglich. Die revolutionäre kampucheanische Armee ist in eine große Zahl von Guerillaeinheiten reorganisiert und greift die vietnamesischen Besatzer im ganzen Land an. Jeden Tag fügt sie den Invasoren schwere Verluste an Menschen und Material zu. Die Armee organisiert und spornt den Kampf der Bevölkerung gegen den vietnamesichen Feind an. Sie befreit neue Dörfer und vergrößert die befreiten Gebiete. Die vietnamesischen Aggressoren, die sich hinter den von ihnen selbst eingesetzten Marionetten in Phnom Penh verstecken, kontrollieren heute kaum ein Viertel unseres nationalen Territoriums, nämlich die Städte und bestimmte Abschnitte der Hauptstraßen mit zwei bis drei Kilometern Territorium auf jeder Seite der Straßen. Der Rest des Landes besteht aus Zonen, die von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrolliert werden, und aus Zonen und Basen unserer Guerillaarmee. Der Feind kann sich nicht leicht in diesem Gebiet bewegen.

Es ist für jedermann offensichtlich geworden, daß die vietnamesischen Aggressoren zunehmend in dem Krieg des nationalen Widerstands ertränkt werden, den die Armee und das Volk



Grußadresse des Frankfurter Kongresses zur Unterstützung des Widerstandskrieges des kampucheanischen Volkes an die Regierung des Demokratischen Kampuchea

Die Teilnehmer des Kongresses zur Unterstützung des Widerstandskrieges des Demokratischen Kampuchea übermitteln der Regierung des Demokratischen Kampuchea und dem kampucheanischen Volk ihre solidarischen Grüße. Wir sprechen auch im Namen der über 23000 Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin durch ihre Unterschrift den Aufruf zu der internationalen Solidaritätskonferenz mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes für nationale Unabhängigkeit gegen die vietnamesische Aggression unterstützt haben, wenn wir fordern:
Sofortiger und bedingungsloser Abzug aller vietnamesischen Truppen aus Kampuchea!
Respektierung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität Kampucheas!
Wiederherstellung des Rechts des kampucheanischen Volkes, seine Angelegenheiten selbst zu regeln!
Unterstützung des kämpfenden kampucheanischen Volkes und seiner legitimen Regierung!
Wir sind uns dessen bewußt, daß das kampucheanische Volk, indem es durch seinen Widerstandskrieg seine Existenz als Nation, seine nationale Würde und Unabhängigkeit verteidigt, damit zugleich einen bedeutenden Beitrag zum Kampf der Völker gegen die Kräfte des Vorherrschaftsstrebens, der Aggression und Expansion und zur Sicherung des Weltfriedens leistet.
Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, das kampucheanische Volk und die Regierung des Demokratischen Kampuchea weiterhin in ihrem gerechten Kampf zu unterstützen.

Grußadresse des Frankfurter Kongresses zur Unterstützung des Widerstandskrieges des kampucheanischen Volkes an die Internationale Solidaritätskonferenz in Stockholm

Die Teilnehmer des Kongresses zur Unterstützung des Widerstandskrieges des kampucheanischen Volkes grüßen – auch im Namen der über 23000 Menschen aus der BRD und Westberlin, die den Aufruf zu der Stockholmer Solidaritätskonferenz durch ihre Unterschrift unterstützt haben – die internationale Solidaritätskonferenz in Stockholm.

Unsere vorbehaltlose Unterstützung gilt dem Widerstandskrieg, den das kampucheanische Volk unter Führung seiner legitimen Regierung gegen die vietnamesischen Aggressoren führt, um die Existenz seiner Nation zu sichern, seine nationale Unabhängigkeit und Souveränität wiederherzustellen und um sein eigenes Geschick selbst bestimmen zu können.

Gegenwärtig herrscht in Kampuchea eine Hungersnot ungeheuren Ausmaßes. Es ist eine Tatsache, daß das kampucheanische Volk zum Zeitpunkt der Aggression die Ernährungsfrage gelöst hatte. Die gegenwärtige Hungersnot ist ausschließliches Ergebnis der vietnamesischen Aggression. Die Aggressoren stehlen dem kampucheanischen Volk seinen Reis, vernichten seine Felder, rauben sein Vieh und alle Arbeitsmittel und zerstören systematisch, selbst unter Einsatz von Giftgas, seine Lebensgrundlagen. Dies entspricht dem Zweck der vietnamesischen

Unterstützung des kämpfenden kampucheanischen Volkes und seiner legitimen Regierung!
Wir sind uns dessen bewußt, daß das kampucheanische Volk, indem es durch seinen Widerstandskrieg seine Existenz als Nation, seine nationale Würde und Unabhängigkeit verteidigt, damit zugleich einen bedeutenden Beitrag zum Kampf der Völker gegen die Kräfte des Vorherrschaftsstrebens, der Aggression und Expansion und zur Sicherung des Weltfriedens leistet.
Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, das kampucheanische Volk und die Regierung des Demokratischen Kampuchea weiterhin in ihrem gerechten Kampf zu unterstützen.

Grußadresse des Frankfurter Kongresses zur Unterstützung des Widerstandskrieges des kampucheanischen Volkes an die Internationale Solidaritätskonferenz in Stockholm

Die Teilnehmer des Kongresses zur Unterstützung des Widerstandskrieges des kampucheanischen Volkes grüßen – auch im Namen der über 23000 Menschen aus der BRD und Westberlin, die den Aufruf zu der Stockholmer Solidaritätskonferenz durch ihre Unterschrift unterstützt haben – die internationale Solidaritätskonferenz in Stockholm.

Unsere vorbehaltlose Unterstützung gilt dem Widerstandskrieg, den das kampucheanische Volk unter Führung seiner legitimen Regierung gegen die vietnamesischen Aggressoren führt, um die Existenz seiner Nation zu sichern, seine nationale Unabhängigkeit und Souveränität wiederherzustellen und um sein eigenes Geschick selbst bestimmen zu können.

Gegenwärtig herrscht in Kampuchea eine Hungersnot ungeheuren Ausmaßes. Es ist eine Tatsache, daß das kampucheanische Volk zum Zeitpunkt der Aggression die Ernährungsfrage gelöst hatte. Die gegenwärtige Hungersnot ist ausschließliches Ergebnis der vietnamesischen Aggression. Die Aggressoren stehlen dem kampucheanischen Volk seinen Reis, vernichten seine Felder, rauben sein Vieh und alle Arbeitsmittel und zerstören systematisch, selbst unter Einsatz von Giftgas, seine Lebensgrundlagen. Dies entspricht dem Zweck der vietnamesischen
Aggression, Kampuchea zu annektieren, in eine Kolonie Vietnams zu verwandeln, durch Vietnamesen zu besiedeln und zum Ausgangspunkt für weitere Expansion in Südostasien zu machen.

Um die Not und das Elend, die das kampucheanische Volk gegenwärtig erleidet, zu beenden, ist die sofortige Beendigung der Aggression durch Vietnam und der sofortige und bedingungslose Rückzug aller Aggressionstruppen aus Kampuchea entscheidend.

Unter keinerlei Vorwänden darf Hilfe an die vietnamesischen Aggressoren und das von ihnen eingesetzte Marionettenregime gegeben werden. Jede Hilfe an das kampucheanische Volk in den von den vietnamesischen Aggressoren vorübergehend besetzten Gebieten muß direkt an die kampucheanische Bevölkerung gehen.

Wir bekräftigen erneut die Forderungen, die der Aufruf zu der Stockholmer Solidaritätskonferenz aufgestellt hat:
Sofortiger und bedingungsloser Abzug aller vietnamesischen Truppen aus Kampuchea!
Respektierung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität Kampucheas!
Wiederherstellung des Rechts des kampucheanischen Volkes, seine Angelegenheiten selbst zu regeln!

Wir begrüßen den Beschluß der UNO, mit dem die Mehrheit der Mitglieder der UNO auf Initiative der ASEAN-Staaten die Legitimität der Regierung des Demokratischen Kampuchea verteidigt hat.

Wir verurteilen die Beteiligung der Sowjetunion an der vietnamesischen Aggression gegen das Demokratische Kampuchea und fordern die sofortige Einstellung jeglicher Unterstützung für die vietnamesischen Aggressoren.

Wir fordern alle Regierungen dazu auf, das Demokratische Kampuchea diplomatisch anzuerkennen und die genannten Forderungen zu unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, daß die Bundesrepublik Deutschland das Demokratische Kampuchea anerkennt und die genannten Forderungen unterstützt.

Wir bekräftigen unsere Zuversicht, daß das Demokratische Kampuchea in der Bewegung der Blockfreien den ihm zustehenden Platz alsbald wieder einnehmen kann.

Wir erneuern mit Nachdruck den Appell des Aufrufs zu der internationalen Solidaritätskonferenz in Stockholm, das kämpfende kampucheanische Volk und seine legitime Regierung materiell zu unterstützten.

Den Teilnehmern der Stockholmer Solidaritätskonferenz wünschen wir allen Erfolg in ihrer Arbeit. Wir sind zuversichtlich, daß diese Konferenz einen wichtigen Beitrag dazu leisten wird, die internationale Solidarität mit dem Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea weiter zu entwickeln. Wir unsererseits bekräftigen unsere Entschlossenheit, die Unterstützung des kampucheanischen Volkes und seiner legitimen Regierung fortzusetzen und zu verstärken.

von Kampuchea unter der Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea führen. Es ist für die öffentliche Meinung der Welt auch offensichtlich geworden, daß die Regierung des Demokratischen Kampuchea, wenn sie wirklich ihr Volk so mißhandelt hätte, wie die vietnamesischen Expansionisten behaupten, sich keiner so starken Unterstützung durch das Volk erfreut hätte. Noch hätte das Volk weiteren Opfern in dem schwierigen nationalen Verteidigungskrieg gegen die vietnamesische Invasion bis zu dem Punkt zugestimmt, wo es 200000 nordvietnamesische Soldaten besiegt. Nur eine Regierung, die die wahren Bestrebungen ihres Volkes vertritt, kann sich solcher Unterstützung erfreuen.

Das Marionettenregime in Phnom Penh, das mit Sack und Pack aus Vietnam importiert wurde, hat keine Wurzeln in unserer Gesellschaft und ist nur ein schwacher Widerschein der 200000 Besatzungssoldaten. Alle Entscheidungen werden in Saigon gefällt, und alle Verwaltungsangelegenheiten werden dort unter der persönlichen Leitung zweier Mitglieder des Politbüros der Kommunistischen Partei Vietnams geregelt, Le Duc Tho und Pham Hung. In Phnom Penh selbst wurde die Marionettenregierung unter die direkte Kontrolle eines vietnamesischen Triumvirats gestellt. Die Marionetten Phnom Penhs haben keine bewaffneten Streitkräfte bis auf ein paar hundert Soldaten, die gewaltsam in die vietnamesische Armee gepreßt wurden und unter der strengen Aufsicht vietnamesischer Offiziere stehen. Und diese Soldaten, ebenso wie die Leibwächter, die „Selbstverteidigungsgruppen" und die Mitglieder der Dorfkomitees, die von den vietnamesichen Besatzern gegründet und bewaffnet wurden, erheben sich in zunehmender Zahl gegen die Besatzer. Sie kehren ihre Waffen gegen sie und kommen in die Gebiete zurück, die unter der Herrschaft unserer Regierung stehen. Darüberhinaus verschlechtert sich die Moral der 200000 vietnamesischen Soldaten von Tag zu Tag, da sie von Kampucheanern geschlagen werden.

Das politische Programm der Front der Großen Nationalen Patriotischen und Demokratischen Einheit Kampucheas hat in jeder Schicht der Gesellschaft ein deutliches Echo gefunden, innerhalb wie außerhalb des Landes, und das hat den bereits mächtigen Krieg unseres Volkes gegen die Aggressoren erheblich beflügelt. Tatsächlich hat diese Einheitsfront alle nationalen Kräfte ohne Ansehung ihrer Vergangenheit oder ihrer politischen Tendenzen oder Anschauungen mobilisiert, weil sie das gemeinsame Ziel haben, gegen den völkermordenden Krieg der Hanoier Behörden zu kämpfen. Das ist keine ideologische Schlacht, sondern eine Schlacht um das nackte Überleben der Nation, des Volkes und der Zivilisation von Kampuchea.

Die durch die vietnamesische Aggression in Kampuchea geschaffene Si-

ter, die „Selbstverteidigungsgruppen" und die Mitglieder der Dorfkomitees, die von den vietnamesichen Besatzern gegründet und bewaffnet wurden, erheben sich in zunehmender Zahl gegen die Besatzer. Sie kehren ihre Waffen gegen sie und kommen in die Gebiete zurück, die unter der Herrschaft unserer Regierung stehen. Darüberhinaus verschlechtert sich die Moral der 200000 vietnamesischen Soldaten von Tag zu Tag, da sie von Kampucheanern geschlagen werden.

Das politische Programm der Front der Großen Nationalen Patriotischen und Demokratischen Einheit Kampucheas hat in jeder Schicht der Gesellschaft ein deutliches Echo gefunden, innerhalb wie außerhalb des Landes, und das hat den bereits mächtigen Krieg unseres Volkes gegen die Aggressoren erheblich beflügelt. Tatsächlich hat diese Einheitsfront alle nationalen Kräfte ohne Ansehung ihrer Vergangenheit oder ihrer politischen Tendenzen oder Anschauungen mobilisiert, weil sie das gemeinsame Ziel haben, gegen den völkermordenden Krieg der Hanoier Behörden zu kämpfen. Das ist keine ideologische Schlacht, sondern eine Schlacht um das nackte Überleben der Nation, des Volkes und der Zivilisation von Kampuchea.

Die durch die vietnamesische Aggression in Kampuchea geschaffene Si-
tuation ist keineswegs unumkehrbar, wie Hanoi behauptet. Die Geschichte hat bewiesen, daß eine fremde Aggression niemals eine vollendete Tatsache sein kann. Aber dennoch, trotz seiner Niederlagen in Kampuchea, trotz seiner immensen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten in Vietnam und trotz der weltweiten Verurteilung seiner Politik der Aggression und Expansion, verfolgt das Hanoier Regime eigensinnig seine Politik der Aggression und intensiviert noch seine Verbrechen gegen Kampuchea und sein Volk.

Im Verlauf der letzten Monate haben die Hanoier Behörden mehrere weitere Divisionen nach Kampuchea geschickt, ferner große Mengen moderner militärischer Ausrüstung, als Bestandteil ihrer Vorbereitungen für neue Offensiven während der Trockenzeit, die jetzt beginnt. Etwa ein Dutzend vietnamesischer Divisionen wurden entlang der Grenze zu Thailand aufgestellt. Weit davon entfernt, die Lage in Südostasien zu verbessern, macht eine solche Maßnahme sie noch schlimmer. Frieden, Sicherheit und die Stabilität der Region sind durch die anhaltende und verschärfte vietnamesische Aggression im Demokratischen Kampuchea ernsthaft bedroht. Mit der laufenden Verstärkung der vietnamesischen Truppen und der Errichtung neuer Kolonien vietnamesischer Staatsangehöriger in Kampuchea nimmt der vietnamesische Aggressionskrieg neue Dimensionen an. Jederzeit läuft das gesamte Gebiet Südostasiens Gefahr, von den Flammen dieses Krieges verschlungen zu werden. Die Unabhängigkeit und territoriale Integrität aller Länder in dieser Region sind direkt bedroht.

Um den hartnäckigen Widerstand des Volkes und der Armee von Kampuchea zu brechen, werfen die Hanoier Behörden von Flugzeugen aus giftige Chemikalien ab, die bei Berührung mit der Haut innerhalb von 24 Stunden den Tod herbeiführen. Die vietnamesischen Horden führen seit drei Wochen militärische Operationen durch, um alle Reis-, Mais-, Kartoffel- und andere Anbauflächen zu zerstören, die während der Regenzeit unter der Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea gepflanzt wurden. In den Gebieten, die sie vorläufig unter Kontrolle haben, beschlagnahmen sie die gesamte Ernte und verbieten der Bevölkerung, auf den Reis- und anderen Feldern zu arbeiten. Diese militärischen Operationen und verbrecherischen Handlungen zielen darauf ab, das Volk von Kampuchea von Nahrungsmitteln abzuschneiden. Die Hungersnot, die die vietnamesischen Aggressoren in Kampuchea bewußt schaffen, bezweckt zum einen die Brechung des Widerstands des kampucheanischen Volkes und zum anderen die Anerkennung der Marionettenregierung in Phnom Penh durch internationale Organisationen durch ihre Lieferungen von humanitärer Hilfe.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea lenkt die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die monströsen Verbrechen der vietnamesischen Expansionisten und fordert alle internationalen Organisationen und alle befreundeten Länder auf, die dem Volk von Kampuchea die dringende humanitäre Hilfe in Form von Nahrungsmitteln, Medizin, Kleidung usw. leisten wollen, dies auf eine Weise zu tun, daß ihre Hilfe direkt unser Volk erreicht und nicht von den vietnamesischen Eindringlingen und ihren Marionetten dazu verkehrt werden kann, ihrem Aggressionskrieg zu dienen. Es ist heute allgemein bekannt, daß die vietnamesischen Eindringlinge diese Hilfe, wenn sie sie erhalten haben, gegen Zahlung in Gold an die vietnamesische Bevölkerung verkauft haben, genauso wie sie es im Fall der Vietnamflüchtlinge tun, der „Bootsmenschen". Die Hilfe ist auch an einige ihrer Soldaten verteilt worden, so daß bestimmte Teile der humanitären Hilfe ungewollt dazu gedient haben, die Aggressionstruppen für die Massaker an der Bevölkerung Kampucheas zu stärken.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea, die einzige legale und legitime Vertretung des Volkes von Kampuchea, ruft in dem Bestreben, das Überleben der Nation und des Volkes von Kampuchea zu sichern, alle internationalen Organisationen und alle Länder, die Frieden, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit lieben, auf, ihre humanitäre Hilfe an das kampucheanische Volk zu leisten. Eine solche Hilfe wird eine wirksame Waffe gegen die Versuche der vietnamesischen Aggressoren darstellen, das Volk und die Nation von Kampuchea auszulöschen. Die Regierung des Demokratischen

leisten wollen, dies auf eine Weise zu tun, daß ihre Hilfe direkt unser Volk erreicht und nicht von den vietnamesischen Eindringlingen und ihren Marionetten dazu verkehrt werden kann, ihrem Aggressionskrieg zu dienen. Es ist heute allgemein bekannt, daß die vietnamesischen Eindringlinge diese Hilfe, wenn sie sie erhalten haben, gegen Zahlung in Gold an die vietnamesische Bevölkerung verkauft haben, genauso wie sie es im Fall der Vietnamflüchtlinge tun, der „Bootsmenschen". Die Hilfe ist auch an einige ihrer Soldaten verteilt worden, so daß bestimmte Teile der humanitären Hilfe ungewollt dazu gedient haben, die Aggressionstruppen für die Massaker an der Bevölkerung Kampucheas zu stärken.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea, die einzige legale und legitime Vertretung des Volkes von Kampuchea, ruft in dem Bestreben, das Überleben der Nation und des Volkes von Kampuchea zu sichern, alle internationalen Organisationen und alle Länder, die Frieden, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit lieben, auf, ihre humanitäre Hilfe an das kampucheanische Volk zu leisten. Eine solche Hilfe wird eine wirksame Waffe gegen die Versuche der vietnamesischen Aggressoren darstellen, das Volk und die Nation von Kampuchea auszulöschen. Die Regierung des Demokratischen
Kampuchea und das Rote Kreuz des Demokratischen Kampuchea sind dankbar für jede solche humanitäre Hilfe und werden alle Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, daß alle diese Hilfe direkt dem Volk von Kampuchea zugute kommt.

Herr Präsident,

diese humanitäre Hilfe und Unterstützung werden gewiß die unermeßlichen Leiden und Entbehrungen unseres Volkes lindern, das von den Hanoier Behörden mit der Vernichtung bedroht wird. Aber sie können ihnen kein Ende bereiten. Die Gefahr der Ausweitung des vietnamesischen Aggressionskrieges auf ganz Südostasien wird weiterbestehen, bis eine endgültige Lösung für dieses Problem geschaffen ist.

Jederzeit hat das Demokratische Kampuchea in Übereinstimmung mit seinem Wunsch, enge freundschaftliche Beziehungen mit allen Ländern auf der Grundlage der Gleichheit und strikten gegenseitigen Achtung von Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität zu unterhalten, insbesondere mit denen, die mit uns eine gemeinsame Grenze haben, danach gestrebt, sein Problem mit Vietnam friedlich zu lösen. Von 1970 bis 1976 haben wir etwa 100 Verhandlungen mit Vietnam auf höchster Ebene und unzählige andere Verhandlungen auf anderen Ebenen geführt.

Im Juni 1975 hat das Demokratische Kampuchea trotz der zahlreichen dringenden und wichtigen Nachkriegsprobleme, die ohne Aufschub gelöst werden mußten, eine Verhandlungsdelegation auf höchster Ebene nach Hanoi entsandt, und es schlug Vietnam die Unterzeichnung eines Vertrages der Freundschaft und des gegenseitigen Nichtangriffs auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts für Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer zusammen mit gegenseitigen Vorteilen vor. Ein solcher Vertrag hätte es möglich gemacht, eine grundlegende Lösung für das Problem freundschaftlicher Beziehungen zwischen Kampuchea und Vietnam zu erreichen. Aber die vietnamesische Seite nahm keine Notiz von dem Vorschlag Kampucheas. Dennoch hat die Regierung des Demokratischen Kampuchea diesen Vorschlag mehrere Male wiederholt, unter anderem am 29. September 1978, drei Monate vor der vietnamesischen Aggression am 25. Dezember 1978.

Heute ist es angesichts der Eskalation des vietnamesischen Aggressionskrieges in Kampuchea die Aufgabe der Vereinten Nationen und aller Länder, die Frieden, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit lieben und den geheiligten Prinzipien der Charta ergeben sind, den notwendigen wirtschaftlichen und diplomatischen Druck auszuüben, um die vietnamesischen Expansionisten daran zu hindern, ihren Aggressionskrieg in Kampuchea während der jetzigen Trockenzeit zu verschärfen.

Man sollte sich dabei daran erinnern, daß es am 15. Januar und am 16. März im Sicherheitsrat 13 Stimmen für und 2 Stimmen gegen zwei Resolutionsentwürfe gab, von denen einer von den blockfreien Mitgliedern und der andere von den fünf ASEAN-Ländern eingebracht wurde, in denen Vietnam aufgefordert wurde, seine Aggression gegen Kampuchea zu beenden und alle seine Truppen aus Kampuchea abzuziehen. Nur das Veto einer Großmacht, eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrats, verhinderte die Annahme dieser Resolutionen. Heute ist es mehr denn je die Aufgabe der Vereinten Nationen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit das Volk von Kampuchea in Frieden und Sicherheit innerhalb seiner Grenzen leben kann, ehrenhaft und mit nationaler Würde, in einem unabhängigen, vereinten, friedlichen, neutralen und blockfreien Kampuchea, und so Frieden, Sicherheit und Stabilität in Südostasien wiederhergestellt werden können. Um dies zu erreichen, ist es wesentlich und dringend, daß die Sozialistische Republik Vietnam ihre Aggression gegen Kampuchea beendet und sofort und bedingungslos alle ihre bewaffneten Besatzungstruppen aus Kampuchea abzieht, ebenso wie alle ihre Siedlungen auflöst, in strikter Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen. Mit einem Wort, es ist wesentlich und dringend, daß die Sozialistische Republik Vietnam die Unabhängigkeit und Souveränität und territoriale Integrität des Demokratischen Kampuchea sowie das Recht des Volkes von Kampuchea auf Selbstbestimmung und Freiheit von fremder Einmischung achtet. Das innere Pro-

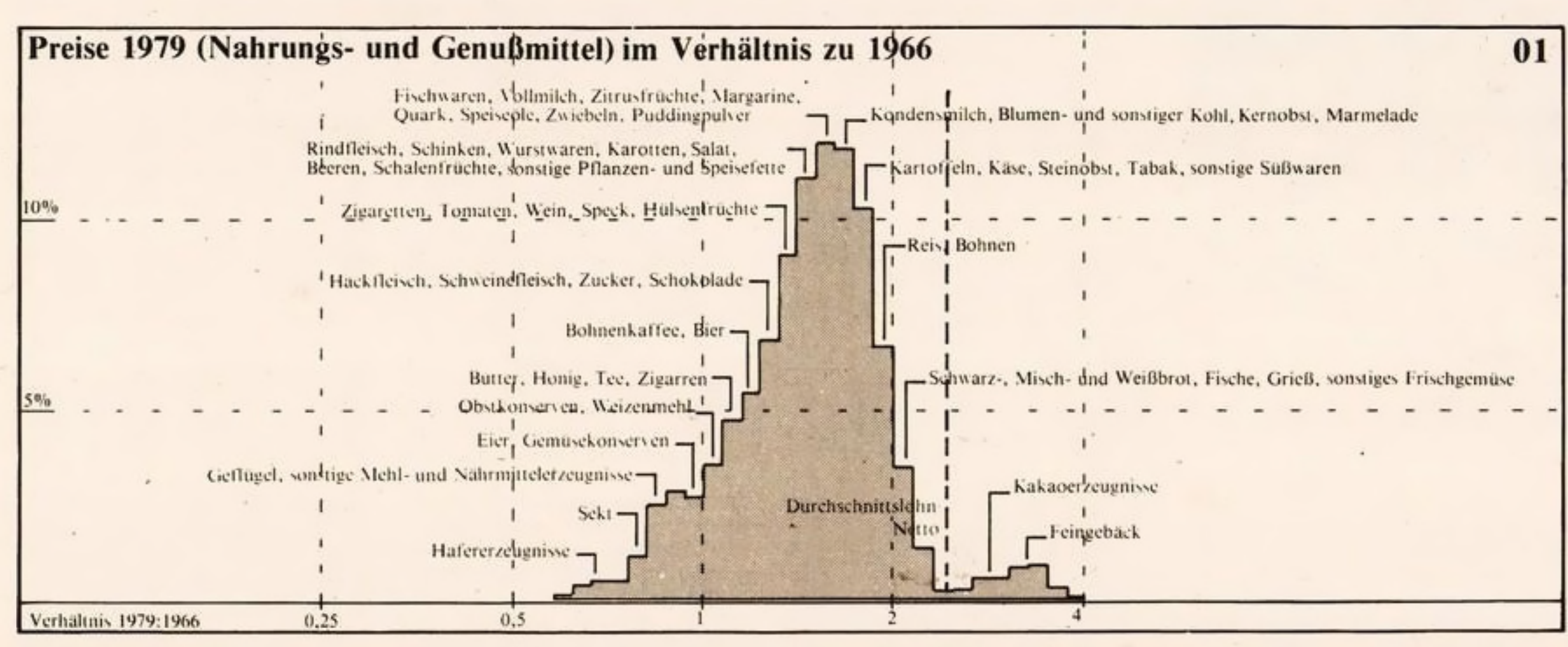
sion gegen Kampuchea zu beenden und alle seine Truppen aus Kampuchea abzuziehen. Nur das Veto einer Großmacht, eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrats, verhinderte die Annahme dieser Resolutionen. Heute ist es mehr denn je die Aufgabe der Vereinten Nationen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit das Volk von Kampuchea in Frieden und Sicherheit innerhalb seiner Grenzen leben kann, ehrenhaft und mit nationaler Würde, in einem unabhängigen, vereinten, friedlichen, neutralen und blockfreien Kampuchea, und so Frieden, Sicherheit und Stabilität in Südostasien wiederhergestellt werden können. Um dies zu erreichen, ist es wesentlich und dringend, daß die Sozialistische Republik Vietnam ihre Aggression gegen Kampuchea beendet und sofort und bedingungslos alle ihre bewaffneten Besatzungstruppen aus Kampuchea abzieht, ebenso wie alle ihre Siedlungen auflöst, in strikter Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen. Mit einem Wort, es ist wesentlich und dringend, daß die Sozialistische Republik Vietnam die Unabhängigkeit und Souveränität und territoriale Integrität des Demokratischen Kampuchea sowie das Recht des Volkes von Kampuchea auf Selbstbestimmung und Freiheit von fremder Einmischung achtet. Das innere Pro-
blem Kampucheas wird in Übereinstimmung mit dem politischen Programm der Front der Großen Nationalen Patriotischen und Demokratischen Einheit Kampucheas gelöst werden, was bedeutet, daß über die soziale und politische Herrschaft in Kampuchea durch das Volk von Kampuchea selbst in allgemeinen und freien Wahlen in direkter geheimer Wahl entschieden wird, und daß diese Wahlen vom Generalsekretär der Vereinten Nationen überwacht werden.

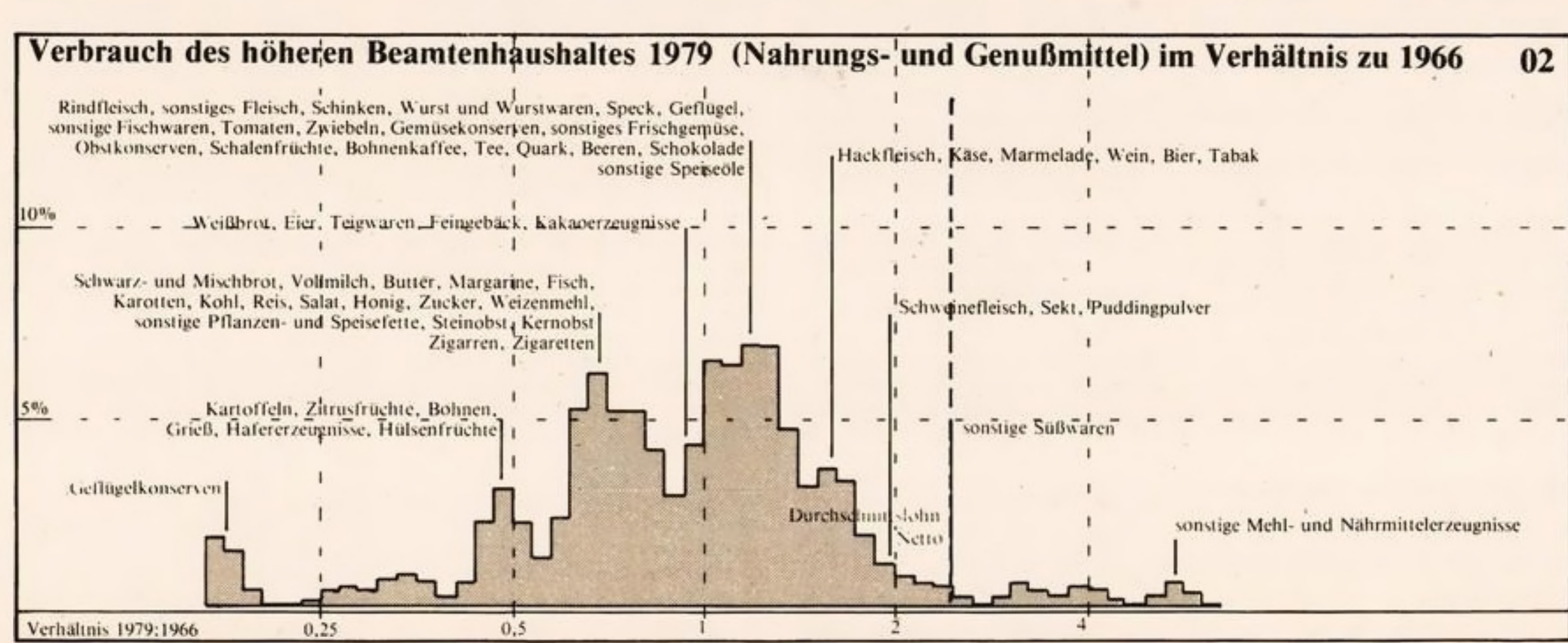
(Es folgt ein Hinweis auf den Jahresbericht des Generalsekretärs Waldheim sowie auf den von den ASEAN-Ländern durchgesetzten Tagesordnungspunkt 123 der Vollversammlung, „Die Lage in Kampuchea".)

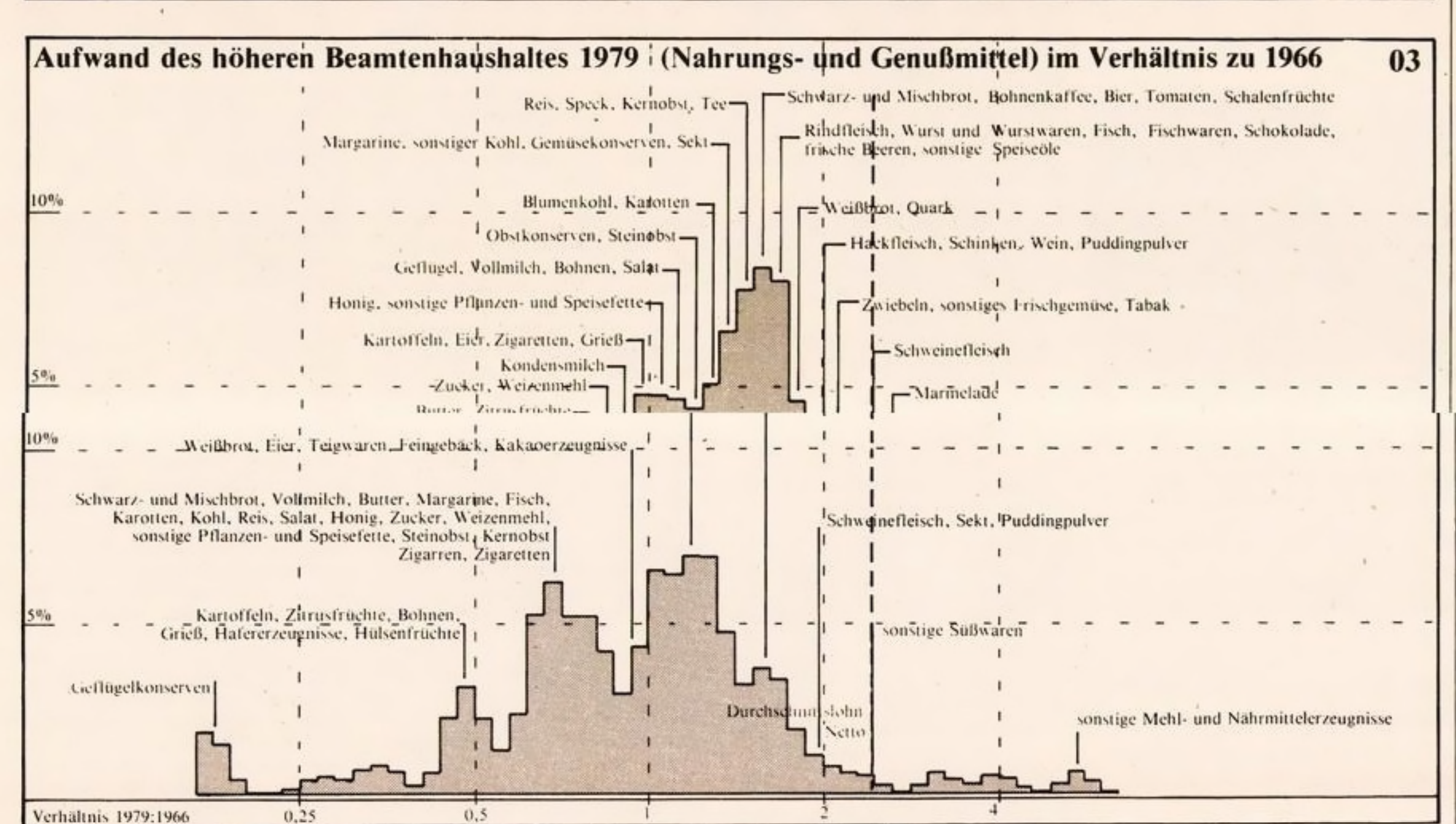
Im Namen unseres Volkes und unserer Regierung möchten wir hier feierlich unsere unerschütterliche Ergebenheit für die Sache des Friedens, der Unabhängigkeit und der Freiheit aller Völker und aller Länder der Welt bekräftigen. Wir möchten insbesondere unsere Verbundenheit mit der traditionellen Freundschaft zu unseren Nachbarvölkern und Ländern hervorheben. Gegenüber allen von ihnen einschließlich Vietnam – sobald die Hanoier Behörden ihre Aggression beendet haben und alle ihre Truppen aus Kampuchea abgezogen haben – werden wir ohne Verzögerung unsere Politik auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz verfolgen. Als Gründungsmitglied der Blockfreienbewegung und als Mitglied der Vereinten Nationen bleibt das Demokratische Kampuchea den Idealen und Prinzipien der Blockfreiheit und der Charta der Vereinten Nationen stets treu.

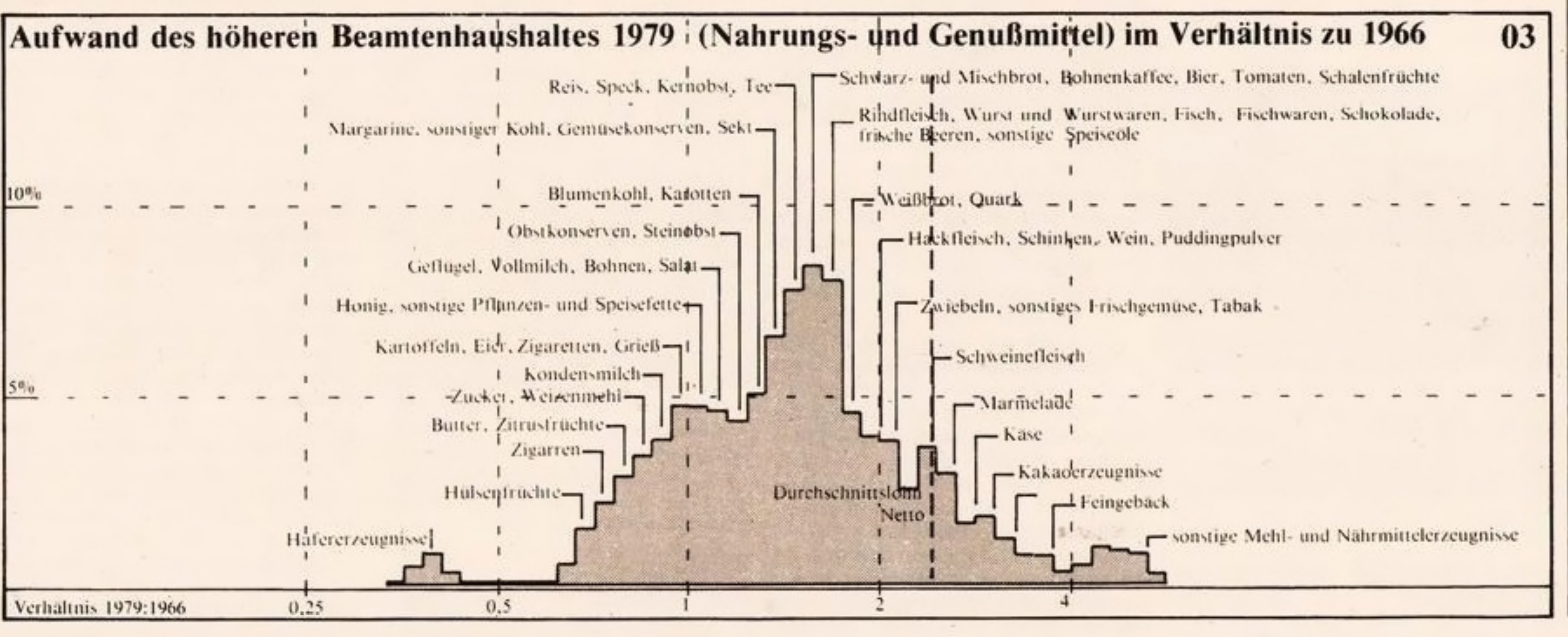
Ich danke Ihnen.

Zur Beurteilung der Preisbewegung von Reproduktionsmitteln (I)









z.maf. Ob der Arbeitslohn die Kosten der Reproduktion des Arbeiters deckt, sieht wie eine ohne jeden wissenschaftlichen Aufwand lösbare Frage aus. Jeder weiß, was er an Lohn erhält, sieht, was er für den Einkauf von Reproduktionsmitteln ausgeben muß und fühlt auch, ob sein Konsum ausreicht oder nicht. Die praktische, unmittelbare Erfahrung von Millionen sagt über die letzten Jahre: der Lohn reicht immer weniger. Aber dann kommt die bürgerliche Propaganda und weist nach, daß die Preise der Reproduktionsmittel fast alle langsamer angestiegen sind als die Nettolöhne. Man zuckt mit den Achseln. Mit Statistik läßt sich eben alles beweisen. Dann geht es hart auf hart, z.B. bei der Vorbereitung des Lohnkampfes. Wie soll man eine Lohnforderung aufstellen, wenn man zwar allgemein den Eindruck hat, daß der Lohn immer weniger zum Leben reicht, aber nicht weiß, wieviel eigentlich fehlt? Und es ist schon fast der Normalfall, daß Erörterungen, die angefangen wurden, um in dieser Sache zu einer Einigung zu kommen, dann bei der Mitteilung über „günstige Einkaufsgelegenheiten" landen. Und schon hat die bürgerliche Propaganda gewonnen oder zumindest Punkte gemacht. Denn sie verschüttet das Problem durch die Erfindung von „klugen Verbrauchern", die sich durch geschicktes Einkaufen zu helfen wissen und dem Vorwurf, daß selbst schuld sei, wer sich betrügen ließe. Das Gefühl, daß der Lohn nicht reicht, ist freilich immer noch da, aber vermischt mit dem Gefühl, daß man halt ein Trottel ist, der nicht einzukaufen versteht. So was ist ein unwürdiger Zustand. Abhilfe ist nicht leicht zu schaffen, denn es sind verschiedene Faktoren, deren Zusammenwirken erst die tatsächlich und völlig zu Recht verspürte Minderung in der Reproduktion hervorbringt. Die Untersuchung dieser Faktoren wird diejenigen, die sich für so was interessieren, noch eine ganze Weile beschäftigen.

Jeder weiß, daß die Preisbewegung der Reproduktionsmittel nicht einheitlich ist, sondern verschieden. Wir haben nun erst einmal untersucht, *wie* verschieden diese Preisbewegung bei den Nahrungs- und Genußmitteln ist. Die Schaubildrechnung Nr. 01 zeigt die Steigerungsraten für jene Nahrungsmittel, die wir sowohl in der Statistik 1966 wie für 1979 in der sachlich gleichen Umschreibung gefunden haben. Es stellt sich heraus, daß die Masse der Steigerungsraten *unter* der Steigerungsrate des durchschnittlichen Nettolohnes liegt. Die Zuordnung kommt zustande, indem der Preis für die je gleiche Menge einer Ware 1979 durch den DM-Preis des Jahres 1966 geteilt wird und genauso der Nettolohn. Hiernach sieht es so aus, als ob die Steigerungsrate des Nettolohnes eine schier unüberwindliche Schranke für die Preise darstellen würde, die die nahrungsmittelverarbeitenden und -vertreibenden Kapitale nehmen können. Tatsächlich zeigt sich eher, daß die Kapitale aus dem erheblichen Produktivitätsfortschritt, den sie bei der Weiterverarbeitung und dem Vertrieb von Nahrungsmitteln gemacht haben, für etliche sehr erhebliche Produkte einen fetten Extraprofit gezogen haben. Trotzdem müßte hiernach wenigstens auf dem Nahrungsmittelsektor eitel Sonnenschein im Arbeiterhaushalt herrschen.

Daß dies nicht so ist, deutet sich in der Schaubildrechnung Nr. 02 an, die die Entwicklung des Verbrauchs darstellt. Die Faktoren sind hier gewonnen durch die Teilung der vom höheren Beamtenhaushalt im Jahre 1979 je verbrauchten Menge durch die 1966 verbrauchte Menge. – Das Ergebnis hat uns doch ziemlich überrascht. Wir hätten nicht erwartet, daß dermaßen unterschiedliche Entwicklungen beim Verbrauch vorliegen. Es sind gar nicht wenige Güter, von denen nur noch die Hälfte verbraucht wird und wiederum ziemlich viele, bei denen der Verbrauch auf mehr als das Doppelte angestiegen ist. – Wir wissen nun aus vielerlei Untersuchungen, (letzte Veröffentlichung KVZ Nr. 44, S.18/19), daß der Verbrauch der Haushalte in der Einkommenszone zwischen 3,5tausend und 7tausend relativ stabil bleibt, d.h. nicht mehr mit dem Einkommen wächst. In diesem Bereich liegt der höhere Beamtenhaushalt. Man kann deswegen davon ausgehen, daß mit den dort verausgabten Geldmitteln und den dort verkonsumierten Warenmassen eine ausreichende Reproduktion gesichert ist. Für unsere Rechnung heißt das: Der Verbrauch wird sich hier den Bedürfnissen entsprechend bewegen.

Aus diesen beiden Rechnungen läßt sich nun eine dritte Rechnung zusammenfügen, die den wirklichen Verhältnissen bereits deutlich näher kommt: Man nimmt den Faktor für die Preisbewegung mit dem Faktor für den notwendigen Verbrauch mal. Man sagt also: Wenn der Preis für das Pfund Schweinefleisch von 1966 bis 1979 um den Faktor 1,3 gestiegen ist und wenn der notwendige Verbrauch von Schweinefleisch von 1,7 kg per Monat auf 3,0 kg per Monat angestiegen ist, so ist der notwendige Aufwand für Schweinefleisch um den Faktor $1{,}3 \times 1{,}8 = 2{,}3$ angestiegen.

Die Ergebnisse für alle untersuchten Waren sind im Bild Nr. 03 zusammengefaßt. Es fällt auf, daß eine stolze Masse von wichtigen Reproduktionsmitteln auf diesem Wege *über* der Marke zu stehen kommt, die durch die Bewegung des Nettolohnes gesetzt ist.

Noch nicht gelöst ist damit freilich das Problem, mit welchem Prozentanteil jene Nahrungsmittel, bei denen der notwendige Aufwand gestiegen ist in der Ausgabenrechnung des Arbeiterhaushaltes auftauchen und mit welchem Prozentsatz jene, bei denen der notwendige Aufwand gesunken ist.

Diese Frage kann aber vernünftig bloß im Zusammenhang mit der Beurteilung der anderen Ausgabenkategorien gelöst werden und bleibt im Rahmen dieses ersten Teils der Untersuchung noch offen.

Metall, 12. Juni 1973. Kriminalfall Preise: Das Preis-Gewinn-Profit-Streben der bundesdeutschen Unternehmer nimmt allmählich kriminelle Züge an. Sie scheffeln von den Kleinen und legen ihren eingesackten Profit in Sachwerten wie Gold, Silber, Zinn und Grundstücken an.

Metall, 26. Juni 1973. Spätes Gesetz – Folgen ungewiß: Auf beharrliches gewerkschaftliches Drängen und unter dem Eindruck der Preissteigerungen hat die Bundesregierung jetzt endlich – sogar einstimmig – die Kontrolle wirtschaftlicher Macht durch die Kartellbehörde wesentlich erweitert.

Metall, 10. Juli 1973. Einige Markenartikel sind jetzt schon billiger: Erst Preise prüfen – dann kritisch kaufen. Wer kritisch kauft, kann also trotz Preissteigerungen Geld sparen.

Metall, 18. September 1973. Wer zieht dem Verbraucher das Geld aus der Tasche?: In der Industrie stieg die Jahresrate der Inlandpreise bis Juli 1973 von 4,8 auf 7,2%, obwohl die Lohn- und Gehaltskosten kaum höher als im Vorjahr waren. – Die Landwirtschaftspreise explodierten. Weder Bonn noch Brüssel legten sich quer. – Von den öffentlichen Unternehmungen trugen besonders Post und Bahn zum Preisanstieg bei. – Der Handel langte kräftig zu. – Die Preisanstiege waren dort am stärksten, wo die unteren Einkommensgruppen am härtesten getroffen werden: bei den Lebensmitteln. Die Landwirtschaft hält also den Rekord im Preistreiben. (Eine Reihenfolge der „Preistreiber" wird entwickelt: Landwirtschaft (Bauern), Handel, Handwerk, Verkehr und Versorgung.) – Was ist also zu tun? – Mehr Wettbewerb auf dem Markt durch Ergänzung der Kartellnovelle. – Verbraucherinformation auch über die Massenmedien. – Der Einfluß des Staates auf die Preisbildung muß bei staatlichen Aufträgen verstärkt werden. – Gestörte Märkte sollten unter preispolitischen Gesichtspunkten neu geordnet werden. (Energieversorgung und Landwirtschaft) – Preiskontrollen müssen auf vermachteten Märkten wirksam werden, also dort, wo Monopole und Preisabsprachen den Wettbewerb längst verdrängt haben. Dies kann über den Ausbau der Mißbrauchsaufsicht des Bundeskartellamtes geschehen. – Und noch ein wesentlicher Punkt: Da den Arbeitnehmer nicht das Preisniveau an sich, sondern die Kaufkraft seines Lohnes interessiert – also das, was er mit dem Inhalt seiner Lohntüte anfangen kann –, muß die schleichende Lohnsteuerprogression abgeschafft werden.

Der Gewerkschafter, Monatszeitschrift der IG Metall zur Preisentwicklung von 1974 bis 1979:

April 1974. Eugen Loderer: Herausforderung an alle: Was die Preisentwicklung angeht, so steht heute schon fest, daß die in der kapitalistischen Weltwirtschaft angelegten Tendenzen zum inflationären Preisauftrieb vom Öl her einen neuen zusätzlichen Impuls erhalten.

wirtschaft (Bauern), Handel, Handwerk, Verkehr und Versorgung.) – Was ist also zu tun? – Mehr Wettbewerb auf dem Markt durch Ergänzung der Kartellnovelle. – Verbraucherinformation auch über die Massenmedien. – Der Einfluß des Staates auf die Preisbildung muß bei staatlichen Aufträgen verstärkt werden. – Gestörte Märkte sollten unter preispolitischen Gesichtspunkten neu geordnet werden. (Energieversorgung und Landwirtschaft) – Preiskontrollen müssen auf vermachteten Märkten wirksam werden, also dort, wo Monopole und Preisabsprachen den Wettbewerb längst verdrängt haben. Dies kann über den Ausbau der Mißbrauchsaufsicht des Bundeskartellamtes geschehen. – Und noch ein wesentlicher Punkt: Da den Arbeitnehmer nicht das Preisniveau an sich, sondern die Kaufkraft seines Lohnes interessiert – also das, was er mit dem Inhalt seiner Lohntüte anfangen kann –, muß die schleichende Lohnsteuerprogression abgeschafft werden.

Der Gewerkschafter, Monatszeitschrift der IG Metall zur Preisentwicklung von 1974 bis 1979:

April 1974. Eugen Loderer: Herausforderung an alle: Was die Preisentwicklung angeht, so steht heute schon fest, daß die in der kapitalistischen Weltwirtschaft angelegten Tendenzen zum inflationären Preisauftrieb vom Öl her einen neuen zusätzlichen Impuls erhalten.

September 1974. Rubrik „Spiegel der Wirtschaft". Den Umschwung jetzt einleiten: Chancen für die Preise: Es bestehen – auch bei einer Belebung der Konjunktur – gewisse Chancen, einen Anstieg der Verbraucherpreisrate über 7 bis 8% hinaus zu vermeiden.

Die Sozialdemokratische Gewerkschaftsführung auf Um- und Abwegen

Immer, wenn auf dem Reproduktionsmittelsektor ein Preisschub vermeldet und von der Arbeiterbevölkerung bezahlt wird, macht sich die sozialdemokratisch gefesselte Gewerkschaftspropaganda auf die Suche nach den Schuldigen. Da kann es dann jeden erwischen, der nichts dafür kann. Zum Beispiel den Arbeiter als dappigen Verbraucher, der eben aufgeklärt werden muß. Zum Beispiel die Bauern wegen Preistreiberei, obgleich sich die Austauschverhältnisse zwischen der Industrie und der Landwirtschaft dauernd verschlechtern. Zum Beispiel die Länder der dritten Welt, deren Erlöse für die Rohstoffe im Vergleich auf die Industriewaren sinken. – Es ist schon eine ziemliche Neuigkeit, daß dies Jahr die Zeitung Metall erstens die Ursache der Preisbewegung bei jenen Kapitalisten sucht, die daran verdienen und zweitens anerkennt, daß die Sache im wesentlichen durch Lohnkampf bereinigt werden muß. Aber wie man über die Preisbewegung reden kann, ohne auch nur ein Wort über den wegen der zunehmenden Intensität der Arbeit steigenden Aufwand zu verlieren? – Wer so handelt, ist wild entschlossen, auch die nächste Lohnsenkung als Besserung der Lage der Arbeiter auszugeben.

Die Grundstoffpreiswelle der letzten beiden Jahre hat im Mai ihren Höhepunkt überschritten. Die Agrarpreise in der EG sind schon seit mehr als einem Jahr rückläufig. Voraussetzungen für eine Entschärfung der Preissituation wäre, daß die Bauern durch direkte Subventionen statt über Preisanhebungen entschädigt werden und daß die Industrie und der Handel auf Mengen-, statt auf Preisgewinne setzen.

Oktober 1974. Hans Mayr auf dem Gewerkschaftstag: Trotz ständiger Preissteigerungen ist es uns gelungen, auch die Realeinkommen der Arbeitnehmer anzuheben. Gerade die letzte Zeit zeigt, daß es mit Hilfe der Tarifpolitik möglich ist, die Verteilungsrelationen zugunsten der Arbeitnehmer zu verändern.

März 1975. Preisentwicklung günstig – Konjunktur läßt warten: Die Preisentwicklung ließ sich zu Jahresbeginn günstiger an, als befürchtet. Lohnsteuer und Kindergeld sind besser als ihr Ruf.

Oktober 1975. Arbeitslosigkeit und Preisanstieg: Skepsis gebührt auch der Preisprognose. Der Sachverständigenrat schätzt für 1976 einen Anstieg der Verbrauchsgüterpreise von 4 bis 5%. Gründe gibt er nicht an. Realistischerweise wäre unter anderem zu beachten: das Risiko einer neuen Rohstoffpreiswelle, die administrative Anhebung der Nahrungsmittelpreise, der Mietanstieg und vor allem die sich seit 1969 einbürgernde Gewohnheit der Preismacher, im Aufschwung mit den Produktionsmengen gleichzeitig die Preise heraufzusetzen – die kommende Mehrwertsteuererhöhung wird es ihnen leicht machen.

Februar 1976. Verbraucherpreise gestiegen: Trotzdem muß sich in Lebensmittelindustrie und -handel ein „Nachholbedarf" an Preiserhöhungen aufgestaut haben, denn Lebensmittel waren im Laden knapp 6%, ab Hof aber rund 17% teurer als vor Vorjahresfrist. Sorgen machen daneben der Preisstau auf allen Märkten gewerblicher Rohstoffe und Preisschübe in der Versorgungswirtschaft. Die Verteuerung der Lebenshaltung 1976 wird meist auf 5, teilweise auf 5 bis 6% geschätzt. Solche Schätzungen enthalten natürlich Risi-

dern.
März 1975. Preisentwicklung günstig – Konjunktur läßt warten: Die Preisentwicklung ließ sich zu Jahresbeginn günstiger an, als befürchtet. Lohnsteuer und Kindergeld sind besser als ihr Ruf.
Oktober 1975. Arbeitslosigkeit und Preisanstieg: Skepsis gebührt auch der Preisprognose. Der Sachverständigenrat schätzt für 1976 einen Anstieg der Verbrauchsgüterpreise von 4 bis 5%. Gründe gibt er nicht an. Realistischerweise wäre unter anderem zu beachten: das Risiko einer neuen Rohstoffpreiswelle, die administrative Anhebung der Nahrungsmittelpreise, der Mietanstieg und vor allem die sich seit 1969 einbürgernde Gewohnheit der Preismacher, im Aufschwung mit den Produktionsmengen gleichzeitig die Preise heraufzusetzen – die kommende Mehrwertsteuererhöhung wird es ihnen leicht machen.
Februar 1976. Verbraucherpreise gestiegen: Trotzdem muß sich in Lebensmittelindustrie und -handel ein „Nachholbedarf" an Preiserhöhungen aufgestaut haben, denn Lebensmittel waren im Laden knapp 6%, ab Hof aber rund 17% teurer als vor Vorjahresfrist. Sorgen machen daneben der Preisstau auf allen Märkten gewerblicher Rohstoffe und Preisschübe in der Versorgungswirtschaft. Die Verteuerung der Lebenshaltung 1976 wird meist auf 5, teilweise auf 5 bis 6% geschätzt. Solche Schätzungen enthalten natürlich Risi-

ken. Niemand vermag sie gegenwärtig zu beziffern.

Dezember 1976. Tarifbewegung 1977: Die wirtschaftliche Ausgangslage: Ohne Erhöhung der Mehrwertsteuer werde die Preisrate 1977 (nach Angabe des Sachverständigenrates) nur 4% betragen. Wir halten dies für eher untertrieben; andere rechnen mit 4 bis 5%. Eine Mehrwertsteuererhöhung gilt als unwahrscheinlich.

Mai 1977. Beachtlicher Kaufkraftzuwachs. Nach den vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Berechnungen betrug der Anstieg der Lebenshaltungskosten im vergangenen Jahr 4,6%. Eine weitere Schmälerung ergab sich dadurch, daß die Abzüge für die Lohn- und Kirchensteuer sowie die Sozialversicherung stärker zugenommen haben als die Bruttoeinkommen. Dennoch errechnet sich für die Metallarbeiter für das vergangene Jahr ein realer, das heißt kaufkraftmäßiger Verdienstanstieg von gut 2%. In den 50er und 60er Jahren freilich hat die Kaufkraft stärker zugenommen.

Dezember 1977. Mit Steuern kein Geschäft zu machen. Die Preisentwicklung 1978 wird durch zwei gegenläufige Tendenzen bestimmt: Einerseits hat sich die Teuerungsrate in den letzten Jahren ständig verringert; andererseits wirkt die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1.1.1978 preistreibend.

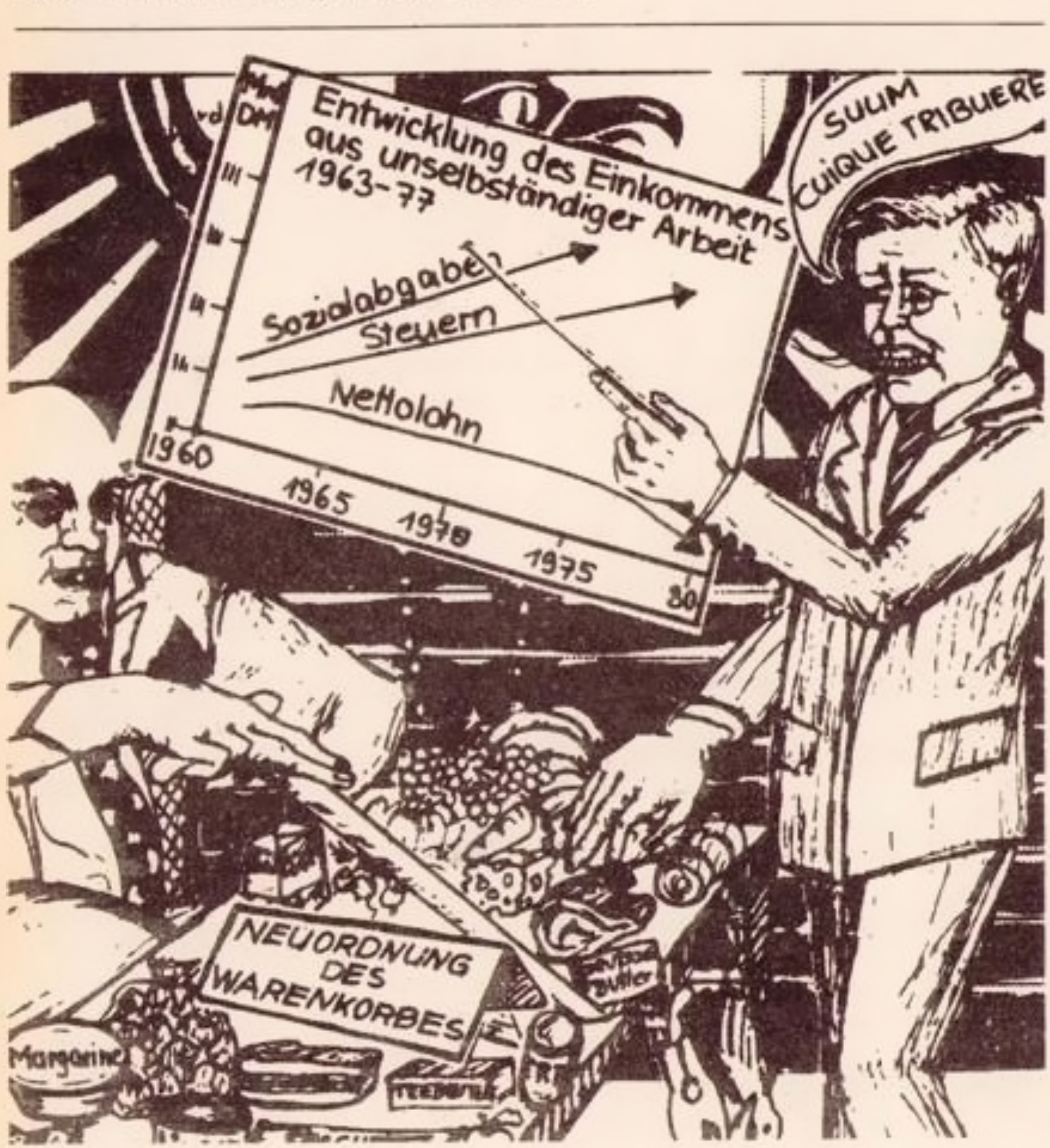
März 1978. Jahreswirtschaftsbericht 1978: Angst vor der Courage. Die Annahme, daß die Preisrate sich trotz Mehrwertsteuererhöhung von 4 auf 3,5% verringern lasse, wird durch die Preisentwicklung zu Jahresbeginn nur scheinbar gestützt. Da wurde noch viel zum alten Steuersatz verkauft. Auch bieten niedrigere Preise einiger Saisonlebensmittel keine Basis für eine solche Vorraussetzung. Man darf also skeptisch bleiben.

Februar 1979. Wirtschaftslage: Aufwärtstrend trotz Frost und Arbeitskampf: Allenthalben haben die Preisraten seit Oktober letzten Jahres wieder leicht steigende Tendenz. Schon vor den diesjährigen OPEC-Preiserhöhungen stiegen bei uns die Preise von Treibstoff und Heizöl.

März 1979. Jahreswirtschaftsbericht 1979: Erwartungsgemäß stieg die Rate der Verbraucherpreise im Januar auf 2,9%. Hauptursache waren die Verteuerungen von Dienstleistungen, von Heizöl, von Kartoffeln und Gemüse.

und 60er Jahren freilich hat die Kaufkraft stärker zugenommen.
Dezember 1977. Mit Steuern kein Geschäft zu machen. Die Preisentwicklung 1978 wird durch zwei gegenläufige Tendenzen bestimmt: Einerseits hat sich die Teuerungsrate in den letzten Jahren ständig verringert; andererseits wirkt die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1.1.1978 preistreibend.
März 1978. Jahreswirtschaftsbericht 1978: Angst vor der Courage. Die Annahme, daß die Preisrate sich trotz Mehrwertsteuererhöhung von 4 auf 3,5% verringern lasse, wird durch die Preisentwicklung zu Jahresbeginn nur scheinbar gestützt. Da wurde noch viel zum alten Steuersatz verkauft. Auch bieten niedrigere Preise einiger Saisonlebensmittel keine Basis für eine solche Vorraussetzung. Man darf also skeptisch bleiben.
Februar 1979. Wirtschaftslage: Aufwärtstrend trotz Frost und Arbeitskampf: Allenthalben haben die Preisraten seit Oktober letzten Jahres wieder leicht steigende Tendenz. Schon vor den diesjährigen OPEC-Preiserhöhungen stiegen bei uns die Preise von Treibstoff und Heizöl.
März 1979. Jahreswirtschaftsbericht 1979: Erwartungsgemäß stieg die Rate der Verbraucherpreise im Januar auf 2,9%. Hauptursache waren die Verteuerungen von Dienstleistungen, von Heizöl, von Kartoffeln und Gemüse.

August 1979. Westeuropa steht am besten da – Bundesrepublik: Störenfried Preise. Folge: Schon machen sich soziale Spannungen bemerkbar. Mit ihrer Preispolitik sägen die Unternehmer sich selbst an dem Ast, auf dem sie sitzen.





Bremen, 1976 und 1968





Köln, 1975





Köln, 1975





Frankfurt, 1974





Heidelberg, 1975

Preise, staatlich administriert ...

z.maf. Die bürgerliche Ökonomie unterscheidet zwischen „freien Marktpreisen" und „staatlich administrierten Preisen". Die Unterscheidung ist nicht unvernünftig. Die „freien Marktpreise" für Reproduktionsmittel beruhen auf dem vollständigen Monopol der Kapitalistenklasse an den Reproduktionsmitteln, und so wahr es ist, daß die kapitalistische Ära mit der Befreiung der Produzenten sowohl vom Eigentum an ihren Produktionsmitteln wie auch an den Reproduktionsmitteln beginnt, die lange Zeit, die es gebraucht hat, bis der Austausch von Lohngeld direkt gegen Produkte der Bauern und des Handwerks unterbunden war, ist verstrichen, und das Klassenmonopol damit gänzlich, lückenlos und vollständig. Es wirkt die freie Brutalität des Monopols, dann und wann vorübergehend gelockert durch eine Konkurrenzschlacht, die mit einer Steigerung der Zentralisierung des Kapitals auf diesem Sektor endet.

Das perfektionierte System der Ausbeutung der freien Lohnarbeit wird ergänzt durch ein zunehmend perfektioniertes System der Ausplünderung des Arbeiters in der Sphäre der Reproduktion, das schwer zu bekämpfen ist. Denn der Arbeiter produziert kollektiv und kann sich kollektiv wehren, er konsumiert notwendig individuell, und so findet sich die Arbeiterbevölkerung den zunehmend geschlossen operierenden Reproduktionsmittelmonopolen zersplittert und ohne Möglichkeit unmittelbarer Gegenwehr vor. Bei den staatlich administrierten Preisen geht es um die Preise für Leistungen, die das Kapital unter seine allgemeinen Produktionsbedingungen rechnet, deren Gewährleistung aus der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten herausgenommen wird und staatlich hoheitlich garantiert. Im wesentlichen handelt es sich um ein Verkehrsnetz, das die ganze arbeitsfähige Bevölkerung des Landes erschließt, um ein Transportwesen für Sachen, aber auch für Energie, das die Standortvorteile ausgleicht, und um ein entsprechendes Nachrichtenwesen. Die Skala ist breit, aber das sind die Hauptpunkte.

Der glühende Wunsch der Kapitalisten, diese allgemeinen Produktionsbedingungen für alle ihresgleichen und für sich insbesondere garantiert zu wissen, treibt selbstverständlich nicht das Interesse hervor, die entsprechenden Kosten etwa durch Umlage auf die Profite zu bezahlen. Im Gegenteil. Das hohe Interesse, das die Kapitalistenklasse an der störungsfreien Gewährleistung all dessen hat, verschmilzt zu einer unerhörten Brutalität im Bestreben, die Kosten hierfür von der Arbeiterbevölkerung des Landes zahlen zu lassen. Der Kampf gegen diese Ausplünderung durch Preise stößt, sofern er sich gegen die hoheitlichen Interessen der Kapitalistenklasse richtet, und das tut er ja unvermeidlich, auf die vol-

zersplittert und ohne Möglichkeit unmittelbarer Gegenwehr vor. Bei den staatlich administrierten Preisen geht es um die Preise für Leistungen, die das Kapital unter seine allgemeinen Produktionsbedingungen rechnet, deren Gewährleistung aus der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten herausgenommen wird und staatlich hoheitlich garantiert. Im wesentlichen handelt es sich um ein Verkehrsnetz, das die ganze arbeitsfähige Bevölkerung des Landes erschließt, um ein Transportwesen für Sachen, aber auch für Energie, das die Standortvorteile ausgleicht, und um ein entsprechendes Nachrichtenwesen. Die Skala ist breit, aber das sind die Hauptpunkte.
Der glühende Wunsch der Kapitalisten, diese allgemeinen Produktionsbedingungen für alle ihresgleichen und für sich insbesondere garantiert zu wissen, treibt selbstverständlich nicht das Interesse hervor, die entsprechenden Kosten etwa durch Umlage auf die Profite zu bezahlen. Im Gegenteil. Das hohe Interesse, das die Kapitalistenklasse an der störungsfreien Gewährleistung all dessen hat, verschmilzt zu einer unerhörten Brutalität im Bestreben, die Kosten hierfür von der Arbeiterbevölkerung des Landes zahlen zu lassen. Der Kampf gegen diese Ausplünderung durch Preise stößt, sofern er sich gegen die hoheitlichen Interessen der Kapitalistenklasse richtet, und das tut er ja unvermeidlich, auf die vol-

le Polizeimacht des bürgerlichen Staates.

Der Gang der Geschichte hat gezeigt, daß erfolgreicher Kampf gegen so etwas wie Straßenbenutzungsgebühren, Brückenzölle, Straßenbeleuchtungsgebühren usw. möglich ist. Wer die Kosten zahlt, wenn diese in den öffentlichen Haushalt verlagert sind, ist durch einen solchen Erfolg freilich nicht entschieden. Bereinigt ist bloß die individuelle zersplitterte Zwangslage des „Verbrauchers". An seine Stelle tritt dann der „Steuerzahler" der bürgerlichen Ideologie. Und das ist aber schon ein Vorteil. Die Ausplünderung fällt bei der Steuer offen und ehrlich mit der Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat zusammen. Sein Klassencharakter kommt besser heraus, und der Kampf erfährt leichter eine revolutionäre Wendung.

Die politische Front, die sich heute in der Arbeiterbewegung gegen die Ausplünderung durch die Steuer herausbildet, wäre ohne die Erfahrungen im Kampf gegen die „staatlich administrierten Preise" kaum denkbar. Und wenn man beachtet, wie brutal gegenwärtig die Kapitalistenklasse zu einem neuen Strom-, Gas-, Wasser-, Straßenbahn- usw.-Raubzug ansetzt, und wenn man sich vergegenwärtigt, daß in etlichen Städten der Bundesrepublik heute für den Zutritt zu vormals öffentlich zugänglichen Grünanlagen Eintritt gezahlt werden muß, so wird man leicht verstehen, daß sich die vielen, die begonnen haben, gegen die Steuer zu kämpfen, auch mit diesen Fragen befassen.

Stoltenberg: Untersuchung zur Durchsetzung des Chauvinismus unter den Bauern

z.std. Bevor Gerhard Stoltenberg Ministerpräsident von Schleswig-Holstein wurde, veröffentlichte er eine Studie über die „politischen Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk". Als Kruppmanager, der er auch war, hat er so gute Voraussetzungen für dieses Amt, um die Interessen der Finanziers, die in den Werften vertreten sind, zu verfolgen wie auf der anderen Seite über das stark vorhandene Großgrundeigentum auf die Organisationen der Bauern einzuwirken.

Schleswig-Holstein hat im großen und ganzen eine verhältnismäßig revolutionäre und demokratische Geschichte. Die Bauern wehrten sich frühzeitig und heftig gegen die Aneignung ihres Produkts durch die verschiedenen unterdrückenden Klassen. Ein frühzeitiger Kampf ist der Kampf der Dithmarscher Bauern gegen den Adel. Diese Bauernschaften hatten sich im Westen des Landes herausgebildet als Folge der kollektiven Meisterung des Deichbaus und der dann folgenden rückwärtigen Besiedlung des Landesinnern. Der Staat war demokratisch organisiert, die verschiedenen Bauerngeschlechter durch eine Landesversammlung vertreten. Das Volk war bewaffnet. Die Kultivierung des fruchtbaren, dem Meer abgewonnen Bodens verschaffte den Bauern einen solchen Reichtum, daß der Adel darauf gierig schielte. Verschiedene Fürsten und Könige errichteten Zwingburgen, um darüber von den Dithmarscher Bauern Tribut einzutreiben. Diese Burgen wurden von den Bauern über Jahrhunderte geschleift. 1500 wird ein 20000 Mann starkes Heer von ihnen vernichtend geschlagen.

Die bürgerliche Revolution war geprägt von demokratischen Forderungen. Sie wurden in großen Demonstrationen erhoben. In Schleswig-Holstein war sie zugleich ein Aufstand gegen die Unterdrückung durch das dänische Königshaus. Die Steuerausplünderung war gewaltig. Das dänische Königshaus finanzierte seine Armee über die Steuerausplünderung der schleswig-holsteinischen Volksmassen. In den Kämpfen werden Forderungen nach allgemeinem Wahlrecht, unbedingt freier Presse, Versammlungsfreiheit, Schwurgerichten und allgemeiner Volksbewaffnung erhoben.

Innerhalb der Städte breitet sich die Sozialdemokratie schnell aus. 1918 beginnt die Revolution durch den Aufstand der Matrosen in Kiel und wird entschieden durch den Generalstreik der Arbeiter, die sich mit den Soldaten verbinden. Die Sozialdemokratie unter Ebert besorgt den Schutz des kapitalistischen Eigentums unter der „demokratischen Republik". Die Rolle der Sozialdemokratie ist Stoltenberg ausgesprochen sympathisch. Daher muß ihm auch das Duett mit Mathiessen einigermaßen gefallen. „In Wahrheit bestand ein tiefer Zwiespalt zwischen der SPD und der USPD über den einzuschlagenden Weg. ... Während die

sten und Könige errichteten Zwingburgen, um darüber von den Dithmarscher Bauern Tribut einzutreiben. Diese Burgen wurden von den Bauern über Jahrhunderte geschleift. 1500 wird ein 20000 Mann starkes Heer von ihnen vernichtend geschlagen.

Die bürgerliche Revolution war geprägt von demokratischen Forderungen. Sie wurden in großen Demonstrationen erhoben. In Schleswig-Holstein war sie zugleich ein Aufstand gegen die Unterdrückung durch das dänische Königshaus. Die Steuerausplünderung war gewaltig. Das dänische Königshaus finanzierte seine Armee über die Steuerausplünderung der schleswig-holsteinischen Volksmassen. In den Kämpfen werden Forderungen nach allgemeinem Wahlrecht, unbedingt freier Presse, Versammlungsfreiheit, Schwurgerichten und allgemeiner Volksbewaffnung erhoben.

Innerhalb der Städte breitet sich die Sozialdemokratie schnell aus. 1918 beginnt die Revolution durch den Aufstand der Matrosen in Kiel und wird entschieden durch den Generalstreik der Arbeiter, die sich mit den Soldaten verbinden. Die Sozialdemokratie unter Ebert besorgt den Schutz des kapitalistischen Eigentums unter der „demokratischen Republik". Die Rolle der Sozialdemokratie ist Stoltenberg ausgesprochen sympathisch. Daher muß ihm auch das Duett mit Mathiessen einigermaßen gefallen. „In Wahrheit bestand ein tiefer Zwiespalt zwischen der SPD und der USPD über den einzuschlagenden Weg. ... Während die

Sozialdemokratie einen Weg für die Konstituierung der neuen staatlichen Ordnung erkämpfte, die den liberalen Vorstellungen durchaus entsprach und für die Konservativen in jedem Fall das unvergleichlich ‚kleinere Übel' sein mußte, nahm sie ... vor der sozialistischen Wählerschaft die Führung der vollen Verwirklichung der Revolution in Anspruch." Er zitiert anerkennend: „An diesem Entschluß der Mehrheitssozialdemokratie hing in dieser Lage die Rettung von Reich, Staat, Gesellschaft und Ordnung."

Die entwickelten politischen Bewegungen führten zu einer politisch bewußten Arbeiterklasse. Was jedoch nicht gelang, war die Verbindung zu den Bauern herzustellen, die in ihrer großen Mehrheit durch die Zwangsbewirtschaftung durch den imperialistischen Kriegsstaat und die Verschuldung durch Zinsausplünderung geknechtet wurden und dem Staatsapparat verschiedene große Kämpfe lieferten. In Demonstrationen kamen sie vor allem 1928 zum Ausdruck. Wieweit die Bauern durch die Zwangsbewirtschaftung ruiniert wurden, läßt sich an den Produktionszahlen erkennen: der Bestand an Schweinen war von 1912 auf 1919 von 1,4 Mio. auf 330000 zurückgegangen. Stoltenberg interessiert an den politischen Bewegungen unter den Bauern, wieweit sich der Nationalismus und Chauvinismus in dieser produzierenden Klasse verankern läßt, um sie dann gegen das Proletariat einzusetzen. Zunächst findet der Aufruf zur Bildung von Räten unter der Landbevölkerung, den Landarbeitern, kleinen und mittleren Bauern, Handwerkern und der ländlichen Intelligenz starke Beachtung. Die Unzufriedenheit wächst, wie die Revolution nicht erfolgreich ist. „Eine zunehmende Unzufriedenheit des Landvolkes ... (äußerte) sich um so deutlicher (...), je weniger mit der allmählichen Konsolidierung der politischen Verhältnisse noch ein revolutionärer Eingriff in überkommene Gesellschafts- und Besitzstrukturen zu befürchten war." Die Haupthebel für die Verbreitung des Chauvinismus sind die Organisationen der Großbauern, die ebenfalls aufgebaut wurden, und der Aufbau der bürgerlichen Parteien mit einer straffen Organisation. Die politische Führung des Proletariats ist schwach. Sie verfügt über kein Landprogramm. Die genossenschaftlichen Organisationen der Bauern – „tiefem Mißtrauen weiter bäuerlicher Kreise gegenüber ... Industrie und Kapital" – werden Stück für Stück unter Einfluß der Großbauern gebracht und mit Hilfe der bürgerlichen Parteien werden die Bauern isoliert. Diese Entwicklung interessiert Stoltenberg.

Die einzelnen Stationen: da die Forderungen der Bauern, insbesondere keine Entlastung bei den Steuern wie eine Entschuldung, nicht erfüllt werden, gelingt es bei der politischen Schwäche des Proletariats, die Kämpfe der Bauern in nationalistisches Fahrwasser zu bringen. Eine Rolle spielen dabei faschistische Organisationen und ihre Vorläufer, wie etwa die Selbstschutzorganisationen. Für Stoltenberg sind dies Einrichtungen „zum unmit-

und der ländlichen Intelligenz starke Beachtung. Die Unzufriedenheit wächst, wie die Revolution nicht erfolgreich ist. „Eine zunehmende Unzufriedenheit des Landvolkes ... (äußerte) sich um so deutlicher (...), je weniger mit der allmählichen Konsolidierung der politischen Verhältnisse noch ein revolutionärer Eingriff in überkommene Gesellschafts- und Besitzstrukturen zu befürchten war." Die Haupthebel für die Verbreitung des Chauvinismus sind die Organisationen der Großbauern, die ebenfalls aufgebaut wurden, und der Aufbau der bürgerlichen Parteien mit einer straffen Organisation. Die politische Führung des Proletariats ist schwach. Sie verfügt über kein Landprogramm. Die genossenschaftlichen Organisationen der Bauern – „tiefem Mißtrauen weiter bäuerlicher Kreise gegenüber ... Industrie und Kapital" – werden Stück für Stück unter Einfluß der Großbauern gebracht und mit Hilfe der bürgerlichen Parteien werden die Bauern isoliert. Diese Entwicklung interessiert Stoltenberg.

Die einzelnen Stationen: da die Forderungen der Bauern, insbesondere keine Entlastung bei den Steuern wie eine Entschuldung, nicht erfüllt werden, gelingt es bei der politischen Schwäche des Proletariats, die Kämpfe der Bauern in nationalistisches Fahrwasser zu bringen. Eine Rolle spielen dabei faschistische Organisationen und ihre Vorläufer, wie etwa die Selbstschutzorganisationen. Für Stoltenberg sind dies Einrichtungen „zum unmit-

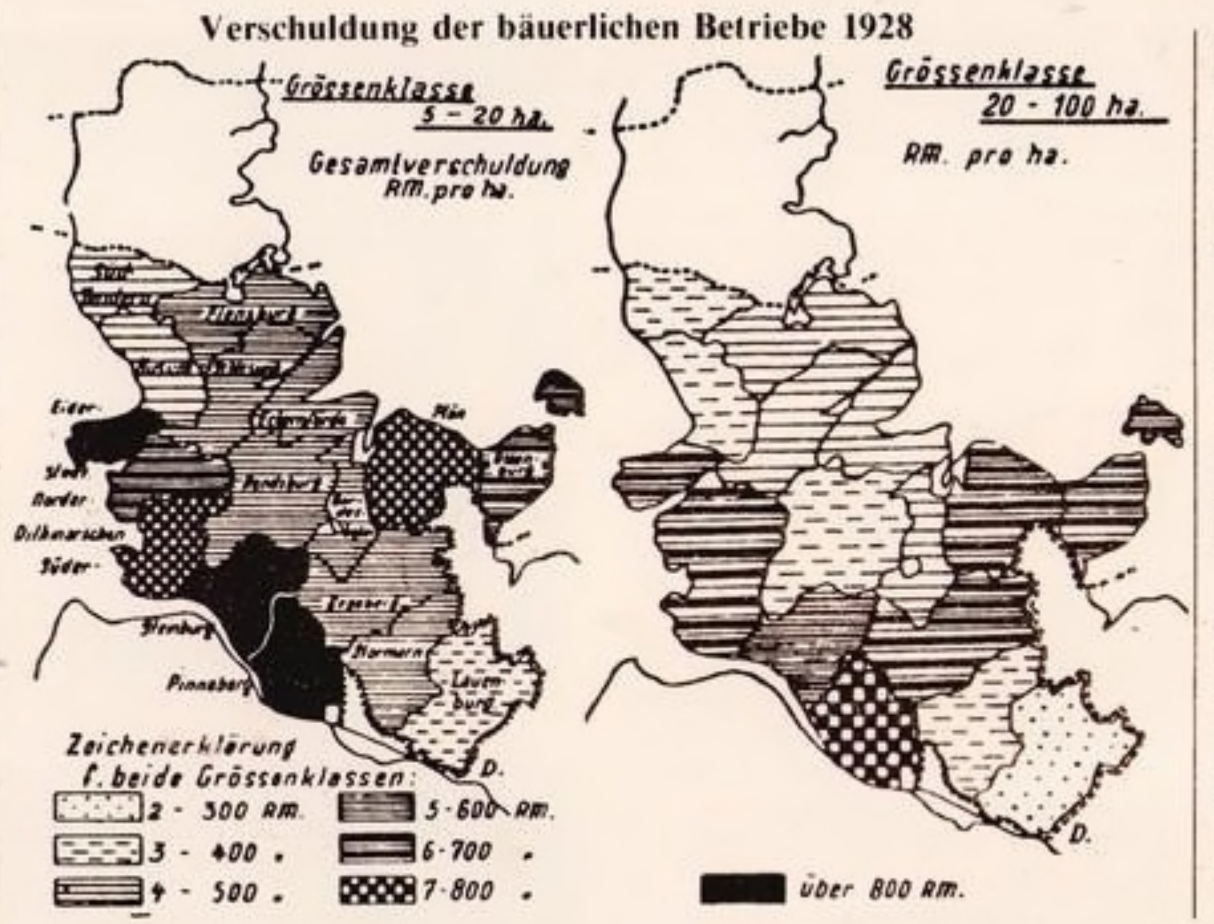
telbaren Schutz seiner (des Bauern) Sicherheit und seines Eigentums". Durch die Isolierung von der Arbeiterbewegung und das Scheitern ihrer Kämpfe werden Teile der Bauern zu Anhangern der Reaktion.

Regionale Klassenkämpfe: Klassenkämpfe in Schleswig-Holstein

Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

Landvolkbewegung 1928 – spontane Rebellion gegen staatliche Plünderung

Verschuldung der bäuerlichen Betriebe 1928



Schwarz ist die Sorge, schwarz unser Brot,
Und schwarz ist die Fahne der Bauernnot.
Schwarz ist die Erde wohl unter dem Pflug
...
Und schwarz geht der Bauer im Trauerzug!

Wir pflügen und säen und schaffen ohn' Ruh –
Wir ernten – und wissen doch nicht wozu.
Denn was wir erringen mit unserer Kraft,
Das wird uns genommen und fortgerafft!

Was uns noch die Steuer zum Leben läßt,
Das wird uns als Zinsen herausgepreßt!
Und was wir verkaufen, das bringt uns nichts ein.
Da möge der Teufel noch Bauer sein!

Jetzt sind wir am Ende – wir wollen nicht mehr!
Wir sind ein verzweifeltes Bauernheer:
Schwarz ist die Sorge, schwarz unser Brot,
Und schwarz ist die Fahne der Bauernnot!

(aus: Schapke, R., Aufstand der Bauern, Leipzig 1933

„Nothilfeausschüsse" – „Regierung des kämpfenden Landvolks"

Am 10. Oktober schloß sich das schleswig-holsteinische Landvolk zu einer Schicksals- und Notgemeinschaft zusammen.
63000 Männer bekannten sich bisher unterschriftlich.
Es wollen also alle das Gleiche, unbedingt Notwendige und Unaufschiebbare:

Verhinderung der Zwangsversteigerungen durch Beseitigung der Ursachen der anschwellenden Flut von Zwangsversteigerungen.

1. Schärfste und radikale Zinssenkung.
2. Grenzsperre durch Devisenverweigerung für Lebensmittel, die zur Genüge im eigenen Land erzeugt werden.
3. Beseitigung der ungesunden Handelsspanne.
4. Drosselung sozialer, staatlicher und anderer Überbelastungen jeder Art unter Anpassung an die Leistungsfähigkeit des Berufsstandes.
5. Beseitigung der untragbaren politischen Auslandsforderungen (Tributlasten).
6. Gewährung einer hinreichenden Stillhaltesumme bis zur Verwirklichung betrieblicher Rentabilität.

Unsere Gläubiger wollen ihr Geld erhalten wissen, wir die Höfe; beiden hilft die Stillhaltesumme, und zwar nur diese. Das schleswig-holsteinische Landvolk muß frei sein von Zinszahlungen, d.h. ihm ist ein Moratorium, eine Stillhaltezeit durch seine Gläubiger zu gewähren, während welcher Zinsendienst und Kapitalrückforderungen ruhen.

(aus: Kieler Zeitung, 2.12.31)

Widerstand der Bauern verhindert Ochsenpfändung

Beidenfleth. Uns wird geschrieben: Während die Kreisstadt Itzehoe jetzt jeden Tag in teurem künstlichen Licht erstrahlt, fand am Montagvormittag in Beidenfleth ein recht trauriges Schauspiel statt: Wegen rückständiger Gemeindesteuern vom Gemeinde- und Amtsvorsteher Mahlstädt gepfändete Ochsen sollten von zwei Bauernhöfen heruntergeholt und nach Hamburg gebracht werden. Die voraufgegangenen ernsten Vorstellungen wegen Steuerniederschlagung waren erfolglos geblieben. Nun schritten die Bauern in Beidenfleth in ihrer Not zur Selbsthilfe: Durch Feuerhörner und brennendes Stroh waren die Berufskollegen alarmiert worden. Viele ernste Bauern, die die gemeinsame Not erkannt hatten, waren erschienen, so daß etwa 200 Bauern aus dem Kreise Steinburg auf der Beidenflether Chaussee versammelt waren. Als die Viehtreiber die entschlossenen Bauerngesichter und das brennende Feuer – fortwährend heulten die Feuerhörner – sahen, ließen sie aus Angst die Tiere los, die querfeldein jagten. Später kamen noch drei Wachtmeister des Weges, die aber nur den traurigen Tatbestand feststellen und Aufzeichnungen machen konnten. Die Bauern gingen dann ruhig und mit ernster Miene wieder auf ihre Höfe. Besondere Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

(aus: Itzehoer Nachrichten, 21.11.28)



Der geschätzte Bauer.

Sachverständigengutachten im großen Bombenlegerprozeß 1928/29

Der Sachverständige der Verteidigung, der Geschäftsführer der Betriebsabteilung und Buchstelle der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Dr. A. Peters, Berlin, legte mit ausführlichem statistischen Material dar, daß im Be-

Landvolk zu einer Schicksals- und Notgemeinschaft zusammen.
63000 Männer bekannten sich bisher unterschriftlich.
Es wollen also alle das Gleiche, unbedingt Notwendige und Unaufschiebbare:

Verhinderung der Zwangsversteigerungen durch Beseitigung der Ursachen der anschwellenden Flut von Zwangsversteigerungen.

1. Schärfste und radikale Zinssenkung.
2. Grenzsperre durch Devisenverweigerung für Lebensmittel, die zur Genüge im eigenen Land erzeugt werden.
3. Beseitigung der ungesunden Handelsspanne.
4. Drosselung sozialer, staatlicher und anderer Überbelastungen jeder Art unter Anpassung an die Leistungsfähigkeit des Berufsstandes.
5. Beseitigung der untragbaren politischen Auslandsforderungen (Tributlasten).
6. Gewährung einer hinreichenden Stillhaltesumme bis zur Verwirklichung betrieblicher Rentabilität.

Unsere Gläubiger wollen ihr Geld erhalten wissen, wir die Höfe; beiden hilft die Stillhaltesumme, und zwar nur diese. Das schleswig-holsteinische Landvolk muß frei sein von Zinszahlungen, d.h. ihm ist ein Moratorium, eine Stillhaltezeit durch seine Gläubiger zu gewähren, während welcher Zinsendienst und Kapitalrückforderungen ruhen.

(aus: Kieler Zeitung, 2.12.31)

Itzehoe jetzt jeden Tag in teurem künstlichen Licht erstrahlt, fand am Montagvormittag in Beidenfleth ein recht trauriges Schauspiel statt: Wegen rückständiger Gemeindesteuern vom Gemeinde- und Amtsvorsteher Mahlstädt gepfändete Ochsen sollten von zwei Bauernhöfen heruntergeholt und nach Hamburg gebracht werden. Die voraufgegangenen ernsten Vorstellungen wegen Steuerniederschlagung waren erfolglos geblieben. Nun schritten die Bauern in Beidenfleth in ihrer Not zur Selbsthilfe: Durch Feuerhörner und brennendes Stroh waren die Berufskollegen alarmiert worden. Viele ernste Bauern, die die gemeinsame Not erkannt hatten, waren erschienen, so daß etwa 200 Bauern aus dem Kreise Steinburg auf der Beidenflether Chaussee versammelt waren. Als die Viehtreiber die entschlossenen Bauerngesichter und das brennende Feuer – fortwährend heulten die Feuerhörner – sahen, ließen sie aus Angst die Tiere los, die querfeldein jagten. Später kamen noch drei Wachtmeister des Weges, die aber nur den traurigen Tatbestand feststellen und Aufzeichnungen machen konnten. Die Bauern gingen dann ruhig und mit ernster Miene wieder auf ihre Höfe. Besondere Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

(aus: Itzehoe Nachrichten, 21.11.28)



Der geschätzte Bauer.



Der Steuerexekutor: „Bauer, deine Arbeit ist schwer und nutzbringend für die Allgemeinheit; das schätze ich hoch ein."

Sachverständigengutachten im großen Bombenlegerprozeß 1928/29

Der Sachverständige der Verteidigung, der Geschäftsführer der Betriebsabteilung und Buchstelle der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Dr. A. Peters, Berlin, legte mit ausführlichem statistischen Material dar, daß im Betriebsjahr 1928, trotz einer beachtlichen Ernte, die Aufwendungen an Produktionsmitteln und Löhnen um 50 v.H. höher als vor dem Kriege gelegen hätten, während die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte die gleichen geblieben oder höchstens um 10 v. H. gestiegen seien. Der Sachverständige der Anklage, Privatdozent Dr. Petersen, Berlin, von dem die Anklage eine Abschwächung dieser Darlegungen erhoffte, mußte diese Angaben unterstreichen und ganz besonders darauf hinweisen, daß der Landwirt heute überdies durch die unvergleichlich hohe Zinsenlast für seine der Vorkriegszeit wieder gleichkommende, durch die Preisschere wesentlich mitbedingte Neuverschuldung gedrückt würde.

Während die vor dem Kriege darauf zu zahlenden Zinsen auf 520 – 630 Millionen Mark geschätzt sind, beläuft sich die Zinsbelastung bei den heutigen Zinssätzen auf das Doppelte, auf etwa 1000 Millionen Reichsmark. Das, was aber den Landwirt am fühlbarsten und am schwersten drückt, ist die öffentliche Hand. Die steuerliche Belastung beträgt ein Vielfaches der Vorkriegszeit. Der Enquete-Ausschuß ist auf Grund von Spezialerhebungen bei 133 ostdeutschen und 103 westdeutschen Betrieben zu dem Ergebnis gekommen, daß die Belastung mit Realsteuern in Ostdeutschland 1912/1914: 7 Mark je Hektar, 1924/26: 25,31 Reichsmark je Hektar, und in Westdeutschland 1912/14: 8,80 Mark je Hektar, 1924/26: 37,60 Reichsmark je Hektar betrug.

Die Finsternis vor dem Morgengrauen
von Fu Du

Das Theaterstück über den Widerstandskrieg des chinesischen Volkes gegen die japanischen Aggressoren spielt in der Provinz Hebei in Nordchina 1942. Es zeigt, wie in einer Periode des zeitweiligen Rückzugs der regulären Befreiungsarmee des chinesischen Volkes in den von den japanischen Eindringlingen besetzten Gebieten durch die Miliz und die illegale Arbeit der Kommunistischen Partei der Partisanenkampf geführt wird. Im Zusammenschluß der Bauern in der Volksmiliz und in der Zusammenarbeit zwischen den Milizgruppen und der Achten Route-Armee gelingt es den chinesischen Volksmassen, den japanischen Aggressoren immer wieder Schläge zu versetzen und sie schließlich aus dem Land zu treiben. Im Anhang sind Texte von Mao Zedong über die Periode des antijapanischen Krieges und das Lied der Achten Route-Armee mit Noten abgedruckt.



Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf (44 Seiten Best.Nr. 0024 2,80 DM)